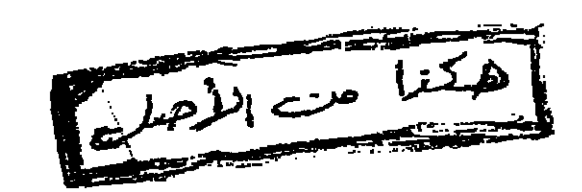


Dienstag, 14. August 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 189 - 33.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Berliner Mauer: In mehreren Veranstaltungen wurde gestern in Berlin der 72 Menschen gedacht, die seit dem Mauerbau vor 23 Jahren an den Sperranlagen getötet wurden; 4875 anderen gelang die Flucht vom Ost- in den Westteil der Stadt, 3000 Fluchtvorhaben scheiterten.

Nach Westen: Eine junge Frau und ein junger Mann aus der „DDR" konnten gestern unversehrt über ein Minenfeld nach Bayern flüchten.

Hinterbliebenenrente: Entgegen den Plänen von Arbeitsminister Blüm schlägt die SPD für die Rentenreform zur Gleichstellung von Mann und Frau eine Teilhaberente von 70 Prozent vor. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll in die bevorstehende parlamentarische Debatte eingebracht werden. (S. 10)

Korsika: Die Neuwahlen zu dem im Juni wegen Beschlußunfähigkeit aufgelösten Regionalparlament haben eine weitere Radikalisierung, aber wieder keine klaren Mehrheiten gebracht. Neogaullisten und Liberale errangen 24, die Sozialisten, Kommunisten und Linksliberalen 25 der insgesamt 61 Mandate.

Polen: Als letzter prominenter Regimegegner ist der Physiker Henryk Wujec gestern im Zuge der Amnestie aus dem Gefängnis entlassen worden. Er war 32 Monate inhaftiert. Washington will sich für die erneute Zulassung Polens zum Weltwährungsfonds einsetzen, sobald sämtliche politischen Gefangenen frei sind.

Kolumbien: Die für diese Woche geplante Unterzeichnung eines Waffenstillstands zwischen Regierung und der Guerrillagruppe M 19 wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Grund: Die Ermordung des M-19-Gründungsmitglieds Carlos Toledo Plata am vergangenen Freitag.

Mission: Schon wieder mußte sich die Polizei mit der sowjetischen Militärmission in Baden-Baden beschäftigen. Drei Angehörige, darunter der stellvertretende Chef der Mission, hatten an einem Kiosk frisch gelieferte Pakete mit Zeitungen und Zeitschriften gestohlen. (S. 4)

Amnestie: Zum 39. Jahrestag der Befreiung von japanischer Herrschaft werden 1016 Häftlinge in Südkorea begnadigt. Sechs inhaftierte Luftpiraten aus China dürfen nach Taiwan ausreisen.

Bilanz der Olympischen Spiele

Die Spiele der 23. Olympiade gehören der Vergangenheit an. Die USA stellten mit 83 goldenen, 61 silbernen und 30 bronzenen Medaillen die überragende Mannschaft; die traditionellen Sportländer England, Frankreich, Schweden und Finnland konnten die Abwesenheit der Osteuropäer nicht für sich nutzen. In der deutschen Mannschaft ist ein Streit ausgebrochen: War die Medaillen-Ausbeute zufriedenstellend? Die WELT zieht Bilanz. Seiten 7 bis 9

WIRTSCHAFT

Umweltschutz: Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau (SPD) fordert vom Bund vier Milliarden DM für ein Langzeit-Programm zur finanziellen Unterstützung von Umweltschutzmaßnahmen über eine 20prozentige Investitionszulage. (S. 11)

Frankreich: Beim größten deutschen Auslandskunden bahnt sich eine Nachfragebelebung an. Vor allem die Aufträge der Industrie für Investitionsgüter und Zwischenprodukte steigen wieder. (S. 12)

Ölmarkt: Nach Saudi-Arabien und Iran hat auch Kuwait seine Ölförderung wegen des Überangebots auf dem Weltmarkt gedrosselt. Die Fördermenge sank von 1,2 Millionen Barrel pro Tag im Juni auf heute 850 000 bis 900 000 Barrel.

Lebensversicherer: Ein eher verhaltenes Neugeschäft, aber starke Zuwachsraten in Prämien und Bestandsentwicklung prägten das erste Halbjahr 1984. (S. 11)

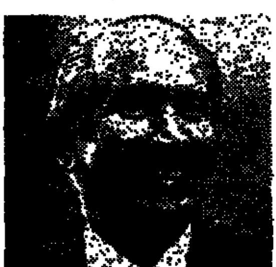
Börse: Die neue Woche begann an den Aktienmärkten mit einer Enttäuschung. Auch der Rentenmarkt war leichter. WELT-Aktienindex 143,5 (144,5). Dollarmittelkurs 2,99175 (2,8744) Mark. Goldpreis pro Feinunze 343,50 (350,50) Dollar.

KULTUR

Reclam: Der Verleger Heinrich Reclam, Urenkel des Gründers der berühmten Universalbibliothek, Anton Philipp Reclam, ist im Alter von 73 Jahren gestorben.

Paläontologie: Ein populäres und beliebtes Studienfach ist in Existenznöten. Es gibt zu wenig Studienplätze, und die Mittel sind viel zu knapp. (S. 17)

ZITAT DES TAGES



» Ich möchte sogar behaupten, die olympische Bewegung war nie stärker als jetzt «

Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Juan Samaranch, zu den Sommerspielen in Los Angeles
FOTO: DPA

AUS ALLER WELT

Zugunglück: Bei dem schweren Unglück kurz vor dem Heilbronner Hauptbahnhof sind vier Personen getötet und 57 verletzt worden. (S. 18)

Unter Alkohol: Nahezu die Hälfte aller bei Unfällen getöteten Autofahrer hat mehr als 0,8 Promille Alkohol im Blut, teilte die Deutsche Verkehrswacht mit.

Wetter: Meist heiter und niederschlagsfrei. 21 bis 26 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Morgen, am Tag Mariä Himmelfahrt, erscheint die WELT zur gewohnten Stunde; sie wird unseren Abonnenten in einigen Teilen Bayerns und im Saarland aber erst am Donnerstag zugestellt werden können.

Die Wiedervereinigung bleibt entscheidendes politisches Ziel

Weizsäcker fordert mehr Menschenrechte und Freiheit für „DDR"-Bewohner

DW. Bonn

„Es wäre vollkommen unnatürlich, wenn die Deutschen die Idee der Einheit für die Menschen, die zusammengehören, aufgeben würden." Mit diesen Worten hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Wiedervereinigung als grundsätzliches Ziel der innerdeutschen Politik hervorgehoben. In einem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek" bezeichnete von Weizsäcker die Auffassung, die nach der Teilung geborenen Deutschen würden wenig oder gar keine Verbundenheit mit den Bewohnern in anderen Teilen ihres Landes verspüren, als falsch. Der Bundespräsident: „Es wäre unklug, mit einer solchen Entwicklung zu rechnen. Eine wachsende Anzahl junger Leute in beiden Teilen Deutschlands haben gemeinsame Ideen und Ziele. Sie interessieren sich für das Leben und die Kultur ihrer Generation im anderen deutschen Staat."

Als entscheidendes Ziel der Deutschland-Politik sieht von Weizsäcker nicht die zwischenstaatlichen Beziehungen, sondern „unsere Verantwortung für unsere Landsleute im anderen deutschen Staat". Es gelte, mehr Menschenrechte und mehr Freiheit für die Deutschen im anderen Teil des Landes zu erringen. Trotz der Abkommen von Helsinki würde den Bewohnern im anderen Teil Deutschlands das Recht der freien Meinungsäußerung, auf Versammlungs- und Bewegungsfreiheit vorenthalten werden.

Als „Unsinn" bezeichnete von Weizsäcker Bestrebungen, der Wiedervereinigung näherzukommen, indem die Bundesrepublik Deutschland die Europäische Gemeinschaft und das Atlantische Bündnis verlassen und einen neutralistischen Kurs einschlagen sollte. „Das letzte, was die Russen einem neutralen Westdeutschland anbieten würden, wäre ein Weg, die Teilung zu überwinden." Der Bundespräsident dagegen betonte den Willen, an der westlichen Gemeinschaft festzuhalten: „Wir wollen die enge Freundschaft mit unseren westeuropäischen und amerikanischen Freunden bewahren. Sie haben uns gegen den Druck von außen geschützt, was wir niemals vergessen werden – denken Sie an Berlin. Darüber hinaus teilen wir die gleichen langfristigen Interessen."

SEITE 10:
Attacken und Angebot

Der Bundespräsident betonte, daß die westlichen Alliierten der Bundesrepublik Deutschland sich verpflichtet hätten, „unser Ziel nach Wiedervereinigung zu unterstützen". Gleichzeitig appellierte er an die Sowjetunion, Verständnis für das deutsche Bestreben nach Wiedervereinigung aufzubringen.

*

Zur Erinnerung an die 72 Menschen, die seit Errichtung der Berliner Mauer am 13. August 1961 getötet worden sind, hat der Berliner Innensenator Heinrich Lummer gestern im Namen des Senats am Mahnmal für die Opfer des Stalinismus einen Kranz niedergelegt. Der Opfer wurde am 23. Jahrestag in weiteren vier Gedenkveranstaltungen in verschiedenen Berliner Bezirken gedacht.

„Apels Äußerung unverantwortlich"

Mertes: Lage Berlins verkörpert Offensein der deutschen Frage am deutlichsten

BERNT CONRAD, Bonn

Staatsminister Alois Mertes (CDU) vom Bonner Auswärtigen Amt hat die Äußerung des SPD-Politikers Hans Apel, die deutsche Frage sei nicht mehr offen, als „sachlich unrichtig und politisch unverantwortlich" bezeichnet. „Die Lage der deutschen Hauptstadt verkörpert das rechtliche und politische Offensein der deutschen Frage am deutlichsten", sagte Mertes in einem Gespräch mit der WELT.

„Es ist grotesk, daß ausgerechnet der SPD-Kandidat für die Wahl zum Regierenden Bürgermeister von Berlin die rechtlichen und politischen Berlin-Zusammenhänge nicht kennt, jedenfalls falsch darstellt. Im Ergebnis gießt er damit Wasser auf die Mühlen derjenigen in Moskau, die seit Jahrzehnten Berlin von seinen Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland und an die offene deutsche Frage lösen wollen", betonte der Unionspolitiker.

Bei den Verhandlungen, die zum Vier-Mächte-Abkommen über Berlin führten, haben die Westmächte nach den Worten von Mertes Wert darauf gelegt, daß ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes unangetastet blieben. „Die Präsenz und die Rechte der Westmächte in Berlin haben nach der Auffassung der Alliierten eine doppelte Aufgabe: den Schutz der drei westlichen Sektoren der Hauptstadt Deutschlands und die Verkörperung des Offenseins der deutschen Frage bis zu einem Friedensvertrag mit Deutschland. Das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin weist deshalb ausdrücklich auf die ‚Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten und die entsprechenden Vereinbarungen und Beschlüsse der Vier Mächte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit' hin, ‚die nicht berührt werden'."

An dieser rechtlichen Lage und geschichtlichen Zukunftsperspektive, so fuhr Mertes fort, ändere auch der innerdeutsche Grundlagenvertrag nichts. In seiner Präambel spreche er ausdrücklich von den „unterschiedlichen Auffassungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zu grundsätzlichen Fragen, darunter der nationalen Frage". Mertes betonte: „Auf diese Texte hat die Regierung Brandt/Scheel ständig verwiesen, als sie 1973 gegen den Antrag des Freistaats Bayern die Vereinbarkeit des innerdeutschen Grundlagenvertrages mit dem Grundgesetz verteidigte. In den parlamentarischen Beratungen zum Vertrag Bonns mit Ost-Berlin erläuterte die Bundesregierung, das Zustimmungsgesetz sei keineswegs ein Ermächtigungsgesetz zur Legitimierung einer totalitären Diktatur und der Spaltung Deutschlands durch eine unmenschliche Grenz- und Maueranlage. Das Gegenteil sei der Fall. Der Brief zur deutschen Einheit, der Bestandteil auch des innerdeutschen Vertragswerkes sei, bekunde in klarer Sprache, es bleibe das politische Ziel der Bundesrepublik, ‚auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt'."

Erklärungen wie die Apels seien geeignet, „in Ost und West die Berechenbarkeit der deutschen Politik ins Zwielicht zu bringen".

Seite 2: Die Hauptfrage
Seite 4: Unverhoffter Sinneswandel

Juden gegen Tornado-Export

RS. Bonn

Mit Empörung haben sich jüdische Organisationen gegen die Absicht Großbritanniens gewandt, 40 Tornado-Kampfflugzeuge an Saudi-Arabien zu verkaufen. Greville Janner, Vorsitzender der Delegiertenversammlung der britischen Juden und amtierender Chef der Sektion Europa des Jüdischen Weltkongresses, hat gegenüber der WELT die Absicht, die Tornado-Maschinen nach Saudi-Arabien zu exportieren, kategorisch abgelehnt. Besonders heikel sei, daß das Kampfflugzeug eine Gemeinschaftsproduktion Londons, Bonns und Roms sei. Deutschland habe bislang den Export von Offensivwaffen an Länder, die sich im Kriegszustand mit Israel befinden, kategorisch abgelehnt. Er könne sich nicht vorstellen, daß Bonn diese Haltung ändere.

Scherze des US-Präsidenten

DW. Washington

Wieder einmal hat Präsident Reagan mit mißverständlichem Humor irritiert. „Meine lieben Mitbürger", erklärte er, „ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß ich soeben ein Gesetz unterzeichnet habe, das die Sowjetunion für alle Zeiten abschafft. In fünf Minuten beginnen die Bombenangriffe." Die Äußerung erfolgte natürlich, wie Präsidenten-Sprecher Larry Speakes gegenüber aufgeregten Anfragen klarstellte, „off the record" – Reagan hatte sich bei einem Mikrophontest amüsiert. So, wie er im Oktober 1982 Polens Führer als „nichtsnutzige Landstreicher" oder später die US-Wirtschaft in „höllischen Schwierigkeiten" beschrieben hatte. In den Nachrichten einiger deutscher Sender lief Reagans Scherz als Spitzenmeldung.

Zündapp stellt Vergleichsantrag

DW. München

Die Zündapp-Werke GmbH hat beim Amtsgericht München Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens gestellt. Ein Firmensprecher erläuterte gestern, daß das Familienunternehmen seit 1982 hohe Verluste in den Bilanzen ausgewiesen habe. Die Firma habe aber erwartet, daß die „sehr hohe Eigenkapitaldecke" tragen werde. Anfang 1984 sei es jedoch zu einem dramatischen Einbruch auf dem gesamten Markt gekommen. Das schlechte Wetter und der Streik in der Metallindustrie hätten ein übriges getan.

Bei dem traditionsreichen deutschen Unternehmen sind 700 Arbeitsplätze in Gefahr. Eine Möglichkeit zur Fortführung des Unternehmens wurde bisher nicht gefunden.

Seite 12: In der Zange

Syrer drohen mit Vorstoß bis Beirut

Bündnis zwischen Drusen und Damaskus vor dem Bruch / Ende der Waffenruhe in Libanon?

PETER M. RANKE, Beirut

Das Bündnis zwischen Syrien und dem Drusen-Chef Walid Dschumblatt droht zu zerbrechen. Das kann ein Ende der Waffenruhe in Libanon und neue krisenhafte Zuspitzung bedeuten. Die syrische Regierung fordert von Dschumblatt, daß er seine Drusen-Miliz von der Straße Beirut–Damaskus zurückzieht, damit diese wichtige Straße endlich wieder für den Verkehr zwischen Beirut und dem syrisch besetzten Ostlibanon frei wird.

Dschumblatt hat diesen Rückzug und eine Übergabe der Stellungen an die Armee bisher abgelehnt. Seine Miliz von der „Progressiv Sozialistischen Partei" (PSP) hält auch noch die Stellung gegen die Armee in Souk-el-Gharb im Schuf-Gebirge.

Dschumblatt droht jetzt mit dem Verlassen des Kabinetts Karame und der Bildung einer neuen Oppositionsfront. Er widersetzt sich offen der Verwirklichung des syrisch-libanesischen Sicherheitsplanes, der am vergangenen Mittwoch vom Kabinett beschlossen wurde und in drei Etappen ausgeführt werden soll.

Vor allem will Dschumblatt kein Vorrücken der libanesischen Armee ins Schuf-Gebirge dulden, ehe nicht Südlibanon von den Israelis befreit ist. Die Armee soll auch erst die christlichen Berggebiete besetzen. An Dschumblatts Widerstand hat sich der gesamte Sicherheitsplan festgefahren, nachdem die Armee den Schuf und die beiden Küstenstraßen von Beirut nach Norden und Süden sichern soll.

Die syrische Regierung hat Dschumblatt und auch den Schiitenführer Berri nach Damaskus bestellt. Denn auch Berris Amal-Miliz hat sich gegen die Drusen Dschumblatts gewandt, weil die drusische Miliz die Wege durch den Schuf und über die südliche Küstenstraße bei Damour blockiert, so daß Amal den „Befreiungskämpfern" gegen die Israelis in Südlibanon keine ausreichende Hilfe leisten kann.

Aus Damaskus verlautet, daß die Syrer damit drohen, ihre Armee werde von Sofar im Libanon-Gebirge bis Beirut vorstoßen und die Damaskus-Straße freikämpfen, wenn die Drusen dort nicht abzögen. Der libanesische Regierungschef Karame will das zweifellos verhindern und bietet als Kompromiß an, die libanesische Armee solle nur die große Straße sichern, während die Drusen-Miliz erst einmal den Schuf behalten könne.

Um die Drohung zu unterstreichen, hat Damaskus 250 Palästinenser und Drusen, die an der Seite Dschumblatts im Schuf kämpften, in die syrische Zone zurückbeordert. Die Syrer trauen Dschumblatt seit langem nicht, da sie geheime Abmachungen zwischen den Drusen in Israel und denen in Libanon mit dessen Wissen vermuten.

Auch Walid Dschumblatt weiß, daß sein Bündnis mit den Syrern, das zur Niederlage der libanesischen Armee und der christlichen Miliz im Schuf und in West-Beirut und damit schließlich auch zum Abzug der alliierten Friedenstruppe führte, auf Sand gebaut ist und zu Ende geht. Die gemeinsamen Interessen sind erschöpft.

Eine außerordentliche Sitzung des libanesischen Kabinetts fiel gestern aus. Mehrere Minister meldeten sich krank – auch Dschumblatt.

DER KOMMENTAR

Freude

PETER GILLIES

In einem Rausch von Farben, Feuer und Freude klangen die Olympischen Spiele 1984 aus. Wiewohl der Alltag uns wieder hat und fernsehgenervte Zeitgenossen keine olympischen Ringe mehr unter den Augen tragen – die Spiele von Los Angeles haben Spuren hinterlassen, sportliche, politische, menschliche.

Stell Dir vor, Du schreibst einen Denkzettel und niemand liest ihn ... Die Propagandisten in Moskau dürften erleichtert sein, daß diese Flamme endlich erlischt, jene Flamme, die soviel explosive Lust am sportlichen Sieg, soviel unkomplizierte Freude an der Freiheit beleuchtete. Die Geknechteten des Kapitalismus, in Smog und Autoverkehr erstikkend und von Kriminalität und Unsicherheit gebeutelt, haben sich einfach nicht in die Vorurteile des Boybotts gefügt. Eine nachgerade perfide Reaktion der „Reaktionäre".

Die olympische Idee hat sich glänzender geschlagen als aus jedem Medaillenspiegel erkennbar. Ihre Gegner – verbissen-aktive wie zähneknirschend-duldende – schieden im ersten Vorlauf aus. Es war nicht nur das Hollywoodische mit zuckenden Laserstrahlen und Breakdancern, nicht nur Show und perfekte (weil private) Organisation, die ein anderes Olympia prägten. Los Angeles war keineswegs perfekt, aber es brachte Freude und Lachen, naiven Jubel, freimütige Sentimentalitäten, wo doch im Alltag Sauertöpfisches und gemessene Düsternis vom Fernsehschirm träufeln. Für deutsche Fernsehverbraucher war Olympia deswegen eine ungemein erholsame Anstrengung.

Das propagandistische Trommelfeuer aus Moskau machte im Grunde deutlich, wie sehr die olympische Bewegung mit Los Angeles erstarkt ist. Ob sie sich von der Politik endgültig freischwimmt, mag sich 1988 in Seoul erweisen, das die Fahne mit den fünf Ringen übernommen hat. Alles spricht dafür, daß kein Land den sowjetischen Fehler von 1984 wiederholt. Diese Hoffnung ist begründet.

Los Angeles hat mit einigem aufgeräumt. Unter anderem damit, daß nur staatliche Bürokraten Spiele trefflich zu organisieren vermögen. Die Heuchelei um den Amateur hat tendenziell abgenommen. Schließlich kam die Botschaft aus dem Sonnengürtel Amerikas, daß Leistung Lust sein kann, daß Aufbruch nur dann gelingt, wenn man der Erste sein will. Eine sperrige Botschaft für jene, die Leistung als inhumanen Einsatz der Ellenbogen zu diffamieren belieben.

Selten genug haben Menschen Anlaß, sich zu freuen und zu jubeln. Los Angeles 1984 war einer.

Kohl: Bonner Amt für Strauß „nicht aktuell"

DW. Bonn

Bundeskanzler Kohl hat den Anspruch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß, ein Regierungsamt zu übernehmen, grundsätzlich anerkannt. Er hält das Thema jedoch für derzeit nicht aktuell. Gegenüber der „Bild"-Zeitung sagte Kohl: „Es ist selbstverständlich, daß der Vorsitzende einer Koalitionspartei in die Regierung, die er mitträgt, eintreten kann." Aber „ich bin mit Franz Josef Strauß einig, daß dies gegenwärtig kein Thema ist. Wir haben gerade vor ein paar Tagen darüber gesprochen". Die Kommunikation mit dem CSU-Chef ist nach den Ausführungen Kohls rege. „Es gibt ganze Felder der Politik, wo er maßgeblich mitbestimmt. Etwa der deutsche Beitrag zur Luftfahrt, Stichwort Airbus, wäre ohne ihn überhaupt nicht denkbar."

Er habe nicht den geringsten Zweifel daran, sagte der Kanzler, daß er sich auf die FDP weiterhin verlassen könne. Dies gelte auch für den zu erwartenden neuen Vorsitzenden Bangemann. Seine Freundschaft zu Hans-Dietrich Genscher sei „kein entscheidender Faktor bei der Neubildung der Regierung" gewesen, aber freundschaftliche Beziehungen über Parteigrenzen hinweg seien manchmal hilfreich. Er, Kohl, werde nie zu denen gehören, die der FDP die Sterbeglocke läuteten. Die Koalition mit der FDP sei für vier Jahre abgeschlossen worden.

Zu Pannen im Kanzleramt sagte Kohl: „Die Arbeitsabläufe der Regierung und Koalition müssen nach meinem Urlaub verbessert werden."

Hardthöhe für Beteiligung an Minenräumung

Co. Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat sich in der jüngsten Sitzung des Bundeskabinetts gegen eine Beteiligung der Bundesrepublik an der Räumung von Minen im Roten Meer gewandt. Wie aus Regierungskreisen verlautet, hatte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Peter-Kurt Würzbach, zuvor gegenteilige Wünsche aus militärischen Führungskreisen vorgetragen.

Genscher hielt dem Plädoyer Würzbachs für einen Einsatz der Bundesmarine an der Seite von Verbündeten politische und verfassungsrechtliche Argumente entgegen. Politisch habe Bonn eine ausgleichende Funktion im Nahen und Mittleren Osten, die auch von anderen als wertvoll betrachtet werde. So habe Frankreich für die Vermittlungsrolle der Bundesrepublik bei der Entführung einer Air France-Maschine nach Teheran gedankt. Diese Rolle sollte man nicht gefährden.

Verfassungsrechtlich besteht nach Ansicht des Außenministers unverändert das Problem, daß die Bundeswehr nicht außerhalb des Geltungsbereichs des NATO-Vertrages tätig sein dürfe. Um einen solchen Einsatz würde es sich aber bei der Teilnahme von Bundesmarine-Schiffen an der Minen-Räum-Aktion handeln.

Nach vorliegenden Informationen wäre Bonn allerdings bereit, beim Abzug von Minenräum-Booten der Verbündeten in Richtung Rotes Meer innerhalb des NATO-Bereichs für Ersatz zu sorgen.

Ägypten, USA und Briten suchen gemeinsam nach Minen

Mubarak verdächtigt Libyen / Auch Sowjet-Schiff beschädigt

DW. Kairo / Beirut

Die USA, Großbritannien und Ägypten haben in Kairo einen Koordinierungsausschuß für die Minensuche im Roten Meer gebildet und eine Arbeitsaufteilung beschlossen. Wie gestern aus britischer Quelle in Kairo bekannt wurde, soll der aus den Vertretern der drei Staaten bestehende Koordinierungsausschuß ein- bis zweimal täglich zusammentreten und die Minensuche im Golf von Suez leiten.

Es handele sich dabei jedoch nicht um eine multinationale Einsatztruppe. Jede Operation soll von ihrem nationalen Chef geleitet werden. Zu den bereits vorhandenen vier amerikanischen Minenentschärfern sollen heute vier britische Minensuchboote eintreffen. Wie es weiter hieß, wollen die Briten den Nordabschnitt des Golfs und die Amerikaner den Südabschnitt von Minen räumen. Frankreich, das mit vier Minensuchern ebenfalls an der Operation teilnehmen wird, will mit seiner Präsenz dagegen eine „rein bilaterale Hilfe" an Ägypten und Saudi-Arabien leisten.

Inzwischen haben sowohl die sowjetische Nachrichtenagentur Nowosti als auch die iranische Agentur IRNA den USA vorgeworfen, die Minenexplosionen im Roten Meer zum Vorwand für den Ausbau ihrer militärischen Präsenz in der Region zu nehmen. Ähnliche Beschuldigungen waren am Wochenende bereits von Libyen erhoben worden.

Völlige Unklarheit herrscht noch über die Frage, wer die Minen gelegt hat und von welcher Art sie sind. Der ägyptische Präsident Mubarak erklärte gestern, er verdächtige Libyen, für die Minenexplosionen im Roten Meer verantwortlich zu sein. Er hoffe, daß der von Ägypten zuvor beschuldigte Iran dagegen nichts mit den Explosionen zu tun habe.

Nach Angaben des Versicherungskonzerns Lloyd's ist auch ein sowjetischer Trawler in der Südhälfte des Roten Meeres bereits vor einer Woche auf eine Mine gelaufen. Der Vorfall, der erst gestern bekannt wurde, erhöht die Zahl der Schiffe, die seit vergangenem Monat durch Minen beschädigt wurden, auf 18.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Angeblich 0,1

Von Heinz Heck

Die SPD hatte in der Regierung viele Jahre Zeit, gemäß dem Verfassungsgerichtsurteil von 1975 die Gleichstellung von Mann und Frau in der Hinterbliebenenversorgung sicherzustellen. Nach allgemeiner Interpretation des Karlsruher Urteils sollte dies bis 1984 geschehen. Wenn sie dennoch erst in der Opposition einen abgestimmten Vorschlag zu präsentieren vermag, muß das irgendwie mit dem Problem der Verantwortung – und wann man sie nicht mehr hat – zusammenhängen.

Damit sind wir bei dem zentralen Punkt, den Kosten. Die Arbeitsminister Ehrenberg und Westphal stießen sich hier ebenso mit ihren Finanzministern Matthöfer und Lahnstein wie jetzt Blüm mit Stoltenberg. Hatte die SPD damals ein Konzept, das in der Regierung nicht mehrheitsfähig war, so ist die jetzige Koalition entschlossen, den Verfassungsauftrag zu erfüllen, jedoch kostenneutral. Das ist der Unterschied. Sozialpolitiker mögen das bedauern. Es ist jedoch eine Entscheidung, die sich – wie jede andere – an der Notwendigkeit der Haushaltssanierung orientieren muß.

Vor diesem Hintergrund sind die gestrigen Vorschläge von Frau Fuchs und Glombig zu sehen. Wer mehr Geld einsetzt, kann sich auch höhere Renten ausrechnen. Die SPD spricht von 0,1 Prozentpunkt Beitragserhöhung, also einem Nichts – in Verbindung mit ohnehin geplanten Strukturreformen. Hinter solchen blassen Begriffen kann man alles und nichts vermuten; nach aller Erfahrung am besten: das Schlimmste. Im Arbeitsministerium schätzt man die Mehrkosten der von der SPD vorgeschlagenen siebzigprozentigen Teilhaberente auf jährlich drei Milliarden Mark. Das ist nicht ganz unwichtig.

Blüms Anrechnungsmodell stellt die Eigenständigkeit des selbsterworbenen Rentenanspruchs in den Vordergrund. Ein Ansatz, der der SPD nicht unsympathisch sein sollte. Berücksichtigt man darüber hinaus, daß heute nach fünf Jahren Beitragszahlung eine solche Anwartschaft besteht, so dürfte künftig die überwältigende Zahl der Frauen zu einem eigenen Anspruch kommen.

Wer eine Reform auf Jahrzehnte anlegt, muß den Verfassungsauftrag der Gleichberechtigung im Auge haben und sollte die Finanzierung und Finanzierbarkeit nicht aus demselben verlieren. Andernfalls können Erschütterungen das ganze System in Mißkredit bringen – wie gehabt.

Verladung gescheitert

Von Heinz Barth

Mit ihrer realistischen Formel, daß sich die Familienplanung nicht durch staatliche Maßnahmen erzwingen läßt, haben sich die USA auf der Weltbevölkerungskonferenz in Mexiko City durchgesetzt. Sie schlossen sich zwar der restriktiven These des Vatikans, der auf einem totalen Verbot der Abtreibung bestand, nicht in allen Punkten an. Aber in den rund 90 Entschließungen der Konferenz, die zu heftigen Kontroversen führte, triumphierte das Prinzip, daß die Familienplanung nur als Bestandteil der Entwicklungspolitik wirksam werden kann.

Der bereits 1974 in Bukarest erreichte Grundkonsens, daß eine Wechselwirkung zwischen Unterentwicklung und rapiden Bevölkerungszuwachs besteht, wurde bestätigt und konkretisiert. Wie so oft auf technischen Konferenzen der Weltorganisation aber wurden die sachlichen Beratungen auch in Mexiko durch die Versuche einer politischen Zweckentfremdung empfindlich behindert. Die Sowjets vertraten den Standpunkt, die Übervölkerung sei am besten durch eine Entschließung zur Abrüstungspolitik zu bekämpfen. Die Araber setzten noch einen drauf und fanden, Israels Siedlungspolitik in Westjordanien habe etwas mit der Bevölkerungsexplosion zu tun.

Man darf den Amerikanern bescheinigen, daß sie nicht nur die Geduld mit solchem ausgemachten Unfug verloren haben, sondern daß sie auch die Entschlossenheit aufbringen, sich von Konferenz-Mehrheiten nicht länger verladen zu lassen. Damit hat die Reagan-Equipe neuerdings sogar Erfolg bei den sonst eher wachsweichen Funktionären der Weltorganisation.

Generalsekretär Pérez de Cuéllar verblüffte uns damit, daß er den Arabern wegen ihrer anti-israelischen Hetzkampagne die Leviten las. Er erinnerte daran, daß ihre ideologischen Störmanöver bei technischen Beratungen über ein so ernstes Problem wie die Bevölkerungsplanung nichts zu suchen haben. Das bescherte uns ein neues UNO-Gefühl. Allmählich scheint Amerikas wiedergefundenes Selbstbewußtsein auch im Glaspalast am East River Wirkung zu zeigen.

Kirchenkampf in Malta

Von Martin Gentzel

Maltas sozialistische Regierung und die katholische Kirche der geschichtsträchtigen Mittelmeerinsel führen einen erbitterten Kulturkampf. Dom Mintoff strich religiöse Feiertage, vertrieb die Theologische Fakultät von der Universität und ließ kirchliche Krankenhäuser schließen. Jetzt legt er Hand an die Schulen.

Die Kirche setzt sich mit Verve zur Wehr. Schon in den sechziger Jahren verurteilte sie die Labour-Führer und warnte davor, sozialistisch zu wählen. Anhängern dieser Partei verweigerte sie die letzte Ruhe auf Friedhöfen. In dem kleinen Inselstaat, wo der Kirchenbesuch höher als in Irland liegt, mußten sich die Genossen mit den Bischöfen arrangieren.

Der Burgfrieden währte bis zum vorigen Jahr, als die Regierung nach Kirchenbesitz griff, der aus Schenkungen herrührt. Obsiegte Mintoff vor dem Verfassungsgericht, verlöre die katholische Kirche gut Dreiviertel ihres Grundbesitzes. Mit den Einkünften aus Verpachtung werden die sozialen Werke und Bildungseinrichtungen der Kirche auf Malta getragen. Labour will durch Enteignung ihren Einfluß brechen.

Der jüngste Schlag richtet sich gegen die höheren Schulen unter kirchlicher Leitung. Mintoffs designierter Nachfolger, der Marxist Mifsud Bonnici, stellte die staatlichen Zuschüsse ein und drohte die Schließung an, falls die Schulen Schulgeld erheben. Tatsächlich ist es ein kaum verhüllter Versuch, das Bildungswesen zu sozialisieren.

Des Erziehungsministers geschmackvoller Hinweis, die Kirche könne silberne Altäre und goldene Kruzifixe einschmelzen, anstatt Schuldgeld zu erheben, erbrachte von Bischöfen und Eltern die Antwort: „Wer die Seelen unserer Kinder verführen will, wird eine richtige Revolution auslösen."

Die bei der letzten Wahl um ihren Sieg betrogene konservative Opposition will die Grundrechte und das Schulsystem Maltas vor dem sozialistischen Zugriff verteidigen. Wie sehr Labour auf der abschüssigen Bahn nach Osten abrutscht, enthüllte ihre Warnung: Die nächsten Wahlen werden gestrichen, wenn die Kirche nicht klein beigibt.



Wie man Freunde gewinnt KLAUS BÖHLE

Opposition im Abseits

Von Manfred Schell

Ist die SPD noch zuverlässig in der nationalen Frage, ist sie noch konsensfähig gegenüber den anderen großen Parteien? Nehmen wir Hans Apel. Der Mann, der sich in Berlin um das Amt des Regierenden Bürgermeisters, also um eine nationale Aufgabe, bewirbt, hat erklärt, die deutsche Frage sei „nicht mehr offen, sondern hier sind wichtige Fakten geschaffen worden". Die SPD-Führung, Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel, ist dieser unerträglichen Absage an das deutsche Anliegen nicht entgegengetreten.

In den letzten Monaten, in denen die Regierung mit hausgemachten Diskussionen die politischen Gemüter bewegt hat, hat die SPD geschickt den toten Käfer gespielt. Dieses Schweigen hatte gute taktische Gründe. Denn wenn man sich lange genug an den Fehlern der Koalition geweidet hat und sich dann fragt, wer es denn besser machen würde – was bietet einem die SPD da für ein Bild?

Ein grünlichrotes, vor allem. Nicht nur, daß sie sich die öffentliche Aufmerksamkeit mit der Konkurrenz der Grünen teilen muß, denen – auf ihre Art – dabei mehr einfällt als der SPD. Eine Abgrenzung von den Grünen wäre, selbst wenn die SPD-Führung dies wollte, schon deshalb schwer möglich, weil weite Teile der Partei denken und manche auch so sprechen wie die Grünen.

Aber die SPD will gar keine Abgrenzung, oder, genauer, sie will eine Abgrenzung nur organisatorisch, aber nicht inhaltlich. Willy Brandt steuert einen Umarmungskurs mit dem Ziel, die grünen Wähler auf seine Seite zu ziehen und eine Mehrheit links von der Union zu bilden. Bei der Europawahl ist dieser Versuch gescheitert. Die Grünen sind stärker, die SPD ist schwächer geworden. So bleibt die Möglichkeit, die Börner in Hessen durchspielt: die grünrote Koalition.

In dieser Situation muß der Gedanke von Wolfgang Roth, in der Perspektive 1987 könnte es in Bonn zu einer Großen Koalition kommen, wie ein Verzweiflungsruf erscheinen.

Sehen wir einmal davon ab, daß die Große Koalition von 1966 den Sozialdemokraten den Einstieg in die Regierungsmacht brachte und daß die Union daran keine gute Erinnerung hat. Kohls „das hat mich sehr amüsiert" ist nicht nur deshalb verständlich; der Bundeskanzler hat ein gesundes Machtgefühl und keine Anlehnungsbedürfnisse.

Wichtiger als die Erklärung von Roth sind die Reaktionen in den eigenen Reihen. Hans-Jürgen Wischnewski hat eine Große Koalition mit dem Hinweis abgelehnt, ein solches Bündnis könne es nur in „Notzeiten" geben. Typischer aber für den Zustand der SPD – und damit erschreckend – ist die Erklärung des SPD-Politikers Jansen: „Ich sehe keine Koalitionsmöglichkeit mit den konservativen Parteien."

Das soll heißen, daß für die SPD eine gemäßigte und vernünftige Partei der Mitte unerträglich ist, daß sie aber mit Leuten zusammengehen möchte, die auf unsere Alliierten Blut spritzen und sich als Feinde des demokratischen Rechtsstaats ausdrücklich deklarieren, von der in Hessen erpreßten Ausländerregelung bis zu den gewaltsamen Manöverbehinderungen, zu denen die Grünen offen aufrufen.

Es ist keineswegs übersehen worden, daß Vogel, der Fraktionsvorsitzende, eine spezielle Frage zu einem rotgrünen Bündnis in Bonn nicht klar beantwortet – schon gar nicht zurückgewiesen – hat. Hessen soll zum „Modell" werden, und die Aussage des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau, er „wolle" eine solche Koalition nicht, ist genau so zu nehmen, wie er sie formuliert hat. Er „will" sie gewiß nicht, aber er wird gegebenenfalls müssen. Börner hat auch hinsichtlich der Glaubwürdigkeit Maßstäbe im negativen Sinne gesetzt. Und wenn auch Apel recht energisch eine solche Möglichkeit für sich selber in Berlin zurückweist, für seine Partei kann er nicht sprechen.



Wie zuverlässig ist die SPD? Apel FOTO: WOLFGANG RADTKE

Die Koalition der Mitte muß sich darauf einrichten. Es wird höchste Zeit, daß sich die gemächliche CDU-Führung an Rhein und Ruhr und im Saarland rührt. Die Aussage von Jansen erinnert ja nur daran, daß es „aus der Sache heraus" keine Koalition zwischen CDU/CSU und SPD geben kann. Die Außen- und Sicherheitspolitik ist ein weiterer Beleg dafür. Die Nachrüstung mußte gegen die SPD erkämpft werden. In der Wirtschaftspolitik fällt der SPD nicht mehr ein als jene staatlichen Beschäftigungsprogramme, mit denen sie in der Regierung gescheitert ist; dies verbunden mit ihrem alten antimarktwirtschaftlichen Affekt.

Oftmals wider bessere Einsichten hat sich die SPD hinter das jüngste Streikprogramm der Gewerkschaften gestellt. Dafür hat sie sich in der Buschhaus-Frage, in der die Koalition vorgeführt werden sollte, selber blamiert, als ihr Gewerkschaftler wie Adolf Schmidt entgegentraten. In der Deutschlandpolitik ist sie keine Stütze, weil sie auf jede Kontrollfunktion gegenüber der Bundesregierung verzichtet und diese permanent auffordert, der „DDR" mehr zu geben.

Peter Glotz, ein origineller Kopf, hat gesagt, er habe nie zu denen gehört, die glaubten, daß diese Regierung über einzelne Skandale stolpern würde. Wie es dann aussieht, hat das DGB-Organ „Welt der Arbeit" präzise beschrieben: „Mit Gesetzesinitiativen fallen sie regelmäßig auf die Nase: Die Bonner Oppositionsparteien, die geschrumpfte SPD und die kleinen Grünen finden kaum Öffentlichkeitswirkung. Politisch ist ihr Einfluß in Bonn ohnehin gleich Null." Fügen wir hinzu: Ihre Fähigkeit zu seriöser Politik ist es auch. Und im Grunde ist das kein Anlaß zur Freude selbst für eingefleischte Unionswähler. Jede Demokratie braucht eine seriöse Opposition.

IM GESPRÄCH Paulo Salim Maluf

Der Senkrechtstarter

Von Manfred Neuber

Das brasilianische Volk hat nicht die Politiker, die es verdient", räsonierte Staatschef João Baptista Figueiredo über die Kandidaten-Kür für seine Nachfolge. „Die meisten lassen sich von persönlichem Ehrgeiz und nicht vom Gemeinwohl leiten." In diesem Punkte sind heute viele Brasilianer einer Meinung mit dem General, der am 15. März 1985 abtritt.

Auf dem Wahlkongreß der Regierungspartei setzte sich der umstrittene Senkrechtstarter Paulo Salim Maluf (53) gegen Innenminister Mario Andreazza (66) durch. Damit unterlag der Favorit des Präsidenten, und ein Außenseiter kämpft nun um seinen Sieg am 15. Januar im Wahlmänner-Kollegium.

Ob Maluf mit seinen Millionen und seinem Manager-Geschick dann auch den Bewerber der Opposition, Tancredo Neves (74), ausstechen kann, wird davon abhängen, ob er den Zerfall des Regierungslagers eindämmen und die Abwanderung von Wahlmännern, die ihm nicht über den Weg trauen, aufhalten kann. Hinter dem erfolgreichen Unternehmer steht der Sicherheitsapparat des gegenwärtigen Militärregimes, während die einflußreichen Finanz- und Wirtschaftskreise ein zwiespältiges Verhältnis zu ihm haben. Die seriöse Presse von São Paulo, wo Maluf als Bürgermeister und als Gouverneur seine politische Karriere begann, bezeichnet ihn als „korrupt" und als „zynisch".

„Nur wahre Führer-Persönlichkeiten haben Feinde", verteidigt sich Maluf mit einem Zitat Talleyrands. Nach der gern verbreiteten Fama kam sein Vater, ein Einwanderer aus Libanon, mittellos nach Brasilien. Der Sohn besuchte das Polytechnikum in São Paulo, trat ins Familiengeschäft ein, beteiligte sich an anderen Unternehmen und wurde Multimillionär.

Mit seinem privaten Erfolgsrezept eines hemdsärmeligen Kapitalismus glaubt der „Turco" – wie Brasilianer aus der Levante genannt werden – den südamerikanischen Giganten wieder wirtschaftlich auf die Beine bringen zu können. Maluf gab ein gutes Vorbild für Fleiß und Strebsamkeit; sein Organisationsgeschick und seine Überzeugungskraft sind in Brasilien unbestritten.



Nach Belieben mehr Staat oder mehr Freiheit: Maluf FOTO: CAMERA PRESS

Wenn er starke nationalistische Töne gegen den Internationalen Währungsfonds anschlägt und vor „fremder Einmischung" in Brasilien warnt, findet das heute Beifall, schreckt aber auch ausländische Investoren ab. Und Maluf scheut sich auch nicht, je nach Zuhörern für mehr freie Marktwirtschaft oder für mehr Wohlfahrtsstaat zu plädieren.

Mit Versprechungen ist er nicht kleinlich. Um das Ziel des ersten zivilen Präsidenten nach zwanzig Jahren Militärregime zu erreichen, bietet er schon jetzt ungeniert Posten in der Regierung, in Staatsbetrieben und in Botschaften an. Der Politologe Helio Jaguaribi sieht eine Parallele zu Deutschland in den dreißiger Jahren – und Hitler.

Gegen Arbeitslosigkeit und Inflation will Maluf einen „Feldzug" führen. Sein Chefstratege soll der frühere Planungsminister Roberto Campos werden. In der Außenpolitik strebt er für Brasilien eine Mittlerrolle zwischen den Industrienationen und der Dritten Welt an.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Kieler Nachrichten

Zu Apels Äußerung, die deutsche Frage sei nicht mehr offen, heißt es hier:

Eigentlich dürfte dieser Apel nach dieser politischen Kernaussage für keinen Berliner mehr wählbar sein. Ein Regierender Bürgermeister, der nicht mehr an die Wiedervereinigung glaubt und dies auch noch öffentlich verkündet, ist in der geteilten Stadt undenkbar. Gerade in Berlin lebt man von der Hoffnung, daß die Teilung des Volkes überwunden werden könnte, weil dort die Bürger unmittelbar, tagtäglich und immer sichtbar das durch Stacheldraht und Mauer Trennende vor Augen haben.

Frankfurter Allgemeine

Zur Berliner Mauer stellt das Blatt fest:

Dreiundzwanzig Jahre nach dem Bau der Mauer in Berlin hat die DDR ihre Grenzbefestigungen gegenüber der Bundesrepublik und West-Berlin technisch so perfektioniert, daß es von Jahr zu Jahr weniger Flüchtlingen gelingt, dieses Symbol der Unfreiheit zu überwinden. Daß die DDR es sich jetzt leisten kann, ihre Tötungsautomaten an der innerdeutschen Grenze abzubauen, und daß DDR-Grenzsoldaten jetzt weniger von der Schußwaffe Gebrauch machen, weil ausgeklügelte technische Vorrichtungen im Hinterland Flüchtlinge gar nicht mehr zur eigentlichen Grenze kommen lassen, nimmt dieser Grenze nichts von ihrer Menschlichkeit und ihrer Absurdität.

MAARIV

Die israelische Zeitung fordert eine große Koalition:

Es herrscht der Eindruck, daß die Teilnehmer bei den Verhandlungen um eine Große Koalition noch nicht begriffen haben, worum es geht, und versuchen, das Unmögliche zu erreichen: nationale Einigung in allen umstrittenen Angelegenheiten. Das kann nie erreicht werden, und wenn dieses Ziel angestrebt wird, dann erhält Israel nie eine große Regierung. Die Arbeiterpartei und der Likud können sich wenigstens in den folgenden Fragen weder jetzt, noch sonst irgendwann einigen: Das Schicksal der (besetzten) Gebiete, der Besiedlung, der Autonomie für die Palästinenser und der Frage eines Planes, mit dem Jordanien zum Verhandlungtisch gebracht werden könnte. Aber das sind nicht die dringenden Ziele auf der Tagesordnung. Das wichtigste ist die Wirtschaft.

LA LIBRE BELGIQUE

Die belgische Tageszeitung schreibt zu den sowjetischen Angriffen auf Bonn und Washington:

Drei Monate vor den Präsidentschaftswahlen in den USA glaubt Moskau, die amerikanische Wählerschaft durch den Hinweis beeinflussen zu können, mit einem anderen Präsidenten im Weißen Haus könne die Gefahr, daß der „eisige Krieg" in einen atomaren Konflikt ausartet, verringert oder gar gebannt werden. Doch die amerikanische Öffentlichkeit läßt sich durch die Drohungen des Kreml nicht beeindrucken und Bonn offenbar auch nicht.

Fromm kassieren und die Spender dafür beschimpfen

An der Praxis des Weltkirchenrats ändert sich nichts / Von Georg Huntemann

Bei der jüngsten Genfer Sitzung des Zentralausschusses des Weltkirchenrats wurde bekannt, daß dreißig Prozent des 43,75-Millionen-Dollar-Haushaltes aus der Bundesrepublik und weitere dreißig Prozent aus Kirchen der USA kommen, daß aber die Kirchen des Ostblocks kaum Beiträge wegen der Devisengesetzgebung ihrer Länder leisten. So erfährt man immerhin, daß der Weltkirchenrat vornehmlich von Geld aus den Ländern lebt, die er härtester Kritik unterwirft.

1981 erklärte der damalige Generalsekretär des Weltkirchenrates, Philip Potter, auf einer Veranstaltung in Bad Boll zur Barmer Erklärung von 1934: „Haben die Kirchen in Deutschland das Barmer Bekenntnis und diese Verwerfungen auf die gegenwärtigen Verhältnisse in ihrem Land angewandt, insbesondere angesichts der Abhängigkeit der Kirchen vom Kirchensteuersystem und all den Gefahren, die in jener Konformität mit den säkularen Mächten beschlossen liegen, die subtiler ist als zur Zeit des Nazi-Regimes?" Das haben sie nicht; aber wie ist das mit dem Weltkirchenrat selber, wenn er zu fast einem Drittel aus jenen Kirchensteuermitteln finanziert wird, in denen Potter die Gefahr der „Konformität mit den säkularen Mächten" sieht? Non olet?

Zu derselben Zeit jedenfalls, als in Genf Kasse gemacht wurde, mußte der EKD-Ratsvorsitzende Eduard Lohse die bittere Tatsache melden, daß in der hannoverschen Landeskirche in diesem Herbst die letzten Pfarrstellen besetzt werden und daß für das Heer der dann nachrückenden theologischen Hochschulabsolventen kein Platz mehr sei. Für neue Pfarrstellen fehle das Geld. Eine Pfarrerschwemme steht also bei schrumpfender Zahl der Kirchenmitglieder und rückgängigen Kirchensteuermitteln ins Haus. Angesichts der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik ist das nicht nur eine Sorge der Kirche, sondern ein Problem unseres Landes.

Da wirkt es wie ein Widerspruch, weiterhin unbesehen an Genf Gelder zu überweisen, wenn auf der letzten Vollversammlung des Weltkirchenrates in Vancouver 1983 die Theologin Dorothee Sölle unter Beifall sagte: „Ich spreche zu Ihnen als eine Frau, die aus einem der reichsten Länder der Erde kommt; einem Land mit einer blutigen, nach Gas stinkenden Geschichte, die einige von uns Deutschen noch nicht vergessen konnten; ein Land, das heute die größte Dichte von Atomwaffen in der Welt bereithält. Ich möchte Ihnen etwas sagen über die Ängste, die in meinem wohlhabenden und militaristischen Land herrschen; ich spreche zu Ihnen aus Zorn, in Kritik und mit Trauer."

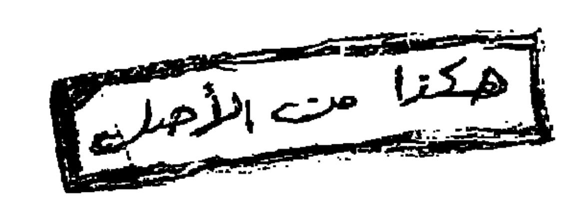
Nun bezahlt unser „wohlhabendes und militaristisches Land" für die „Befreiung" der Dritten Welt – über den Weltkirchenrat in Genf. Dazu gehört, daß eine Delegation des Weltkirchenrates im Juli dem PLO-Führer Yassir Arafat im Genfer Nobelhotel „Interkontinental" einen Besuch abstattete. Nach einer Meldung der holländischen Zeitung „Reformatorisch Dagblad" vom 21. Juli soll dabei Arafat dem Weltkirchenrat seinen Dank für die Unterstützung der Palästinenser während der israelischen Besetzung ausgesprochen haben. Dabei wissen wir, daß ganze Kirchengemeinschaften durch palästinensische Kampfverbände stärksten Repressionen ausgesetzt waren. Also Kirchensteuern für Arafat – vielleicht nicht direkt, aber in letzter Konsequenz?

Natürlich gibt es schon lange Kritik an den finanziellen Praktiken und an der Ideologie des Weltkirchenrates. Wird es in Genf nun zu einem anderen Kurs kommen? Wird der Nachfolger Philip Potters, der gerade gewählte neue Generalsekretär Emilio Castro, einen versöhnlicheren Kurs zwischen „Befreiungstheologie" und „Evangelikalen Christen" einschlagen? Sicherlich wird er milder sein in der Form. Aber in der Sache wird sich nichts ändern.

Für Emilio Castro ist der Heilige Geist eine Bewegung, durch die „alle Ketten von gestern" zerbrochen werden und die Geschichte dazu befreit wird, „ihr ganzes Potential zu gewinnen". Daß dieses Potential für ihn im Sozialismus liegt und daß auch in Zukunft Polemik gegen West und NATO und nicht gegen Ost und Kommunismus zu hören sein wird, hat er zur Genüge klargestellt. Ebenso klar ist auch, daß die Geldmittel weiterhin zu zwei Dritteln eben aus jener NATO kommen, die vom Weltkirchenrat so sehr beschimpft wird.

Das ist ein Widerspruch, der nicht nur den Weltkirchenrat selber, sondern der auch den deutschen Kirchensteuerzahler unmittelbar angeht. Für ein Forum der Weltchristenheit, das für in Not geratene Christen auf der ganzen Welt da ist, dürfte kein Opfer zu hoch sein. Für eine politische Interessengruppierung allerdings sollte man sich ein Opfer genau überlegen. Der Widerspruch zwischen Glaubensgemeinschaft und politischem Machtstreben ist ein Widerspruch zum Tode.

Professor Dr. Dr. Georg Huntemann ist Pastor von St. Martini in Bremen.



Rom dreht den Pfarrern den Geldhahn zu

Ab 1990 soll den italienischen Pfarrern das staatliche Gehalt gestrichen werden. Für den Unterhalt der Priester sollen die Gläubigen durch Spenden sorgen. Das zumindest sieht das neue Konkordat vor.

Von F. MEICHSNER

Pater Luigi aus Neapel sieht schwarz: „Von den Gläubigen ist an Spenden nichts zu erwarten. Am Ende werden wir zumachen müssen." Don Antonio aus Ghergkenzano bei Bologna ist optimistischer: „Wir haben hier den Angehörigen der Gemeinde jahraus, jahrein geholfen. Wenn wir es nötig haben, werden sie jetzt auch uns helfen." Der Pfarrer von S. Saba in Rom rettet sich in die Vorsehung: „Die Zukunft? Wer an die Vorsehung glaubt, ist optimistisch. Wer aber alles nur aus menschlicher Sicht sieht, findet es nicht leicht. Ich bin Priester und glaube an die Vorsehung."

Was Italiens fast 30 000 Priester in diesen Wochen zwischen Pessimismus, Optimismus und Vorsehungsgläubigkeit hin- und herschwanken läßt, sind die finanziellen Bestimmungen des soeben vom Senat ratifizierten neuen Konkordats, das im September noch von der Abgeordnetenkammer gebilligt werden muß. Sieht diese Neuregelung doch die Streichung des staatlichen Pfarrergehalts vom Jahre 1990 an vor. Für die Entlohnung der Priester soll künftig nicht mehr das Innenministerium, sondern die Gemeinschaft der Gläubigen mit freiwilligen Beiträgen sorgen.

Wie wird das in der Praxis funktionieren? Wie tief werden die Gläubigen in die Tasche greifen? Werden sie Jahr für Jahr gleichviel spenden? Oder wird ihr Kirchenbeitrag so großen Schwankungen unterworfen sein, daß die Priester in manchen Jahren nicht mehr wissen werden, wovon sie leben sollen?

Keiner kennt vorläufig die Antworten auf diese Fragen. Bisher sicherte das Pfarrergehalt, die sogenannte „Congrua", den Priestern eine zwar bescheidene, aber ausreichende Existenzgrundlage. Es war vor einem Jahrhundert als staatliche Entschädigungsleistung für die Enteignung kirchlichen Besitzes nach der Einigung Italiens eingeführt worden und sollte die Einnahmen der Pfarreien aus dem ihnen noch verbliebenen Immobilienbesitz „kongruent" machen mit den vorher, vor den Enteignungen erzielten Gesamteinnahmen.

Heute erhalten die Priester aus der Kasse des Innenministeriums eine monatliche „Congrua" von durchschnittlich 700 000 bis 800 000 Lire (ca. 1150 bis 1300 DM). Dazu kommen die Spenden der Gläubigen vor allem für Hochzeiten, Taufen, Erstkommunionen und Firmungen. Nur in reichen Gemeinden sind sie freilich so hoch, daß sich der Gemeindepfarrer noch seine traditionelle Haushälterin, die „Perpetua", leisten kann. In den meisten Gemeinden ist die „Perpetua" allerdings längst Vergangenheit.

Die Pfarrerdevise heißt sparen – nicht nur am Personal (mancher Priester ist heute sein eigener Küster), sondern auch an der Kleidung, am Telefon, am Auto und sogar am Essen. Nach der Neuregelung soll jetzt ab 1990 nicht nur das staatliche Gehalt fortfallen, auch die Spendeneinnahmen aus Hochzeiten, Taufen usw. sollen nicht mehr bei den Pfarreien verbleiben, sondern an einen Diözesanfonds abgeführt werden, der dann nach den von der italienischen Bischofskonferenz periodisch festzulegenden Richtlinien den Pfarrern ihr „Gehalt" zahlt.

Selbstfinanzierung der Kirche lautet die Parole. Diese Selbstfinanzierung soll über zwei Kanäle sichergestellt werden:

1. Der Staat ist bereit, wie in den USA und in Deutschland die Absetzbarkeit von Kirchenbeiträgen von der Lohnsteuer zu konzessieren. Die oberste Grenze wurde pro Steuerzahler auf rund 1640 DM jährlich festgesetzt. Würde von den 30 Prozent der praktizierenden Katholiken in Italien jeder Haushaltsvorstand mit festem Einkommen nur jährlich 350 DM steuerfrei an die Kirche abführen, brauchten sich die Priester sicherlich keine Existenzsorgen zu machen. Die Diözesanfonds würden dann allein aus diesen Einnahmen schätzungsweise fast über eine halbe Milliarde DM im Jahr verfügen können.

2. Da man jedoch dieser Rechnung – wahrscheinlich zu Recht – nicht ganz vertraut, wurde im Laufe der vatikanisch-italienischen Verhandlungen zur Neufassung des Konkordats ein zweiter Finanzierungskanal erschlossen: Der Staat wird acht pro Tausend des Lohnsteueraufkommens zur Unterstützung humanitärer und sozialer Initiativen zur Verfügung stellen, und der einzelne Steuerzahler kann auf seiner Steuererklärung bestimmen, ob sein Betrag zu diesem Unterstützungsfonds vom Staat oder von der Kirche verwaltet werden soll.

Im Augenblick belaufen sich acht Tausendstel des Lohnsteueraufkommens auf rund 650 Millionen DM. Sie alle könnten theoretisch der Kirche zufließen. Sie könnten jedoch auch ganz an den Staat gehen. Eine feste Summe ist keiner der beiden Seiten garantiert. Jede wird um die Gunst des Steuerzahlers werben müssen.

Manche Kreise in der Kirche befürchten, daß diese Methode der Selbstfinanzierung in der Laienschaft immer stärker den Wunsch nach Kontrollierung der kirchlichen Ausgabepolitik wecken könnte. Sie sehen darin die Gefahr, daß die bisherige finanzielle Abhängigkeit der Kirche vom Staat durch eine neue Abhängigkeit von innerkirchlichen „Pressure-groups" abgelöst werden könnte.

Bedenken werden vor allem auch in den Pfarrämtern wohlhabenderer Gemeinden laut. Dort mag man sich nicht mit dem Gedanken befreunden, alle eigenen Einnahmen an den Diözesanfonds abführen zu sollen. Manche dieser Gemeinden gründen ihre relative Wohlhabenheit nicht nur auf Spenden reicher Gemeindemitglieder, sondern auch auf unternehmerische Initiativen im Rahmen der „economia sommersa", also jener „untergetauchten Wirtschaft", deren Beitrag zum italienischen Bruttosozialprodukt auf 10 bis 20 Prozent geschätzt wird.

Noch andere Fragen wirft die Neuregelung der Priesterentlohnung auf. Durch sie wird zwischen Kirche und Priester ein regelrechtes zivilrechtliches Arbeitsverhältnis geschaffen. Welche Kontrollbefugnisse wird der Staat, der normalerweise jedes Arbeitsverhältnis zu überwachen hat, in diesem speziellen Fall haben und ausüben können? Wird es eine Rentenversicherung für Priester geben? Und was wird geschehen, wenn sich eine Gruppe von Priestern für unterbezahlt hält? In der Presse wird in diesem Zusammenhang schon die Frage ventiliert, ob es nicht zur Bildung einer Priestergewerkschaft kommen könnte.

Aber das sind wohl wirklichkeitsfremde Spekulationen. Daß die Neuregelung zu keinem abrupten Bruch mit der Vergangenheit führen wird, dafür wird wohl schon die immer wieder bewährte Fähigkeit der Italiener sorgen, sich mit den Gegebenheiten zu arrangieren und allen Härten die Spitze zu nehmen. Außerdem gibt es auch noch eine Reihe weiterer „Sicherheitsventile", die den Druck zur kirchlichen Selbstfinanzierung etwas vermindern können. So sollen beispielsweise die fast 20 000 Religionslehrer an den italienischen Schulen – die meisten davon sind Priester – fest angestellte staatliche Lehrer werden. Auch der Neubau von Kirchen soll weiterhin in erster Linie vom Staat finanziert werden.



Mit einem Feuerzauber über dem Coliseum verabschiedet sich Los Angeles von den Sportlern der Welt FOTOS: AP



Sportler Südkoreas freuen sich schon jetzt auf ein Wiedersehen in vier Jahren in Seoul

Ein Fest mit Feuer und Flamme

Ein langgezogenes „Ohhh" schallte aus dem Coliseum, ein „Ohhh" des Bedauerns. Es war die Antwort der Athleten auf Juan Antonio Samaranch, der als Präsident des Internationalen Olympischen Komitees die XXIII. Olympischen Spiele von Los Angeles für beendet erklärt hatte. Es war 21.19 Uhr Ortszeit, als die Spiele am Sonntag nach 16 Tagen offiziell zu Ende gingen.

Wenige Minuten später erlosch über dem Stadion das Olympische Feuer, das Rafer Johnson, der amerikanische Olympia-Sieger im Zehnkampf von Rom 1960, am 28. Juli entzündet hatte.

Doch bevor sich die Sportler aus 140 Ländern verabschiedeten, kam es zu einem Fest, in dem sich die kleinen Reste protokollarischer Ordnung in ein ausgelassenes Durcheinander auflösten. Es war ein Fest, das der Hollywood-Produzent David Wolper inszenierte, ein Fest für die Sportler, für rund 92 000 Menschen im Stadion und mehr als zwei Milliarden Zuschauer an den Fernsehgeräten in aller Welt.

Der Mann, der zur Eröffnungsfeier mit einem fliegenden Menschen für einen Knalleffekt gesorgt hatte, entführte sein Publikum in den Weltraum. Über dem Coliseum tauchte ein Ufo auf, eine „Fliegende Untertasse", die unter einem schwarzgefärbten Hubschrauber schwebte, der gegen den Nachthimmel kaum wahrzunehmen war. Ein silberner „Marsmensch" erschien und grüßte hoch über der Arena die Stadt: „Ich bin einen langen Weg gekommen, um das Beste zu sehen, was die Menschheit vollbracht hat – Olympische Spiele."

100 000 Taschenlampen in den Händen der Zuschauer verwandelten das verdunkelte Stadion in ein Glitzermeer. Längst war aus dem geordneten Einmarsch der Nationen, bei dem Ulrike Meyfarth die Flagge für die deutsche Mannschaft trug, ein buntes Durcheinander geworden, an dem sich alle Sportler beteiligten, die noch in Los Angeles waren.

Während eine halbe Stunde lang über dem Coliseum ein farbenprächtiges Feuerwerk abbrannte, wurde an alle Olympiastädte erinnert, von Athen 1896 bis Los Angeles 1984, dazu passende Musik vom Sirtaki über den „Fliegenden Holländer" bis zu Lionel Ritchie, zu dessen Hit „All Night long" 200 junge Amerikaner Breakdance tanzten. Und als auf der Anzeigetafel die Worte „See you in Seoul 1988" erschienen, erklang von einem Chor in Weiß das alte schottische Abschiedslied „Auld Lang Syne".

Doch Wehmut und Melancholie hatten kaum eine Chance. Die Spiele endeten heiter, mit tanzenden Menschen im Stadion, das plötzlich unter einer bunten Decke von Luftballons lag.

Schon während der Schlußfeier hatte der Bürgermeister von Seoul, Bo Hyun Yum, die traditonelle Olympiafahne erhalten. Eine Premiere.

Die Sportler haben ein neues großes Ziel: Es heißt Seoul 1988. (DW.)

Viele Hindernisse vor dem Sprung in die Neuzeit

Der Sprung in die Neuzeit, der Sprung in die Industrialisierung, der Sprung in das moderne westliche Leben ist bisher nicht geglückt. Togo – nur ein Beispiel für viele Länder der Dritten Welt.

Von KAREN SÖHLER

Die Savanne scheint kein Ende zu nehmen. Nur Hügelketten unterbrechen die flache Landschaft im Norden Togos. Am Fuße eines kleinen Berges lugen mehrere braune Lehmhütten hervor. Die Zahl der winzigen Bauten läßt auf die Größe der Familie schließen, die in dieser Einsamkeit haust. Vor dem Eingang des Mini-Dorfes wiegt sich das Oberhaupt, afrikanisch gekleidet, in einem Schaukelstuhl. Der alte Mann hat die bequeme Sitzgelegenheit von seinem Sohn geschenkt bekommen.

Der Sohn, der längst diese Umgebung verlassen hat, in einem Haus europäischen Stils in der Landeshauptstadt Lomé wohnt und zum Minister avancierte, würde seinem Vater gern noch mehr bieten. Doch der Vater lehnt das neue große Haus nebenan und damit den Sprung in die moderne Zeit ab. Zu einer Küche gehören für ihn nur eine Feuerstelle, über der zuweilen ein Hühnchen gebraten wird, und große tönerne Bottiche, in denen Hirse, Mais und Sorghum zu Brei verarbeitet werden.

Der Kontrast, der sich hier auf wenigen hundert Metern auftut, ist bezeichnend für dieses Land an der Westküste Afrikas, ebenso wie für seine Nachbarn Ghana, Obervolta und Benin. Nur rund fünf Prozent der 2,6 Millionen Einwohner sind bisher mit der westlichen Zivilisation vertraut.

Kein Wunder also, daß die Einfuhr von 2000 Traktoren 1974 zur Entwicklung des Landes wenig beitrug. Entweder konnten die Bauern mit den Maschinen nicht umgehen oder die Kosten für Miete und Benzin standen in keinem Verhältnis zum Ertrag. So ist der größte Teil dieser Anschaffung zum Verrosten verdammt. Auch der Kauf moderner Silos erwies sich als Fehlinvestition. Zu spät stellten die Togoer und ihre Berater fest, daß diese Behälter für tropisches Klima ungeeignet sind.

Inzwischen sind Entwicklungshelfer und Regierung zu der Erkenntnis gelangt, daß die Bauern zunächst auf ein seßhafteres Leben als bisher vorbereitet werden müssen. Denn gerade in der Zentralregion, in der 60 Prozent der Landwirtschaft angesiedelt sind, hängen noch die meisten Togoer dem Wanderfeldbau an. Sie bearbeiten einen Acker, bis er ausgelaugt ist, dann ziehen sie weiter und bewirtschaften den nächsten Boden. Das alte Feld erhält Zeit, sich zu regenerieren. Auf diese Weise wird freilich höchstens die Hälfte der etwa 230 000 Hektar, die in diesem Raum landwirtschaftlich genutzt werden könnten, ertragbringend verwendet.

Ein 1976 begonnenes deutsche Projekt soll die Ertragskraft des Bodens und die der Bauern steigern helfen. Doch um dieses Ziel zu erreichen, mußte und muß mit der Schulung ganz am Anfang der Landwirtschaftslehre begonnen werden. Das Pflügen mit Ochsen ist für die meisten unbekannt. Hinzu kommt, daß sich die meisten Togoer vor den Tieren ängstigen. Denn Großtiere kannten sie bisher nicht.

Diese Hürden zu bewältigen kostet Zeit vor allem dann, wenn zur Ausbildung in dieser Region nur eine „Freiluftschule" zur Verfügung steht, die für jeweils zwölf Bauern und ihre Frauen zehnmonatige Kurse anbietet. Zwar unterstützen fünf ausländische und ungefähr 60 einheimische Berater die Bemühungen, die Leistungsfähigkeit zu steigern. Aber angesichts der über 40 000 Bauern, die mit ihren Familien jeweils ein bis zwei Hektar bewirtschaften, können nur langsam Fortschritte erzielt werden. Dazu kommt, daß überall Wasser fehlt.

Wasser fehlte auch, als die Regierung versuchte, im Hochland von Kpalime auf 50 000 Hektar alte Kakao- und auf 60 000 Hektar alte Kaffeesträucher durch neue zu ersetzen. In drei Etappen pumpte die Regierung knapp 25 Millionen Dollar in das Projekt (knapp 30 Prozent der 1983 eingenommenen Fremdwährung stammen aus dem Kaffee- und Kakao-Export). Jedoch schlug der erste Erneuerungsversuch wegen der Trockenheit fast gänzlich fehl. 80 Prozent der Sträucher gingen ein. Erst beim zweiten Anlauf, nachdem die Millionen versickert waren, erkannten die Experten, daß die jungen Pflanzen im Schatten der alten angebaut werden müssen.

Doch die in einigen Projekten zunächst vergeudeten Entwicklungshilfegelder sind in Togo nicht die größte Schwierigkeit. Von der Milliarde, die seit 1960 bilateral und multilateral an Togo vergeben wurde, sind große Teile in den durchaus sinnvollen Ausbau des Hafens von Lomé geflossen. Daß Togo seit eineinhalb Jahren wieder zu den Ärmsten der Armen gehört und die finanziellen Hilfen infolgedessen als nichtrückzahlbare Finanzierungsbeiträge gewährt werden, „verdankt" Togo seinen eigenen Bemühungen und den Anstrengungen der Banken und der ausländischen Berater, das Land zu industrialisieren. So boten Spanier zu günstigen Konditionen den Bau einer Textilfabrik in Lama Kara. Die Regierung ließ sich das Angebot nicht entgehen. Unbeachtet aber blieb, daß es bereits eine Textilfabrik gab, die völlig ausreicht, um den inländischen Bedarf zu decken, und daß die Qualität zu schlecht sein würde, um nach Europa exportieren zu können. Das Resultat dieser Fehlplanung ist, daß heute beide Fabriken künstlich am Leben erhalten werden.

Auch andere Investitionen wurden nur unvollständig durchdacht und schon gar nicht dem Entwicklungsstand des ganzen Landes angepaßt. Der plötzlich steigende Preis des Hauptexportgutes, des Phosphats, Anfang der siebziger Jahre blendete die Blicke in die Realität. Man glaubte, der Zeitpunkt für eine Industrialisierung sei gekommen. Die Kreditinstitute verfügten über genügend Liquidität, um Togo zu helfen, den unerwarteten Reichtum mit ausreichendem Fremdkapital richtig anzulegen.

Auf der Basis staatlicher Finanzierungen durch ausländische Kredite wurden in kürzester Frist ein Elektrostahlwerk für etwa 80 Millionen DM und eine Raffinerie für rund 120 Millionen DM aus der Erde gestampft. Beide Unternehmen waren auf den devisenraubenden Import von Rohstoffen angewiesen, die sie verarbeiten sollten. Der Erfolg dieser Planung: Die Betriebe liegen still.

Für ungefähr 400 Millionen DM baute die Regierung mit Ghana und der Elfenbeinküste zusammen eine Zementklinkerfabrik, um auf diese Weise das große Kalkvorkommen im Süden des Landes zu nutzen. Doch auch hier sind die Kapazitäten bei weitem nicht ausgelastet.

Um auf dem Energiesektor von Ghana unabhängig zu werden, das bis vor kurzem den gesamten Strom lieferte, investierte die togoische Regierung in einen Kraftwerkskomplex. Fertiggestellt wurden bis jetzt nur das Diesel- und das Gasturbinenkraftwerk für ungefähr 100 Millionen DM. Der Bau rentiert sich aber erst, wenn das Dampfkraftwerk den schon errichteten angeschlossen wird. Nur dafür fehlten bislang die Mittel.

Allein für diese fünf Unternehmen wendete der Staat in den goldenen siebziger Jahren runde 750 Millionen DM auf. Daran sind die sechs Hotels, die während des gleichen Zeitraumes für insgesamt etwa 270 Millionen DM auf die rote Erde gesetzt wurden, noch nicht enthalten. Togo hatte gehofft, auf diese Weise den Tourismus und gleichzeitig Geschäftsleute anzuziehen. Doch bislang ist auch diese Wirtschaftlichkeitsrechnung nicht aufgegangen. Statt dessen steht das Land mit einem Staatshaushalt von rund 400 Millionen DM einer Auslandsverschuldung von gut einer Milliarde Dollar gegenüber.

Apels unverhoffter Sinneswandel gibt den Berlinern zu denken

Warum gab der „Parteisoldat" seine deutschlandpolitische Zurückhaltung auf?

F. DIEDERICHS, Berlin

Der Kandidat der Berliner SPD für das Amt des Regierenden Bürgermeisters übte seit seiner Nominierung im April dieses Jahres stets vornehme Zurückhaltung, wenn ihn Journalisten auf sein deutschlandpolitisches Programm ansprachen, das die Berliner im Falle eines Wahlsieges am 10. März 1985 erwartet. „Dafür ist es noch viel zu früh, ich muß hier erst noch Erfahrungen sammeln", gab der Hanseat Hans Apel im Berliner Revier stets zu verstehen.

Daß der „Parteisoldat", der seine Parteipflicht künftig im Rathaus Schöneberg erfüllen möchte, nun vier Monate nach seiner Berufung mit der Grundsatzerklärung aufwartete, „die deutsche Frage" sei „nicht mehr offen", mag so gar nicht zu den Wissenslücken passen, mit denen er im Vor-Wahlkampf gern kokettiert. Ob an den Übergängen zu Ost-Berlin oder auf der Baustelle in Kreuzberg – dem Grenzbeamten wie Facharbeiter tritt Apel gerne mit der Wißbegier entgegen, „daß ich gekommen bin, um mich belehren zu lassen".

In Rundfahrten durch alle zwölf Bezirke hat er in den vergangenen Monaten versucht, Stadt und Städter zu begreifen. Tat er sich schwer dabei? „Meine Frau und ich geben uns große Mühe zu verstehen, was in dieser Stadt passiert. Und ich muß sagen, daß das schwerer ist, als ich mir gedacht habe", gibt Apel mit einer Offenheit zu, die beim Bürger die Frage aufwirft, ob er die hanseatische Offenbarung als selbstbewußtes Eingeständnis oder versteckte Anbiederei werten soll – ebenso wie das Bonmot des Mannes: „Manchmal rede ich eben schneller, als ich denke."

„Ich bin Dr. rer. pol. und nicht Dr. Allwissend", beschied Apel auch dem neugierigen Schüler aus Neukölln, doch auf dem Nominierungsparteitag weiß Hans Apel ganz sicher, daß „in Berlin die Fragen der Deutschlandpolitik und der aktuellen Wirtschaftspolitik am direktesten gestellt" werden. So direkt, daß der ehemalige Finanz- und Verteidigungsminister der Stadt zugesteht, sie brauche „Nüchternheit und Realität statt Emotionalität".

Ob die Realität des Hans Apel auch die Mauer zwischen den Berlinern als eine der „wichtigen Fakten" sieht, die im deutschlandpolitischen Feld gemauert wurden?

Was der Mann, der bisher vermied, eigene Akzente durchschimmern zu lassen, gegenüber einer Neuköllner Schulklasse erklärte, beleuchtet einige Grundsätze des Apel'schen Realitätsdenkens: „Besuche und Gespräche, auch mit Abgeordneten der DDR-Volkskammer, sind nützlich, selbstverständlich muß man dabei immer seinen eigenen Standpunkt klar vor Augen behalten. Die DDR ist für mich nicht Ausland, aber mehr Freiheit für DDR-Bürger ist für mich wichtiger als die Wiedervereinigung."

Kein hochgestecktes deutschlandpolitisches Ziel also, daß sich an der Prämisse des im Grundgesetz festgelegten Wiedervereinigungsgebotes mißt. Wie sehr Hans Apel dies früher einmal ins Auge gefaßt hatte, spiegelt ein Essay des damaligen Verteidigungsministers wider, das 1978 in der „Frankfurter Rundschau" dokumentiert worden ist:

„Wir sind ein geteiltes Land. Wir haben die Interessen, die Lebensfähigkeit und Zukunft West-Berlins zu sichern. Hunderttausende Deutsche aus Osteuropa leben jetzt bei uns und können sich ihr Leben so einrichten, wie sie es wollen. Acht Millionen Bürger unseres Landes haben im letzten Jahr ihre Verwandten und Freunde in der DDR besuchen können, meist im eigenen Pkw. Das ist die Deutschlandpolitik der Realität. Nur so wird zwischen deutschen Menschen das Gefühl dafür erlebbar, daß die deutsche Frage wirklich offen ist."

Der plötzliche Sinneswandel des Spitzenkandidaten wird vor allem jene verblüffen, denen er noch im April dieses Jahres mit auf den politischen Weg gab: „Ich bin jemand, der seine Position vertritt und geprägt ist."

Wie wenig jedoch selbst hanseatische Sturheit manchmal ein Verharren auf eigenen Positionen ermöglicht, beweisen die entscheidenden Aussagen vor und nach seiner Kandidatur. „Mich zieht nichts nach Berlin", ließ er noch wenige Monate vor dem Augenblick durchschimmern, als durch den Rücktritt Harry Ristocks der Marschbefehl für den Parteisoldaten eintraf.

Wenig überzeugend klang später dann das Pardon, daß einer, der in Hamburg lebe, dort Freunde habe und über zehn Jahre lang Ministerialämter innegehabt habe, sich nicht unbedingt als erster melde, wenn es um neue hohe Ämter geht. Jetzt wolle er aber in Berlin bleiben, „denn wer quält sich schon gerne 16 Stunden am Tag und geht wieder weg".

Dennoch, und da ist sich Frau Ingrid Apel sicher, wird sie ihren Mann auch dort wiedersehen, wo Segeltörn und St.-Pauli-Fußballer faszinieren. „Er ist von Bonn immer wieder nach Hamburg zurückgekommen, er wird auch von Berlin nach Hamburg zurückkommen", beschrieb sie kürzlich die heimlichen Sehnsüchte des Hanseaten.

Seit heute morgen ist Hans Apel in Berlin polizeilich gemeldet. Und heute auch will er sich erstmals bei der Visastelle für Ost-Besuche einen Mehrfachberechtigungsschein holen.

Erstes Treffen zwischen Junger Union und FDJ

E. N. Bonn

Für ein zusätzliches Gewaltverzichtsabkommen mit der „DDR", wenn es „weiterführende und konkretisierende Elemente enthält", hat sich der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Christoph Böhr, ausgesprochen. Nach einem Zusammentreffen mit dem Ersten Sekretär des Zentralrates der FDJ, Eberhard Aurich, in Augustusburg nahe Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) sagte Böhr in Bonn außerdem, es bestehe eine „gute Chance", daß der seit Mai dieses Jahres unterbrochene Jugendaustausch zwischen den beiden deutschen Staaten wiederaufgenommen werde, wenn die Bundesregierung auf die Erwähnung der FDJ im nächsten Verfassungsschutzbericht verzichte. Daß es sich bei den Teilnehmern solcher Veranstaltungen vorwiegend um FDJler handle, sei seit Jahren bekannt, sagte Böhr, der sich zusammen mit JU-Bundesgeschäftsführer Claudius Schlumberger sechs Tage lang „privat" in der „DDR" aufgehalten hatte.

Die „DDR" hatte, nachdem für 1984 ein Austausch von 2200 Jugendlichen geplant war (1983: 1100), eine Einstellung der Reisen verfügt und als Begründung angegeben, daß der Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministeriums die prozentual hohe Teilnahme von Funktionären und politischen Agenten gerügt hatte.

BGS-Kommandeur stellt Strafantrag

hum. Eschwege

Strafantrag wegen Verleumdung hat der Kommandeur der Hersfelder Bundesgrenzschutzabteilung, Polizeidirektor Hermann Casel, gegen Funktionäre der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und den Vorsitzenden des Hersfelder Personalrats gestellt. Dies bestätigte die Staatsanwaltschaft in Fulda. Vertreter der GdP hatten behauptet, Casel habe eine Gruppe der als rechtsextrem eingestuften „Wiking-Jugend" am 27. Juli in der Hersfelder BGS-Unterkunft empfangen. Sowohl Casel als auch das vorgesetzte Grenzschutzkommando „Mitte" in Kassel hatten diese Behauptung als unwahr dementiert.

Spionageprozeß gegen „DDR"-Physiker

AP, Düsseldorf

Wegen Agententätigkeit für den Ostberliner Staatssicherheitsdienst müssen sich seit gestern ein 47jähriger Wissenschaftler aus der „DDR" und sein drei Jahre jüngerer Schwager aus Köln vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht verantworten. Dem Physiker und Chemiker aus Rostock wird vorgeworfen, zwischen 1980 und 1983 mit falschen Papieren mindestens fünf Mal in die Bundesrepublik Deutschland gereist zu sein und Forschungsergebnisse vornehmlich aus dem wissenschaftlich-technischen Bereich ausgekundschaftet zu haben. Dabei soll er seinen Schwager, der Betriebsleiter einer Erdölverarbeitungsfirma in Köln war, intensiv ausgefragt haben. Der Wissenschaftler ist seit September vergangenen Jahres in Untersuchungshaft.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Lehre im Verbundsystem" macht auch außerhalb Hamburgs Schule

Ein neues Modell: Betriebe können eine Ausbildung in Teilbereichen anbieten

Von HERBERT SCHÜTTE

Mehr Lehrstellen – in dieser Forderung sind sich Kanzler und Kammern, Parteien und Gewerkschaften einig. Doch hat der immerwährende Ruf nicht auch eine gewisse Schwerhörigkeit bei den Adressaten zur Folge? Ein neues Projekt statt alter Parolen hat die „Ausbildungsplatzinitiative Hamburger Wirtschaft e. V." zum Ziel. Sie will damit die Sperre bei vielen Unternehmen aufbrechen, die bei der Frage nach Lehrstellen Fehlanzeige melden mit der Begründung: „Wir können kein vollständiges Berufsbild anbieten."

Die Hamburger Initiative – maßgeblich unterstützt von der Handelskammer und großen Firmen wie Otto-Versand, der Vereins- und Westbank, dem Axel Springer Verlag und der Hanse-Merkur-Versicherung – entzieht den nicht ausbildungsfähigen Betrieben dieses Alibi: Sie stellt ein Ausbildungs-„Puzzle" zusammen. Teilkapazitäten einzelner Firmen werden im Verbund – durch eine Lehre in zwei oder drei sich ergänzenden Berufsbereichen – zu einem vollen Ausbildungsplatz kombiniert.

Das Hamburger Verbundsystem, im Frühjahr 1983 ins Leben gerufen, hat Nachahmung gefunden. Vorsitzender Ingo Bünsch: „In Lübeck und in Braunschweig läuft die Ausbildung nach unserem Modell an, in Nürnberg und Lahr wurden Initiativen nach Hamburger Muster gegründet."

Der Verein hat in der Hansestadt beträchtliche Reserven mobil gemacht: Bis Anfang September werden es rund 80 Lehrstellen sein, die nur mit Hilfe der Puzzle-Arbeit in dem Ein-Mann-Büro der Initiative zur Verfügung gestellt werden. Bünsch, Vorsitzender der Kommission „Mehr Arbeit für Jugendliche" im Bundesverband Junger Unternehmer, bietet inzwischen 20 verschiedene Berufsbilder vom Außenhandelskaufmann bis zum Buchhändler, vom Seegüterkontrolleur bis zum Energieanlage-Elektroniker an.

Ein Hotel garni konnte bisher keinen Hotelkaufmann ausbilden – es fehlte die Küchen-Komponente. Die Hamburger Initiative fand Ergänzungs-Kapazitäten in Restaurants. Wer nur Büro und Buchhaltung anzubieten hat, kann keinen Lehrling zum Datenverarbeitungskaufmann ausbilden. Wenn jedoch ein zweiter Betrieb

Landesbericht Hamburg

EDV-Anwendung und ein dritter die Ausbildung in einem Rechenzentrum einbringen kann, kommt ein vollständiges Berufsbild zusammen. Ein Reiseverkehrs-Kaufmann muß Erfahrungen bei der Vermittlung von IATA-Flügen wie auch im Charterverkehr nachweisen, nicht jedes Reisebüro hält beide Serviceleistungen vor. Auch hier stellte die Initiative Ausbildung in Teilbereichen zusammen.

Für die jungen Leute, die sich bei diesem gemeinnützigen Verein bewerben – unmittelbar nach der Aufnahme seiner Tätigkeit erhielt er mehr als 1000 Anfragen von Interessenten –, ist die Ausbildungsinitiative der zuständige Arbeitgeber mit allen Rechten und Pflichten, mit fest vereinbartem Entgelt, unabhängig, welche Teilausbildungs-Firma gerade am Zuge ist.

Nach einem Jahr Ausbildung stellt Bünsch befriedigt fest: „Unsere Nachwuchskräfte sind flexibler." Begründung: Sie haben verschiedene Firmen, unterschiedliche Betriebsklimate und Unternehmens-Hierarchien kennengelernt. Der Verein offeriert den Auszubildenden – neben der Berufsschule – zusätzliche Fortbildungsmaßnahmen wie Deutsch, Englisch, EDV – ein Kursus übrigens, der sofort überzeichnet war.

Eine Hamburger Stiftung hat einen fünfstelligen Betrag speziell für diese Schulungsangebote zur Verfügung gestellt. Die Lehrkräfte – zum Teil leitende Angestellte – verzichteten auf einen Teil ihrer Vergütung. „Damit bieten wir deutlich mehr als Klein- und Mittelbetriebe leisten können", freut sich Ingo Bünsch. Es sei erklärtes Ziel der Initiative, gute Leute so zu fördern, daß sie einmal Spitzenleistungen bringen können.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat das Hamburger Modell ausdrücklich akzeptiert. Otto Wolff von Amerongen, Präsident des DIHT, bescheinigte dieser Ausbildungsform, sie erfordere „mehr Phantasie als Mühe. Davor sollte aber niemand zurückschrecken."

Bünsch sieht noch weiße Flecke auf der Karte von Ausbildungs-Kombinationen. „Wir haben" – so ist er überzeugt – „die Grenze des Machbaren noch lange nicht erreicht." Im Groß- und Außenhandel sowie in Rechenzentren könnten mit Sicherheit Teilkapazitäten im Puzzle zusammengestellt werden. Bei Unilever entdeckte er freie Labor-Kapazitäten – eine inzwischen realisierte Chance für zwölf Chemie-Laborantinnen, die den anderen Teil der Ausbildung bei einem großen Zigarettenunternehmen absolvieren.

Im Effekt sei Geld dafür sinnvoller angelegt als in staatlichen Sonderprogrammen, meint man bei der Initiative. Zudem würden die Jugendlichen nach Tarif bezahlt.

Ein Plädoyer für die Verkabelung

Kommunale Spitzenverbände sind allerdings gegen ein Monopol der Bundespost

REINHARD GORENFLOS, Bonn

Die Verkabelung von Städten und Gemeinden sollte zügig vorangetrieben werden. Hierin sind sich die kommunalen Spitzenverbände einig.

Vertreter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes hatten bereits in der vergangenen Woche in Bonn erklärt, ihr Verband begrüße die Politik des Bundespostministers. Die Einführung neuer Kommunikationstechniken, betonte Verbands-Präsident Magin, sei für die „Standortqualitäten der Gemeinden" entscheidend.

Auch im Deutschen Landkreistag befürwortet man die Verkabelungspolitik: Dies sei „eine ganz unvermeidliche Entwicklung", meint Beigeordneter von der Heide. Der Deutsche Städtetag ist ebenfalls für eine „zügige Durchführung der Verkabelung", wie das Geschäftsführende Präsidialmitglied Weinberger erklärte.

Die Linie der Verbände stützt sich auf eine aus ihrer Sicht nach wie vor ungebrochene Nachfrage der Kommunen. Magin unterstrich, den meisten Städten ginge es „gar nicht schnell genug", und verwies auf eine Umfrage bei 70 nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden: 52 hätten ein schnelleres Verkabelungstempo gewünscht, 15 seien mit der gegenwärtigen Planung der Post zufrieden, und nur drei hätten die Verkabelung gänzlich abgelehnt.

Ähnlich wie im Städte- und Gemeindebund gibt es auch im Deutschen Landkreistag keine parteipolitischen Differenzen über die Einführung der Zukunftstechnologien. Im Städtetag wurde der Kurs übereinstimmend beschlossen. Manche Städte zögern noch mit der Verlegung der Kabel: Bei den einen spielen medienpolitische Gründe eine Rolle, andere spekulieren auf die leistungsfähigeren Glasfaserkabel, die aber erst zu Beginn der 90er Jahre zur Verfügung stehen werden.

Die Kommunen erhoffen sich von der Verkabelung eine bessere Empfangsqualität des Fernsehens in abgelegenen Regionen und eine beträchtliche Vermehrung der Programme. Vor allem aber sehen die Kommunalpolitiker mit der Verkabelung eine Chance für Regionalfunk und -fernsehen kommen. Die Gemeindepolitik sei bisher in der Berichterstattung zu kurz gekommen, meint Präsidialmitglied Mombaur vom Städte- und Gemeindebund. In einem föderalen Staat müsse auf der Ebene von Bund, Land und Stadt informiert werden. Langfristig erwarten die Fachleute von den neuen Technologien zusätzliche Dienste für die Wirtschaft wie zum Beispiel den Bildschirmtext.

Wenn es ums Geld geht, ist der sonst so harmonische Gleichklang im Chor der kommunalen Spitzenverbände aber etwas gestört. Der Städte- und Gemeindebund forderte, das Land dürfe bei der Einführung der Kabel nicht benachteiligt werden. Es sei zwar verständlich, daß die Bundespost als Betrieb auch nach Rentabilitätskriterien verfahre, doch als Bundesunternehmen sei es ihre Aufgabe, für „gleichwertige Lebensverhältnisse" im gesamten Bundesgebiet zu sorgen. Daher sei es für den Verband „inakzeptabel", so Mombaur, wenn die Breitbandkabel nur in Ballungsräumen installiert würden. Mischkalkulation und Einheitlichkeit der Verkabelungsgebühren sollten erhalten bleiben.

Beim Städtetag sind andere Töne zu vernehmen. Der Verband verlange zwar gegenwärtig keine (differenzierten) Kostenpreise, so Weinberger, doch müsse klar sein, daß einheitliche Gebühren für den Städter ein Opfer bedeuteten.

Die Kommunalverbände wollen aber nicht von der Bundespost allein abhängig bleiben. Ihr Petitum lautet deshalb: Kommunen und Privatunternehmen sollten selbst Breitbandkabel legen dürfen. Landkreistag und Städte- und Gemeindebund setzen sich dafür besonders nachdrücklich ein. Verbandspräsident Magin bot der Post sogar die Zusammenarbeit mit kommunalen Versorgungsunternehmen an.

Fraglich bleibt nur, ob die Initiative bei Privatunternehmen und einzelnen Kommunen groß genug ist. Beim Städtetag, der die lokalen Bemühungen gleichfalls mit Sympathie sieht, ist zu hören, die private Verkabelung sei noch nicht so recht in Fahrt gekommen.

Sowjet-Offizier als Dieb ertappt

xhk. Baden-Baden

Ein Opel-Kadett mit der Nummer 61 der „Sowjetischen Militärmission (SMM)" in Baden-Baden hielt am 10. Juli dieses Jahres um 6.00 Uhr morgens vor dem Zeitungskiosk gegenüber dem Kloster von Hirsau im Schwarzwald. Dem Pkw entstiegen drei Mitarbeiter der SMM, darunter der stellvertretende Missionschef, Kapitän zur See Smolenzew. Das Trio ergriff die frisch gelieferten Pakete mit Zeitungen und Zeitschriften und verstaute die gratis „erworbene" Lektüre in ihr Dienstfahrzeug.

Das Pech der offiziellen Vertreter Moskaus: Ihr gesetzwidriges Tun wurde von einigen Passanten, die auf dem Wege zur Arbeit waren, beobachtet. Sie notierten das Kennzeichen des Fahrzeugs und meldeten den Vorfall dem Kioskinhaber Dieter Volz. Dieser erstattete bei der Kriminalpolizei Anzeige gegen die Angehörigen der Militärmission, die Staatsanwaltschaft Tübingen nahm die Ermittlungen auf, verhängte gleichzeitig eine Nachrichtensperre über das heikle Thema.

Dieser Vorfall, der jetzt von örtlichen Behörden der WELT bestätigt wurde, beleuchtet ein Problem, das deutsche Behörden und französische Sicherheitsstellen (die Sowjets sind bei den französischen Streitkräften akkreditiert) seit Jahren zu schaffen macht: die Skrupellosigkeit, mit der die 16 Angehörigen der Mission in Baden-Baden die Gesetze des Gastgeberlandes mißachten.

Besonders gravierend ist dabei der Vorgang um den sogenannten „Glatteisspion" Reiner Paul Fülle, der nach seiner Verhaftung am 19. Januar 1979 fliehen konnte. Mit Hilfe der SMM in Baden-Baden, die den Agenten eine Woche lang im Keller ihrer Mission verbarg, wurde er in einer großen Kiste der Sowjetarmee in einem „Möbelfahrzeug" nach Ost-Berlin gebracht.

Später kehrte Fülle zurück und berichtete vor dem Oberlandesgericht Stuttgart, das ihn Anfang dieses Jahres zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilte, von diesem Streich der Sowjets auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

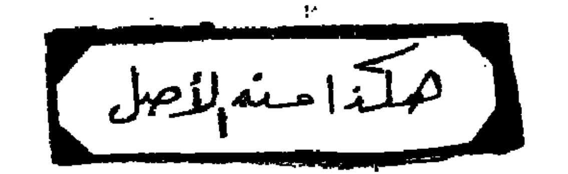
Neben solchen spektakulären Gesetzesverletzungen gibt es sowohl im reinen kriminellen als auch im nachrichtendienstlichen Bereich permanente Gesetzesverletzungen durch die Angehörigen der sowjetischen Mission:

- Vor wenigen Wochen wurde der bisherige Missionschef Juri Glotov, der sein Amt erst seit August 1982 innehatte, plötzlich nach Moskau zurückbeordert. Der vorzeitige Befehl zur Rückkehr hängt offenbar mit einem Verkehrsdelikt unter Alkoholeinfluß zusammen. Dies bedeutet übrigens, daß der Zeitungsdieb von Hirsau, Smolenzew, derzeit der amtierende Missionsleiter ist.
- Weniger Skrupel zeigte die Mission im Falle von Hauptmann Doubinin. Er wurde im Juni 1982 in Sinsheim (unweit von Heilbronn) bei einem Ladendiebstahl in flagranti ertappt. Im Supermarkt „Esbella" entwendete er einen manuellen Rasierapparat im Wert von 4,49 Mark. Nachdem die Polizei und später auch die Franzosen bei der Mission vorstellig wurden, blieb Doubinin nicht nur im Amt, sondern wurde zum Major befördert. Erst einige Monate später wurde der diebische Offizier unauffällig in die Sowjetunion abgeschoben. Über sein weiteres Schicksal ist im Westen nichts bekannt.

Weitaus gravierender als diese kleinen Gaunereien sind jedoch die ungewöhnlichen nachrichtendienstlichen Aktivitäten der kleinen Mission in Baden-Baden. Dabei war der Fall Fülle nur die Spitze eines Eisbergs, wie Beobachter der Szene erklärten.

Die WELT erfuhr in Baden-Baden, daß alle 16 Missionsarbeiter Angehörige des militärischen Geheimdienstes GRU sind. Häufig befinden sie sich in der Bundesrepublik in verbotenen oder gesperrten Gebieten, um ihrer Spionagetätigkeit unverfroren nachzugehen. Dabei ist es für Mitarbeiter der Abwehrdienststellen schwierig, die sowjetischen Agenten zu verfolgen.

In den Fahrzeugen der Mission sitzen zumeist drei Personen: der Mann auf dem Beifahrersitz beobachtet die Straßen rechts und vor dem Wagen, ein Mitarbeiter auf dem Rücksitz oberserviert die Situation hinter ihm. Nicht nur am Tage, sondern vor allem in den Abend- und Nachtstunden sind die Sowjets als „Nachtschwärmer" auffällig geworden, wurde weiter bekannt.



Kandidaten für Präsidentenamt in Brasilien

AFP, Brasilia

Der Gouverneur des brasilianischen Bundesstaates Minais Gerais, Tancredo Neves (74), ist gestern vom Parteitag der größten Oppositionspartei, „Partei der Demokratischen Brasilianischen Bewegung" (PMDB), zum Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen im Januar 1985 aufgestellt worden. Der gemäßigte Politiker gilt als ernster Widersacher des ehemaligen Gouverneurs von Sao Paulo, Paulo Maluf (53), den die regierende „Demokratisch-Soziale Partei" (PDS) am Samstag für die Wahlen nominiert hatte. Die Wahl des Nachfolgers von *Präsident Figueiredo wird am 15. Januar* 1985 stattfinden.

Kleinere Oppositionsparteien haben sich noch nicht hinter Neves gestellt. Nach dem Scheitern der Verfassungsreform für die Wiedereinführung der Direktwahl ist seine Kandidatur für die Opposition nach 20 Jahren Militärregime jedoch die einzige Chance, den Präsidenten zu stellen.

ETA-Terrorist von Polizei erschossen

dpa, Madrid

Der ETA-Terrorist Pablo Gude Pego, alias „Antxon el Grande", ist gestern morgen in Lasarte bei San Sebastian bei einer Schießerei mit der Guardia Civil tödlich getroffen worden. Wie das spanische Innenministerium bekanntgab, hatte Pego das Feuer auf zwei Beamte eröffnet, die seine Personalien kontrollieren wollten. Seine Begleiterin konnte fliehen. Das Terroristenpaar hatte kurz zuvor zwei Bomben in eine Verkaufsstelle von „Citroën" in Lasarte gelegt, deren Explosion schwere Sachschäden anrichtete. „Antxon el Grande" wurde als Mitglied eines Terrorkommandos des zur ETA gehörenden radikalen „Autonomen Antikapitalistischen Kommandos" gesucht, das am 23. Februar den sozialistischen Senator Enrique Casas erschossen hatte.

Geraldine Ferraro hat das Reagan-Lager verunsichert

Ihre Themen sind die des Präsidenten: Familie, Religion und Patriotismus

DIETRICH SCHULZ, Washington

Erste Gerüchte konnte man schon in San Francisco, am Rande des Parteikonvents der Demokraten, hören: Mit den Angaben, die Geraldine Ferraro über ihre Finanzen gemacht hatte, stimmt etwas nicht. Jetzt, drei Wochen später, wurde aus dem Gerücht ein öffentlich erhobener Vorwurf: Die Abgeordnete habe es seit 1979 unterlassen, in den gesetzlich vorgeschriebenen Angaben über ihre Vermögenslage die Einkünfte ihres Mannes, eines geschäftlich sehr erfolgreichen *Grundstücksmaklers, mit zu berücksichtigen.*

Ist das ein strafwürdiger Verstoß gegen den „Ethics In Government Act" oder hat die Politikerin recht mit ihrer Behauptung, daß das für alle Mitglieder des Kongresses und alle hohen Beamten geltende Gesetz „Ausnahmen" zulasse, sie also bisher nicht gezwungen habe, auch die Millionengeschäfte ihres Ehemannes zu offenbaren?

„Das ist nichts weiter als ein Versuch, mich politisch in Verlegenheit zu bringen", erklärte Frau Ferraro. Sie versprach, die Vermögensverhältnisse der gesamten Familie, einschließlich der Einkommensteuererklärungen, offenzulegen.

An dem Vorgang ist bezeichnend, daß die Vorwürfe gegen die Kandidatin für das Amt des Vizepräsidenten offiziell nicht von Vertretern der Republikanischen Partei, von der Partei Ronald Reagans, vorgebracht wurden. Vorgeschickt wurde vielmehr eine den Republikanern durchaus nahestehende, aber formell von der Partei unabhängige Organisation mit dem Namen „Washington Legal Foundation".

Es ist bezeichnend deshalb, weil dieses Vorgehen zeigt, wie wenig der Reagan-Wahlkampfmaschine, wie wenig der Republikanischen Partei im Augenblick daran gelegen ist, die auf einer Woge des allgemeinen Wohlwollens schwimmende Abgeordnete Ferraro schon in diesem frühen Stadium des Wahlkampfes frontal anzugehen.

Unumwunden geben die Manager des Reagan-Wahlkampfes hinter vorgehaltener Hand zu, daß dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten Walter Mondale mit der Wahl einer Frau zur Kandidatin für das Amt des Vizepräsidenten ein Meisterstreich gelungen sei. Zwei Wochen vor dem Beginn des republikanischen Parteikonvents in Dallas (Bundesstaat Texas) ist man im Reagan-Lager noch immer unsicher, wie man sich mit dem „Ferraro-Faktor" auseinandersetzen soll. Wie soll man eine Frau politisch hart attackieren, ohne unritterlich oder gar flegelhaft zu erscheinen? Besonders Ronald Reagan, noch ganz ein Kavalier der alten Schule, hat offensichtliche Schwierigkeiten bei der Vorstellung, er solle mit einer Frau in die Tiefen der politischen Arena hinabsteigen.

Aus republikanischer Sicht problematisch ist das Auftreten Geraldine Ferraros auch deshalb, weil sie ganz geschickt sogleich dieselben Themen mit Beschlag zu belegen versuchte, die Ronald Reagan bislang als seine ureigenen Themen angesehen hatte: Familie, Religion, Patriotismus, Amerika als Chance für jeden Arbeits- und Aufstiegswilligen. Und wenn es um die vom Präsidenten so oft geforderte verschärfte Verbrechensbekämpfung geht, dann kann die ehemalige Staatsanwältin aus dem New Yorker Stadtteil Queens kontern: „Ich habe genug Verbrecher hinter Schloß und Riegel gebracht. Ich brauche nicht so zu tun, als wäre ich hart. Ich war es."

Bei den ersten Wahlkampfauftritten, die Walter Mondale und Geraldine Ferraro gemeinsam bestritten, war die Politikerin, die im Gespann eigentlich die „Nummer zwei" sein soll, ohne jeden Zweifel die „Nummer eins". Dafür sorgte schon der Neuigkeitswert, den die Wahl einer Frau als Mitstreiterin auf dem Wahlticket der Demokraten nun einmal darstellt. Dafür sorgte aber auch „Gerry" Ferraro selbst. *Mit ihrer Schlagfertigkeit,* mit ihrer unbändigen Kampfeslust imponierte sie überall. Sie versteht es auch – im Gegensatz zu dem stets reservierten Mondale –, den angeborenen Sinn für Humor ins politische Spiel zu bringen.

Dennoch bewegt sich Frau Ferraro auf einem schmalen Grat. Sie darf nicht übermütig oder gar laut auftreten (das stieße die Männer ab, die sich sonst vielleicht von ihrem Aussehen und ihrer Intelligenz angezogen fühlen könnten), sie darf aber auch nicht zu feminin erscheinen (das würde die Glaubwürdigkeit zerstören, daß sie im Fall des Falles das Amt des Präsidenten übernehmen könnte). Ihre Präsenz auf dem Wahlzettel der Demokraten muß, alles in allem, bisher als ein Gewinn angesehen werden. Das zeigen nicht nur die Meinungsbefragungen, die das Mondale-Ferraro-Team nur um zwei Prozentpunkte hinter dem Reagan-Bush-Team zurückliegen sehen. Das zeigt sich auch in dem großen Interesse, mit dem die Öffentlichkeit bisher noch jeden Auftritt der Geraldine Ferraro verfolgt.

Auf die geplante, wenn auch noch nicht fest vereinbarte Debatte zwischen dem amtierenden Vizepräsidenten George Bush und der Herausforderin Geraldine Ferraro darf man gespannt sein. Bush hat die Erfahrung seiner vielen Ämter für sich, für Ronald Reagan wurde er zu einem hochgeschätzten Ratgeber – aber in seinem Auftreten wirkt Bush auch als 60jähriger noch immer wie ein Musterschüler von etwas blassem Zuschnitt. Im Vergleich zu ihm ist Geraldine Ferraro eine stets unter Hochdruck stehende Dampfmaschine, sie ist die Energie in Person. (SAD)

Zahlreiche kommunistische Führer wagten die Rebellion gegenüber der Sowjetunion

Von C. G. STRÖHM

Der erste Botschafter, den Tito nach dem Tode Stalins und *nach der jugoslawischen* Aussöhnung mit Chruschtschow 1956 nach Moskau entsandte, schilderte seine seltsamen Gefühle bei der Landung in der Sowjetunion. Da betrat Botschafter Micunovic, der während des Krieges in der jugoslawischen KP und bei den Partisanen in fanatischer Liebe und Hingabe zur „großen Sowjetunion", zum „Vaterland der Werktätigen" erzogen worden war, erstmals sowjetischen Boden.

Der Mann, dessen Landsleute und Genossen vor den Erschießungskommandos Hitlers mit dem Ruf: „Es lebe Stalin! Es lebe die Sowjetunion!" in den Tod gegangen waren, hielt nun in seinem Tagebuch die Worte fest: „Ich betrat zum ersten Mal den Boden der UdSSR. Ich wunderte mich über mich selber, denn ich empfand keinerlei innere Bewegung, ja eigentlich überhaupt nichts bei meiner ersten Begegnung mit der sowjetischen Erde. Dabei war diese Begegnung seit Jahren mein innigster Lebenswunsch und mein teuerster Traum gewesen. Der Traum war Wirklichkeit geworden, aber ich habe nichts darüber zu berichten. Hat Stalin unsere Seelen vielleicht so entleert, daß wir jugoslawische Kommunisten, die wir jahrzehntelang die UdSSR als unser Vaterland betrachteten, uns beim erstmaligen Betreten sowjetischen Bodens einfach als Reisende, als Ausländer in einem fremden Land vorkommen?"

Der jugoslawische Kommunist, Mitglied des ZK seiner Partei und als Montenegriner den Russen traditionell besonders zugetan, schildert hier eine Verwandlung, der viele Kommunisten auf die eine oder andere Weise erlegen sind. Sein Landsmann Milovan Djilas, der als Mitglied des jugoslawischen Politbüros und Stellvertreter Titos während und nach dem Kriege mit Stalin und den Sowjets verhandelte, schilderte seine Begegnung mit der „sowjetischen Erde" in drei Kapiteln, die keines Kommentars bedürfen: „Begeisterung – Ernüchterung – Enttäuschung."

Kommunistische Parteiführer, die nach anfänglicher absoluter Treue und Ergebenheit zur großen Sowjetunion in Konflikt zum Kreml, zu den sowjetischen Führern und Genossen *gerieten,* hat es seit 1945 *in großer* Zahl gegeben. Sie alle traten aus verschiedenen Situationen in die Auseinandersetzung mit Moskau ein – manche bewußt und freiwillig, einige unfreiwillig oder sogar ungewollt. Einige hatten Erfolg und konnten sich behaupten. Einige mußten als angebliche Verräter und „Söldlinge des Imperialismus" aufs Schafott steigen. Andere wiederum verschwanden in der Versenkung und leben heute irgendwo als „Unpersonen" – vergessen und verfemt. Die meisten von ihnen waren in gewissem Sinne „Nationalkommunisten": Sie wollten sich von Moskau nicht kommandieren lassen.

Der erfolgreichste und kühnste dieser kommunistischen Häretiker war nach 1945 Tito. Der Konflikt zwischen dem jugoslawischen Marschall und Partisanenführer einerseits und Josef Stalin andererseits brach aus zwei Gründen aus: Tito weigerte sich, dem sowjetischen Geheimdienst in der jugoslawischen Partei und im Staat freie Hand zu gewähren – und er lehnte es ab, Jugoslawien den politischen und wirtschaftlichen Erfordernissen der Sowjets unterzuordnen.

Als Tito zur Vorbereitung der ersten jugoslawisch-sowjetischen Wirtschaftsverträge seinen Bevollmächtigten Vladimir Velebit zu den Sowjets entsandte, berichtete dieser nach Belgrad, die zwischen Moskau abgeschlossenen Handels- und Wirtschaftsverträge mit den osteuropäischen Staaten, vor allem mit Ungarn und Rumänien, seien durch „Un*gleichheit" und durch eine,* wie der Jugoslawe sagte, „brutale Hegemonie der Russen" gekennzeichnet.

Wenig später mußte der Unterhändler feststellen, daß die Sowjets den kommunistischen Jugoslawen noch härtere Bedingungen stellten. Nicht anders erging es den jugoslawischen Militärs, die Anfang 1948 mit der sowjetischen Führung über Waf*fenhilfe verhandelten.* Argument der sowjetischen Generäle gegenüber den Jugoslawen: „Was braucht Ihr eine starke Armee, wir sind ja da!"

Das Wesen des Konflikts mit den Sowjets hat Tito im April 1948 vor dem ZK der KP Jugoslawiens in einer Ansprache zusammengefaßt, deren Elemente gewissermaßen als paradigmatisch für viele Zusammenstö*ße gelten können, zu denen es später* zwischen den Sowjets und „einheimischen Kommunisten" in anderen Ländern kommen sollte.

Bei Stalin zu Gast und erschossen

„Genossen", sagte der jugoslawische Parteichef, „bedenkt, daß es sich hier nicht um irgendwelche theoretische Diskussionen, nicht um Fehler der KP Jugoslawiens, nicht um unsere angebliche ideologische Abweichung handelt. Wir dürfen nicht zulassen, daß man uns in eine Diskussion darüber treibt ... Mir scheint, daß sich die Sowjets der ideologischen Fragen bedienen, um auf uns, auf unseren Staat, Druck auszuüben ..."

Das Ergebnis dieser Haltung: Die Sowjets „exkommunizierten" Tito und erklärten, die jugoslawische KP befinde sich in der Hand von „Faschisten, Mördern und Spionen". Als Tito aufgefordert wurde, nach Bukarest – also in den sowjetischen Machtbereich – zu kommen, erinnerten sich die jugoslawischen Kommunisten daran, daß Stalin 1937 das gesamte Politbüro der Ukraine mit dem Parteiführer Kossior zu „kameradschaftlichen Diskussionen" nach Moskau eingeladen hatte. Anschließend waren sie erschossen worden.

In Anspielung auf das Schicksal des kroatischen Bauernführers Matija Gubec, der in der Zeit der Bauernaufstände in die Hauptstadt gelockt und dort grausam zu Tode gefoltert worden war, begründete der Tito-Biograph und Altkommunist Dedijer die Weigerung Titos, zu den Verhandlungen zu gehen: „Der Bischof (in diesem Falle Stalin) hat die glühende Eisenkrone bereits vorbereitet, nur diesmal wird (der Bauernführer) Matija Gubec nicht erscheinen."

Die Wandlung Titos zum Führer *einer Rebellion gegen die sowjetische* Hegemonialmacht war auf den ersten Blick für die Zeitgenossen unglaublich. Viele vermuteten dahinter einen raffinierten Moskauer Trick. Denn Titos Biographie schien ihn zu allem anderen als zum antisowjetischen Rebellen zu prädestinieren.

Er hatte als Agent der kommunistischen Internationale und sicher auch *des sowjetischen Geheimdienstes* begonnen. Er galt als Vertrauensmann Stalins, der noch vor dem Zweiten Weltkrieg die KP Jugoslawiens von „Trotzkisten" und „Abweichlern" säubern sollte. Sein Regime war nach 1945 am härtesten und übernahm das sowjetische Modell am radikalsten. Trotzdem – oder auch gerade deshalb – kam es zwischen ihm und Moskau *zu einem Zusammenstoß* von weltgeschichtlicher Dimension.

Aus der jugoslawischen Häresie, aus dem Belgrader „Nationalkommunismus" sprang 1956 der Funke auf Ungarn über. Hier wurde in der Auseinandersetzung mit den Sowjets plötzlich ein Mann zum Anführer, von dem es gleichfalls niemand geglaubt hätte: Imre Nagy, Altkommu*nist, „Moskowiter" (jahrelang Emigrant* in der Sowjetunion), erklärte als Ministerpräsident am 30. Oktober 1956 den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und bildete eine Koalitionsregierung mit nichtkommunistischen Parteien. Die Sowjetarmee warf wenige Tage später mit Tausenden von Panzern den Widerstand in Budapest nieder. Nagy wur*de zwei Jahre später hingerichtet.*

Als 1964 der Delegierte der tschechoslowakischen KP, ein damals noch jung wirkender, schlanker Mann, vor dem Parteitag des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens in Belgrad seine Grußbotschaft verlas, empörten sich einige Jugoslawen: Prag hätte ihnen einen „sowjetischen Agenten" als Gastredner geschickt – einen Mann, der in der Sowjetunion aufgewachsen sei und der, wie man damals behauptete, besser Russisch als Tschechisch oder Slowakisch spreche. Der angebliche „sowjetische Agent" hieß – Alexander Dubcek.

Vier Jahre später war er der Nationalheld der Tschechoslowakei im Prager Frühling und während des sowjetischen Einmarsches. Anders als Nagy wurde er nicht hingerichtet; er lebt heute bewacht und zurückgezogen als „Pensionist" in der Slowakei.

Handelt es sich bei den bisher Genannten meist um hohe KP-Funktionäre, die aus dem Apparat und der sowjetischen Machtkonstellation herausgefallen sind, so gibt es auch andere Beispiele für eine Behauptung „intra muros", also innerhalb des Systems. Seit vielen Jahren ist es dem rumänischen Partei- und Staatschef Nicolae Ceausescu gelungen, einen Balanceakt außenpolitischer Unabhängigkeit durchzuhalten.

Rumänien ist nicht nur der einzige Ostblockstaat, der die Invasion Moskaus in der Tschechoslowakei 1968 verurteilte, der seine Beziehungen zu Israel nicht abbrach, in der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft Comecon *mehrfach gegen die Sowjets stimmte,* sich weigerte, an Ostblock-Manövern des Warschauer Paktes teilzunehmen und als einziges Mitglied dieses Paktes die Olympischen Spiele in Los Angeles nicht boykottierte.

Zugleich halten die rumänischen Kommunisten Begriffe wie „nationale Souveränität", „Unabhängigkeit" und „Kampf gegen Hegemonie" hoch – obwohl oder weil ihr Land eine kommunistische Diktatur ist, die an Rigorosität kaum hinter den Sowjets zurücksteht. Erst neulich ließ Ceausescu erklären, es werde niemals sowjetische Raketen auf rumänischem Territorium geben.

Die eindrucksvolle Laufbahn Kadars

Zum Abschluß gibt es das vielleicht eindrucksvollste Beispiel einer kommunistischen Laufbahn – den Weg des ungarischen Parteichefs Janos Kadar, der in der Weltöffentlichkeit und in den Augen seines Volkes jahrelang als Symbolfigur für die Unterordnung unter Moskauer Interessen galt, sich aber dann im Laufe der Jahre zu einer nationalen Figur und zu einem in West und Ost hoch angesehenen Politiker entwickelte.

Niemand zweifelt daran, daß Kadar überzeugter Kommunist ist. Mehrfach hat er auch seine Treue und Ergebenheit gegenüber der Sowjetunion als Führungsmacht des Ostblocks *betont. Und doch ist es ihm gelungen,* sein nach 1956 darniederliegendes Land durch eine behutsame Reformpolitik und durch eine bis jetzt offenbar funktionierende Koexistenz zwischen Volk und Führung auch außenpolitisch größere Bewegungsfreiheit zu sichern.

Das zeigte sich gerade erst in den letzten Tagen, als die Ungarn in offenkundigem Widerspruch zur Moskauer „Prawda" die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen durch Kohl und Honecker publizistisch unterstützten. Heute wird niemand behaupten, der ungarische Parteichef sei ein Befehlsempfänger Moskaus und vertrete nicht auf seine Weise und im Rahmen des von ihm beherrschten Apparates die nationalen Interessen des ungarischen Staates. Gerade dieser ungewöhnlich bescheiden auftretende Mann, der selber Folterungen und Demütigungen in den kommunistischen Gefängnissen der Stalin-Ära erleiden mußte, zeigt uns, welche Wandlungen und Entwicklungen möglich sind.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Bedauerlich, Herr Lohmar

„Frau als solche zu sein, kann nicht ausreichen"; WELT vom 1. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

was Lohmar zur Situation von Frauen zu sagen weiß, macht einmal deutlich, daß Frauen ihre Interessen *selbst vertreten müsse, daß Frau-Sein* in der Tat eine hinreichende Begründung für politische Interessenvertretung ist. Denn trotz aller Unterschiede zwischen Frauen nach Familienstand, Berufstätigkeit und gesellschaftlicher Stellung gibt es ein gemeinsames Interesse: das der gesellschaftlichen Chancengerechtigkeit und der Beseitigung aller Formen von Diskriminierung. Solange das Verfassungsgebot, „Männer und Frauen sind gleichberechtigt", noch nicht in die soziale Wirklichkeit umgesetzt ist, so lange ist das Geschlecht ein Faktor, aus dem heraus Frauen Politik machen und politischen Einfluß beanspruchen. Dies ist Ulrich Lohmar bisher völlig entgangen, wenn er Umgangsformen im Parlament als Triebkraft, als politisches Motiv von Parlamentarierinnen beschreibt. Auch seine nebelhaften Ausführungen zur gesellschaftlichen Situation von Frauen zeigen, daß von Ulrich Lohmar sicherlich kein Beitrag zur Beseitigung der Benachteiligungen zu erwarten ist. Auch gerade auf diesem Feld können Nichtbeachtung und Nichtwissen zu Diskriminierung führen. Ich bedaure sehr, wie wenig ein ansonsten so klarer Denker wie Ulrich Lohmar von den Problemen und Schwierigkeiten einer Hälfte unserer Gesellschaft offensichtlich weiß.

Ähnlich verhält es sich auch mit seinen Ausführungen über die Auswahl politischer Führungskräfte. Hat der Bundestagsabgeordnete Lohmar seine Erfahrungen mit der Auswahl politischer Führungskräfte wirklich allein als Bestätigung einer Elitetheorie, als Auswahl der Besten, der Qualifiziertesten erlebt? Er hat doch sicher auch erfahren, daß Kandidatenlisten auch nach dem Proporz, Abgeordnetenmandate auch nach dem Mehrheitsprinzip der Wähler/-innenstimmen, Ämter auch nach Machtverhältnissen verteilt werden. Wenn persönliche Qualifizierung alleiniges Kriterium wäre, bräuchten Frauen um Kandidaturen nicht bange zu sein. Seine Ausführungen zeigen jedoch, daß wir solange von einer humanen Politik, die die Gleichberechtigung von Mann und Frau einschließt, entfernt sind, solange Machtfragen als Sachfragen ausgegeben werden. Macht- wie Sachfragen haben ihren eigenen Stellenwert.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Helga Wex, MdB

Nachhilfe für geistige Führer

„Wir fordern eine Stärkung"; WELT vom 25. Juli

Sehr geehrter Herr von Loewenstern,

Ihr Artikel spricht unzähligen Bürgern aus der Seele mit der Feststellung: „... das Entscheidende ist erst einmal geistige Führung". Nur wenden Sie sich meiner Ansicht nach nicht an die richtigen Adressaten, denn nicht die Politiker, nein, die leitenden Verantwortlichen unserer diversen Religionsgemeinschaften sind in erster Linie verantwortlich für „geistige Führung". Dieser ihrer ureigensten Aufgabe haben sie sich verhängnisvollerweise seit langem durch vordergründige zeitgeistinspirierte Aktivitäten weitgehend verweigert und die bei Ihnen erwähnten „älteren Rechtsbestimmungen", die Zehn Gebote, nicht mehr immer als verpflichtende Weisungen, sondern als freibleibende Angebote, die der „verantworteten Freiheit des einzelnen" untergeordnet sind, bezeichnet.

Beflügelt wird diese „verantwortete Freiheit" noch durch einen Heilsoptimismus, der verheißt – wie ein Karnevalsschlager formuliert – „Wir kommen alle, alle, alle in den Himmel, weil wir so brav sind" –, daß unsere Schuld uns am Ende unseres Lebens vergeben wird. Wozu dann noch anstrengende Bemühungen um die Befolgung zeitlos gültiger sittlicher Normen? Laßt uns genießen und unbegrenzt schwelgen in den Freuden dieser Welt, denn morgen sind wir automatisch im Paradies.

Man streut uns zwar ständig den Sand der neuen Gerechtigkeit in die Augen, übersieht aber, daß ohne eine Orientierung an den verpflichtenden *Weisungen der Zehn Gebote* jede Gerechtigkeit unmöglich ist. – Die neue überall sich ausbreitende „Gerechtigkeit" das ist die Macht der Lüge und die Macht des Rücksichtslosen. Anständigkeit ist heute Dummheit und Wahrheitsliebe wird bestenfalls belächelt, wenn nicht verhöhnt.

Es ist nur zu hoffen, daß Ihr ausgezeichneter Beitrag vielleicht den einen oder anderen „geistigen Führer" zum Nachdenken über seine wesentlichen Pflichten anregt.

Mit freundlichen Grüßen
Sigrid Sels,
Neuss

Abscheulich

„Und keiner sagt etwas ..."

Heute kaufte ich in der Stadt (Hamburg) ein und bestieg am Gänsemarkt den Bus Linie 102. Als der Bus am Kriegerdenkmal am Dammtor vorbeifuhr sah ich, daß es wieder auf die schlimmste Art und Weise mit roter und grüner Farbe beschmutzt ist.

Widerwillen und Abscheu, die ich in dem Moment empfand, müssen wohl so deutlich in meinem Gesicht gestanden haben, daß ein älterer Herr, der mir gegenüber saß, nur sagte „und schon ist es wieder passiert!"

Wir haben nicht viele Worte gewechselt, waren wir uns doch einig, daß wir uns seiner Zeit wohl beide freuten, als wir lasen, daß das Kriegerdenkmal aus Privatinitiative von den vielen häßlichen Parolen und Farbschmierereien gereinigt wurde.

Ich mußte an einen längst verstorbenen Kriegsinvaliden denken, der 1968 weinend zur Arbeit kam, als er die Verunzierungen des Denkmals gesehen hatte, und mir sagte: „Mein Bruder ist im letzten Krieg in Rußland gefallen, sein Grab kennen wir nicht, deshalb legen wir an diesem Denkmal Blumen nieder."

Staatsbibliothek – Es setzte sich ein Bekannter neben mein Gegenüber und fragte ihn (er war wesentlich jünger), ob das Denkmal auch für die Toten des Ersten Weltkrieges errichtet worden sei. Dieser bejahte das und sagte, für beide Weltkriege und murmelte dann immer wieder „Und keiner sagt etwas!"

Mit freundlichen Grüßen
Waltraud Jahnke
Hamburg 1[illegible]

Falscher Maßstab

„Leserbrief: Wer ist arm?"; WELT vom 3. August

Liebe WELT,

auch an Leserbriefe ist die Forderung zu stellen, daß sie an der mathematischen Tatsache: 2 x 2 = 4! nicht rütteln. Der Einsender Ulrich Otto hat über das amtliche Zahlenmaterial offenbar keinen zureichenden Überblick. Seine Rechnung stimmt nicht. Er behauptet: „Nimmt man die Sozialhilfeberechnung – 2092,50 DM sei der Bedarf einer vierköpfigen Familie – als Armutsmaßstab, sind viele Arbeitnehmer arm."

Die Bundesrepublik Deutschland gehört nach internationalen Angaben zu den wohlhabenden Ländern der Welt. Das bedeutet, daß es auch dem durchschnittlichen Arbeitnehmer bei uns verhältnismäßig gut geht und daß er nicht arm ist. Vom Durchschnitt weicht ein Teil der Bevölkerung mehr oder weniger weit nach oben, ein anderer Teil mehr oder weniger weit nach unten ab. Doch darf man die Extreme nicht zum Maßstab nehmen, weil es sich bei ihnen um Minderheiten handelt.

Eine amtliche Statistik über das monatliche Durchschnittsnettoeinkommen der bundesdeutschen Familie vom April 1982 zeigt die folgende Verteilung:

Kinderloses Ehepaar 3199 DM
Ehepaar mit 1 Kind 2546 DM
Ehepaar mit 2 Kindern 2444 DM
Ehepaar mit 3 Kindern 2401 DM

Daß Arbeitslose darunter liegen, ist klar und wird von niemand bestritten. Je mehr Kinder ein Ehepaar hat, desto mehr nähert es sich ebenfalls der Armutsschwelle. Arbeitslose und Kinderreiche färben das Durchschnittsbild ungünstig. Aber wenn es auch 2,3 Millionen Arbeitslose gibt, Kinderreiche gibt es längst nicht so viele. Die Bundesrepublik Deutschland hat die geringste Geburtenrate der Welt, also auch die wenigsten Kinder. Auf 1000 Einwohner entfallen nur 10 Geburten jährlich. Es gibt bei uns schon deshalb wenig Arme, weil es wenig Kinderreiche gibt. Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sind zwar zu niedrig, können sich aber im Weltmaßstab sehen lassen. Das *Hauptproblem ist die Arbeitslosigkeit,* nicht eine weit verbreitete Armut.

Mit freundlichen Grüßen
U. Strech,
Waldhaus Nisterberg

Wort des Tages

„ Im *sozialen* und geistigen Bereich beginnt der Kampf gegen die in der menschlichen Natur liegende Barbarei stets von neuem. Jeder einzelne muß ihn in sich ausfechten – vom Augenblick an, da er zum Bewußtsein erwacht, bis zum Tod oder bis zur Senilität. "

Arnold Toynbee; engl. Sozialreformer (1852–1883)

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Professor Dr. **Hermann Haken** vom Institut für Theoretische Physik in Stuttgart ist in den Orden Pour le mérite gewählt worden. Laut Satzung hat diese 1842 von **Friedrich Wilhelm IV. von Preußen** gestiftete Friedensklasse des Ordens 30 deutsche und 30 ausländische Mitglieder, die „durch weit verbreitete Anerkennung ihrer Verdienste in der Wissenschaft oder Kunst einen ausgezeichneten Namen erworben haben".

*

Der ehemalige politische Häftling **Ottomar Ebert** ist mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Der Journalist Ebert, der nach 13 Jahren Haft im mitteldeutschen Zuchthaus Bautzen II Anfang 1981 gegen den Kanzleramtsspion **Günter Guillaume** ausgetauscht worden war, hatte viele Jahre als westlicher Aufklärer im Ostblock gearbeitet. In der Verleihungsurkunde zu der Auszeichnung werden die „besonderen Verdienste" für Staat und Volk hervorgehoben.

GEBURTSTAG

Der Vorstandsvorsitzende der Albingia Versicherungsgruppe Hamburg, **Herbert Singer,** feierte seinen 65. Geburtstag. Der gebürtige Ostpreuße ist seit 1980 Vorstandsvorsitzender, gehört aber schon 27 Jahre dem Vorstand an. Singer gilt in der Hansestadt Hamburg aber auch als Experte auf dem Kapitalanlagenmarkt und ist ebenfalls im Vorstand der Hanseatischen Wertpapierbörse. Sein Wissen stellt er außerdem durch seine Mitarbeit in zahlreichen Aufsichtsgremien zur Verfügung, so z. B. bei der Vereins- und Westbank AG, der Hamburgischen Landesbank, der Philips Kommunikation Industrie AG und der zur Hamburger Otto-Gruppe gehörenden Schwab AG.

EHRUNG

Das Vorstandsmitglied der Hamburger Hochbahn AG, **Hans Hermann Meyer,** wurde vom nordrhein-westfälischen Minister für Wissenschaft und Forschung, Dr. **Rolf Krumsiek,** zum Honorarprofessor ernannt. Professor Meyer, der 1931 in der Uckermark geboren wurde, erhielt den Titel für seine Arbeit an der Technischen Hochschule Aachen am Institut für Kraftfahrwesen.

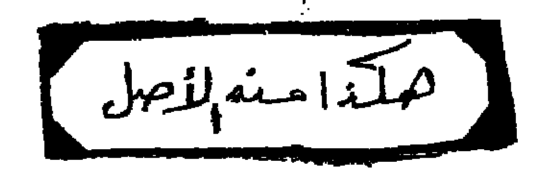
Der emeritierte Ordinarius für Theorie der Elektrotechnik der Universität Stuttgart, Professor Dr. Ing. **Wilhelm Bader,** ist im Alter von 84 Jahren verstorben. Seine mit mathematischen Methoden durchgeführte Synthese elektrischer Schaltungen verschaffte ihm Weltgeltung und lieferte Grundlagen der modernen Telephonie, der Meßtechnik und der Schwingungserzeugung. Generationen Stuttgarter Studenten wurden durch sein Vorbild an sprachlicher und mathematischer Präzision geprägt und durch seine humorvolle Art in den Bann gezogen. Der Förderung des Nachwuchses galt auch das von ihm 1983 gestiftete „Wilhelm-Bader-Preisausschreiben". Bader war von 1939 bis 1968 Ordinarius für Theorie der Elektrotechnik an der Universität Stuttgart. Von 1955 bis 1957 war er Rektor und gleichzeitig Vorsitzender der Baden-Württembergischen Rektorenkonferenz, von 1958 bis 1962 des Wissenschaftsrates.

*

Im Alter von 78 Jahren ist Professor **Arnold Schulte** in Essen gestorben. Schulte, in Oberhausen geboren, studierte Theologie, nachdem er bereits acht Jahre als Lehrer tätig gewesen war, und empfing im Februar 1937 in Köln die Priesterweihe. Von 1938 bis 1959 wirkte er in Wuppertal, zunächst als Kaplan und später als Studienrat an höheren Jungenschulen. Im Jahre 1959 wurde er zum Professor für Religion an die damalige Pädagogische Akademie in Essen berufen. 1965 wurde Schulte zum Päpstlichen Geheimkämmerer ernannt und 1973 als Professor emeritiert. Ebenfalls 1973 ernannte ihn der Papst zum Päpstlichen Ehrenprälat.

*

Der erste Vorsitzende des Kuratoriums der Deutschen Forschungsinstitute für Textilindustrie Reutlingen-Stuttgart und Ehrensenator der Universität Stuttgart, Dr. Ing. **Carl Schubert,** ist im Alter von 80 Jahren verstorben. Schubert war nach langjähriger Industrietätigkeit in den 60er Jahren wesentlich an der Gründung von Forschungszentren für die Textilindustrie beteiligt, wie sie heute in Reutlingen, Denkendorf und Stuttgart bestehen, und die eng mit der Universität Stuttgart und der Textilindustrie Baden-Württembergs zusammenarbeiten.



XXIII. OLYMPISCHE SOMMERSPIELE XXIII. OLYMPISCHE SOMMERSPIELE

Die letzten Gewinner von Los Angeles

Die Wettkämpfe bei den 23. Olympischen Spielen in Los Angeles sind beendet. Am letzten Wettkampftag fielen nach deutscher Zeit in der Nacht zum Montag noch vier Entscheidungen: Turmspringen, Synchronschwimmen, Springreiten und im traditionell letzten Wettbewerb überhaupt, dem *Marathonlauf*.

Mit insgesamt 59 Medaillen (17 Gold, 19 Silber und 23 Bronze) konnte die deutsche Mannschaft ein zufriedenstellendes Ergebnis erreichen. Sie nimmt in der Nationen-Wertung den dritten Platz hinter den Amerikanern und den Rumänen ein, die sich in Los Angeles überraschend *stark* präsentierten und immerhin 20 Goldmedaillen gewinnen konnten.

Die Chinesen, die nach einer 36jährigen Pause wieder an Sommerspielen teilnahmen, konnten diesmal noch von der deutschen Mannschaft auf den vierten Rang verdrängt werden.

LEICHTATHLETIK

Männer, Marathon

Gold: Lopes (Portugal) 2:09:21 Minuten

Silber: Treacy (Irland) 2:09:56

Bronze: Spedding (England) 2:09:58

4. So (Japan) 2:10,55, 5. de Castella (Australien) 2:11,09, 6. Ikangaa (Tansania) 2:11:10 ... 18. Salzmann (Deutschland) 2:15:29

SCHWIMMEN

Synchron, Solo

Gold: Ruiz (USA) 198,467 Punkte

Silber: Waldo (Kanada) 195,300

Bronze: Motoyoshi (Japan) 187,050

4. Engelen (Holland) 182,632, 5. Hänisch (Deutschland) 182,017, 6. Holmyard (Kanada) 182,000



Männer, Turmspringen

Gold: Louganis (USA) 710,91 Punkte

Silber: Kimball (USA) 643,50

Bronze: Zehn (China) 638,28

4. Hui (China) 604,77, 5. Killat 551,97, 6. Dörr (beide Deutschland) 536,07

RETTEN

Einzelspringen

Gold: Fargis (USA) auf Touch of Class 0/58,06 Sekunden im Stechen

Silber: Homfeld (USA) auf Abdullah 0/51,03 im Stechen

Bronze: Robbiani (Schweiz) auf Jessica V *0/53,39 im Stechen*

4. Deslauriers (Kanada) auf Aramis 4/57,07 im Stechen, 5. Candrian (Schweiz) auf Slygof 8/58,10 im Stechen ... 7. Schockemöhle auf Deister 12,0 ... 11. Sloothaak auf Farmer 16,0, Luther (alle Deutschland) 16,0

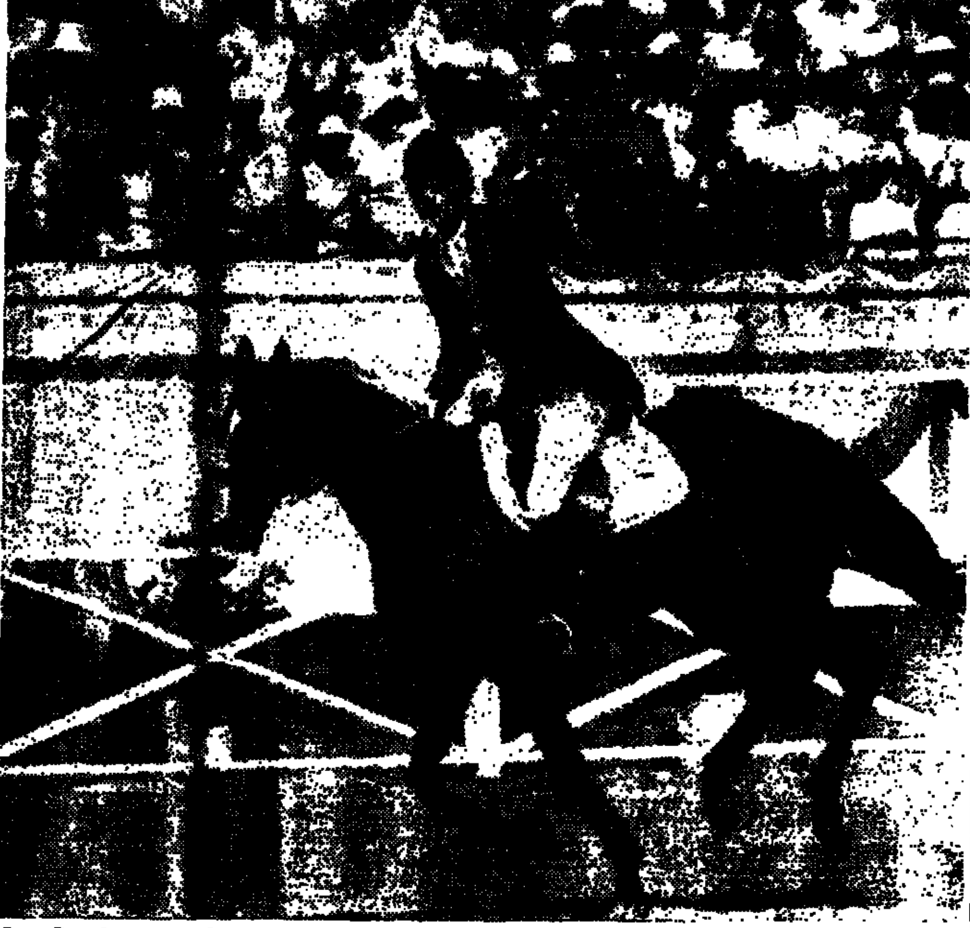
Medaillenspiegel nach 221 Wettbewerben

	Gold	Silber	Bronze
USA	83	61	30
Rumänien	20	16	17
Deutschland	17	19	23
China	15	8	9
Italien	14	6	12
Kanada	10	18	16
Japan	10	8	14
Neuseeland	8	1	2
Jugoslawien	7	4	7
Südkorea	6	6	7
Großbritannien	5	10	22
Frankreich	5	7	15
Niederlande	5	2	6
Australien	4	8	12
Finnland	4	3	6
Schweden	2	11	6
Mexiko	2	3	1
Marokko	2	–	–
Brasilien	1	5	2
Spanien	1	2	2
Belgien	1	1	2
Österreich	1	1	1
Portugal	1	–	2
Kenia	1	–	1
Pakistan	1	–	–
Schweiz	–	4	4
Dänemark	–	3	3
Norwegen	–	1	2
Jamaika	–	1	2
Griechenland	–	1	1
Puerto Rico	–	1	1
Nigeria	–	1	1
Syrien	–	1	–
Kolumbien	–	1	–
Peru	–	1	–
Elfenbeinküste	–	1	–
Thailand	–	1	–
Ägypten	–	1	–
Irland	–	1	–
Venezuela	–	–	3
Türkei	–	–	3
Algerien	–	–	2
Taiwan	–	–	1
Dom. Republik	–	–	1
Sambia	–	–	1
Kamerun	–	–	1
Island	–	–	1

Anmerkung: Über 100 m Freistil (Damen), am Seitpferd, an den Ringen, am Stufenbarren und am Schwebebalken wurden jeweils zwei Goldmedaillen vergeben. Beim Pferdsprung (Männer) wurden vier Silbermedaillen vergeben. Beim Bodenturnen (Männer) und im Stabhochsprung gab es zwei Bronzemedaillen. Im Boxen und im Judo werden immer zwei Bronzemedaillen vergeben.



Paul Schockemöhle und sein Pferd Deister – im olympischen Parcours hatten sie nicht ihren besten Tag erwischt und landeten nur auf dem siebten Rang. FOTO: DPA



Joe Fargis und sein Pferd Touch of Class – so heißen die neuen Olympiasieger im Springreiten. Der amerikanische Triumph war komplett FOTO: UPI

Schockemöhles Resümee: „Vergeßt alles so schnell wie möglich. Das waren nicht unsere Spiele"

Von FRANK QUEDNAU

Der ältere Bruder hatte sich in einem *Interview aus etwa 13 000* Kilometer Entfernung zu Wort gemeldet. Was er zu sagen hatte, klang sportlich realistisch, war keinesfalls eine brüderliche Aufmunterung, denn die beiden sind seit drei Jahren tief zerstritten. Alwin Schockemöhle (47), 1976 in Montreal Olympiasieger der Springreiter, konnte wohl nicht anders als dies über Bruder Paul (39) sagen: „Je schwerer die Amerikaner den Parcours aufbauen, desto größer sind seine Chancen. Je schwieriger, desto besser für Paul und Deister."

Als die Prüfung auf der zum Reiterstadion umgebauten Galopprennbahn von Santa Anita, 46 Kilometer vom Zentrum von Los Angeles entfernt, beendet war, wurde durchaus über den schweren Parcours geredet, der in zwei Umläufen nur drei fehlerfreie Ritte zugelassen hatte. Heidi Robbiani (33) aus der Schweiz: „Das war der härteste Parcour, den ich je erlebt habe." Sie gewann Bronze. Conrad Homfeld: „Vor dem ersten Hindernis gerann mir schon das Blut in den Adern." Der Amerikaner gewann Silber. Joe Fargis: „Das war der schwerste Parcours, in dem ich mit *meiner Stute Touch of Class* je geritten bin." Fargis, 36 Jahre alt, Farmer aus Petersburg in Virginia (wie auch Homfeld, beide wohnen in einem *Haus), wurde im Stechen* gegen seinen Freund Olympiasieger.

Schwer genug war es also für Paul Schockemöhle und Deister, der immer noch von Experten für das beste Springpferd der Welt gehalten wird. Doch das Paar, das die Hoffnungen der deutschen Reiterei trug, machte *im ersten Umlauf acht, im zweiten* vier Fehler und landete nur auf Platz sieben. Schon vor der Siegerehrung setzte der Kaufmann aus Mühlen mit einer eleganten Flanke über eine Barriere des Abreiteplatzes – und ging zum Essen. Über die Schulter hin rief er noch: „Da haben sie uns aber wieder ganz schön niedergemacht." Gemeint waren die Amerikaner, die bereits den Mannschaftswettbewerb gewonnen hatten.

Und nun? Was war mit Deister? Schockemöhle sprach über sein Pferd, das er bei den Hallenturnieren im Herbst und Winter geschont hatte, um endlich mit dem ungeliebten Bruder Alwin olympisch gleichzuziehen, als hätte es ihn beherrscht und nicht umgekehrt: „Mein Boß war kuckerig. Der Parcours war zu eng für ihn gebaut. Die Zuschauermenge (42 500) war er *nicht gewohnt*, der Lärm machte ihn unruhig. Und die vielen bunten Blumen an den Hindernissen haben ihn wohl abgelenkt. Das war *nicht der Deister der letzten Jahre.*"

Paul Schockemöhle, das wurde deutlich, war tief getroffen, in Los Angeles nur eine Bronzemedaille mit der Mannschaft gewonnen zu haben. Aber hat ihm sein „kuckeriger Boß" aus dem Stall wirklich alles alleine verdorben? Bundestrainer Hermann Schridde: „Deister war nicht in Topform. Doch die Reiter haben im ersten Umauf auch Fehler gemacht."

Schriddes Kritik richtete sich hauptsächlich gegen Franke Sloothaak, der im ersten Umlauf mit dem erst acht Jahre alten Farmer etwas unsicher über die Mauer kam, danach völlig unnötig sein Pferd vor dem Wassergraben abstoppte, prompt zu kurz sprang und auch beim nächsten Hindernis den Rhythmus *nicht* wieder gefunden hatte: acht Fehlerpunkte nach schwungvollem Ritt an einer vergleichsweise harmlosen Stelle des Parcours.

Schockemöhle ritt hinterher verbal in die Offensive: „Vergeßt das alles so schnell wie möglich. Das waren nicht unsere Spiele." Dann wurde er grundsätzlich: „Wir haben eben nicht 15 erstklassige Reiter wie die Amerikaner. Aber bei *uns muß ein so guter* und erfahrener Mann wie Gerd Wiltfang zu Hause bleiben, weil er nicht gut beritten ist. Einer wie er fehlt, wir *müssen uns darum kümmern, daß* er wieder ein gutes Pferd bekommt." Da liegt er durchaus auf einer Linie mit Hermann Schridde: „Wir müssen umdenken in der Pferdebeschaffung für den Spitzensport. Wir müssen versuchen, Sponsoren zu aktivieren. Erstklassige Springpferde kosten ja um die 500 000 Mark. Die Amerikaner haben es da leichter. Der Erwerb von Pferden ist hier steuerfrei. Bei uns muß ja einer schon eine Million verdienen, um 500 000 Mark für ein Pferd ausgeben zu können."

Die Steuererleichterung und der immer wertvollere Dollar treiben die Amerikaner in der Tat immer öfter nach Europa, besonders nach Deutschland, um nach talentierten Pferden Ausschau zu halten. Sie sind bereit, Preise zu zahlen, bei denen deutsche Besitzer schwach werden. *Das aber genau ist der Punkt, wo der* Reiter Schockemöhle mit dem Kaufmann Schockemöhle in Konflikte gerät, wo nicht mehr so genau auszumachen ist, ob der eine dem anderen die Zügel anlegt oder sie schleifen läßt, auf daß der Gaul durchgeht.

Reiter Schockemöhle hat das Problem *erkannt*, Kaufmann Schockemöhle konnte das noch in Los Angeles nicht irritieren. Der von Sloothaak gerittene Wallach Farmer, eines der *talentiertesten deutschen Springpferde*, gehört ihm. Also hält der Kaufmann aus Mühlen bereits Ausschau nach einem potentiellen amerikanischen Käufer. Immerhin, sagt Schokkemöhle (spricht er hier nun als Reiter oder als Pferdehändler?), sei er zu einem Kompromiß bereit. Farmer könne im Lande bleiben, wenn sich das Deutsche Olympiade-Komitee für Reiterei an ihm beteilige.

Da muß es fast eine Überraschung sein, daß Touch of Class, eine der drei Stuten im Wettbewerb, in den USA gezogen wurde. Und sie trug Joe Fargis an einer Stätte zum Sieg, die sie aus ihrer Jugend kannte. Auf der Galopprennbahn von Santa Anita bestritt sie als dreijähriges Pferd sechs Rennen – ohne eines zu gewinnen.

Die Überlegenheit der amerikanischen Reiter ist inzwischen längst erdrückend. Frank Chapot, Chef-Trainer der Amerikaner, drückt es so aus: „Ich hatte nicht viel zu tun. Wir wußten, daß wir sehr gut sind, und wir wollten gewinnen." Bundestrainer Hermann Schridde verlor seine 100-Dollar-Wette: Die amerikanische Springreiterin hatte darauf gesetzt, daß die USA Einzel- und Mannschaftsgold gewinnen. Schridde zahlte gequält lächelnd ...

LEICHTATHLETIK / Marathon, *die traditionell letzte Entscheidung in Los Angeles* – Ralf Salzmann kam auf den 18. Rang

Olympiasieger Carlos Lopes lief die Strecke erst zum dritten Mal ...

Von MARCUS BERG

Im letzten Jahr hatte sich Carlos Lopes Chancen auf den Weltmeistertitel im Marathonlauf ausgerechnet. Doch in Helsinki entschied er sich gegen den Start über die 42,195 Kilometer lange Strecke und trat statt dessen beim 10 000-m-Lauf an. Nach dem Rennen bereute er seinen Schritt. Der frühere Schafhirte aus Lissabon belegte in Finnland nur den sechsten Platz und träumte dem möglichen Ruhm eines Marathon-Weltmeisters nach.

In diesem Jahr traf der 37 Jahre alte Lopes die richtige Entscheidung und wurde Olympiasieger im Marathon. Vor den Augen von 92 000 begeisterten Zuschauern, die sich bereits für die anschließende Abschlußfeier im Stadion versammelt hatten, erreichte er als Erster das Coliseum von Los Angeles und gewann nach *2:09:21 Stunden* die letzte von 221 Goldmedaillen vor dem Iren John Treacy (2:09:56) und dem Engländer Charles Spedding (2:09:58). Gleichzeitig holte er den ersten Olympiasieg für sein Land und machte nach der Bronzemedaille für Rosa Mota bei den Frauen den portugiesischen Marathon-Triumph perfekt.

In der Vorbereitung auf die Olympischen Spiele plagten Lopes die gleichen Zweifel wie vor der Weltmeisterschaft 1983. Im letzten Moment kam ihm ein Landsmann mit einem schlagkräftigen Argument zu Hilfe. Fernando Mamede verbesserte im Juli in Stockholm den Weltrekord des Kenianers Henry Rono über 10 000 *Meter (27:22,5) um mehr als acht* Sekunden auf 27:13,8 Minuten und entschied damit die Frage, wer auf dieser Strecke bei Olympia antreten sollte, zu seinen Gunsten. Lopes blieb bei diesem Rennen als Zweiter in 27:17,5 ebenfalls unter der sechs Jahre alten Bestmarke von Rono, erklärte sich aber mit einem Start beim Olympia-Marathon einverstanden.

Vor zwei Jahren hatte er damit begonnen, sein Training von den langen Distanzen auf der Bahn (5000 und *10 000 m*) auf die Marathonstrecke umzustellen. Vor den Olympischen Spielen war er allerdings erst zweimal über 42,195 Kilometer an den Start gegangen. Und einmal sprang dabei *mit 2:08:39 Stunden auch gleich eine* europäische Bestzeit heraus. Wegen seiner geringen Erfahrung im Marathonlauf galt der Portugiese allerdings nur als Geheimtip.

Der Weltmeister im Crosslauf zeigte sich in Los Angeles aber allen Konkurrenten überlegen. Bei Temperaturen um 24 Grad und unter blauem Himmel – von dem gefürchteten Smog war nichts *zu sehen* – führte Lopes die Entscheidung bei Kilometer 37 herbei, als er eine sechsköpfige Führungsgruppe auseinandersprengte. 5000 Meter vor dem Ziel konnten nur noch die beiden späteren Medaillengewinner mithalten, doch der Portugiese schüttelte auch sie kurz vor dem Stadion ab.

Lange Zeit hatten ein Dutzend Läufer das Rennen an der Spitze bestimmt. Nach 30 Kilometern konnten sich noch zehn Athleten eine Chance *auf den Olympiasieg ausrechnen.* Doch dann mußten etliche Läufer wie der amerikanische Weltrekordler Alberto Salazar, der 15. wurde, oder Weltmeister Rob de Castella (Australien), für den nur Rang fünf blieb, dem hohen Anfangstempo Tribut zollen. Auch die Afrikaner, mit viel Vorschußlorbeeren bedacht, hatten mit der Entscheidung nichts zu tun.

Erstaunlich war die Leistung des Iren John Treacy, der im letzten Rennen die einzige Medaille für sein Land erkämpfte. Der 27 Jahre alte Olympia-Vierte von Moskau über 5000 Meter läuft erst seit zwei Jahren auf der Marathonstrecke. Vor einer Woche war er im Finale über 10 000 Meter als Zehnter durchs Ziel *gekommen*.

Die Bronzemedaille für Charles Spedding war dagegen keine Überraschung. Der 32 Jahre alte Engländer hatte seine Qualitäten im Frühjahr mit seinem Sieg beim *London-Marathon* bereits angedeutet.

Ein mutiges Rennen lief Ralf Salzmann. Der Polizist aus Frankfurt orientierte sich gleich nach dem Start an *der Gruppe der Spitzenläufer. Bis zur* Hälfte war der 29 Jahre alte Deutsche Meister stets in der führenden Gruppe zu finden. Der Erfolg beim Tokio-Marathon im Februar, als Salzmann in neuer Deutscher Rekordzeit (2:11:21 Stunden) in einem Weltklassefeld den vierten Platz belegt hatte, schien ihm Sicherheit zu geben. Doch nach etwa 25 Kilometern zeigte sich, daß Salzmann sich zuviel zugemutet hatte. Er verlor den Anschluß, fiel zurück und kam nach 2:15:29 Stunden als 18. ins Ziel.



Carlos Lopes, der Marathonsieger, auf der Ehrenrunde. Nach über 42 Kilometern wirkte er noch recht frisch FOTO: UPI

Louganis und Ruiz – die Stars beim Finale

DW. **Los Angeles**

Die Amerikaner Greg Louganis (*Kunst- und Turmspringen*) und Tracie Ruiz (Synchronschwimmen) bestätigten am Schlußtag der Olympischen Spiele ihr Ausnahmekönnen. Der 24jährige Greg Louganis gewann nach seinem Sieg vom 3-m-Brett ganz überlegen auch das Turmspringen, und die 21jährige Tracie Ruiz siegte ebenso souverän in der neuen olympischen Disziplin Synchronschwimmen. Sie beherrschte nach ihrem Erfolg im Duett auch die Konkurrenz im Einzelwettbewerb. In beiden Disziplinen überraschten die deutschen Teilnehmer mit zwei fünften und einem sechsten Platz.

Synchronschwimmen: Seit 1979 ist die jetzt 20jährige Gudrun Hänisch aus Willich am Niederrhein ununterbrochen deutsche Meisterin im Solo und im Duett. Nach dem Gewinn der Bronzemedaille bei der Europameisterschaft in Rom 1983 *errang sie jetzt* ihren größten internationalen Erfolg. Mit dem fünften Platz von Los Angeles *will sie nun ihre Laufbahn* beenden und sich in Zukunft ihrer Ausbildung zur Erzieherin für schwererziehbare Kinder widmen.

„Nach Olympia ist Schluß", hatte sie bereits angekündigt, bevor sie überraschenderweise im Duett schon in der Qualifikation scheiterte. Gemeinsam mit Partnerin Gerlind Scheller (beide starten für DKJ St. Tönis) hatte sie als Neunte die Finalteilnahme *um* wenige Hundertstelpunkte verpaßt.

Der fünfte Platz im Solo-Wettbewerb vor 13 000 Zuschauern gestattete ihr dennoch einen versöhnlichen Abschluß ihrer Laufbahn, die wesentlich von der Mutter gefördert wurde. Sigrid Hänisch ist die Heimtrainerin sowohl ihrer Tochter als auch des Duetts Hänisch/Scheller, das in Los Angeles von Bundestrainerin Ulrike Lauche betreut wurde.

Trotz der verpaßten Finalteilnahme äußerte sich die Bundestrainerin recht zufrieden mit dem Abschneiden des Duetts, das jedoch ebenso wie die übrige Konkurrenz eindeutig im Schatten der überragenden Amerikanerinnen Tracie Ruiz/Candy Costie stand. Allein die Kanadierin Carolyn Waldo, die im Solo mit nur drei Punkten Rückstand Zweite wurde, erreichte annähernd die Klasse der Olympiasiegerinnen. Gudrun Hänisch hatte als Fünfte bereits 16 *Punkte Rückstand auf die in Hawaii* geborene Tracie Ruiz.

Die 21jährige Weltmeisterin von 1982 wies mit ihrer begeisternden Kür die Zukunft dieser jungen olympischen Sportart. 1,62 m groß, 54 kg schwer, musikalisch und temperamentvoll, präsentierte sie eine perfekte Kür, die phantasievoll choreographiert und auf den Publikumsgeschmack zugeschnitten war.

Turmspringen: *Ähnliche* Verhältnisse wie im Synchronschwimmen herrschten auch bei den Turmspringern. Der 24jährige Greg Louganis, bereits vor den Spielen als absoluter Topfavorit gehandelt, erfüllte selbst höchste Erwartungen. Er beherrschte die Konkurrenz nach Belieben und siegte mit der höchsten Punktzahl (710,91), die je in einem Wettbewerb vergeben wurde. Die bisherige *Höchstmarke (687,90) hatte er selbst* beim Weltcup 1983 erzielt.

Hinter den eleganten Sprüngen des Doppelweltmeisters von *1982* verblaßten die Leistungen der anderen elf Final-Teilnehmer. 159 Punkte Rückstand gegenüber Louganis wies zum Beispiel Albin Killat (München) als Fünfter auf. Mit 551,97 Punkten bot der 22jährige Bademeister trotzdem eine ganz hervorragende Leistung.

Er beendete den Wettbewerb als bester Europäer – vor dem zweiten deutschen Springer Dieter Dörr (Gelnhausen) mit 536,07 Punkten.

Bis vor dem letzten Sprung hatte der 27jährige Dieter Dörr noch vor seinem jungen Konkurrenten gelegen. Am Ende aber *mußte er dem* überaus konzentrierten Albin Killat den Vortritt lassen. Schon bei den deutschen *Meisterschaften* im Juni hatte Killat gezeigt, daß er nahtlos die Lücke schließen kann, die entstehen wird, wenn der 36malige deutsche Meister Dieter Dörr seinen angekündigten *Rücktritt vollzieht.*

„So gut waren unsere Springer noch nie. Sie haben mit ihren Leistungen genauso positiv überrascht wie unsere Schwimmer", bejubelte *Wilhelm Schmitz (Vize-Präsident des* Deutschen Schwimmverbandes) den fünften und sechsten Platz von Killat und Dörr. Beim Kunstspringen vom 3-m-Brett hatten sie bereits mit den Plätzen sieben und zehn die Erwartungen übertroffen. Neben diesen Erfolgen (immerhin stand seit zwölf Jahren kein Deutscher mehr in einem olympischen Finale) geriet sogar das enttäuschende Abschneiden der Springerinnen in Vergessenheit.

XXIII. OLYMPISCHE SOMMERSPIELE · XXIII. OLYMPISCHE SOMMERSPIELE

Goldrausch der Amerikaner nervte Rest der Welt

Am Ende bleibt die Hoffnung und hoffentlich etwas von jenem Elan, der die Spiele von Los Angeles vorangetrieben hat. William Simon, ehedem amerikanischer Finanzminister und nun Präsident des Natinalen Olympischen Komitees der USA (USOC), hat von vollen Kassen und von einem ungeheuren Aufschwung des Amateursports in den USA gesprochen. Simon hofft, dies werde das Interesse der amerikanischen Jugend an den bisher wenig populären olympischen Sportarten vehement steigern. Nun ist passive Begeisterung beim Zuschauen stets etwas anderes als die sportliche Eigeninitiative, und mit vollen Kassen läßt sich zwar etwas bewerkstelligen, doch nichts von heute auf morgen aus dem Boden stampfen.

Insofern verliefen auch Auf- und Abstieg von Sportlern und Sportverbänden in Los Angeles im traditionellen Rahmen. Es kommt nicht von ungefähr, wenn die ehemalige Sportgroßmacht Großbritannien unter der Rubrik „Sportler, die bald vergessen sind" mit den drei ehemaligen Größen Allan Wells, Steve Ovett und Lucinda Green gleich dreimal vertreten ist. Die Engländer, seit Anbeginn der modernen olympischen Bewegung dabei – also seit 1896 –, befinden sich in der ewigen Medaillenwertung aller olympischen Sommerspiele hinter den führenden Amerikanern und der Sowjetunion noch immer auf Platz drei. Doch vieles basiert dabei auf dem Grundstock des Amateursports, zu dessen Urvätern die Briten schließlich zählen. Die aktuelle Ausbeute in Los Angeles: Fünf Goldmedaillen, elfter Platz.

Das Fehlen der Osteuropäer und der „DDR"-Mannschaft wurde vor allem von den USA genutzt. Die Skandinavier, einst zu den dominierenden Ländern bei Olympischen Sommerspielen gehörend, konnten die Gunst der Stunde nicht nutzen. Die Schweden zum Beispiel, die in der ewigen Medaillenwertung an sechster Stelle stehen und damit im Grunde als Sportgroßmacht ausgewiesen, rutschten in Los Angeles auf das Niveau eines sportlichen Entwicklungslandes ab. Die nur zwei Goldmedaillen machen es deutlich. Die Schweden befinden sich damit in traditionell guter skandinavischer Nachbarschaft, weil auch die Finnen nur von dem zehren, was einst war.

Athleten, deren Namen man sich merken sollte: Die beiden marokkanischen Olympiasieger Nawal El Moutawakil (400 m Hürden) und Said Aouita (5000 m) könnten für eine Signalwirkung im nordafrikanischen und arabischen Raum stehen. Bislang hatten gerade Athletinnen und Athleten aus jenem Kulturbereich ungeheure Schwierigkeiten, im internationalen Spitzensport Fuß zu fassen. Traditionelle muslemische Gegebenheiten verhinderten eine konsequente sportliche Karriere. Marokko im Blickpunkt der Leichathletik – aber doch nur, weil die Athleten ihrem Land den Rücken kehrten.

Rumpfspiele 1980 in Moskau, und was brachte Los Angeles 1984? Zum einen die Erkenntnis, daß sportliche Vergleiche wohl in erster Linie nur noch bei den internationalen Fach-Meisterschaften möglich sind, weil die sich für einen weltweiten Boykott nicht allzusehr eignen. Es sei denn, in vier Jahren treffen sich Ost und West wieder zum sportlichen Vergleich in Seoul. 1980 in Moskau errang die sowjetische Nationalmannschaft 80 Goldmedaillen, der Abstand gegenüber der „DDR" (47 Goldmedaillen) war deprimierend. 1984 heimsten die USA 83 Goldmedaillen ein, der Vorsprung gegenüber Rumänien (20) war eklatant. Der Rest der Welt war genervt. Allein solche Zahlen verschieben das sportliche Bild, lassen Bilanzen und Vergleiche nur bedingt zu. 1980 in Moskau rebellierten die „DDR"-Leichtathleten und die rumänischen Turnerinnen vergeblich gegen die nachweislich bevorzugten sowjetischen Sportler. 1984 in Los Angeles setzten sich chinesische und rumänische Sportfunktionäre gegen die offensichtliche Bevorzugung amerikanischer Sportler zu Wehr – ebenfalls vergeblich.

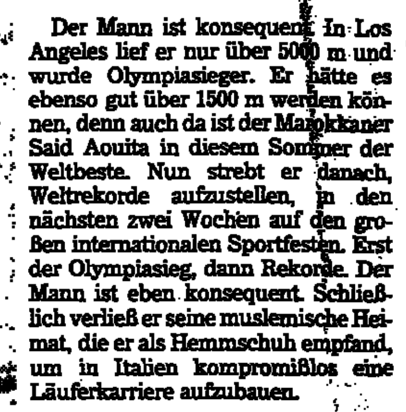
Olympische Spiele haben stets neue Stars hervorgebracht. Und sie haben neue Epochen eingeleitet. Los Angeles könnte die Epoche der olympischen Sportarten in der Neuen Welt begründen. Die Chinesen haben die Gunst der Stunde genutzt, nicht ganz so energisch wie angenommen, aber doch für die eigene Entwicklung wegweisend. Denn Erfolge gab es ja nicht nur im Kunstturnen, sondern auch im Gewichtheben, im Turmspringen und vor allem im Schießen. Wesentlich war der Vormarsch der Italiener, die peu à peu Medaillen sammelten und die spektakulären Erfolge den anderen überließen. Zum Beispiel den amerikanischen Turnerinnen. Doch spätestens bei den nächsten Weltmeisterschaften wird man wissen, ob der Breakdance das Bolschoiballett überholt hat.

Athleten, die man sich merken muß



Mary Lou Retton

Das Mädchen trat auf, winkte ins Publikum, die ohnehin schon großen Augen weit geöffnet, ein endloses Lachen über beide Wangen. Die Halle kreischte vor Begeisterung, noch bevor sie ihre Übung begann. Mary Lou Retton ist Amerikas „Darling". Wenn sie, die 15jährige, turnte, vermittelten selbst die Fernsehbildschirme mehr als die ohnehin schon beeindruckenden Bilder. Gold im Mehrkampf, Silber mit der Mannschaft und zweimal Bronze an den Einzelgeräten. In Mary Lou Retton hat die Turnkönigin Nadia Comaneci eine würdige Nachfolgerin gefunden.



Said Aouita

Der Mann ist konsequent. In Los Angeles lief er nur über 5000 m und wurde Olympiasieger. Er hätte es ebenso gut über 1500 m werden können, denn auch da ist der Marokkaner Said Aouita in diesem Sommer der Weltbeste. Nun strebt er danach, Weltrekorde aufzustellen, in den nächsten zwei Wochen auf den großen internationalen Sportfesten. Erst der Olympiasieg, dann Rekorde. Der Mann ist eben konsequent. Schließlich verließ er seine muslemische Heimat, die er als Hemmschuh empfand, um in Italien kompromißlos eine Läuferkarriere aufzubauen.

Mark Todd

Das Unternehmen Olympia hatte er sich einiges kosten lassen. 20 000 Dollar ließ sich Mark Todd, der Rinderzüchter aus Neuseeland, von einem Sponsor vorstrecken. Todd: „Ich wollte doch so gerne nach Los Angeles." Mit seinem Gut haftete er für diesen Betrag, „mein Pferd Charisma hätte ich nach den Spielen verkauft, was ich jetzt wohl nicht mehr tun muß." Olympiasiege zahlen sich aus. Mark Todd, der zuvor noch nie ein Championat gewinnen konnte, siegte bei der Military-Konkurrenz. Er sagt: „Ob ich mir so etwas noch mal leisten kann, weiß ich nicht."



Jon Sieben

Als das Finale über 200-m-Delphin gestartet wurde, gab es nur eine Frage: Wird Michael Groß bei seinem Olympiasieg einen Weltrekord schwimmen? Beides gelang dann einem anderen: Jon Sieben aus Australien, der Weltrekord schwamm und Olympiasieger wurde. Innerhalb eines Tages hatte er seine persönliche Bestzeit um über vier Sekunden verbessert. Sein Trainer hatte vorher zu ihm gesagt: „Du bist der beste Flieger im Feld. Ich will nachher endlich die australische Hymne hören." Siebens Antwort: „Quäle mich nicht – gegen Groß habe ich keine Chance."



Valerie Brisco-Hooks

Mit 18 galt sie als Talent, mit 24 nennt man sie den „weiblichen Carl Lewis". Drei Goldmedaillen gewann Valerie Brisco-Hooks, über 200 m, 400 m und mit der amerikanischen 4 x 400-m-Staffel. 1981 hatte sie geheiratet und mit dem Sport ausgesetzt. Im Juni feierte sie ein glänzendes Comeback mit 49,83 Sekunden über 400 m. Die amerikanische Fachzeitschrift „Track and Field News" schrieb damals, sie eine geradezu klassische Vertreterin der amerikanischen Sprint-Schule und die eigentliche Antwort auf die Herausforderung aus der „DDR".



Frank Wieneke

Ihm fehlten noch die großen Meriten, als er nach Los Angeles kam. Deshalb sollte Frank Wieneke eigentlich nur lernen. Er sollte zuschauen, wie die Großen Judo zelebrieren. Doch der Weltergewichtler Frank Wieneke vom VfL Wolfsburg hatte dafür keine Zeit, er mußte kämpfen. Und so wurde er Olympiasieger, in der direkten Auseinandersetzung mit dem englischen Weltmeister Neil Adams. Das war zugleich der Hinweis, daß Judo nicht nur eine Sache langfristiger Kalkulationen sein muß. Gerade Judo war immer auch die Inspiration des Augenblicks.



Nawal El Moutawakil

Die Marokkanerin Nawal El Moutawakil gehörte schon vor dem Finale über 400 m Hürden gemeinsam mit der amerikanischen Rekordhalterin Judy Brown zu den Favoritinnen. 22 Jahre alt ist die Kaufmannstochter aus Casablanca, und in Paris hat sie das Hürdenlaufen dort gelernt, wo es auch der große französische Hürdenstar Guy Drut einst gepaukt hatte. Nur 1,62 m groß ist die Marokkanerin, was ihr nutzt. Denn über den niedrigen Hürden (76,2 cm) kommt sie ausgezeichnet zurecht. Den letzten Schliff dafür holte sie sich ein Jahr lang an der Universität von Iowa.

Athleten, die bald vergessen sind

Pietro Mennea

So ändern sich die Zeiten. „Stern des Südens" oder „Expreß aus Barletta" nannten die Zeitungen jahrelang den italienischen Sprinter Pietro Mennea. Kurz vor den Spielen in Los Angeles bekam der 200-m-Weltrekordler (19,72 Sekunden) einen neuen Titel verpaßt: „Grand Papa". In Los Angeles, wo der 31jährige hinterherlief, stellte sich heraus, daß sein Olympiasieg von Moskau 1980 über 200 Meter nur ein Pyrrhussieg war. Ein Sieg, der damals nur gelingen konnte, weil die Amerikaner nicht am Start waren. Menneas Zeit ist abgelaufen.



Peter Hussing

Er hat sich überreden lassen. Was ein Fehler war, wie sich später herausstellte. Denn für Peter Hussing, das deutsche Box-Denkmal, wurde Los Angeles zum Debakel, zu einem Abschied, den er sich hätte ersparen sollen. Mit 2:3 Richterstimmen verlor Hussing gegen den Jugoslawen Azis Salihu – an den großen Sieg war wohl von vornherein nicht zu denken. Hussing sagte: „Ich bin tief enttäuscht." Von wem? Von dem Träumer Peter Hussing, der immer noch an den großen Boxer Peter Hussing glaubte, als es ihn längst nicht mehr gab? Oder hat ihn dieses Ende so gebeutelt?



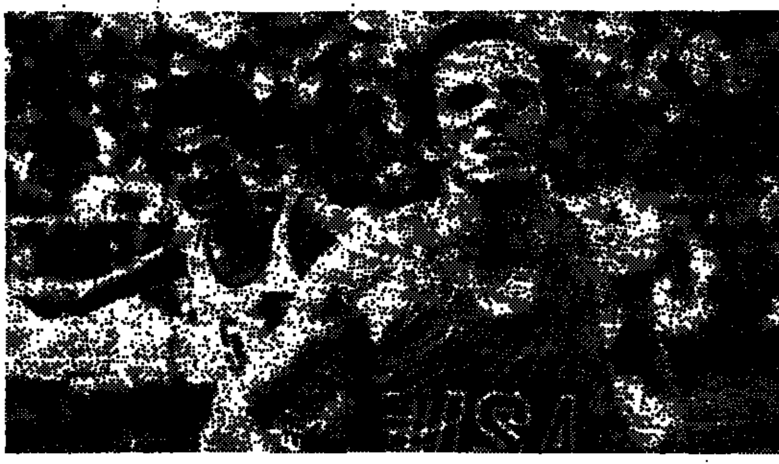
Allan Wells

Olympiasieger über 100 m war der Schotte Allan Wells (32) vor vier Jahren in Moskau – in Abwesenheit der Amerikaner. 1983, bei den Weltmeisterschaften in Helsinki, war alles wieder im Lot: Auf den ersten drei Plätzen drei Amerikaner, dann Wells. In Los Angeles gehörte der ehedem „schnellste Mann der Welt" (Trainerin und Ehefrau Margot Wells über ihren Mann) nur noch zur Staffage. Im Training habe er oft die Schmerzgrenze überschritten, hat Wells kürzlich erzählt. Es war vergebliche Mühe, denn das war bereits das Ende seiner Karriere.



Steve Ovett

Ovett gegen Coe – lang ist es her, als das noch das Nonplusultra der internationalen Leichtathletik war. Fernduelle, einmal lief Ovett Weltrekord, ein anderes Mal Coe – und ein Millionenpublikum fieberte dem direkten Duell entgegen. Das fand in Los Angeles statt, als sich niemand mehr an den Magnetismus des Duells Ovett gegen Coe erinnern mochte. Für Ovett war es ein kläglicher Abgesang. Über 800 m bildete er das Schlußlicht, über 1500 m kam er – der Weltrekordler – nicht ins Ziel. Eine große Karriere fand ihr abruptes Ende.



Henry Marsh

Er ist immer noch der schnellste aktuelle Hindernisläufer. Auf 8:12,37 Minuten steht der amerikanische Rekord über 3000 m Hindernis, gelaufen von dem Rechtsanwalt Henry Marsh aus Los Angeles. Henry Marsh gehörte jahrelang zu den Großen seiner Zunft. 1983 wollte er in Helsinki Weltmeister werden – und stürzte am letzten Hindernis. 1984 wollte er Olympiasieger werden – er wurde Vierter und mußte wegen eines Kreislaufkollaps behandelt werden. Sein Anspruch war stets sehr hoch, Niederlagen hat er sich nie verziehen. Nun ist er an sich selber gescheitert.



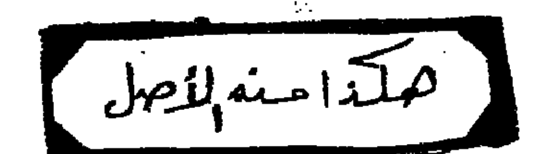
Lucinda Green

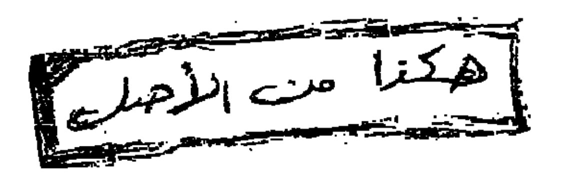
Sie hat viele Titel gehabt in ihrer Karriere als Military-Reiterin. „Miss Military" wurde sie genannt, die den Männern das Fürchten lehrt, die „frische Rose", die andererseits „reitet wie der Teufel, und wenn der Teufel es will, gewinnt sie auch". Lucinda Green war stets das Aushängeschild des englischen Military-Sports, als sie noch Prior-Palmer hieß. Jetzt ist sie schon zum zweiten Mal verheiratet. In Los Angeles wollte sie ihre Karriere krönen. Am Ende kam sie ins Ziel unter ferner liefen. Der Pakt mit dem Teufel war gebrochen. Eine große Karriere ging zu Ende.



Pablo Morales

Der junge Mann aus Kuba war in die USA gekommen, um eine große Karriere als Schwimmer zu machen. Alle Welt sollte von Pablo Morales sprechen, nicht von dem Deutschen Michael Groß. Doch er verlor gegen Groß nicht nur auf seiner Spezialstrecke 100 Meter Delphin, er verlor auch noch seinen Weltrekord. Und über 200 m Lagen fand er auch seinen Meister: den Kanadier Alex Baumann. Morales sagt: „Für mich ist ein Kindheitstraum zu Ende gegangen." Was half es da, daß Morales noch zwei Goldmedaillen in den Staffeln gewann?





XXIII. OLYMPISCHE SOMMERSPIELE

DEUTSCHES TEAM / Ein Funktionärs-Streit

Kritik von Fallak und Neckermann an Gieseler

dpa, Los Angeles

Heinz Fallak, der Chef de Mission der deutschen Olympia-Mannschaft, hat zum Abschluß der Olympischen Spiele seine letzte Pressekonferenz in Los Angeles dazu genutzt, seine Kritik an Karlheinz Gieseler, dem Generalsekretär des Deutschen Sportbundes (DSB), zu wiederholen. „*Ich halte* seine Äußerungen für verantwortungslos, er muß sich dafür verantworten", sagte Fallak, der als Vorsitzender des Bundesausschusses Leistungssport (BAL) auch Präsidiumsmitglied des DSB ist.

Gieseler hatte noch vor Abschluß der Wettkämpfe das Abschneiden der deutschen Mannschaft in Los Angeles kritisiert und zu einer Diskussion über die Veränderung von Strukturen im Hochleistungssport der Bundesrepublik augefordert.

Der Vorsitzende der Stiftung Deutsche Sporthilfe, Josef Neckermann, schloß sich der Kritik von Fallak an. „Ich spreche Karlheinz Gieseler das Recht ab, über dieses Thema zu befinden. Unser Förderungssystem hat sich als richtig erwiesen", sagte der 72 Jahre alte Funktionär. Kein Geld sei so gut angelegt worden wie in der leistungsbezogenen Kostenerstattung.

Im Gegensatz zu Gieseler zog Fallak eine zufriedenstellende Bilanz für das deutsche Team in Los Angeles. „Wir können geraden Blickes nach Hause fahren", sagte der Chef de Mission. Und dann fügt er hinzu: „Ich bin glücklich, daß ich diese Mannschaft führen durfte. Niemals zuvor war die Kameradschaft und Freundschaft so gut wie hier."

Unterstützung erhielt Fallak von BAL-Direktor Helmut Meyer. Er legte dar, daß die 411 deutschen Olympia-Teilnehmer nicht nur 59 Medaillen (17 Gold, 19 Silber, 23 Bronze) gewonnen, sondern insgesamt 348 Plätze unter den ersten acht belegt hätten. Das entspreche einer Quote von 85 Prozent.

Für den BAL habe die Richtzahl der zu erreichenden Medaillen bei 60 gelegen, sagte Meyer. Er selbst habe fünf bis sechs Medaillen mehr erwartet. Die in Los Angeles beteiligten Verbände hätten sehr unterschiedlich abgeschnitten. Im Rahmen der Erwartungen seien Leichtathleten, Schwimmer, Turner und Radfahrer geblieben. Auch die Kampfsportarten hätten gehalten, was man sich von ihnen versprochen habe. Dabei hob Meyer besonders die Leistungen der deutschen Fechter hervor. Positiv bewertete der BAL-Direktor auch die Ergebnisse in den Ballsportarten und im Hockey. Die acht Mannschaften hatten vier Medaillen gewonnen.

Defizite sah Helmut Meyer dagegen bei den Schützen und im Modernen Fünfkampf. Von den Ruderern, Seglern und Kanuten hatte er sich ebenfalls mehr Medaillen vorgestellt.

Für die nächsten Olympischen Spiele 1988 in Seoul sieht Meyer den dritten Platz der deutschen Sportler in der Medaillenwertung hinter den USA und Rumänien gefährdet. Aber nicht nur, weil dann möglicherweise der Ostblock wieder teilnimmt, sondern weil die Chinesen sportlich auf dem Vormarsch sind. Er wagte die Prognose, die Asiaten würden aufgrund des riesigen Menschenpotentials die deutsche Mannschaft überflügeln.

Auf das Abschneiden der Sportler aus den Entwicklungsländern angesprochen, antwortete der BAL-Sportdirektor: „Insgesamt haben die Länder der Dritten Welt die Möglichkeiten, die ihnen durch den Boykott fast des gesamten Ostblocks geboten wurden, absolut genutzt."

Heinz Fallak ging in seiner Bewertung auch auf die Spiele im ganzen ein. Er lobte die ausgezeichnete Organisation, die guten Sportstätten und die „großartige Mannschaft der USA". Die Gastgeber hätten es gar nicht nötig gehabt, nationalistisch aufzutreten. Zu der Bevorteilung der Amerikaner in einigen Sportarten sagte Fallak, daß es eine Reihe von Fehlurteilen durch Kampf- und Schiedsrichter gegeben habe. Die Berichterstattung durch die amerikanische Fernsehgesellschaft ABC, so der BAL-Vorsitzende, sei „teilweise schlimm" gewesen.

DOPING

Insgesamt acht Fälle

DW. Los Angeles

Durch die Bekanntgabe von drei Dopingfällen noch am Schlußtag der Olympischen Spiele erhöhte sich die Gesamtzahl auf acht. Es handelt sich dabei lediglich um Athleten, die später nach ihren Wettkämpfen der Einnahme verbotener Mittel überführt wurden.

Der Fall des deutschen Radamateurs Gerhard Strittmatter, der noch vor Beginn der Wettkämpfe in Los Angeles an internen Kontrollen scheiterte, taucht in den Doping-Sünder-Listen nicht auf.

Der spektakulärste Fall betrifft den finnischen Langstreckenläufer Martti Vainio, der vermutlich seine Silbermedaille zurückgeben muß. Von Dopingfällen betroffen waren die Sportarten Ringen, Gewichtheben, Leichtathletik, Radsport und Volleyball.

Volleyballspieler Tanaka (Japan) war der erste, der in Los Angeles wegen Dopingmittel-Mißbrauchs auffiel. Wegen erwiesener Unwissenheit wurde anschließend jedoch nicht Tanaka, sondern der Masseur der Mannschaft für 12 Jahre von Olympischen Spielen ausgeschlossen. Eine Maßnahme, die von der Athletenkommission im Internationalen Olympischen Komitee (IOC) begrüßt wird. „Es darf nicht nur der Athlet allein bestraft werden, sein gesamtes Umfeld muß einbezogen werden", erklärte der deutsche Fecht-Olympiasieger Thomas Bach als Mitglied der Athletenkommission.

Verstärkte Aufklärung und strenge Kontrollen sind nach Ansicht der Athleten der wirksamste Weg, dem Doping-Mißbrauch zu begegnen. „Zureden allein ist zu wenig, nur wirksame Kontrollen bieten die Möglichkeit, das Problem in den Griff zu bekommen", forderte Bach. Er bezeichnete gleichzeitig die Kontrollen in Los Angeles als gut, kritisierte jedoch den langen Zeitraum bis zur Bekanntgabe der Test-Ergebnisse. „Es dauert hier drei Tage bis das Ergebnis der Analyse vorliegt und nochmals einen Tag, bis die Gegenprobe genommen ist."

NACHRICHTEN

Finalsieg für Arsenal

Bielefeld (sid) – Der englische Erstdivisonär Arsenal London gewann das Internationale Fußball-Turnier in Bielefeld. Im Finale besiegten die Engländer den Bundesligaklub Arminia Bielefeld mit 1:0. Das Spiel um den dritten Platz sicherte sich Lok Leipzig. Die „DDR"-Mannschaft schlug Iraklis Saloniki mit 5:2.

Steher-Preis für Podlesch

Berlin (dpa) – Der Berliner Amateursteher-Weltmeister Rainer Podlesch gewann hinter seinem Nürnberger Schrittmacher Dieter Durst auf der Radrennbahn Schöneberg den „Großen Steherpreis von Berlin". Podlesch besiegte in diesem Rennen den WM-Zweiten Mathe Pronk aus Holland.

Segeln: Tempest-Klasse

Tegernsee (dpa) – Rolf Bähr und Vorschoter Herbert Kujan (Füssen) sicherten sich auf dem Tegernsee die deutsche Meisterschaft der Segler in der Tempest-Klasse. Zweite wurden nach vier Wettfahrten die Titelverteidiger Klaus Rösch/Max Reichert (Waging) vor den amtierenden Weltmeistern Sepp Höss/Dieter Klarmann (Tegernsee).

Rinaldi Weltmeister

Ettelbrück (dpa) – Der Italiener Michele Rinaldi gewann vorzeitig den Weltmeistertitel der Motocross-Fahrer auf einer Suzuki in der 125 ccm-Klasse. Er profitierte beim letzten WM-Lauf in Ettelbrück (Luxemburg) vom Ausfall des bis dahin führenden Corrado Madii, der nach einem Zusammenstoß (Beinbruch) aufgeben mußte.

Zweiter Grand-Prix-Sieg

Cleveland (sid) – Der ungesetzte Amerikaner Terry Moor gewann das Herreneinzel beim Tennis-Grand-Prix Turnier in Cleveland/Ohio. Der schon 32 Jahre alte Moor besiegte im Finale seinen Landsmann und Vorjahrssieger Marty Davis mit 3:6, 7:6, 6:2. Nach 1979 schaffte der Amerikaner damit seinen zweiten Turniersieg.

Gomez: Leichter Sieg

Indianapolis (sid) – Andres Gomez aus Guayaquil in Ecuador wurde in Indianapolis neuer amerikanischer Meister auf Ascheplätzen. Der Fünfte der Weltrangliste besiegte im Endspiel den 30 Jahre alten Ungarn Balazs Taroczy mit 6:0, 7:6. Gomez erhielt für seinen Sieg eine Siegprämie von umgerechnet rund 130 000 Mark.

Klaus Niedzwiedz vorne

Most (CSSR) – Vor rund 100 000 Zuschauern gewann der Dortmunder Klaus Niedzwiedz den fünften Lauf zur Interserie 1984 im Autodrom von Most (CSSR). Der Dortmunder besiegte dabei den Le Mans-Sieger Henri Pescarolo.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Oberhausen – Mönchengladbach 0:3, Schuttorf – Bremen 1:13, Bielefeld – Arsenal London 0:1, Vorsfelde – Braunschweig 1:3, Buchholz – Uerdingen 0:12, Frankfurt – Offenbach 3:1, RW Frankfurt – CSC Kassel 0:3, Lübeck – HSV 1:8.

HANDBALL

Freundschaftsspiel: Hüttenberg – Lutzellinden 25:21.

TENNIS

Nationale deutsche Meisterschaften in Braunschweig. Herren, Einzelfinale: Maurer (Neuss) – Meiler (Amberg) 6:2, 7:6, 6:2. – Herrendoppel, Finale: Eberhard/Marten (beide Berlin) – Elter/Hermann (Essen/Bamberg) 6:3, 6:4, 4:6, 6:4. – Dameneinzel, Finale: Cueto (Stuttgart) – Renz (Stuttgart) 6:4, 6:2. – Damendoppel, Finale: Betzner/Wallbser (beide Stuttgart) – Keppeler/Porwik (Augsburg/Fürth) 4:6, 6:4, 6:4.

RAD

„Großer Steherpreis von Berlin" (63 km): 1. R. Podlesch (Zehlendorf) 1 Std./6 Punkte, 2. Gewiß (Berliner RC) 40 m zur./5, 3. Pronk 80 m zur./4, 4. Denies (beide Holland) 120 m zur./3, 5. Stambula (Solingen) 140 m zur./2, 6. van der Knoop (Holland) 400 m zur./1. – „Kleiner Steherpreis" (30 km): 1. K. Podlesch (Berliner RC) 26:58 Min., 2. Frank (Bielefeld) 340 m zur., 3. Leitlof (Hannover) 1250 m zur.

MOTOR

Interserie. Division I: 1. Niedzwiedz (Dortmund) Ford Zakspeed C1/8, 2. Pescarolo (Frankreich) Joest-Porsche 956, 3. Merl (Hamburg) Porsche 956, 4. Kroesemejer (Holland) Porsche ZK 5, 5. Striebig (Frankreich) Sthemo-BMW. – Division II: 1. Hardt (Bonn) Ralt-Canam, 2. Anspann (München) Maurer-Canam, 3. Binder (Esslingen) Lola-BMW, 4. Lamberty (Trier) Chevron-BMW, 5. Riegl (Bonn) Lola-BMW. – Punktstand nach fünf von sieben Läufen: 1. Niedzwiedz 80 Punkte, 2. Kroesemejer 66, 3. Buess (Schweiz) und Hardt je 54, 5. Binder 52, 6. Goetz 46, 7. Anspann 41.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 2, 0, 1, 1, 1, 1, 2, 0, 2, 2, 1. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 8, 12, 14, 21, 24, 39. Zusatzzahl: 41. – **Rennquintett:** Rennen A: 14, 3, 12. – Rennen B: 24, 35, 33 (Ohne Gewähr).

GALOPP / Las Vegas gewinnt den Aral-Pokal

Nun lockt ein Scheich mit Millionen-Angebot

K. GÖNTZSCHE, Gelsenkirchen

Am Sektstand der Gelsenkirchen-Horster Galopprennbahn standen am frühen Sonntagabend die beiden Trainer Sven von Mitzlaff (70) und Heinz Jentzsch (64) aus Köln. Die beiden älteren Herren beherrschen in diesem Jahr mit ihren Pferden wie so oft die deutsche Grand Prix Szene. 22 Rennen der Europa-Gruppen-Kategorie sind in dieser Saison auf hiesigen Rennbahnen ausgetragen worden, achtmal waren Pferde von Jentzsch, fünfmal Mitzlaff-Pferde siegreich, im Stuten-Derby um den Preis der Diana mußten sich Las Vegas und Slenderella den Erfolg im toten Rennen teilen.

Am Sonntag spendierte Sven von Mitzlaff den Siegersekt. Heinz Jentzsch war ausnahmsweise in der unangenehmen Situation, Ursachenforschung für Niederlagen betreiben zu müssen. Zwei Mitzlaff-Pferde belegten im Aral-Pokal (160 000 Mark, 94 000 Mark dem Sieger, 2400 m, Europa-Gruppe I) die beiden ersten Plätze: Die Stute Las Vegas mit Jokkey Patrick Gilson (23) siegte mit eineinviertel Längen Vorsprung vor dem Derby-Sieger von 1983, Ordos mit Peter Alafi (48). Die Jentzsch-Pferde El Arco (Georg Bocskai) und der amtierende Derby-Sieger Lagunas (Andreas Tylicki) belegten deutlich geschlagen nur die Plätze drei und vier. Jentzsch: „Sie sehen einen ratlosen Trainer vor sich." Mehr konnte er nicht sagen.

Einen Stutensieg im Aral-Pokal – das gab es zuletzt 1976. Damals gewann Kandia mit Erwin Schindler. Zu diesem Erfolg und dem Sieg von Las Vegas gibt es bemerkenswerte Parallelen: Kandia wurde von Sven von Mitzlaff betreut, ihre Züchterin war Ilse Bscher. Kandia gehörte einer Besitzergemeinschaft mit Trainerehefrau Renate von Mitzlaff an der Spitze. Ilse Bscher ist auch die Besitzerin und Züchterin von Las Vegas. Deren Mutter Loisach ging schon 1974 im Aral-Pokal an den Start, wurde hinter dem Trainingsgefährten Athenagoros Zweite.

Stutensiege in großen Rennen – das ist in Deutschland eine Rarität. Unsere Trainer und Besitzer bringen zu selten den Mut auf, auch einmal eine Stute in hochdotierten Rennen gegen die scheinbar übermächtigen Hengste zu schicken. Emanzipation Fehlanzeige. In Frankreich und England ist man damit weniger zurückhaltend, aber erfolgreich: Im Prix de l'Arc de Triomphe in Paris und in den Champion-Stakes von Newmarket belegten Vertreterinnen des sogenannten schwachen Geschlechts serienweise die vorderen Plätze. Bis ins Jahr 1979 mußte man bis zum Sonntag zurückblättern, ehe man überhaupt eine Stute am Start eines Gruppe-I-Rennens in Deutschland fand. Take more endete damals im Aral-Pokal unplaziert.

Wie zurückhaltend die deutschen Trainer in dieser Beziehung sind, zeigt erneut das Nennungsergebnis für den Großen Preis von Baden am 2. September in Iffezheim und den Preis von Europa am 23. September in Köln: Stuten sind nicht genannt. Immer wieder wird gemunkelt, daß die Siegesserie ausländischer Stuten ihre Ursache in den Verwendung bestimmter Mittel (Hormone) hat. Aber Beweise dafür gibt es nicht. Als Argument wird hierzulande oft angeführt, daß zu schwere Rennen negative Auswirkungen auf die spätere Zuchtlaufbahn hätten. Das Gegenteil beweist jetzt zumindest Loisach, die Mutter der Aral-Pokalsiegerin Las Vegas. Ilse Bscher war vor dem Rennen allerdings skeptisch: „Las Vegas ist rossig." Mißtrauen ist angebracht, ob das stimmte. Man kann es aber auch so sehen: Zumindest störte es dann nicht beim Schnellaufen.

Unklar ist die Zukunft der Stute. Robert Acton, der Gestütsmanager des Scheichs Mohammed aus Dubai, wurde in den letzten Wochen in der deutschen Gestüts-Schickeria herumgereicht. Schon vor einigen Wochen lag Ilse Bscher ein Millionen-Angebot für Las Vegas vor. Aber damals hatte die Tochter des Adenauer-Beraters Robert Pferdmenges um Las Vegas gepokert wie einst Steve McQueen und Edward G. Robinson im berühmten US-Film „Der Cincinnati Kid". Sie lehnte ab: „Wir können uns immer noch genügend zum Essen kaufen." Möglich, daß der petrodollarschwere Scheich vom Persischen Golf jetzt aus D-Mark US-Dollar macht. Ilser Bscher: „Las Vegas kriegt er trotzdem nicht."

Opposition gegen Streik der britischen Bergleute wächst

„Koordinierte Kampagne zur Rückkehr in die Zechen" / Gewerkschaft droht mit Strafaktionen

WILHELM FURLER, London

Die Opposition unter den britischen Bergleuten gegen den inzwischen 22 Wochen dauernden Ausstand im Steinkohlebergbau wächst. Eine Gruppe von 30 gemäßigten Bergleuten, angeführt von dem inzwischen in ganz Großbritannien bekannten Streik-Rebellen Chris Butcher mit dem Decknamen „Silber-Birke", hat während eines Geheimtreffens Pläne für eine „koordinierte Kampagne zur Rückkehr in die Zechen" ausgearbeitet.

Die Aktion wird sich vor allem der Plakatwerbung (unter dem Motto „miners strike back") und einer intensivierten Pressekampagne bedienen. Zunächst wird sie sich auf Yorkshire, das Herz des britischen Kohlebergbaus und gleichzeitig eine der militantesten Bergbauregionen, konzentrieren und später auf Schottland und andere militante Kohlereviere ausgedehnt. Die Anti-Streik-Rebellen, die sich „Stimme der Mäßigung" nennen, wollen ihre Plakat- und Zeitungskampagne durch eine direkte Überredungsaktion unterstützen. Danach sollen in bestimmte Zechen von Yorkshire, in denen bereits Streikmüdigkeit zu erkennen ist, Gruppen von jeweils rund einem Dutzend Anti-Streikler eingeschleust werden. Deren Einflüsse sollen einen regelrechten „Schneeball-Effekt" im ganzen Land auslösen.

Der staatlichen Kohlebehörde National Coal Board zufolge sind im schottischen Revier gestern so viele Bergleute wie seit Streikbeginn nicht mehr zur Arbeit erschienen. Zwar sind es weniger als 100 von insgesamt 10 200 – in der vergangenen Woche waren es nur zwei Arbeitswillige gewesen –, doch ist allein diese Zahl schon bemerkenswert angesichts der äußerst militanten Führung der schottischen Bergleute-Gewerkschaft, die sich nicht scheut, ihre Mitglieder zu „Strafaktionen" gegen arbeitswillige Kollegen und deren Familien aufzufordern.

Betont optimistisch geben sich denn auch der Vorsitzende des National Coal Board, Ian MacGregor, und der britische Energieminister Peter Walker. MacGregor erklärte, er habe das bestimmte Gefühl, die „Wasserscheide" sei überschritten. Zum ersten Mal spüre er „Rückenwind". Und der Energieminister erklärte, daß nach dem Sommerurlaub deutlich mehr Bergleute an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt seien, als er zu hoffen gewagt habe.

In Lancashire arbeiten nach Angaben der Kohlebehörde inzwischen 75 Prozent der Bergleute. In Nottinghamshire, wo der Streikaufruf seit Beginn des Arbeitskampfes ohnehin am wenigsten Resonanz gefunden hat, befinden sich nur noch etwa 1500 Bergleute im Ausstand. Dies sind Minister Walker zufolge Anzeichen für eine neue Einstellung.

Allmählich würden sich die Bergleute, die inzwischen im Schnitt mehr als 15 000 Mark an Bezügen eingebüßt haben, nicht mehr von den bewußten Lügen des Präsidenten der Bergleute-Gewerkschaft, Arthur Scargill, beeindrucken lassen. Scargill hat wiederholt behauptet, die Kohlevorräte der Kraftwerke würden nur noch für acht Wochen ausreichen. Tatsächlich stellen sie aber die Stromversorgung bis mindestens ins nächste Frühjahr hinein sicher.

Seite 11: Streik läuft ins Leere

Israel für engere Kontakte zu Schwarzafrika

rtr, Jerusalem

Der Generaldirektor im israelischen Außenministerium, David Kimche, hat nach Angaben aus Regierungskreisen mehrere schwarzafrikanische Länder besucht. Regierungsvertreter sagten gestern lediglich zu der Geheimreise, Israel versuche, seine Beziehungen zu einigen Staaten zu verbessern, die nach dem Nahostkrieg von 1973 auf Drängen Ägyptens die diplomatischen Beziehungen abgebrochen hatten. Kimche habe Länder besucht, die diplomatische oder wirtschaftliche Beziehungen zu Israel unterhielten.

Unter diese Kategorie fallen Zaire, Malawi, Swaziland, Liberia, Lesotho, die Elfenbeinküste und Nigeria. In Kenia, Gabun, und Ghana nehmen Botschaften anderer Länder die israelischen Interessen wahr.

Die israelischen Exporte nach Schwarzafrika belaufen sich auf rund 100 Millionen Dollar (291 Millionen Mark) pro Jahr. Wie groß die umfangreichen israelischen Waffenlieferungen in Länder Schwarzafrikas sind, wird von israelischen Behörden nicht bekanntgegeben. Rund 2000 Israelis arbeiten derzeit in Afrika.

SPD will Teilhaberente und Anerkennung des Kinderjahres

Gesetzentwurf zur Reform der Hinterbliebenenversorgung / Frauen sollen stärker profitieren

rtr/dpa, Bonn

Als unzureichend hat die SPD das von Bundesarbeitsminister Blüm vorgelegte Konzept für die Reform der Hinterbliebenenversorgung kritisiert. Ihre stellvertretende Fraktionsvorsitzende Anke Fuchs kündigte gestern an, ihre Partei werde einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen, der die materielle Gleichstellung der Frau im Rentenrecht stärker berücksichtigen werde als das Modell des Arbeitsministeriums.

Zentrale Forderung der SPD ist die Einführung der sogenannten Teilhaberente. Danach sollen Witwe oder Witwer eine Rente in Höhe von 70 Prozent des Gesamtanspruchs beider Ehegatten erhalten, mindestens jedoch die selbsterworbene Rente. Nach dem Vorschlag des Arbeitsministeriums dagegen erhält der Ehegatte 60 Prozent der dem Verstorbenen zugestandenen Rente, wobei ein Teil des selbsterworbenen Einkommens abgezogen wird, wenn es den Freibetrag von 900 Mark übersteigt.

Nach den Worten von Frau Fuchs kommt der SPD-Vorschlag der Gleichstellung von Mann und Frau wesentlich näher; Ziel der Reform sei nicht nur formale Gleichbehandlung, sondern die Angleichung der tatsächlichen Versorgung von Witwer und Witwe. Das Modell des Arbeitsministeriums stelle jedoch in den meisten Fällen den Mann besser, da dieser in der Regel die höheren Anwartschaften erworben habe. Das Ergebnis sei nur dann gleich, wenn beide Renten über dem Freibetrag von 900 Mark lägen, was aber nur bei etwa 20 Prozent der Frauen der Fall sei. Die Teilhaberente käme insbesondere Frauen mit niedrigen Renten zugute, die nach Anke Fuchs im Modell des Arbeitsministeriums leer ausgingen.

Die Teilhaberente würde nach Angaben der SPD für drei der 4,1 Millionen Witwen Verbesserungen, für 400 000 keine Veränderungen und für rund 700 000 Verschlechterungen bringen, während das Blüm-Modell für 3,7 Millionen nichts ändern und für 400 000 Verschlechterungen bringen würde.

Zu den SPD-Forderungen gehört ferner die Anerkennung eines Kindererziehungsjahres in der Rentenversicherung auch für zurückliegende Jahre. Berechnungsgrundlage soll nach Vorstellung der Sozialdemokraten 75 Prozent des Durchschnittseinkommens aller Versicherten sein.

Die SPD griff als weiteren Vorschlag auch die Rente nach Mindesteinkommen auf, die für Beitragsberechnungen bis 1972 gegolten hat und aus niedrigen Arbeitslöhnen resultierende Rentennachteile ausgleichen sollte. Sie solle nunmehr zum Dauerrecht ausgebaut werden.

Die Kosten der Rentenreform bezifferte Frau Fuchs auf 3,5 Milliarden Mark, was einer Anhebung der Versicherungsbeiträge um 0,5 Prozent entspreche. Diese Beitragserhöhung könne jedoch durch begleitende Strukturmaßnahmen, beispielsweise eine veränderte Bewertung der beitragslosen Zeiten, weitgehend vermieden werden.

Das SPD-Konzept enthält auch Vorschläge zur Stabilisierung der Rentenversicherung. Danach sollen u. a. die Abhängigkeit des Beitragsaufkommens von der Arbeitsmarktsituation und die Belastung der Rentenversicherung mit den Kosten der Arbeitslosigkeit beseitigt werden.

Attacken und Angebot zum Dialog

„DDR": Bau der Mauer „zur Sicherung der Staatsgrenze" / Bekannte Parolen wiederholt

DW./AP, Ost-Berlin

Die Ostberliner Zeitungen haben gestern anläßlich des 23. Jahrestages des Baus der Berliner Mauer die schon in der Vergangenheit verwendeten Argumente für die Notwendigkeit der „Sicherung der Staatsgrenze" im Jahre 1961 mit der Forderung nach Fortsetzung des politischen Dialogs verbunden. Das SED-Organ „Neues Deutschland" veröffentlichte an der Stelle, wo ansonsten der Leitartikel abgedruckt wird, die Erklärung eines Mitglieds der „DDR"-Kampfgruppen, Alfred Schroeder, in der es unter anderem hieß: „Wir wollen das Unsere dazu tun, daß der politische Dialog weiter geführt wird, daß es zur Beendigung des Wettrüstens und zu Verhandlungen kommt. Jedem leuchtet es ein, wie gut es wäre, wenn ein Abkommen über den Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt zwischen Warschauer Pakt und NATO geschlossen würde."

Schroeder, der als Meister des VEB „Friedrich Ebert" in Ost-Berlin bezeichnet wurde, erklärte weiter, er sei 1961 mit einer Hundertschaft der Kampfgruppen dabei gewesen, als die Grenze in Berlin „unter Kontrolle" genommen worden sei. „Für Europa wurde der Frieden bewahrt, die DDR gewann Ruhe und Sicherheit für die Fortsetzung des sozialistischen Aufbaus." Vom Westen habe man vorher versucht, Unruhe in der „DDR" zu schüren. Er erklärte weiter: „Wir machten für allemal klar, die sozialistische Staatengemeinschaft wird schon an der Elbe und Werra verteidigt."

Die Ost-„Berliner Zeitung" verwendete in einem Leitartikel ähnliche Argumente für den Mauerbau, den sie als „wichtiges Ereignis" in der 35jährigen Geschichte der „DDR" bezeichnete. Auf die gegenwärtige Situation eingehend schrieb das Blatt: „Zusammen mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages treten wir in konsequenter Verwirklichung der gemeinsamen Beschlüsse dafür ein, daß es zu konkreten Abrüstungsschritten kommt und der politische Dialog fortgesetzt wird. Es ist von größter Bedeutung für die Erhaltung des Friedens, daß der Entspannungsprozeß wieder in Gang kommt und die Beziehungen zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung sich im Sinne der Politik der friedlichen Koexistenz weiter gestalten."

Auch die Gewerkschaftszeitung „Tribüne" setzte sich in einem Leitartikel für die Fortsetzung der „Politik der Entspannung und der friedlichen Koexistenz" ein. Lediglich das FDJ-Blatt „Junge Welt" sprach in seinem Leitartikel von „Revanchismus", ohne ihn jedoch in Zusammenhang mit der derzeitigen Bonner Deutschlandpolitik zu bringen.

Wird Polen wieder IWF-Mitglied?

AFP, Washington

Die amerikanische Regierung will sich für eine erneute Zulassung Polens zum Weltwährungsfonds (IWF) verwenden, sobald sämtliche politischen Häftlinge in Polen freigelassen sind. Dies erklärte der Leiter der Europaabteilung im Außenministerium, Burt, der amerikanischen Fernsehanstalt CBS.

Burt erklärte, nach seinen Angaben seien bereits 550 politische Häftlinge im Rahmen der Amnestie freigelassen worden. Für die geplante Freilassung der insgesamt angekündigten 652 Häftlinge blieben der Regierung in Warschau entsprechend ihrem Zeitplan noch mehrere Wochen.

Die amerikanischen Bemühungen bedeuteten jedoch nicht, daß Polen tatsächlich wieder in den IWF zurückkehrt oder daß das Ostblockland rasch Kredite vom Weltwährungsfonds erhalten werde, erklärte Burt.

Möllemann über Wahlerfolg optimistisch

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der nordrhein-westfälische FDP-Chef und Spitzenkandidat für die Landtagswahlen, Jürgen Möllemann, ist „optimistisch", daß seine Partei im Mai 1985 die Rückkehr in das Düsseldorfer Landesparlament schafft. Denn weder CDU/CSU noch SPD könnten die absolute Mehrheit erreichen. Deshalb gelte es als „generelle Zielsetzung", zu verhindern, „daß Nordrhein-Westfalen ‚Hessen II' wird" – es also zu keinem rot-grünen Bündnis kommt.

Möllemann wiederholte, daß er wegen der vom „Spiegel" erhobenen Anschuldigungen, er hätte private Interessen mit Amtsgeschäften verknüpft, nicht als Staatsminister zurücktreten wolle. Diesen Posten wolle er allerdings freimachen, wenn die FDP entweder „als Oppositionspartei oder als Partner in einer Koalition" in den Landtag zurückkehren würde.

Die FDP will nach seinen Worten demnächst mit einem Volksbegehren die Bürger für sich und ihre Ziele mobilisieren. Themen seien die Zulassung privater Rundfunk- und Fernsehprogramme bei gleichzeitigem Verbot der Werbung im öffentlich-rechtlichen WDR, eine Korrektur der kommunalen Neuordnung, eine Änderung des Landeswahlgesetzes und der Gemeindeordnung mit dem Ziel, kleinere Parteien wieder etwas besser zu stellen, und eine „gesetzliche Sicherung des Leistungsprinzips in Schule und Hochschule".

Mit Nachdruck wandte sich Möllemann gegen einen Vergleich mit dem Fall des früheren Wirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff, der wegen der Flick-Affäre zurückgetreten war. Denn gegen ihn gebe es keine Anklage. Möllemann: „Ich habe nicht gegen das Ministergesetz verstoßen."

Aggressive Autowerbung soll gestoppt werden

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger will auf die Automobilindustrie mit dem Ziel einwirken, daß mit dem Kriterium „Geschwindigkeit" in Zukunft nicht mehr geworben wird. In dieser Absicht wird der Minister durch ein jetzt veröffentlichtes Gutachten der Bundesanstalt für Straßenwesen bestärkt, das den Titel „Fahrzeugwerbung und Verkehrssicherheit" trägt. Der Bericht, der im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums erstellt wurde, kommt unter anderem zu dem Ergebnis, daß in der Automobilwerbung ein neuer Trend zur Leistungsbetonung festzustellen ist, während wirtschaftliche Gesichtspunkte, die unter anderem den Gebrauchswert des Fahrzeugs betonen, nur noch abgeschwächt benutzt werden.

Dollinger hatte bereits bei der Vorlage seines Verkehrssicherheitsprogramms 1984 im Frühjahr „mit Sorge" darauf hingewiesen, daß es in der Kraftfahrzeugwerbung wieder mehr „um Power und Speed" geht. Denn mit dieser aggressiver gewordenen Werbung geht seiner Meinung nach auch ein Trend zu einer aggressiveren und undisziplinierteren Fahrweise einher. Der Bericht der Bundesanstalt bestätigt noch einmal die Einschätzung des Ministers.

Danach werden beim Auto Geschwindigkeiten in der Werbung gegenwärtig weit häufiger genannt als in den vergangenen Jahren. Auch beim Motorrad sei der Durchschnittswert der Geschwindigkeitsangaben spürbar gestiegen. Die Zubehörwerbung sei im Sinne der Verkehrssicherheit als weitgehend unkritisch einzustufen. In einigen Anzeigen werde der Gewinn an aktiver Sicherheit möglicherweise überbetont.

Cardenal lehnt Aufforderung des Vatikan ab

DW. Managua

Nicaraguas Kultusminister, Jesuitenpater Ernesto Cardenal, hat es nach einem Bericht der amtlichen Zeitung „Barricada" abgelehnt, die Aufforderung des Vatikans zum Ausscheiden katholischer Priester aus Ämtern der linksgerichteten Sandinisten-Regierung zu befolgen. Die Zeitung zitierte den Geistlichen: „Wegen der Verpflichtung, die Christen im Verhältnis zu den Armen und zur Revolution der Armen haben, sind wir bereit, alle Sanktionen auf uns zu nehmen, die gegen uns verhängt werden könnten."

Der Vatikan hatte erklärt, daß die nicaraguanischen Geistlichen, die Regierungsämter bekleideten, „sehr wohl wissen, daß die Kirchenbehörde seit 1979 darauf besteht", daß sie die mit ihren Priesterpflichten „unvereinbaren Ämter" aufgeben. Von einer Frist war jedoch nicht die Rede. In der Erklärung wurde auf das seit dem vergangenen Jahr geltende neue Kanonische Recht hingewiesen, das den Priestern die Ausübung eines öffentlichen Amtes untersagt.

Zu dem Vorfall erklärte der Sekretär der nicaraguanischen Bischofskonferenz, Bosco Vivas, die vier Priester im Dienst der Sandinisten müßten sich „dem Gesetz der Kirche beugen". Im Jahre 1981 habe sich die Bischofskonferenz mit den Priestern geeinigt, daß sie eine gewisse Zeit im Amt bleiben könnten. Diese Zeitspanne sei jetzt abgelaufen.

Bei den betroffenen Priestern handelt es sich um Außenminister Miguel d'Escoto, Kultusminister Ernesto Cardenal, seinen Bruder, Erziehungsminister Fernando Cardenal, und um den Botschafter Nicaraguas bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), Edgar Parrales.



UNO-Konferenz: Streit um Israel

DW. Mexiko-Stadt

Kurz vor dem Ende der Weltbevölkerungskonferenz steht offenbar die israelische Siedlungspolitik einer Einigung der Delegationen aus 156 Nationen im Wege. Wie ein Sprecher der Vereinten Nationen (UN) erklärte, widersetzen sich die Vereinigten Staaten und Israel der Forderung arabischer Länder, die Regierung in Tel Aviv wegen der Besiedlung des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens zu verurteilen.

UN-Generalsekretär Javier Péres de Cuéllar, der zur Schlußsitzung nach Mexiko angereist war, bedauerte die starke Politisierung der Konferenz, die die Verabschiedung einer „Erklärung von Mexiko" frühestens am heutigen Dienstag und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, bereits am Montag zustande bringen wird.

Kompromiß über sowjetischen Vorstoß

Auf der Konferenz, die den Aktionsplan zur Lösung der Bevölkerungsprobleme aktualisieren soll, der auf der ersten Weltbevölkerungskonferenz vor zehn Jahren in Bukarest verabschiedet worden war, seien „gewöhnliche internationale Probleme" behandelt worden, meinte der UN-Generalsekretär. Er hoffe, daß die entstandenen „Diskrepanzen" nur vorübergehender Art seien. „Es ist ein Fehler, ideologisch-politische Meinungsverschiedenheiten vor eine Konferenz mit technischem Charakter zu bringen", sagte de Cuéllar, der seine beabsichtigte Abschlußrede voraussichtlich heute halten wird.

Über einen zuvor ebenfalls strittigen sowjetischen Vorschlag, einen Passus über Abrüstung in das Schlußdokument aufzunehmen, konnten sich die Delegierten unterdessen auf einen Kompromiß einigen, in dem auf die Bedeutung von Frieden, Sicherheit, Abrüstung und Zusammenarbeit hingewiesen wird. Diese Faktoren seien unabdingbar für die Erreichung der Ziele der Bevölkerungspolitik.

Wenn die Voraussetzungen für wahren Frieden und Sicherheit geschaffen würden, heißt es in dem Passus, könnten die Ressourcen besser für soziale und wirtschaftliche anstatt für militärische Programme genutzt werden. Und eine derartige Entwicklung würde maßgeblich zum Erfolg eines Weltbevölkerungsplanes beitragen.

Die USA hatten den sowjetischen Vorschlag zunächst zurückgewiesen, weil er nichts mit dem Thema der Konferenz zu tun habe. Sie billigten die Empfehlung schließlich, nachdem hinter den Kulissen Gespräche mit Vertretern der Sowjetunion und anderer Staaten geführt worden waren.

Der Entwurf soll in die Präambel eingearbeitet, nicht aber als separater Teil in die Empfehlungen aufgenommen werden. Ein genereller Kompromiß über die Abfassung des Schlußdokuments, das rund 85 Empfehlungen enthalten soll, konnte dagegen bislang nicht erzielt werden.

Neben reinen Formulierungsfragen war dabei gestern besonders die Forderung arabischer Staaten umstritten, im Kapitel „Migration" der Schlußerklärung die israelische Siedlungspolitik als „Verletzung des internationalen Rechtes" aufzunehmen.

Wörtlich heißt es in dem Passus: „Die Errichtung von Siedlungen in gewaltsam besetzten Territorien ist illegal und wird von der internationalen Gemeinschaft verurteilt."

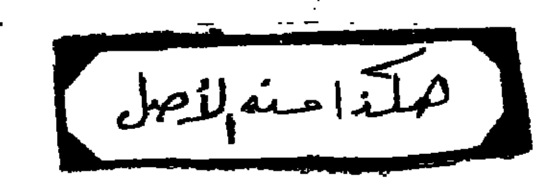
Diese Forderung stieß auf das Veto der USA und Israels, deren Ansicht nach politische Probleme bei der Bevölkerungskonferenz ausgeklammert bleiben sollten. Der Präsident der Konferenz, der mexikanische Innenminister Manuel Bartlett, bemühte sich bislang vergeblich, zwischen den USA und Israel sowie den arabischen Staaten einen Ausgleich zu finden.

Am Sonntag waren die Teilnehmer noch einmal zu einer Sondersitzung zusammengekommen, obwohl die fünftägige Marathonkonferenz am Freitag fristgemäß abgeschlossen worden war. Dabei ging es vor allem um die Klärung zweier amerikanischer Vorbehalte. Der US-Chefdelegierte James Buckley hatte erklärt, für seine Regierung komme eine Unterstützung bevölkerungspolitischer Programme nicht in Frage, die sich auch des Mittels der Abtreibung bedienten.

Kontroverse um Abtreibung beigelegt

Heftige Kritik, unter anderem auch von China, hatte Buckley außerdem mit der Theorie ausgelöst, dem Bevölkerungswachstum sei durch ein streng marktwirtschaftliches System das Bedrohliche zu nehmen. Schließlich seien „Menschen genauso Produzenten wie Verbraucher". UN-Beobachter halten in dieser Frage einen Kompromiß nach gängiger UN-Praxis für möglich: Die USA würden zu einzelnen Passagen der Schlußerklärung ihre Vorbehalte zu Protokoll geben.

Die Kontroverse um das Problem der Abtreibungen wurde inzwischen nach Angaben Buckleys zur Zufriedenheit der Amerikaner gelöst. Buckley erklärte, er habe vom Weltbevölkerungsfonds die von den USA gewünschten Garantien erhalten. Damit werde sein Land die zurückgehaltenen Beiträge für 1984 in Höhe von 19 Millionen Dollar umgehend zur Verfügung stellen.



Streik läuft ins Leere

fu (London) – Es fällt schwer, sich vorzustellen, daß der inzwischen 22 Wochen währende Streik der britischen Bergleute noch bis weit in das nächste Jahr hinein andauern könnte. Und doch mehren sich die Anzeichen dafür, nachdem die militante Gewerkschaftsführung weniger denn je zum Einlenken bereit zu sein scheint.

Es muß für die Streik-Fanatiker allerdings frustrierend sein, Woche für Woche zu erleben, wie ihre Kampfmaßnahmen ins Leere laufen. Negative Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft oder auf einzelne Branchen sind jedenfalls nicht zu spüren.

Immer noch betragen die Kohlevorräte der Kraftwerke rund 20 Millionen Tonnen – genug, um die Elektrizitätsversorgung Großbritanniens bis mindestens ins nächste Frühjahr hinein sicherzustellen. Die gleiche Menge lagert bei den Zechen selbst.

Immer wieder haben die militanten Gewerkschaftsführer und ihre fliegenden Streikposten versucht, die Stahlindustrie ihres Landes in die Kampfmaßnahmen mit einzubeziehen. Daß auch diese Versuche ohne jede Wirkung geblieben sind, beweisen die jüngsten Produktionsstatistiken. So lag der britische Stahl-Ausstoß im Juni um beachtliche 14,6 Prozent über dem ein Jahr zuvor.

Die Kampfmaßnahmen mögen bis ins nächste Jahr hinein anhalten. Doch die Tragik ist, daß die Industrie, der allein bleibender Schaden zugefügt wird, der Kohlebergbau selbst ist.

Spiel mit Feuer

HH – Die Entscheidungsschlacht um Buschhaus konnte nicht ohne Folgen bleiben. Wenn der Jurist Genscher (FDP) dem Chef der niedersächsischen Genehmigungsbehörde, Albrecht (CDU), den Vorwurf macht, daß er sich bei der Entscheidung über die Betriebsgenehmigung für Buschhaus an geltendes Recht hält, darf man sich nicht wundern, wenn im Vorfeld des nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampfs daraus mindestens ebenso unseriöse Forderungen abgeleitet werden: Was Rau und Jochimsen sich zur Umweltentlastung ausgedacht haben, soll in erster Linie das Klima in Nordrhein-Westfalen – speziell zwischen Bonn und Düsseldorf – belasten. Wie hält es die SPD mit dem Verursacherprinzip? Ganz einfach: In Bonn ja, in Düsseldorf eher nein. Zudem will Rau mit seiner Initiative der Importkohle noch eins auswischen. Dabei spielt er mit dem Feuer: Wenn er die prekäre Balance zwischen Import- und Gemeinschaftskohle anrührt, stellt er – zumindest indirekt – den Jahrhundertvertrag zur Disposition. Dabei kann er nur verlieren, auch im Wahlkampf.

UMWELTSCHUTZ / Nordrhein-Westfalen schlägt Vier-Milliarden-Programm vor

Bau von Entschwefelungsanlagen soll durch Zuschüsse gefördert werden

HEINZ HECK, Bonn

Nach der gescheiterten Waldpfennig-Initiative Nordrhein-Westfalens will Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) – offenbar unter dem Eindruck der kürzlich vereinbarten Buschhaus-Lösung sowie mit Blick auf den Landtagswahlkampf 1985 – den Bund für ein Vier-Milliarden-Mark-Programm zur Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen gewinnen.

Für das von Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen (SPD) konzipierte „Förderprogramm des Bundes für Luftreinhaltemaßnahmen bei kohlebetriebenen Feuerungsanlagen" soll der Bund in den acht Jahren von 1985 bis 1992 jährlich 510 Mill. insgesamt also rund 4,1 Mrd. DM bereitstellen. Daraus soll ein 20prozentiger Investitionszuschuß für die in dieser Zeitspanne im Bundesgebiet entstehenden Rauchgasentschwefelungs- und Entstickungsanlagen gezahlt werden. Die Landesregierung Düsseldorf rechnet also offenbar, ohne dies ausdrücklich zu sagen, mit rund 20 Mrd. DM Umweltinvestitionen für Kohlekraftwerke bis 1992.

Über eine finanzielle Beteiligung auch der Bundesländer ist in dem Programm, das die Landesregierung voraussichtlich im Herbst im Bundesrat einbringen will, nichts gesagt. Im Falle einer Länderbeteiligung wäre allerdings auch Einstimmigkeit erforderlich, womit jedoch nicht gerechnet wird. Dies schon deshalb, weil der Vorschlag aus Düsseldorf eine weitere Benachteiligung der weitaus billigeren Importkohle – und damit vor allem der revierfernen Länder – vorsieht.

Denn der Investitionszuschuß soll ohne Auflagen gezahlt werden, wenn in dem betreffenden Kraftwerk Gemeinschaftskohle (also im wesentlichen deutsche) verfeuert wird. Gilt dies nicht, so ist die Inanspruchnahme der Investitionszulage an Bedingungen geknüpft, unter anderem die, daß die Emissionen geringer ausfallen, als in der Großfeuerungsanlagen-Verordnung vorgesehen oder daß die Rauchgasentschwefelungsanlage vor dem dort genannten Termin (1. Juli 1988) in Betrieb geht. Auch zum Beispiel bei Kraft-Wärme-Kopplung oder Verwendung von Ballast- oder Salzbraunkohle (Buschhaus) soll die Zulage unter bestimmten Bedingungen gezahlt werden.

Ebenso wenig wie die Bundesregierung bereit sein dürfte, einem solchen Milliardenprogramm ihre Zustimmung zu geben, wäre sie vermutlich zum Abschluß eines Bund-Länder-Programms bereit. Denn Bund und Länder bemühen sich derzeit darum, Mischfinanzierungen abzubauen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde wird es auch kein Nachfolgeprojekt für das Fernwärmeprogramm geben.

Hinzu kommt, daß Raus Vorstoß als durchsichtiges Wahlkampfmanöver für die '85er Landtagswahl gewertet wird. Hierfür spricht nicht zuletzt, daß er dem Düsseldorfer Oppositionsführer Bernhard Worms (CDU) sein Vorhaben unterbreitet hat – offenbar in der Absicht, ihn in diese Forderung gegenüber Bonn einzubinden oder im Falle seiner Ablehnung daraus Kapital zu schlagen.

In der Sache spricht die Initiative – wie schon die Waldpfennig-Aktion – nach Expertenmeinung allen bewährten Umweltschutzprinzipien Hohn. Vor allem würde das Verursacherprinzip durchbrochen. Das gilt zwar auch für die kürzlich gefundene Buschhaus-Lösung, da der Bund die Kosten der Entschwefelungsanlage übernimmt. Doch will man in Bonn Wiederholungstaten vermeiden.

So hat die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) in Frankfurt nach einer Umfrage bei ihren Mitgliedsunternehmen jetzt mitgeteilt, daß die deutschen Stromversorger die Schwefeldioxid-Emission ihrer Kraftwerke bis 1988 um zwei Drittel verringern werden: „95 Prozent der Kraftwerksleistung von Stein- und Braunkohle-Anlagen ab 35 Megawatt (MW) arbeiten dann mit Rauchgasentschwefelung", heißt es. Bei kleinen Kraftwerken unter 35 MW elektrischer Leistung würden die Emissionen ebenfalls „drastisch" verringert. Dies sei zum Beispiel auch durch Umstellung auf schwefelarme Brennstoffe und damit „ohne aufwendige chemische Fabrik" möglich.

LEIPZIGER HERBSTMESSE

Günstigere Absatzchancen im innerdeutschen Handel

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Firmen aus der Bundesrepublik können im innerdeutschen Handel wieder mit besseren Absatzchancen rechnen. Davon geht das Bundespresseamt in einer Vorausschau auf die Leipziger Herbstmesse aus, die am 2. September beginnt.

Die Analyse stützt sich dabei auf den Umstand, daß die wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 1984 in der „DDR" günstiger verlaufen ist, als der Plan vorsah. Dies gilt vor allem für den Außenhandel, dessen Umsatz – detaillierte Angaben über Exporte und Importe werden von Ost-Berlin immer noch nicht veröffentlicht – in den ersten sechs Monaten, verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres, um zehn Prozent gestiegen sein soll, während im Plan nur ein Plus von fünf Prozent vorgesehen war. In erster Linie sind die Ausfuhren in die UdSSR ausgedehnt worden, und zwar um 18 Prozent.

Nach Ansicht von Ostblockexperten spiegelt sich hier der Druck Moskaus auf die Partnerstaaten wider, den Warenaustausch auszugleichen. Die „DDR" hat vor allem aufgrund der gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise in den Jahren 1975 bis 1983 im Handel mit der Sowjetunion ein Defizit hinnehmen müssen, das vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin auf umgerechnet rund fünf Milliarden US-Dollar veranschlagt wird. Bereits im vergangenen Jahr leitete die „DDR" auch hier ihre Bemühungen um Konsolidierung ein.

In welchem Umfang diese Anstrengungen den Westhandel beeinflussen werden, läßt sich schwer abschätzen. 1983 konnte die „DDR" einen Überschuß von 450 Mill. Dollar im Handel mit den OECD-Staaten erwirtschaften. In diesem Jahr dürfte sie diese Position in etwa gehalten haben. Nach dem Bericht des Presseamtes blieb die Nettoverschuldung der „DDR" bei den westlichen Banken im ersten Quartal mit 4,7 Mrd. US-Dollar unverändert.

Aufgrund dieser Fortschritte können die Aussteller in Leipzig wieder mit einer langsam wachsenden Bereitschaft der „DDR" rechnen, in anderen Ländern zu kaufen. Dies gelte auch für die Firmen aus der Bundesrepublik, nachdem die „DDR" im ersten Halbjahr im innerdeutschen Handel einen Überschuß von 720 Mill. DM erwirtschaften konnte, der auch zum Abbau der Verschuldung genutzt wurde. Der Rückgang der Lieferungen aus der Bundesrepublik im ersten Halbjahr um 21 Prozent kam nicht überraschend, weil die Verkäufe in der Vorjahresperiode durch Sonderentwicklungen aufgebläht waren. Der jüngste Kredit schafft zusätzlichen Spielraum. Die Hoffnungen richten sich darauf, daß die „DDR" wieder Investitionsgüter, in erster Linie zur Rationalisierung, ordert. Die Einkäufer aus der Bundesrepublik dürften in Leipzig auf ein zunehmendes Angebot stoßen.

Mehr Steuergerechtigkeit

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Im kommenden Monat steht der italienischen Regierungskoalition die zweite große Kraftprobe dieser Legislaturperiode ins Haus. Nach der ersten Parlamentsschlacht, die der Abschwächung der gleitenden Lohnskala gewidmet war, steht jetzt die Steuerreform bevor, mit der die Hinterziehung im Einzelhandel und bei den selbständig Erwerbstätigen bekämpft werden soll.

Mit dem von Finanzminister Bruno Visentini ausgearbeiteten Reformentwurf hat die Regierung der zivilen Protestwelle gegen die Steuerungerechtigkeit einen institutionellen Rahmen gegeben. Getragen wird diese Protestwelle vor allem von den Gewerkschaften: Sie werfen dem Staat vor, aus Bequemlichkeit, Unvermögen und falscher Rücksicht auf gewisse Wählerkreise in den letzten Jahren in erster Linie jene Steuerzahler zur Kasse gebeten zu haben, die sich diesem Zugriff am wenigsten zu entziehen vermochten.

Als in höchstem Maße ungerecht empfunden wird dabei die Tatsache, daß mehr als die Hälfte der Einkommensteuer mittlerweile durch die Lohnempfänger aufgebracht wird, deren Nettoeinkommen monatlich im Durchschnitt nur knapp über eine Million Lire (etwa 1850 Mark) liegt. Geradezu als Skandal sehen es die Arbeitnehmerorganisationen an, was eine Untersuchung des Finanzministeriums vor wenigen Monaten mit Zahlen belegte, daß nämlich mehr als ein Drittel der Inhaber von Personenfirmen ein geringeres Einkommen angibt als seine Angestellten und ein hoher Prozentsatz überhaupt keine Steuern zahlt.

Dem will die geplante Reform einen Riegel vorschieben. Ihr Ziel ist es, nicht nur die zwei Drittel der Mehrwertsteuer ans Licht des Tages und des Fiskus zu befördern, die gegenwärtig hinterzogen werden, sondern auch die Ungerechtigkeit zu beseitigen, die zwischen der Besteuerung der Lohnempfänger und der selbständig Erwerbstätigen besteht.

Für den Staat ist dieses Ziel mittlerweile nicht nur eine Frage der Steuermoral, sondern auch der Stabilität. Nur der Kampf gegen die Steuerhinterziehung kann dem Etat die fehlenden Milliarden zuführen, die der Staat braucht, um das Haushaltsdefizit im nächsten Jahr einzufrieren und später – wie beabsichtigt – abzubauen.

Nur mit konkreten Fortschritten auf diesem Wege sind die Gewerkschaften auch so weit zu bringen, weitere Zugeständnisse in der Frage der gleitenden Lohnskala zu machen, des Index-Mechanismus, mit dem quartalsweise die Löhne den vorangegangenen Preiserhöhungen angepaßt werden. Stellungnahmen aus Kreisen der kommunistischen Arbeitnehmerorganisation und ihrer christlich-demokratischen und sozialistischen Schwestergewerkschaften lassen erwarten, daß vor der Verabschiedung der Steuerreform durch das Parlament die von der Regierung und den Unternehmern angestrebte Neuordnung der gleitenden Lohnskala, etwa ihre Umstellung von quartalsweiser auf nur noch halbjährliche Anpassung, keine Chance hat, auf Arbeitnehmerseite auch nur in Erwägung gezogen zu werden.

Eine Verzögerung im Kampf gegen die Steuerhinterziehung könnte auch die Gefahr heraufbeschwören, daß die Forderung nach Einführung einer Vermögensteuer, die durch die Regierungsbereitschaft zu mehr Gerechtigkeit in der Mehrwert- und Einkommenbesteuerung in letzter Zeit etwas in den Hintergrund getreten ist, wiederauflebt.

Ohnehin ist der krasse Unterschied zwischen Arm und Reich ein heikles Thema, das von Zeit zu Zeit immer wieder zur Tagesaktualität gelangt. Kein Dreißigjähriger Krieg, keine Französische Revolution, keine Territorialverluste oder kriegerische Zerstörungen wie in anderen Staaten Europas haben in Italien das Streben von Adel und Bürgertum jäh unterbrochen, Besitz und Reichtum zu vermehren. Eine Mischung von staatlicher Liberalität und Schlendrian in der Verwaltung taten und tun ein übriges, das Einkommens- und Vermögensgefälle aufrechtzuerhalten.

Aus diesem Grunde wird es der jetzigen Mitte-Links-Koalition in Rom wohl auch nicht gelingen, eine kompromißlos stabilitätsorientierte Sanierungs-Politik durchzusetzen und durchzuhalten wie in Frankreich. Dazu wird es nur kommen können, wenn die Regierung bereit ist, das Seziermesser wirklich tief im Strukturgewebe anzusetzen.

AUF EIN WORT



„Wir dürfen die Sanierung der Staatsfinanzen und die Stabilisierung des Geldwertes jetzt nicht aufs Spiel setzen. Das Handwerk findet es gar nicht gut, daß die Spekulationen um eine neue Umverteilungsrunde schon wieder üppig ins Kraut schießen."

Paul Schnitker, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks.
FOTO: JUPP DARCHINGER

Lebensversicherung weiter stark gefragt

Py. Düsseldorf

Ein eher verhaltenes Neugeschäft, aber starke Zuwachsraten in Prämien und Bestandsentwicklung weisen die deutschen Lebensversicherer im ersten Halbjahr 1984 aus. Nach sehr hohen Steigerungsraten im Vorjahr wuchs die Versicherungssumme der Neuverträge um drei Prozent auf 70,7 Mrd. DM, während die Zahl der Neuabschlüsse um 0,9 Prozent auf rund 2,66 Mill. zurückfiel. Dagegen stiegen die Beitragseinnahmen um 6 (7,6) Prozent und der Bestand um 6,3 (6,2) Prozent. Diese Entwicklung ist vor allem auf die seit Jahren zu beobachtende Zunahme der durchschnittlichen Vertragssummen zurückzuführen, die auch gleichzeitig höhere Prämien erfordern.

STEUERBEHÖRDEN

Deutsche Bank wehrt sich gegen Flächenfahndung

HARALD POSNY, Düsseldorf

Gegen Ende dieser Woche wird die 3. (Wirtschafts-)Strafkammer des Düsseldorfer Landgerichts über eine Beschwerde der Deutschen Bank gegen die beiden Ministerien für Finanz und Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen zu entscheiden haben. Die Bank wehrt sich gegen das Vorgehen von acht Steuerfahndern, die am 1. Juli kurz nach Öffnung der Bankschalter die Geschäftsräume einer Zweigstelle durchsucht hatten. Dabei hatten sie einen entsprechenden Beschluß des Amtsgerichts Düsseldorf vorgewiesen.

Grund: Gegen den Zweigstellenleiter werde wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung ermittelt. Er soll über Jahre verschiedenen Kunden durch die Barauszahlung von Verrechnungs-Schecks die Möglichkeit gegeben haben, u. a. diese Einnahmen nicht zu versteuern.

Nach Angaben von Bank-Mitarbeitern sollen bei dieser Fahndung auch Notizen aus Konten und Unterlagen anderer Kunden gemacht worden sein, die weder mit dem konkreten Fall zu tun hatten, noch in dem Gerichtsbeschluß aufgeführt waren. Über Art und Umfang dieser „Flächenfahndung" bestehen erhebliche Zweifel bezüglich ihrer Rechtmäßigkeit. Weder hat es bisher solche Aktionen gegeben, noch seien sie je juristisch überprüft worden.

Die Ministerien für Justiz und Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen haben nach Auskunft einer Sprecherin des Justizministeriums keine Anweisungen zu einer der Steuerfahndung vorgeworfenen „Flächenfahndung" gegen mutmaßliche Steuersünder bei Banken gegeben.

ZAHLUNGSMORAL

Nach Besserung bremsten Streiks und höhere Zinsen

JOACHIM WEBER, Frankfurt

„Die Härte der tarifpolitischen Auseinandersetzung mit ihren finanziellen und psychologischen Auswirkungen" hat sich nach Feststellung der Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng GmbH, Frankfurt, auch auf die Zahlungsmoral der deutschen Wirtschaft ausgewirkt. Damit kam die Besserungstendenz des ersten Quartals zunächst wieder zum Stillstand.

Nach der Schimmelpfeng-Statistik zahlten 69,1 Prozent der Betriebe ihre Schulden vereinbarungsgemäß; bis Ende März waren es 69 (65,6) Prozent gewesen. 20,4 (20,9) Prozent der Zahlungen gingen mit Verspätungen bis zu zwei Monaten ein, unverändert 7,5 Prozent kamen mehr als zwei Monate zu spät, und 3 (2,5) Prozent schließlich wurden Fälle für den Richter.

Dabei ließen nicht nur die unmittelbar von Streiks und Aussperrungen betroffenen Unternehmen in den Branchen Druck und Metall ihre Zahlungen schleifen, sondern auch viele der mittelbar Betroffenen. Doch Schimmelpfeng sieht nicht nur darin einen Grund für die Pause „auf dem Weg zur alten Zahlungsdisziplin oberhalb der 70-Prozent-Marke".

Ein Zins auf Kontokorrentkredite, der nahezu wieder zehn Prozent erreicht habe, lasse die Zahlungsverzögerung wieder als „billigere" Finanzierungsmöglichkeit erscheinen.

Zudem leidet mit der Bauindustrie eines der Zugpferde der Konjunktur unter der Sparsamkeit der öffentlichen Hände, wenn auch bislang ohne sichtbare Wirkung auf das Zahlungsverhalten dieser Branche, die (mit jetzt 56,4 Prozent vereinbarungsgemäßer Zahlungen) traditionell nicht eben zu den beflissensten Schuldnern zählt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Mehr Stetigkeit gefordert

Düsseldorf (AP) – Der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Reinhold Kreile, hält eine Überprüfung des finanzpolitischen Kurses der Bundesregierung derzeit für nicht erforderlich. Kreile setzte sich dafür ein, an den Eckwertbeschlüssen über eine zweistufige Steuerentlastung Anfang 1986 und Anfang 1988 im Gesamtumfang von 20,2 Mrd. Mark festzuhalten. Der Steuerpolitik tue in den nächsten Monaten etwas mehr Gelassenheit und Stetigkeit gut, empfahl Kreile. Gegen den insbesondere von Bundeswirtschaftsminister Bangemann ins Gespräch gebrachten Vorschlag, die Abzugsfähigkeit von Schuldzinsen wieder einzuführen, meldete Kreile Bedenken an. Solche Vorschläge ständen unter dem doppelten Vorbehalt der Finanzierbarkeit und der konjunkturpolitischen Notwendigkeit.

Niedrigere Rendite

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Bundesbank hat die Rendite für Bundesobligationen aufs neue gesenkt. Wie die Notenbank in Frankfurt mitteilte, wird die Serie 48 mit einer 7,75prozentigen Verzinsung ab 14. August zu 100,20 Prozent ausgegeben, so daß sich die Rendite auf 7,70 Prozent stellt. Der letzte Ausgabetag zu den bisherigen Konditionen von 99,80 Prozent beziehungsweise 7,80 Prozent Rendite war der 13. August.

Hohe EG-Kohle Importe

Brüssel (AFP) – Die zehn EG-Länder, deren Kohlenproduktion 229,3 Mill. Tonnen erreichte, bezogen 1983 61,3 Mill. Tonnen Kohle aus Drittländern. Wichtigste Lieferanten waren mit 23,6 Mill. Tonnen die USA und Südafrika mit 15,7 Mill. Tonnen vor Polen (10 Mill.) und Australien (8,7 Mill.). Italien war der größte Abnehmer von US-Kohle mit 7,9 Mill. Tonnen vor Frankreich (4 Mill.) und Holland (3,5 Mill.). Unter den Beziehern südafrikanischer Kohle stand Frankreich mit 4,1 Mill. Tonnen an der Spitze. Es folgten Italien (3,7 Mill.), Dänemark (3 Mill.), die Bundesrepublik (2,4 Mill.) und Belgien (zwei Mill.).

Zusagen eingehalten

Bonn (VWD) – Laufende Projekte der Forschungsförderung sollen nicht abgebrochen und juristische und politische Zusagen nicht zurückgenommen werden, um spektakuläre Großprojekte der Weltraumforschung zu finanzieren. Mit dieser Feststellung wies ein Sprecher des Bundesforschungsministeriums (BMFT) die Behauptung des Nachrichtenmagazins „Spiegel" zurück, wonach Bonn zugunsten der geplanten europäisch-amerikanischen Weltraumstation auf die Förderung der Nuklearforschung und der geplanten Kohleverflüssigungsanlage verzichten will. Falls sich das Kabinett Ende September für eine gut drei Mrd. DM teure Beteiligung an dem amerikanischen Großobjekt entscheiden sollte, so könnten diese Mittel (acht Jahre lang jährlich 400 Mill. DM) nicht durch Umschichtung innerhalb des BMFT-Haushaltes mobilisiert werden. Eine definitive Entscheidung sei noch nicht gefallen.

Gegen Schuldzinsenabzug

Bonn (dpa/VWD) – Deutlich distanziert hat sich am Freitag die CSU-Landesgruppe im Bundestag von der Diskussion um den Schuldzinsenabzug. Der Vorstoß des Bundeswirtschaftsministers Bangemann sei eher ein „Produkt der sommerlichen Flaute" und kaum erfolgversprechend, erklärte der CSU-Abgeordnete Michael Glos. Bangemann habe inzwischen klargestellt, daß die Milliardenausfälle durch den steuerlichen Schuldzinsenabzug nicht zu finanzieren seien. Vor allem müßten jedoch die Bedenken der Bundesbank ernst genommen werden. Da derzeit kein konjunkturpolitischer Handlungsbedarf bestehe, sollte der Vorschlag Bangemanns „möglichst schnell wieder vom Tisch".

HWWA

Preise für Rohstoffe neigen nach wie vor zur Schwäche

JAN BRECH, Hamburg

Der Aufschwung in den Industrieländern hat bislang nicht zu dem in einer solchen Phase üblichen Anstieg der Rohstoffpreise geführt. In den vergangenen Wochen sind auf dem Weltmarkt eine Reihe von Rohstoffen sogar merklich billiger geworden. Nach Ansicht des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung ist der Rohstoffverbrauch zwar weiter gestiegen, doch erhält die Nachfrage keine weiteren nennenswerten Impulse durch eine Lageraufstockung bei den Verarbeitern. Die Lagerpolitik des Handels und der Industrie werde durch die hohen Zinsen und durch die unerwartete Fortdauer der Dollarstärke gedämpft.

Die Situation auf den Weltmärkten wird sich nach Schätzungen des Instituts auch in den nächsten Monaten nur wenig ändern. Da die Konjunktur in den Industriestaaten vor allem in den USA an Schwung verliere, dürfte sich der Anstieg der Nachfrage verlangsamen, besonders bei NE-Metallen. Der nur mäßig steigenden Nachfrage steht ein reichliches Angebot gegenüber, die Produktion hat zum Teil bemerkenswert zugenommen und noch immer sind Überschußbestände vor allem bei Wolle, Zinn und Kautschuk vorhanden. Das HWWA erwartet, daß die Weltmarktnotierungen im weiteren Jahresverlauf unter Druck stehen werden.

Auf der Angebotsseite wird bei den wichtigsten Nahrungs- und Genußmitteln mit wesentlich höheren Ernten in der Saison 1984/85 gerechnet, die schon jetzt zu vorgezogenen Preisrückgängen geführt haben. Das Preisniveau in diesem Bereich dürfte nach Meinung der HWWA bis Ende dieses Jahres noch weiter sinken.

KONJUNKTUR / IW untersucht Zusammenhang zwischen Lohnquote und Wachstum

Niedriges Niveau fördert Dynamik

HEINZ HECK, Bonn

Einen Zusammenhang zwischen der Lohnquotenentwicklung und dem Wirtschaftswachstum in den großen Industrienationen versucht das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) nachzuweisen: Von 1961 bis 1982 hätten sich die Lohnquoten in den untersuchten Ländern (USA, Japan, Großbritannien, Italien, Frankreich und Bundesrepublik) – wenn auch auf unterschiedlichem Niveau und mit unterschiedlichem Tempo – erhöht und die Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts verringert.

Die Extrempositionen haben Japan und Großbritannien inne: Mit 59,6 Prozent im Durchschnitt der 22 Jahre lag die Lohnquote in Japan am niedrigsten, das jahresdurchschnittliche Wachstum mit 7,3 Prozent am höchsten. Für Großbritannien lauten die entsprechenden Werte 76,2 und 2,1 Prozent, für die Bundesrepublik 68,9 und 3,3 Prozent.

Die USA und Großbritannien seien von einem hohen Lohnquoten-Niveau gestartet, hätten jedoch mit einem Anstieg von insgesamt 3,6 (Großbritannien) und 5,9 Prozentpunkten (USA) „eine mäßige Dynamik" entwickelt. In Japan und Italien dagegen seien niedriges Ausgangsniveau und hohe Dynamik zusammengetroffen.

Im internationalen Vergleich wiesen zwar beide Länder auch 1982 noch die niedrigsten Lohnquoten auf (Italien 69,1 und Japan 69,3 Prozent). Doch habe sich der Abstand zum Spitzenreiter von 23,3 auf 8,2 Prozentpunkte im Falle Japans und von 20,7 auf 8,4 im Falle Italiens verringert.

Die Bundesrepublik (mit einem Lohnquotenanstieg von 1961 bis 1982 von 62,4 auf 73,4 Prozent) und Frankreich (59,4 auf 73,3) nehmen bei Niveau und Dynamik nach Meinung des IW eine mittlere Position ein.

Wenn man die Investitionsquote (also Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt) in die Betrachtung einbeziehe, zeige sich, daß die enge Beziehung zwischen Lohnquoten und Wachstum „eindeutig über das Bindeglied Investitionen läuft", folgert das den Unternehmern nahestehende Institut.

So wird für Großbritannien neben der höchsten Lohnquote und dem niedrigsten Wachstum auch die niedrigste Investitionsquote (18,03 Prozent) registriert, so wie umgekehrt Japan neben der niedrigsten Lohnquote und der höchsten Wachstumsrate auch die „mit deutlichem Abstand höchste Investitionsquote" (32,44 Prozent) ausweise.

Die amerikanische Zahl liegt mit 18,15 ebenfalls am unteren Ende, während sich die Bundesrepublik (23,26) und Frankreich (22,68) auch hier im mittleren Feld bewegen.

ERDÖL

Auch Kuwait kürzt Förderung

rtr, **Kuwait**

Die Ölförderung Kuwaits ist offenbar in den letzten Wochen von 1,2 Mill. Barrel (159 Liter) pro Tag auf 850 000 bis 900 000 Barrel im Juni gefallen. Diese Einschätzung vertreten Ölhändler in der Golfregion. Die Förderquote Kuwaits in der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) beträgt 1,05 Millionen Barrel pro Tag.

Kuwait gesellt sich den Händlern zufolge mit der Drosselung seiner Ölförderung zu Saudi-Arabien und dem Iran, den beiden größten Opec-Produzenten. Die Förderung Saudi-Arabiens wird derzeit auf vier Millionen täglich geschätzt – gegenüber noch 5,5 Millionen Anfang Juli – und der Iran liegt nach Schätzungen gegenwärtig um rund 200 000 unter seiner Opec-Quote von 2,4 Millionen Barrel pro Tag.

Unterdessen bekräftigte der Ölminister der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Mana Said Al-Oteiba, daß sich das Ölexportkartell jedem Druck von Nicht-Opec-Regierungen, Verbraucherländern und Ölgesellschaften, die Preise zu senken, widersetzen werde.

Oteiba, der auf seiner gemeinsamen Tour mit zwei anderen Opec-Ölministern durch die Golfstaaten in Kuwait Station machte, sagte, für die Organisation gebe es eine Reihe von Möglichkeiten, um ihre Preise zu verteidigen. Er nannte keine Einzelheiten, sondern wiederholte nur seine Aussage, die Opec werde notfalls ihre Gesamtförderung zurückfahren.

NAMEN

Dr. Erich von Heyde, langjähriges Vorstandsmitglied und Vorsitzender des Kuratoriums des Gesamtverbandes kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV), Frankfurt, ist am 5. August im Alter von 84 Jahren gestorben.

Paul Trautmann wurde zum Geschäftsführer der Auto-Teile-Ring GmbH, Stuttgart, bestellt.

ZÜNDAPP-WERKE / Das traditionsreiche Familienunternehmen mußte am Freitag Vergleich anmelden

In der Zange von Gesetz und Wettbewerb

DANKWARD SEITZ, **München**

Vollkommen überraschend haben die Zündapp-Werke GmbH, München, neben den zur Fichtel & Sachs-Gruppe gehörenden Nürnberger Hercules-Werken noch einziger deutscher Hersteller von Leichtkrafträdern (bis 80 ccm) sowie Mopeds und Mokicks, am vergangenen Freitag Vergleich angemeldet. Dies bestätigte gestern das Münchner Konkurs- und Vergleichsgericht der WELT auf Anfrage. Über die Eröffnung des Verfahrens ist noch nicht entschieden. Von seiten des traditionsreichen Familienunternehmens war dazu noch keine Stellungnahme zu erhalten.

Ohne Erfolg geblieben sind damit intensive Verhandlungen mit den Banken – unter anderem der Deutschen Bank als Hausbank – sowie dem bayerischen Wirtschaftsminister Anton Jaumann, eine andere Lösung zu finden. Die Schwierigkeiten bei Zündapp waren dem bayerischen Wirtschaftsministerium nach eigenen Angaben „seit Wochen" bekannt. Man würde es begrüßen, wenn nun ein Vergleich die Fortführung des Betriebes mit seinen noch rund 770 Beschäftigten ermögliche.

In die roten Zahlen rutschte das Unternehmen zum ersten Mal 1982 trotz der führenden Position der Marke „Zündapp" unter den europäischen Zweiradherstellern. Im vergangenen Jahr war es dann gelungen, wie der geschäftsführende Gesellschafter Dieter Neumeyer noch im Mai 1984 mitgeteilt hatte, wieder Tritt zu fassen, aber nicht ganz aus der Verlustzone herauszukommen. Mit mehreren Millionen hatte ein Personalabbau um etwa 350 Mitarbeiter belastet. Genaue Zahlen wurden nicht genannt, jedoch angedeutet, daß nach Saldierung des Fehlbetrags mit dem Eigenkapital (Stammkapital: 10 Mill. DM) die Eigenkapitalquote von „deutlich über 35 Prozent auf um 30 Prozent" zurückgefallen war. Für 1984 richteten sich Neumeyers Hoffnungen damals auf ein wieder ausgeglichenes Ergebnis.

Obwohl die Produktion 1983 mit rund 42 000 Einheiten auf dem Stand von 1982 gehalten werden konnte – 1981 waren es noch etwa 70 000 –, mußte Zündapp ein weiteres Umsatzminus von 24 (18) Prozent auf 101 Mill. DM hinnehmen. Auf Leichtkrafträder entfielen davon etwa 20 Prozent, auf Mokicks 30 und auf Mofas rund 50 Prozent. Der Absatz fiel recht deutlich um 18 (25) Prozent auf 41 000 Stück; exportiert wurden 25 (30) Prozent. Im Spitzenjahr 1977 kam Zündapp bei einer Produktion von über 115 000 Einheiten noch auf einen stolzen Umsatz von über 179 Mill. DM bei über 1500 Beschäftigten.

In der Branche und im Handel wird der Gang zum Vergleichsrichter allgemein bedauert. Die ausschlaggebenden Gründe dafür sieht man nicht in Managementfehlern, sondern macht vor allem den jahrelangen ruinösen Preiswettbewerb der Japaner verantwortlich. In diesem Zusammenhang berichtet ein großer Händler im Frankfurter Raum davon, daß ein japanischer Hersteller seine Leichtkrafträder in diesem Jahr wegen überhöhter Lagerbestände zu 1200 DM anbietet gegenüber noch 2800 DM vor einem Jahr.

Beklagt wird zudem, daß die Einführung des Führerscheinzwangs bei gleichzeitiger drastischer Erhöhung der Versicherungsprämien zu einer Zurückhaltung der Käufer und damit zu einem Zusammenbruch des Marktes für Leichtkrafträder geführt habe. So weist die Zulassungsstatistik für 1983 einen Rückgang um 20 Prozent und für die ersten fünf Monate 1984 ein weiteres Minus von 30 Prozent aus. Und mit einer Verbesserung der Lage wird nicht gerechnet. Vor diesem Hintergrund wird letztendlich auch ein Anschlußkonkurs nicht ausgeschlossen.

Keinen Erfolg hatte das 1917 gegründete bayerische Familienunternehmen mit verschiedenen Diversifikationsbemühungen. Mitte 1982 mußte ebenso wie die Produktion von Bootsmotoren (seit 1969) die Rasenmäher-Fertigung (seit 1970) eingestellt werden. Aufgegeben wurde auch der Bau eines 175-ccm-Motorrades. Einziger Lichtblick der jüngsten Zeit war das 1982 mit der indischen Firma Enfield India abgeschlossene Lizenzabkommen. Nachdem im Januar 1984 hier das erste Mokick vom Band gelaufen ist, hofft man, in diesem Jahr Teile für etwa 5 Mill. DM nach Indien liefern zu können.

ITALIEN / Fast 57 Prozent des Pharmamarktes in ausländischen Händen

Großer Rückstand in der Forschung

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

In Italien stehen Pharmaunternehmen seit Monaten Schlange, um sich an ausländische Interessenten zu verkaufen. Vorläufig letzte dieser Liste ist die Firma Neofarmed, die von dem US-Konzern Merck Scharp & Dohne übernommen wurde. Wenige Monate vorher hatte die britische Beecham den ältesten italienischen Pharma-Hersteller, Zambeletti in Mailand erworben. Insgesamt sind inzwischen beinahe 57 Prozent des italienischen Pharmamarktes in ausländischen Händen, gegenüber erst 52 Prozent vor drei Jahren. Weitere Quotenveränderungen stehen bevor.

Der Verkaufstrend hat seine Ursache vor allem in den Schwierigkeiten der italienischen Hersteller, mit neuen Arzneimittelspezialitäten Marktpositionen zu halten oder zu gewinnen. Durch das lange Fehlen einer eigenen Patentgesetzgebung brauchten die italienischen Unternehmen jahrzehntelang nicht zu forschen. Sie kopierten von wem sie wollten und konnten. Das hatte zur Folge, daß mit der Anpassung an die EG-Normen die meisten Firmen mit der Entwicklung neuer Präparate hoffnungslos in Rückstand gerieten. Durchschnittlich sind heute zehn bis 15 Jahre notwendig, um eine Arzneimittelspezialität vom Molekül bis Marktreife zu entwickeln.

Die Krise der großen Masse der italienischen Hersteller läßt sich an dem Schrumpfprozeß ablesen, den die Branche seit 20 Jahren durchmacht. Während 1961 noch 802 Produktionsfirmen am Markt operierten, waren es Ende vorigen Jahres nur noch 345. Gleichzeitig ging die Zahl der Produktionsstätten von 1057 auf 776 um beinahe 27 Prozent zurück. Die übriggebliebenen 345 Firmen beschäftigen insgesamt 61 000 Personen und setzten im vergangenen Jahr rund 7000 Mrd. Lire um. Davon entfielen 4184 Mrd. Lire auf die in den Apotheken verkauften Arzneimittel-Spezialitäten.

Im Jahre 1983 investierte die italienische Pharma-Industrie 9,9 Prozent des Umsatzes für Forschung und Entwicklung. Demgegenüber gab die Konkurrenz in der Bundesrepublik Deutschland 21,8 Prozent des Umsatzes aus, die in Frankreich immerhin noch 13,8 Prozent. Bahnbrechende Forschung betreibt in Italien nur ein halbes Dutzend Firmen. Ein zusätzliches Handikap stellt die staatliche Preisfestsetzung dar. Gegenwärtig sind die Pharmapreise bereits wieder seit 15 Monaten eingefroren, obwohl laut Gesetz das Gesundheitsministerium verpflichtet ist, die Listenpreise alle vier Monate nach den eingetretenen Kostenerhöhungen zu durchleuchten und entsprechende Änderungen vorzunehmen. Infolge dieser taktischen Verzögerung (Hauptzahler der Arzneimittel ist der staatliche Gesundheitsdienst) haben sich die Margen vieler Hersteller in den vergangenen Monaten dramatisch vermindert.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Besser verdient

Frankfurt (Wb.) – Die Rütgerswerke AG, Frankfurt, haben ihren Konzernumsatz im ersten Halbjahr um 21 Prozent auf 1,45 Mrd. DM gesteigert. Dieser Zuwachs, überwiegend entstanden durch Absatzsteigerungen, gemeinsam mit der verbesserten Kapazitätsauslastung, sorgte auch für eine Ergebnisverbesserung. Die Zahl der Mitarbeiter stieg um drei Prozent auf 11 400.

Bauknecht zufrieden

Stuttgart (dpa/vwd) – Die Bauknecht Hausgeräte GmbH, Stuttgart, und die zehn Bauknecht-Vertriebsgesellschaften im Ausland sind mit dem Geschäftsverlauf des 1. Halbjahres 1984 zufrieden. Nach Angaben des Unternehmens stieg der Umsatz mit dem Fachhandel im Inland um 5 Prozent. Zum Teil deutlich höhere Zuwachsraten wurden auf den wichtigsten Auslandsmärkten erzielt. 1983 hatte die neue Bauknecht-Gruppe – sie gehört seit dem Zusammenbruch der alten Gruppe im Jahr 1982 zum niederländischen Philips-Konzern – mit dem Absatz von rund 1,3 Mill. Großgeräten einen Außenumsatz von über 800 Mill. DM erzielt, davon 55 Prozent im Ausland.

Mode-Auftakt

Düsseldorf (Py.) – Mit der Vorstellung der ersten Kollektionen bilden die Collections-Premieren Düsseldorf vom 5. bis 7. September den internationalen Auftakt zur Modesaison Frühjahr/Sommer 1985. Auf dem Düsseldorfer Messegelände, im Fashion House, in Hotels und Stadtbüros zeigen über 1200 Firmen ihre Kollektionen. 164 (91) Aussteller kommen aus dem Ausland. Fast 800 Aussteller haben sich im Messegelände niedergelassen, dessen Brutto-Flächenangebot infolge der um 36 Prozent gestiegenen Ausstellerzahl und größere Standflächen um 50 Prozent auf 60 000 qm vergrößert wurde. Erstmals stehen die neuen Hallen 11 und 12 zur Verfügung, in denen die Bereiche „Young Fashion" und Igedo Junior konzentriert sind.

Sinkendes Neugeschäft

Köln (dpa/vwd) – Das Neugeschäft der Deutschen Centrabodenkredit AG, Köln, war im 1. Halbjahr 1984 gegenüber dem Vorjahr von 1,9 Mrd. auf 1,4 Mrd. (Zusagen) rückläufig. Wie das Institut im Zwischenbericht schreibt, war dabei die Abschwächung im Hypothekengeschäft mit 30 Prozent fast doppelt so hoch wie im Kommunaldarlehensgeschäft. Nach Ansicht der Bank zögerten vermutlich viele Darlehensinteressenten in Erwartung sinkender Zinsen mit einem Vertragsabschluß. Gleichwohl sei die Nachfrage noch rege, die Bonität vieler Interessenten aber zu schwach gewesen, so daß sich die Ablehnungsquote gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhte. Die Deutsche Centralboden erzielte per 30. Juni einen Gesamtüberschuß von 84,4 Mill. DM nach 72,5 Mill. DM ein Jahr zuvor.

Erfolg bei Eumuco

Düsseldorf (J. G.) – Als beachtlichen Erfolg rechtzeitiger Kostenanpassung wertet das auf die Umformtechnik spezialisierte Familienunternehmen Eumuco AG für Maschinenbau, Leverkusen, seinen 1983er Abschluß: Trotz nur noch 51,1 (75,2) Mill. DM Umsatz und 53,4 (66,4) Mill. DM Gesamtleistung mit 509 (553) Beschäftigten blieben noch 1,3 (1,9) Mill. DM Jahresüberschuß, der bei 10 (12) Prozent Dividende auf 6 Mill. DM Aktienkapital größtenteils in die Rücklagen geht. Der 1982 schwache Auftragseingang habe sich 1983 wesentlich verbessert, woraus der Vorstand für 1984 trotz noch nicht voll befriedigendem Auftragsbestand Steigerungen in Umsatz und Ertrag erwartet.

Bestes Ergebnis bei Nordmilch

dl. **Zeven**

Die Nordmilch EG, Zeven, der 47 Molkereien angeschlossen sind, steigerte im Geschäftsjahr 1983 den Umsatz um 8,2 Prozent auf 722,1 Mill. DM. Dies ist das höchste Ergebnis seit Bestehen des Unternehmens. Besonders in den Produktbereichen Kondensmilch, Milchpulver, Butter, Käse und H-Milcherzeugnisse ist erheblich mehr umgeschlagen worden. Vom Gesamtumsatz gingen 20 Prozent in die Intervention. Die angeschlossenen Molkereien lieferten 1983 über 805 (771) Mill. kg Milch.

Auch im ersten Halbjahr 1984 war die Entwicklung weiterhin positiv. Nachteilig hat sich, so die Geschäftsführung, aber die starke Zunahme der beihilfegestützten Verfütterung von flüssiger Magermilch im Schweinesektor ausgewirkt. Erhebliche Milchmengen sind dadurch entzogen worden. Insgesamt wurden 3,7 Prozent weniger Milch angeliefert. Dadurch ging der Umsatz im ersten Halbjahr um etwa 1 Prozent auf 394,9 Mill. DM zurück.

Zettler noch nicht zufrieden

sz. **München**

Von einer positiven Entwicklung im ersten Halbjahr 1984 berichtet die auf einigen Spezialgebieten der Fernmeldetechnik tätige Zettler-Gruppe, München. Im Geschäftsjahr 1983 konnte die Gruppe, die nach eigenen Angaben in einigen Sparten eine weltweit führende Position einnimmt, ihren Umsatz um 5 Prozent auf 229 Mill. DM steigern. Wichtigster Auslandsmarkt wurden erstmals die USA mit einem Umsatzanteil von 10 Prozent vor Frankreich. Wegen des hohen Dollar-Kurses habe sich dies gut auf die Ertragsentwicklung ausgewirkt.

Noch besser als das weltweite Geschäft verlief nach Firmenangaben die Umsatzentwicklung mit plus 8,4 Prozent auf 136,5 Mill. DM beim Stammhaus Alois Zettler GmbH. Gefragt waren vor allem Einbruch- und Brandmeldeanlagen, die dadurch mit der Produktgruppe Anrufbeantworter und Wählautomaten umsatzmäßig gleichgezogen hätten. Verbessert aber noch nicht befriedigend wird das Jahresergebnis bezeichnet. Belastet hat hier auch, daß für Risiken im Auslandsgeschäft, insbesondere in Frankreich, Vorkehrungen getroffen werden mußten. Die Exportquote wird mit 25 Prozent angegeben.

FRANKREICH / Nachfragebelebung zeichnet sich ab

Auftragseingänge gestiegen

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

In Frankreich, dem größten deutschen Auslandskunden, bahnt sich eine gewisse Nachfragebelebung an. Vor allem die Aufträge der Industrie für Investitionsgüter und Zwischenprodukte sind in den letzten Wochen etwas gestiegen, stellt das Nationalinstitut für Statistik (Insee) aufgrund seiner jüngsten Unternehmerbefragung fest. Dagegen ist die Konsumgüterkonjunktur immer noch sehr schwach. Insbesondere die Autokäufe sind weiter zurückgegangen.

Das konjunkturelle Klima hat sich nach Auffassung des Insee aber gleichwohl verbessert. Selbst die Automobilindustrie erwarte für die nächsten Monate eine Absatzbelebung. Im Export sei sie bereits deutlich geworden. Auf dem Binnenmarkt könne trotz stagnierender Kaufkraft nach dem starken Einbruch der letzten Monate bald mit einer Erholung gerechnet werden. Viel hängt davon ab, wie die Anfang Oktober auf dem Pariser Automobilsalon gezeigten neuen Modelle beim Publikum ankommen.

Auch der französische Einzelhandel ist für die meisten Konsumbereiche mit Ausnahme der Bekleidung weniger pessimistisch geworden. Er beginnt bereits seine Vorräte wieder aufzustocken. Das gilt vor allem für elektrische Haushaltsgeräte. Hier wie bei den Investitionsgütern ist die Stellung der deutschen Industrie auf dem französischen Markt sehr stark.

Die französische Industrieerzeugung hat sich im ersten Halbjahr 1984 nach noch vorläufigen Angaben gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 1,5 Prozent erhöht, das Bruttosozialprodukt jedoch nur um 0,7 Prozent. Für das Gesamtjahr erwartet das Insee eine Wirtschaftsexpansion von 1,2 Prozent, was der jüngsten OECD-Prognose entspricht.

Die Konjunkturbelebung könnte allerdings die Inflation wieder etwas verstärken, meint das Insee. Es schätzt den diesjährigen Anstieg der Konsumentenpreise nun auf 6,7 Prozent gegenüber zuletzt 6,5 Prozent. Die OECD erwartete noch 7,6 Prozent. Es heißt aber, der Kostenanstieg der Industrie verlangsame sich weiter.

RODAMCO / Profitabler US-Immobilienmarkt

Ertragslage anhaltend gut

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die niederländische, in hochwertigen fast ausschließlich kommerziell genutzten Immobilien anlegende Rodamco N. V., Rotterdam, ist nach den günstigen Ergebnissen des Geschäftsjahres 1983/84 (28. 2.) auch für 1984/85 optimistisch. Die zur Robeco-Gruppe gehörende Gesellschaft erwartet, daß der Gewinn aus der Bewirtschaftung von Immobilien noch etwas besser ausfallen wird, weil sich in den Hauptanlageländern (rund 50 Prozent USA, 22 Prozent Niederlande und 11 Prozent Bundesrepublik) die wirtschaftliche Situation verbessert.

Dazu kommt, daß sich die Belegungsquote insgesamt verbesssert hat, renditeschwächere Objekte verkauft und dank ausreichender Liquidität neue Anlageobjekte erworben werden. Etwas stärker als bisher (0,3 Prozent) will sich die Robeco in Australien engagieren.

Die Ergebnisse des Vorjahres sind vor allem durch die US-Objekte günstig beeinflußt worden, zumal die großen Bürogebäude und Einkaufszentren im eigenen Portefeuille in New York, Bostan und Atlanta im Wert gestiegen sind. Im Vergleich dazu waren die Immobilienmärkte Europas schwach. Zwar lagen hier die Bewirtschaftungsergebnisse über dem Jahr 1982/83, doch waren die Wertentwicklungen kaum besser.

Vom Immobilienbestand 942 (927) Mill. hfl entfielen auf Bürogebäude 45,5 (46,7) Prozent, auf Läden 45,8 (40,9) und auf Betriebshallen 8,7 (11,9) Prozent. Dabei bevorzugt Rodamco Objekte, die größtenteils langfristig an solvente Mieter vermietet sind.

Das gesamte Anlageergebnis erhöhte sich auf 98,4 (58,8) Mill. hfl. Davon entfielen 53,1 (31,5) Mill. hfl auf Gewinne aus Bewirtschaftung (nach Abschreibungen) und 45,3 (27,3) Mill. hfl auf Wertänderungen, die jedoch das Vermögen auf insgesamt 1,16 (0,74) Mill. hfl steigerten. So stieg auch der Gewinn je Rodamco-Aktie um 12,6 Prozent auf 5,81 hfl, der Wert je Aktie um 11,3 Prozent auf 126,71 hfl. Die Anzahl gegebener Aktien wuchs um 50 Prozent auf 9,1 Mill. Stück. Aus dem Reingewinn werden wahlweise je Aktie 1,40 hfl in bar plus 2,5 Prozent in Aktien oder 6,5 Prozent in Aktien (Vorjahr 4 hfl plus 3 Prozent in Aktien) ausgeschüttet.

DÄNEMARK / Brüssel erschwert den Butter-Export

Kaum Anteil am Überschuß

R. GATERMANN, **Kopenhagen**

Die dänischen Milchproduzenten verstehen die Welt und vor allem die EG-Bürokratie nicht mehr. Während sich der Butterberg der Gemeinschaft innerhalb eines Jahres verdoppelt hat, befürchten die Dänen zum Herbst hin aufgrund der EG-Auflage, ihre Milchproduktion um 6,7 Prozent zu drosseln, einen Exporteinnahmeausfall für Butter von umgerechnet rund 200 Millionen Mark, weil sie die Nachfrage nicht decken können. Die paketierte Dänenbutter ist vor allem in Großbritannien und dem Mittleren Osten stark gefragt, obwohl der Preis dort um 1,40 DM pro Kilogramm über dem der Konkurrenz liegt.

Ende Juni belief sich der Butterüberschuß in der EG auf 1,13 Milliarden Kilogramm, 105 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Im selben Zeitraum reduzierte Dänemark seinen Anteil um Netto 200 000 Kilogramm und ist weiterhin der bei weitem kleinste Butterbergteilhaber. Um weiterhin die Nachfrage einigermaßen decken zu können, haben 8000 Milchproduzenten, etwa ein Viertel der Branche, eine Befreiung von der EG-Auflage beantragt. Allerdings zeigt die Milcherzeugung inzwischen einen spürbaren Rückgang, so daß der Molkereiverband es für wahrscheinlich hält, daß Dänemark das von der EG festgelegte Volumen erreicht und somit keine Strafabgabe zu zahlen braucht. Besonders zufrieden ist man darüber, daß die Reduktion nicht durch Massenschlachtung zustande kam.

Auf der Basis einer 6,7prozentigen Einschränkung der Milchproduktion würde nach Angaben der Vertriebsgesellschaft Danland Foods gegen Jahresende die für den Export zur Verfügung stehende Buttermenge um 30 bis 35 Prozent niedriger sein als zu Beginn des Jahres und damit könne die Nachfrage nicht befriedigt werden. Sie komme zudem aus Ländern, die nicht der Gemeinschaft angehören und von Märkten, die sich Dänemark nach dem EG-Eintritt unter großer Mühe aufgebaut habe. Deswegen könne man nicht einsehen, daß man sie nun auf Order aus Brüssel aufgeben solle, um sie dann eventuell Neuseeland zu überlassen. Allerdings erfreut sich die Dänenbutter auch in Großbritannien großer Beliebtheit, der Marktanteil wuchs in den letzten Jahren von 12 auf 15 Prozent.

In der Molkereibranche befürchtet man, daß die EG weiterhin nur blind auf ihren Butterberg starrt und versuchen wird, ihn durch Strafabgaben auf die Milchproduktion abzubauen. Pessimistische Stimmen befürchten für 1985 einen Rückgang der dänischen Buttererzeugung auf 80 000 Tonnen, nachdem es 1983 noch 132 000 Tonnen gewesen waren. Die Exporterträge sind ständig gestiegen und erreichten 1983 einen Wert von rund 560 Millionen DM.

ARGENTINIEN / Einigung mit dem Währungsfonds

Weg frei für Umschuldung

dpa/VWD, **New York**

Nach der vorläufigen Einigung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über ein vom IWF gefordertes wirtschaftliches Sanierungsprogramm will Argentiniens Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun in New York mit Vertretern von 320 ausländischen Gläubigerbanken zusammentreffen. Dabei geht es zunächst um die Umschuldung eines am Mittwoch fällig werdenden 125 Millionen Dollar-Kredits (350 Mill. DM) von elf Banken unter Führung der Citibank. Die Banken hatten weitere Umschuldungen und die Neuvergabe von Krediten für das mit 45 Mrd. Dollar (126 Mrd. DM) Auslandsschulden drittgrößte Schuldnerland der Welt von einer endgültigen Einigung mit dem IWF abhängig gemacht.

Grinspun kommt mit einer von der argentinischen Regierung herausgegebenen und vom IWF akzeptierten Stellungnahme nach New York, die von „ermutigenden" Fortschritten bei der Aushandlung eines IWF-Sanierungsprogramms spricht. Der IWF will eine Expertenkommission nach Buenos Aires schicken, um die bei den Sanierungsprogrammen üblichen wirtschaftlichen Eckdaten, die ein Land erzielen muß, festzulegen.

Nach Ansicht amerikanischer Bankiers hat Argentinien Konzessionen unter anderem beim Abbau des Haushaltsdefizits gemacht. Es soll angeblich im laufenden Jahr auf sieben bis acht Prozent des Bruttosozialprodukts gedrückt werden nach ursprünglich eingeplanten 9,89 Prozent. Für die Löhne und Gehalter der Bediensteten im öffentlichen Dienst hat der IWF einen Anstieg empfohlen, der unterhalb der Inflationsrate von derzeit rund 600 Prozent im Jahr liegt. Dagegen hat die argentinische Regierung reale Lohnsteigerungen von sechs bis acht Prozent versprochen. Eine Entscheidung steht noch aus.

Argentinien ist nach Brasilien und Mexiko das drittgrößte Schuldnerland der Welt. Bisher hatte sich Buenos Aires gegen die restriktiven währungs- und wirtschaftspolitischen Auflagen des IWF gesträubt, während Brasilien und Mexiko die sozial und politisch nur schwer durchsetzbaren Sanierungsauflagen des IWF schon vor langer Zeit akzeptiert und deshalb bei der Bewältigung der Schuldenkrise weitreichende Fortschritte gemacht hatten.

LUFTFAHRT / Der Londoner Großflughafen Heathrow soll erweitert werden

Grenzen der Kapazität sind erreicht

WILHELM FURLER, **London**

Londons Großflughafen Heathrow beansprucht für sich nicht nur, mit Abstand Europas größter Flughafen zu sein, sondern auch mehr Passagiere auf Auslandsflügen abzufertigen als jeder andere Flughafen der Welt. Rund 27 Millionen Passagiere pro Jahr fliegen gegenwärtig von Heathrow ab oder kommen dort an, mehr als 23 Millionen davon auf Auslandsflügen. Und gut 70 Fluggesellschaften verbinden den Großflughafen im Westen Londons regelmäßig mit mehr als 200 Plätzen überall in der Welt durch Direktflüge.

An Spitzentagen werden bis zu 940 Flugzeugbewegungen registriert. Der bisherige Rekord pro Stunde liegt bei 83 Flugzeugbewegungen und zusätzlich zwei Hubschrauberbewegungen. Doch dies sind Statistiken, die von den Fluglotsen nur sehr kurzfristig bewältigt werden können. Entsprechend liegt der Durchschnitt zu den Spitzenzeiten morgens und abends bei 72 Bewegungen.

Heathrow mit seinen beiden praktisch gleich langen parallelen Start- und Landebahnen ist aber nicht nur bei der Bewältigung der Starts und Landungen sehr nah an seiner Kapazitätsgrenze angelangt, sondern auch die Abfertigung der Passagiere in den bislang drei Terminals sowie das Parken ankommender Maschinen an einer begrenzten Zahl von Stellplätzen macht zunehmend Probleme.

Nach langwierigen Überlegungen und Anhörungen, ob nicht einer der kleineren, London umgebenden Flughäfen (in erster Linie Stansted) anstelle von Heathrow erweitert werden sollte, fiel schließlich die Entscheidung zugunsten des Großflughafens. Mit Beginn des Winterflugplans 1985 wird südlich des gegenwärtigen Abfertigungskomplexes auf Heathrow ein neuer Super-Terminal in Betrieb genommen. Mit dem Terminal 4 wird sich die Abfertigungskapazität auf 38 Millionen Passagiere erhöhen.

Im Gegensatz zu den drei bestehenden Abfertigungsgebäuden wird Terminal 4 nach modernen Gesichtspunkten ausgerichtet. Die zwei völlig voneinander getrennten Abflug- und Ankunft-Ebenen erstrecken sich auf einer Gesamtlänge von immerhin knapp 650 Metern. Separate Abflug-Warteräume für die einzelnen Flüge wird es nicht mehr geben. In erster Linie wurde darauf geachtet, daß keinerlei Engpässe im Durchfluß der Passagiere entstehen, soweit dies mit Rücksicht etwa auf Paßkontrollen und Zollabfertigung möglich ist. Ebensoviel Wert wurde auf Übersichtlichkeit und möglichst kurze Wege gelegt. Das 760-Millionen-Mark-Projekt wird mit 22 Stellplätzen für Flugzeuge ausgerüstet, 17 davon werden durch schwenkbare Passagier-Brücken an das Abfertigungsgebäude angebunden. Diese 17 Brücken werden nach Angaben der Projektleitung zu normalen Spitzenzeiten ausreichen.

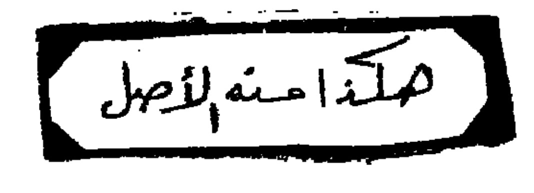
Doch noch längst sind nicht alle Probleme für die Inbetriebnahme von Terminal 4 in gut einem Jahr bewältigt. So hat es bisher noch keine feste Zusage von Fluggesellschaften gegeben, aus den bisherigen Abfertigungsgebäuden umzuziehen. Und das bislang geltende und bewährte Konzept, daß alle British Airways-Flüge mit Ausnahme der interkontinentalen in Terminal 1 abgewickelt werden, alle anderen nicht-interkontinentalen Flüge in Terminal 2 und alle interkontinentalen Flüge in Terminal 3, kann mit der Eröffnung des neuen Abfertigungsgebäudes nicht länger fortbestehen. Dennoch sind die Planer zuversichtlich.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Ilse Strehle, Inh. e. Bekleidungsfertigungsbetriebes; **Berlin:** Kaltusch Elektro GmbH; Alcor Träger Ges. f. gewerbliches Bauen mbH & Co. Bauplanungs KG; Alcor Träger Ges. f. gewerbliches Bauen mbH & Co. KG, Verwaltungsges.; **Bonn:** Park-Clinic, Klinik f. kosmetische Operationen u. Ästhetik GmbH; **Cuxhaven:** HiFi-Fernseh-Steffens GmbH & Co.; Steffens GmbH; Löschner u. Schumacher GmbH u. Co. KG; L. u. S., Stahlbearbeitung, Löschner u. Schumacher GmbH & Co. KG; Löschner u. Schumacher GmbH; **Dortmund:** Küter GmbH; **Duisburg:** Paul Günter Gschwind, Mülheim/Ruhr; Großstahlwerk Hermann Sellerbeck KG GmbH & Co., Oberhausen; Sellerbeck Verwaltungsges. mbH, Oberhausen; Voss Ges. f. Baustoffhandel GmbH, Oberhausen; **Frankfurt/Main:** Moritz Mädler Verkaufs-GmbH; KDS Kawi Data Services GmH; **Gelsenkirchen:** Elisabeth Dorothea Augustin geb. Festing; Margarete Bulla geb. Festing; Paul Gustav Festing; **Hamburg:** Josef Masseida, Inh. e. Malereibetriebes; Elite Haus Vertriebs GmbH, Glinde; **Hamm:** Franz Finn, Bergkamen; **Heilbronn (Neckar):** Burr GmbH, Bietigheim-Bissingen; **Köln:** Condor Gardinen GmbH; **Krefeld:** PSG Plan- u. Sanierungsges. mbH; ISO Abdichtungs GmbH, Tönisvorst; **Lahr/Schwarzwald:** SE Wohnbau GmbH; **Lüneburg:** Nachl. d. Uwe Schoof, Neetze; **Mönchengladbach:** Heinrich Jennes Textilmaschinenfabrik; **Moers:** Borostowski GmbH, Kamp-Lintfort; **Nürnberg:** AZA-Bau GmbH; Hermann Auge GmbH; **Osnabrück:** Prange Kabel- u. Tiefbau GmbH & Co. KG, Wallenhorst; **Remscheid:** Nachl. d. Waldemar Neumann, Solingen; **Rendsburg:** Nachl. d. Otto Trede, Todenbüttel; **Überlingen:** Mayco Befestigungstechnik Mayer GmbH, Markdorf; Helmut Mayer KG, Markdorf; **Wiesbaden:** Nachl. d. Ernst-Alfred Reese; **Wolfratshausen:** Hans Schneider GmbH, Beuerberg; **Wuppertal:** C. & C. Gastronomie GmbH.

Anschlußkonkurs eröffnet: Ansbach: Rudi Dannenberg, Kaufmann, Neuendettelsau; **Duderstadt:** Jörg Burandt, Kaufmann.

Vergleich beantragt: Achim: Claus Böckmann, Zimmermeister, Fischerhude; **Bruchsal:** SBE-Spezial-Bauelemente GmbH; **Offenbach:** Riccar Europa GmbH.



Zinsen ziehen wieder an

Der Widerstand in den USA gegen die Einführung von Inhaberpapieren, wie sie im Zusammenhang mit der Abschaffung der Couponsteuer geplant worden war, hat den *Zustrom von Auslandskapital in den US-Bondsmarkt gebremst. Daraufhin zogen dort* die Renditen leicht an, eine Tendenz, die sich sofort auf den deutschen Rentenmarkt übertrug. Öffentliche Anleihen gaben bis zu einem halben Punkt nach. Dabei handelte es sich vornehmlich um Emissionen, die gegen Ende der Vorwoche forciert heraufgesetzt worden waren. DM-Auslandsanleihen bröckelten teilweise ab.

Bundesanleihen

		11. 8.	10. 8.
F 6 Bund 78 III	9/84	99,95G	99,95G
8½ dgl. 78	9/84	100,05	100,05
6 dgl. 78 IV	12/84	99,95	99,95
6½ dgl. 79	1/85	99,95	99,95bG
8½ dgl. 73 I	3/85	101	101
7 dgl. 79	4/85	100,25	100,3
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,55	100,6
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,05	100,05
8 dgl. 76 IV	10/85	101,35	101,35
5½ dgl. 78 II	3/86	97,7	97,7
5¾ dgl. 78	5/86	97,5	97,5G
7¼ dgl. 76 I	12/86	100	100,15
6½ dgl. 79	1/87	98,75	98,75
7¼ dgl. 76 II	1/87	100,1G	100,1
6¾ dgl. 77	4/87	98,55G	98,55G
6½ dgl. 77	7/87	97,85	97,85
6 dgl. 77	10/87	95,05	95,05
6 dgl. 78 I	1/88	95,55	95,55
6½ dgl. 78 I	9/88	96,3	96,3
6½ dgl. 78 II	12/88	95,95	95,95
6¾ dgl. 79	1/89	96,7	96,7
7¼ dgl. 79 I	4/89	98,3	98,3
10 dgl. 81	4/89	107,8G	107,9
7½ dgl. 79 I	6/89	99,25	99,25
8 dgl. 79 I	7/89	101	101bG
8 dgl. 79 II	8/89	100,9	100,1
7½ dgl. 79 II	8/89	99,25	99,25
7¾ dgl. 79 II	11/89	100	100,2
7¾ dgl. 80 I	1/90	100	100,15
10 dgl. 80	4/90	108,8	108
5¾ dgl. 78	5/90	91,9	91,9
8¼ dgl. 80 I	7/90	101,8	101,8
8¼ dgl. 80 II	11/90	101,85	101,85
7¾ dgl. 82	11/90	99,5	99,6
9 dgl. 81	2/91	104,7bG	104,7
10¼ dgl. 81	7/91	111,1	111,1bG
10¾ dgl. 81	9/91	113,9G	113,9bG
10 dgl. 81 II	12/91	110,15	110,15bG
9¾ dgl. 82 I	1/92	108,8	108,85G
9¾ dgl. 82 II	3/92	108,8	108,8
6 dgl. 78 II	3/93	89,4	89,4
9,5 dgl. 82	4/92	107,45	107,5
9 dgl. 82	5/92	104,85G	104,85
8½ dgl. 82	6/92	102,2	102,3G
9 dgl. 82	8/92	105	105,05
8¾ dgl. 82	9/92	103,55	103,75
7¾ dgl. 82	12/92	98	98,15
7½ dgl. 83	1/93	96,6	96,75bG
7½ dgl. 83 II	3/93	96,8	96,75
7½ dgl. 83 III	6/93	97,8	97,8bG
8¼ dgl. 83	6/93	100,55	100,75bG
8 dgl. 83	7/93	99,5	99,65
8¼ dgl. 83 II	8/93	100,65	100,8
8¼ dgl. 83 III	10/93	100,55	100,75bG
8¼ dgl. 83 IV	11/93	100,55	100,75G
8¼ dgl. 83 V	12/93	100,7	100,75bG
8¼ dgl. 84	1/94	100,55	100,75bG
8¼ dgl. 84 II	2/94	100,6	100,75bG
8 dgl. 84	3/94	99,5	99,65
8¼ dgl. 84	6/94	100,55	100,75bG
8¼ dgl. 84 IV		100,75bG	100,75bG
8¼ dgl. 84 V		100,25	100,25
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	100,4	100,4
8 dgl. 80 S.2	2/85	100,85	100,85
8¾ dgl. 80 S.3	2/85	100,95	100,95
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	101,4	101,4
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	101,35	101,35
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101,1	101,1
8 dgl. 80 S.7	6/85	101,05	101,05
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,7	100,7
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	101,55	101,55
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102,5	102,7
9 dgl. 81 S.11	1/86	102,45	102,45
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	103,8G	103,8bG
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,2	104,2
9½ dgl. 81 S.14	4/86	103,4G	103,4bG
10 dgl. 81 S.15	4/86	104,4	104,4
10½ dgl. 81 S.16	6/86	105,4	105,55
11 dgl. 81 S.17	8/86	106,95	106,95bG
10½ dgl. 81 S.18	10/86	105,4	106,4
10 dgl. 81 S.19	10/86	105,4G	105,4G
9½ dgl. 81 S.20	11/86	104,55	104,55G
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	105,6	105,8G
10 dgl. 81 S.22	11/86	105,15	105,15G
9½ dgl. 81 S.23	12/86	104,5	104,5G
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	104,6	104,55
9½ dgl. 82 S.25	3/87	104,25G	104,25
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	103,9	103,9
9 dgl. 82 S.27	4/87	103,4	103,4
8½ dgl. 82 S.28	5/87	102,3	102,3G
9½ dgl. 82 S.29	7/87	104,9	104,9
9 dgl. 82 S.30	8/87	103,5bG	103,6bG
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	102,9	102,9
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	101,65	101,65bG
8 dgl. 82 S.33	11/87	100,75	100,85
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	100,2	100,35bG
7½ dgl. 82 S.35	12/87	99,6	99,75bG
7¼ dgl. 83 S.36	1/88	98,85	98,9
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	97,2	97,15
7 dgl. 83 S.38	5/88	97,75	97,75G
7¾ dgl. 83 S.39	6/88	99,1bG	98,05G
7½ dgl. 83 S.40	8/88	99,75	99,75G
8 dgl. 83 S.41	8/88	100,6	100,75
8 dgl. 83 S.42	9/88	100,7	100,85bG
8 dgl. 83 S.43	12/88	100,75	100,9
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	101,5G	101,5
8 dgl. 84 S.45	3/89	100,6	100,8
7½ dgl. 84 S.46	4/89	99,95	99,95bG
7¾ dgl. 84 S.47	7/89	99,8	99,8bG

Bundesbahn

F 8 Bdbahn 72	8/84	100,05G	100,05G
8¼ dgl. 76	8/84	100,05	100,05G
6 dgl. 78 III	11/84	100	100

		13. 8.	10. 8.
F 6½ dgl. 78	2/85	100,05G	100,05
8½ dgl. 73	2/85	100,95	100,95
7 dgl. 77	2/87	99,4	99,35G
6 dgl. 77	9/87	96,05	96,1
6 dgl. 78 II	7/88	95,2G	95,2G
6½ dgl. 77	5/89	95,4	95,55
8 dgl. 79 I	7/89	101	101,15bG
6 dgl. 78 I	2/90	92,35	92,3
8 dgl. 80 II	7/90	100,7	100,7G
9 dgl. 81	3/91	104,75	104,75bG
10½ dgl. 81	9/91	112,5	112,45
10¼ dgl. 81	11/1	112,3	111,3G
8 dgl. 80 I	2/92	99,5	99,8
10 dgl. 82	2/92	110,15G	100,15
8½ dgl. 82	7/92	107,8G	107,8
8 dgl. 82	11/92	99,65G	99,65
7¾ dgl. 83	1/93	97,8	98bG
8¼ dgl. 83	10/93	100,75	100,9

Bundespost

F 6½ Bdpost 68	8/88	98,45G	98,45
8 dgl. 72 I	9/87	100,9	100,9
10 dgl. 81	3/89	108,05	108,05bG
10¼ dgl. 81	6/89	109G	109
8 dgl. 80	3/90	100,65G	100,65
7¾ dgl. 80	9/90	99,7	99,7
8¾ dgl. 80	12/90	103,95	103,95
10¼ dgl. 81	10/91	112,5	112,6bG
9¾ dgl. 82	2/92	108,7G	108,7
8¾ dgl. 82	6/92	103,55	103,7
8½ dgl. 82	10/92	102,25	102,3bG
7¾ dgl. 83	2/93	97,8	98
8½ dgl. 83	9/93	102,25	102,3bG
8¼ dgl. 84	2/94	100,8	100,8

Länder – Städte

S 6½ Bd.-Wttbg. 78	85	98	98
8¼ dgl. 82	92	100,55G	100,55
M 7 Bayern 66	86	100,75G	100,75G
6½ dgl. 67	87	101,25G	101,25G
6 dgl. 68	85	99G	99G
6 dgl. 78	88	94,75	94,75G
8¾ dgl. 80	90	103,25	103,25G
8¾ dgl. 82	92	103,1	103,1
7½ dgl. 83	93	95,75G	95,75G
8 dgl. 84	94	99	99
B 8½ Berlin 70	85	101,8G	101,8G
8 dgl. 72	85	101G	101G
7 dgl. 77	85	100	100G
6½ dgl. 78	88	97,5G	97,5G
8¾ dgl. 80	88	103,75G	103,75G
Br 7¾ Bremen 71	87	100,85G	100,85G
8 dgl. 72	87	101,25G	101,25G
7½ dgl. 83	93	95,7G	96
H 8½ Hamburg 70	85	101,35G	101,35G
6¼ dgl. 77	92	96,5G	96,5
8 dgl. 80	92	100,15	100,15G
9¾ dgl. 82	92	108,15G	108,15G
7½ dgl. 83	92	96G	96G
8¼ dgl. 84	94	100,1	100,1G
F 8 Hessen 71	86	101G	101
6¼ dgl. 78	88	94,95	94,95
Hn 8½ Niedersa. 70	85	101,5	101,5G
7½ dgl. 72	87	100,1G	100,1G
8 dgl. 72	87	101	101
7½ dgl. 79	87	99,4G	99,4G
7¾ dgl. 82	92	97,3G	97,3G
8 dgl. 83	93	98,6G	98,6G
8 dgl. 84	94	98,6G	98,6G
D 7½ NRW 83	93	98,5	96,25
7¾ dgl. 83	93	97,55G	97,8
8½ dgl. 83	93	102,1	102,1
8¼ dgl. 83	93	100,45	100,45G
8¼ dgl. 84	92	100,9	100,9
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	100,75	100,75
8 dgl. 71	86	100,75G	100,75
F 8½ Saar 70	85	101,5G	101,5G
7 dgl. 72	87	99,8G	99,8
6 dgl. 78	88	94,5G	94,75
H 7¼ Schl.-H. 72	87	99,75G	99,75G
8½ dgl. 73	85	100,6G	100,6
8 dgl. 84	84	99,75G	99
D 7 Essen 72	85	100G	100G
S 7½ Stuttgart 71	86	100,45G	100,45G
7¾ dgl. 72	87	100,5G	100,6G
8 dgl. 83	93	99	98,75G

Bankschuldverschreib.

F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82,5	82,5
6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100,25G	100,25G
F 7½ Bakola Pf 104	100,35G	100,35G
9 dgl. Pf 106	103,05G	103,05G
10 dgl. Pf 108	107,55G	107,55G
7 dgl. KS 132	96,7G	96,7G
8 dgl. KS 155	99,7G	99,7G
9 dgl. KS 169	102,15G	102,15G

	13. 8	10. 8.
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	93,5G	93G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
8¾ dgl. Pf. 2	96,5G	96G
7 dgl. Pf 3	96G	95,75G
6¼ dgl. KS 14	98G	97,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	75,25G	75G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	81,5G	81,25G
6 dgl. KS 1	89,4G	89,4G
M 6 Lds. Aufb. IS 15	97,8G	97,8bG
6 dgl. IS 16	96,5G	96,5G
6 dgl. IS 17	95,85G	95,85G
8½ dgl. KO 49	101,5G	101,5G
8½ dgl. KO 48	101,4G	101,4G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	100,25	100,25
9½ dgl. Pf 105	100G	100G
9½ dgl. IS 726	101G	101G
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	118G	118G
5½ dgl. Pf 28	100G	100G
6 dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
6½ dgl. Pf 3	86G	86G
6½ dgl. Pf 12	85,5G	85,5G
7 dgl. Pf 20	98,5bG	98,5G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	99,5G	98,5G
6 dgl. Pf 34	96G	96G
8½ dgl. Pf 37	99	99
8 dgl. Pf 51	101G	101G
Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	88,75G	88,75G
7½ dgl. Pf 87	92G	92G
6 dgl. KS 29	80G	80G
7 dgl. KS 30	98,45G	98,45G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119,5G	119,5G
5 dgl. Pf 54	116G	116G
6 dgl. Pf 109	80G	80G
6½ dgl. Pf 123	87,5G	87,5G
6½ dgl. Pf 141	85,5G	85,5G
7 dgl. Pf 143	91,3G	91,3G
7 dgl. KO 113	100,15G	100,15G
9 dgl. KO 217	100,8G	100,8G
9 dgl. KO 215	101bG	101G
9¼ dgl. KO 218	100,8G	100,8G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	118G	118G
5½ dgl. Pf 50	73G	73G
9 dgl. KS 139	102,6G	102,6G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	101,9G	101,9G
9 dgl. Pf 239	102,9G	102,9G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	109	109
7 dgl. KS 35	99,5G	99,5G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	93,85G	93,85G
6 dgl. IS 71	100G	100G
6½ dgl. IS 73	97,85G	97,85G
6¾ dgl. IS 80	100G	100G
F 6 Dgz.Dt.Komm. KO55-4	83G	83G
6 dgl. KO 48	79G	79G
7 dgl. KO 97	100,05G	100,1G
7½ dgl. KO 185	97,7G	97,7G
9 dgl. KO 129	101,3G	101,3G
Hn 6 Dt. Hyp. Hann. Pf 91	78G	78G
7 dgl. KS 101	100,1G	100,1G
10 dgl. KS 134	101G	101G
8¾ dgl. KS 140	100,6G	100,6G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	78G	78G
6¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	73,5G	72,5G
5½ dgl. Pf 59	79,5G	79,5G
6 dgl. Pf 162	79G	79G
B 9 Dt.Pf.Wl. Brl. 482	104G	104G
Br 6 Dt. Schiffbk. Pf 46	100G	100G
5½ dgl. Pf 62	88,8G	88,8G
6½ dgl. Pf 85	99,6G	99,6G
6¼ dgl. Pf 80	96,25G	96,25G
6¼ dgl. Pf 74	99,2G	99,2G
6½ dgl. Pf 78	97,3G	97,3G
Br 5½ dgl. Pf 77	95,25G	95,25G
6 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
8½ dgl. Pf 47	101,45G	101,45G
F 5 Frf. Hypobk. Pf 68	70G	70G
5½ dgl. Pf 53	78G	78G
6 dgl. Pf 79	76,5G	76,5
6 dgl. Pf 130	93,25	92,50
6½ dgl. Pf 133	86,5G	86,5G

	13. 8	10. 8.
H 5 Hbg Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	91G	90,5
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,85G	94,85G
8 dgl. Pf 73	100,8G	100,8G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 6 Hyp.I.Hbg. Pf 96	81,75	81,75
6½ dgl. Pf 80	90,5	90,5
8 dgl. Pf. 248	100,1	100,1G
9 dgl. KO 125	–	
8 dgl. KO 175	100,95G	100,95G
9 dgl. KO 259	102,1G	102,1G
8¾ dgl. KO 262	– G	– G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	114,5G	114,5G
5 dgl. Pf 12	71G	71G
7 dgl. Pf 25	94,75G	94,75
10 dgl. Pf 40	100,25G	100,25G
6 dgl. KO 30	99,95G	99,95G
9¾ dgl. K 84	100,95G	100,95G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	–	–
5½ dgl. Pf 11	89,6G	89,6G
7 dgl. Pf 12	92,5G	91G
4½ dgl. KO 6	100	100
7½ dgl. KO 60	100G	100G
8¾ dgl. KO 61	100,6G	100,25G
S 8½ LKbK Badw. Pf 6	101,75G	101,75G
6 dgl. Pf 28	89,75G	89,75G
6 dgl. Pf 49	86,5G	86,5G
8¼ dgl. KS 8	101,5G	101,5G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	82G	81
7 dgl. Pf 97	91G	90
10 dgl. Pf 33	101G	101,1G
6½ dgl. KS 78	–	–
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 6½ Münch.Hypo.Pf 100	85,5G	85,5G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	104	104
6½ dgl. Pf 42	99G	99G
Hn 7 Nord. Lbk. Pf 1	95,25G	95,25G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	100,65G	100,65G
9 dgl. KO 53	101,4G	101,4G
7½ dgl. IS 6	100G	100G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	84,6G	83,75G
6 dgl. Pf 95	78G	78G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	100G	100G
5½ dgl. K	109,5G	109,5G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	94,5G	94,5G
6½ dgl. Pf 67	88,1G	88,1G
5½ dgl. KO J+E	125G	125G
9½ dgl. KO 58	101G	101G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	71,25G	71,25G
7 dgl. Pf 125	97,75G	97,75G
7 dgl. Pf 128	90G	90G
8 dgl. Pf 177	103,25G	103,25G
6 dgl. KS 77	78G	78G
5½ dgl. KS 80/1	–	–
8½ dgl. KS 110	101,5G	101,5G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
5 dgl. Pf 38	88G	87,5G
5½ dgl. Pf 43	86G	85,25G
6 dgl. Pf 58	78,1G	78,1G
7 dgl. Pf 61	87,2G	87,2G
8 dgl. Pf 70	100,75G	100,75G
9 dgl. Pf 88	101,1G	101,1G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	–	–
7½ dgl. Pf 45	100,5G	100,5G
M 6 Südboden Pf 41	89,5G	89,5G
5½ dgl. Pf 57	76,5G	76,5G
6½ dgl. Pf 143	94,75bG	94,75G
7 dgl. Pf 87	95bG	95bG
7½ dgl. Pf 104	96,5G	96,25bG
7 dgl. KS 48	93,5G	93,5G
7½ dgl. KS 81	100,25G	100,25G
8 dgl. KS 133	99,2G	99,2G
8½ dgl. KS 132	100,6G	100,6G
9 dgl. KS 185	102,75G	102,75G
9½ dgl. KS 171	104G	104G

	13. 8.	11. 8.
M 5 Verbank Nbg Pf 65	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	79G	79bG
7 dgl. Pf 100	99,95G	99,95G
D 8 WestLB Pf 350	100,8G	100,8G
6¾ dgl. Pf 403	97,95G	97,95G
9½ dgl. Pf 1007	106,25G	106,25G
8 dgl. Pf 1015	99,7T	99,7G
7 dgl. KO 556	100,05G	100,05G
6¼ dgl. KS 420	96,85G	96,85G
9¼ dgl. KO 1301	105,3G	105,3G
8½ dgl. KS 1278	101,15G	101,15G
8 dgl. IS 1512	100,9G	100,9G
9¼ dgl. IS 1520	101,35G	101,35G
6½ dgl. IS 579	95,5G	95,5G
7½ dgl. IS 1503	100,05G	100,05G
D 4 Westf. Land. Pf 4	100G	100G
6 dgl. Pf 16	97G	97G
6½ dgl. Pf 19	85,5G	85,5G
7 dgl. Pf 20	90G	90G
D 8¼ Westf Hypo. Pf 550	100,8G	100,8G
9¼ dgl. Pf 564	102,5G	102,5G
9¾ dgl. KS 294	101,6G	101,6G
9½ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	75G	75G
7 dgl. KS 58	100G	100G
S 6½ Wür. KoLa Pf 1	89,8G	89,5G
7 dgl. Pf 5	–	–

Sonderinstitute

D 6 DSLB Pf 26	85G	84G
6 dgl. Pf 47	81G	80G
7 dgl. Pf 63	90G	89G
7½ dgl. Pf 89	94G	93G
8 dgl. Pf 104	99G	98G
8 dgl. Pf 165	100G	100G
5½ dgl. RS 45	98,25G	98,25G
6 dgl. RS 73	97G	97G
8 dgl. RS 120	101,5G	101,5G
8½ dgl. RS 153	101,75G	101,75G
7 dgl. RS 162	98,25G	98,25G
9½ dgl. RS 172	103,25G	103,25G
9 dgl. RS 186	104G	104G
10 dgl. RS 193	104bG	104bG
11¼ dgl. RS 195	106,75G	106,75G
F 7½ KfW 70	100,35G	100,35
8 dgl. 70	101,1G	101,1G
7¼ dgl. 79	99,4	99,5G
8 dgl. 84	99,2	99,2bG
F 10 Kredit 81	109,3	109,3
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	102,5G	102,5
7½ dgl. 83	97,5	97,6
8¼ dgl. 83	100,85	100,85G
7,5 dgl. 84 I	99,05G	99,05G
7,5 dgl. 84 II	99G	99G
F 6 Lawi.Rentbk. RS 14	99,75G	99,75G
6 dgl. RS 15	97,8G	97,6G
6 dgl. RS 16	97,4G	97,4G
6 dgl. RS 19	96,4G	96,4G
6 dgl. RS 20	99,9G	99,9G
6 dgl. RS 21	99,5G	99,5G
8 dgl. RS 26	99,75	99,75G
7½ dgl. RS 27	100,65G	100,65G
6½ dgl. RS 60	97,15G	97,15G
7 dgl. 94	96G	96G
7 dgl. 99	99,9G	99,9
8 dgl. 101	99,25G	99,25G
7½ dgl. 102	97,85T	97,85T
9½ dgl. 126	104,4G	104,4G
D 8 LAG TS 76	100,9G	100,9G
6½ dgl. TS 77	97,7bG	97,6G
5½ dgl. 78	93,8G	94
7 dgl. 79	98,75	98,8

Industrieanleihen

F 6 Badenwerk 78	95,1G	95,1
5 Bayernw. 59	99,5G	99,5G
F 8 Chem. Hüls 71	100,3G	100,2G
7¾ Cont. Gum. 71	99,9T	99,9T
5¾ HEW 62	97,25G	97,25G
7½ dgl. 71	99,75G	99,75G
4½ Harpen 59	1960G	1960G
6 Hoesch 64	99,7G	99,7G
7½ dgl. 71	99,8G	99,8bG
7½ Karstadt 71	99,85	99,85T
7¾ Kaufhof 71	100G	100G
7¾ dgl. 71	–Ztg.	99,85G
7½ dgl. 76	99,75G	99,75
7½ Klöckner W. 71	99,25G	99,25G
8 dgl. 72	99,85	100

	13. 8.	10. 8.
6 NWK 61	98,75	98,75G
6 dgl. 62	97,25G	97,25G
6 DbDon. Krwk. 64	94,5T	94,5T
F 6 Rh Brlw 63	95,5G	95,5G
6 dgl. 65	95G	95G
6 RWE 63	96,25G	96,25G
6 dgl. 65	95,25	95,25G
7¾ dgl. 71	100,5	100,1T
7 dgl. 72	98,75G	98,75G
6 Rh.-M.-Don. 62	97G	97G
6½ dgl. 68	99,4G	99,4G
8 Schleswag 71	100,1	100,1
7½ Thyssen 71	99,7G	99,7G
8 dgl. 72	100T	100T
7¼ dgl. 77	97,75	97,75
8 VEW 71	101	100,5T
6¾ dgl. 77	96,5G	96,5G
7 VW 72	99	98,85T

Optionsscheine

F 11 BASF Over Zee 82	62,4	63,5
7½ Bayer Fin. 79	66,5	67,2
10½ Bayer Fin. 82	77	78,9
7½ BHF Bk. Int. 83	80,9	86,9
6¾ Ciba-Geigy 75	1060	1060
3½ Commerzbk. 78	44	43
7 Combk. Int. Lux. 83	43,2	44
Combk. Int. Lux. 84	53,5	54,5
4½ Dt. Bk. Comp. 77	130	129,8
3½ Dt. Bk. Int. 83	122,5bG	124,5
8¼ Degussa 83	143	144
4 Dresdner Bk. Int. 83	42	40
4 dgl. 83 II	44	43,5
10 Hoechst 75	345	349
6¾ dgl. 79	72,4	73,9
8 Hoechst 83	87,3	88,5
7½ Jap.Syn.Rubber 82	2048	2050T
5¾ Jusco 83	3495bG	3450
Mitsubishi 84	678	635bG
Mitsui 82	195	195
7¾ Siemens 83	189	191
6,875 Schering 83	106,9	107
4 Veba 83	53	54,5
6½ Wells F. 73	320	324
F 8½ BASF 74	64,1	65
Bayer 84	67,9	68,9
5 Conti 84	60,5	60,3
Stumpf 78	690G	698

Optionsanleihen

F 7½ BHF Bk.Int.83 m0	103G	102G
7½ dgl. 83 o0	76,5G	77bB
3½ ComBk. Int. 78 m0 DM	112G	112G
F 3½ dgl. 78 o0 DM	90,75T	90,5
4½ C F DT. Bk. 77 m0 S	119G	119G
4½ dgl. 77 o0 S	81,75	82
3¾ Dt. Bk. 83 m0	121	122
3¾ dgl. 83 o0	85	85
6¼ Dt. Bk. 83 m0	103,8G	103,8G
6¼ dgl. 83 o0	74	74,5
4 Dresd. Bk. 83 m0	101,25	101,25
4 dgl. o0	85,75	85,9
7½ Jap. Synth. 82	172G	172G
7½ dgl. 82 o0	99,25	99,25G
5¾ Jusco 83 m0	152,25G	152,25G
5¾ dgl. 83 o0	93,9G	93,9G
3½ Mitsubishi 84 m0	99,55	100
3½ dgl. 84 o0	86,9	87,2
4 Veba 84 m0	119G	119,5
4 Veba 84 o0	77,5	77,5
F 6½ Wells F. 73 m0 DM	125,1G	124G
6½ dgl. 73 o0 DM	95,25G	95,25
F 8½ BASF 74 m 0	146	146
8½ BASF 74 o0	101,5	101,55
3¼ Bayer 84 m0	120,3	120,75
3¼ Bayer 84 o0	73,35	73,45
5 Conti 84 m0	140,3	140,5
5 Conti 84 o0	80,7	85,6
M 3½ Stumpf 89 m0	189G	96,8
M 3½ Stumpf o0	86G	85G

Währungsanleihen

6¼ Kopenhagen 72	96,8	96,8

Wandelanleihen

H 8 Beiersdorf 82	170G	171G
D 9 Girmes 74	314bG	316bG
6½ KSB 83	123G	123G
F 6 Pfaff 84	118,5	119G

Anmerkungen:
- Zinsen steuerfrei
- Pf = Pfandbriefe
- KO = Kommunalobligationen
- KS = Kommunalschatzanweisungen
- IS = Inhaberschuldverschreibungen
- RS = Rentenschuldverschreibungen
- S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Wandelanleihen

	13. 8.	10. 8.
F 4¾ AKZO 69	96T	90G
F 5 Asics Corp. 83	100,25	100T
F 3½ All Nippon 78	98,25	98
F 3¼ Asahi Opt. 78	116,5T	116,5T
F 4¾ Canon Inc. 77	391G	386G
F 3½ Cas. Comp. 78	304T	304G
F 5¾ Daiei Inc. 80	133,5	133,5
F 3 Daikin Ind. 84	97	96,25G
F 4¼ Fujitsu Ltd. 78	748G	746G
F 5 dgl. 79	502T	502
F 5¼ Hoogovens 68	89G	89G
F 3½ Izumiya Co 78	128T	128T
F 3½ Jusco Co. 78	109	109,5G
F 6 Komatsu 78	152G	151,5G
F 6 Konishiroku Pho. 81	117	117G
F 6¼ dgl. 82	115T	115G
F 3½ Korakuen 78	107,5G	107G
F 7¾ Kraft Inc 70	132	131,5
F 3½ Marudai F 78	100G	100
F 6 Michelin Int. 70	95G	95G
F 5¾ Minolta 77	184	184,5G
F 4 dgl. 79	142,5G	141,5G
F 6,75 Mitsub. H 81	142,5G	140G
F 6 dgl. 81	112	110,5G
F 6 Nichii Co Ltd 80	138G	136G
F 3¾ Nippon Sh. 78	138G	133G
F 3½ Nissan Mot 78	97,25G	98,5
F 4 Nisshin Steel 78	172G	170G
F 6½ Océ v. d. Gr. 69	110G	110G
F 3½ Olympus 78	255G	250G
F 3¾ Omron Tat 79	482G	476G
F 4¾ Onoda Fin 79	243G	239G
F 3½ Ricoh Comp 78	216	213T
F 6¼ Rothm. Int. 72	103,75	103,5bG
F 3¾ Sanden Corp. 78	121G	120G
F 6½ Sekisui 76	139T	139T
F 3½ Stanley 78	158G	162G
F 6 Taiyo Yuden 82	120,5	115G
F 5 Texaco Int. 66	96,6	96,7
F 3½ Tok. Elec. 78	446G	450G
F 4 Tokyu Land 79	105T	105T
F 3½ Trio Kenw. 78	96G	96G
F 6½ Uny Ltd 79	215G	215G

Ausländische Aktien in DM

	13. 8.	10. 8.
F L'Air Liquide	160	–
D Akzo	83,9	84,4
F Alcan	86	84,9
F Alcoa	109,8	107,5
F Alg.Bk.Nedld	285	285G
F All Nippon Air	3,85G	3,85G
M ALPS El.	27	25
F Amax	57,9	58
F Am. Cyanamid	145	143G
F Ameritech	204	202,2
D American Expr.	93,5	95,5bG
D Am Motors	14,45	15,2
F Am. T & T	55,2	56
F Amro Bank	48,5exD	51,5
F Anglo Am. Corp.	41	41,9
M Anglo Am Gold	283	286,3
F Arbed	69,5G	69,5
D Armco	38,4	38
F Asahi Chem.	6,75G	6,7
M Atl Richfield	133	133,5
H Atlas Copco	43G	43G
M Avon	73bB	72,5
D Baker Int.	50	53
F Bal Canada	23,45	23,6
F Banco de Bilbao	30,1	31
F Banco Central	30,5	30,5
F Banco Hisp. Americ.	21,6T	22,7
F Banco de Santander	23,5	24
F Banco de Vizcaya	34,4	35
F Barlow Rand	21,2G	21G
M Baxter Trav. Lab.	49,4	50,7
D Beatrice Foods	82T	82T
F Bell Atlantic	211	211,5
D Bell Canada	74T	74T
F Bell South	88	90
D Bethlehem Steel	56	57,4
F Black & Decker	61,8	59,9G
F Boeing	147,5	148
M Bougainville Copper	4,4	4,5
F Bowater	6,7	6,5
D BP	17,4	17,35
M Broken Hill	25,8	25,9
F Bull	10,75	11T
F Can. Pacific	101,7	99,5
F Canon	15,2	15,65
F Casio Comp.	16,9	17,5
F Caterpillar	114,6	114,8
D Ch. Manhattan	125	121
F Chrysler	88,5G	88,5bG
M Citicorp.	101,4	100
F City Investing	110bG	111
F Coca-Cola	180,1	185
D Colgate	64G	64,5T
M Commodore Int.	76	78,5
M Comm Satellite	76,3	80,1
F Cons. Gold F.	19,2	19,25
D Cont. Group	161exD	161G
F Control Data	93	93
H Courtaulds	4G	4G
M CRA	15,6	13,55
M CSR	8,3	8,5bB
F Daiei	7,8G	7,8G
F Dart & Kraft	224,5exD	224
M De Beers Cons.	17	17,3
F Deere Comp	81,5	79,5G
F Delta Air Lines	95	97,5
F Dom. Stanrock	57	58,5
M Digital Equipm.	275,1	271,5
M Disney Prod.	162,4	161
H Distillers	108	108
M Dome Petroleum	5,7	5,7
D Dow Chemical	88	89
D Dresser	56,5	55,3
M Driefontein Cons.	87,1	90bB
D DuPont	140	139
H Dunlop	1,55G	1,55G
D Eastern Air Lines	12,3	13
F Eastman Kodak	219,8	219,5
F Eaton	148T	147T
F Elf Aquitaine	69,4	67
F Emhart	91,8	90G
D Ericsson	125T	125T
D Esmark	–	–
D Exxon	119,5	117,5
F Farmitalia Carlo Erba	–	–
D Fiat St.	6,95bB	6,8
D dgl. Vz.	5,5	5,55B
F Finsider	–	–
D Fisons	8,75T	8,1T
M Fluor	46,8	48,5
D Ford	131	132
F Fujitsu	15,9	15,8

	13. 8	10. 8.
F General Electric	167	167,8
F General Foods	172T	170T
F General Mining	47	46T
D General Motors	219	219exD
D Gen. Shopping	344G	344G
D Gevaert	161T	159T
F Goodyear	79,2	81exD
H Grace	123	121
F Greyhound	67T	65T
D GKN	6,4G	6,3G
F Gulf	–	–
F Gulf Canada	36	35
D Halliburton	95,5	98,5
M Hewlett Packard	123,6	125,6
D Highveld Steel	9TG	9TG
D dgl o.D.	9T	9T
F Hitachi	1035	1030
M Holiday Inns	131	128,5
F Homestake	73,9	73
M Hongk. & Shanghai Bank.	2,35	2,3
D Hoogovens	46,5	45
D Hughes Tool	44	44
F IBM	350	353
F ICI	22,9	22,9
M Impala Plat. Hold	36	36,2bB
M Imperial Oil	86,1	83,8
M Intern. Harvester	18,5	18,65
F Inco	31,4	30,5
F Int. T & T	73,8	73,8
D Istituto Fin. Ind	8G	8G
F Italcementi	75,5	75G
F Izumiya	12G	12G
F Japan Line	1,4	1,4
D Jusco	9,5T	9,5T
F Kawasaki Kisen	1,4G	1,4G
F Kawasaki Steel	1,95G	1,95
M Kloof Gold Min.	121,7	123,5bG
F Komatsu	5,75	5,5G
D KLM	162	163
F Konishiroku Photo	6,6G	6,6G
F Kubota	3,5G	3,5G
D Lafarge	–	998
D Litton Ind.	229,5	224,5
F Lone Star	60G	62
D LTV	37	36,9
M M.I.M. Hold.	14,35	14
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3,7T	3,7T
F Marudai Food	7T	7T
D Matsushita El	20,8	20,4
M McDonald's	230bB	226
M Merrill Lynch	89,3	92,5
F McDonnell D.	190	186
M Minerals & Res.	24,4	24,1
D Minnesota M.	242T	240T
D Minolta Camera	6,5G	6,5G
F Mitsubishi Chem.	3,5G	3,5G
F Mitsubishi El.	4,6G	4,6G
F Mitsui Bk.	10,5G	10,5G
F Mitsui & Co.	3,8G	3,8G
F Mitsui Engin.	1,7	1,65bG
F Mitsui O. S. K.	1,7T	1,7T
F Mitsumi El.	15	15,4
H Mobil Corp.	80	79
F Monsanto	146	147,6
F Montedison	1,85	1,89
F Murata	30T	30T
M Nat. Semicond.	44,6	45,5
D Nat. Westminster	24exD	24,5T
F NEC Corp.	15,8	15,45
F Nestlé	6600	6550
D Nikko Sec.	6,3B	6,2G
F Nippon Kokan	1,6T	1,6T
F Nippon Shinpan	6,4T	6,2G
F Nippon Yusen	2,7G	2,7G
F Nissan Motor	7,8bB	7,75
F Nisshin Steel	2,05bG	2,05T
F Nissho - Iwai	2,8G	2,85
D NL Industries	38bG	38G
F Norsk Hydro	204,1	204
F Nynex	197,5	196
H Occ. Petroleum	84,2	82,5
F Océ v. d. Grint	212G	–
F Olivetti St.	9G	9,65
F Olivetti Vz.	7,75	7,7
F Olympus Optical	12	12G
H v. Ommeren	23,5G	23,8
F Omron Tateisi	27	26,5
F Pacific Telesis	178	177

	1. 8	10. 8.
F Pakhoed	55,2	55
M PanAm	14,55	14,55
D Parker Drilling	22,8	22,5
F Peko Wallsend	11,6	11,55
M Pepsi	124	125,8
F Pernod-Ricard	250G	250
F Peugeot	61	64
F Philip Morris	220	217
H Philips	43,7	44,1
D Phoenix Ass	23,6G	23,7G
M Pioneer El	33,3	33,9
F Pirelli	2,95	2,9
M Polaroid	86,1	88,9
M Prime Computer	52,8	51,7
F Procter & G.	160,5	160
D Ramada Inns	20G	20,1G
M Ranger Oil	19	19,4
F Rank Org	9	8,9
F Ricoh	11,5	11,3G
F Rio Tinto NA-St	22,5bB	22,4
F Rio Tinto Zinc.	19,3G	19,3G
H Robeco	56,5	56,5
F Rockwell	87,5	90
H Rolinco	53,8	56
F Rorento	178G	193
F Rothmans Int	5,95exD	5,9b
D Rowan Cos.	31,3	32,7
H Royal Dutch	139,5	141
M Rustenburg Plat. Hold	26,3	26
F Sanko Steamship	1,7G	1,7G
F Sanden Corp.	6,4T	6,2T
M Santos	15,1	15
F Sanyo Elec.	8	6
F Sanwa Bk.	10,3G	10,3G
M SASOL	8,6bB	8,95
F Schering Plough	106G	105
F Schlumberger	133,5	133,5
F Schw. Alum	875bB	875bB
F Schw. Bankverein PS	332	332
F Schw. Bankverein OR	7,6	7,6
M Sears, Roebuck	105bB	105,7
F Seiyu Stores	7,67	7,67
F Sekisui House	6,7T	6,7T
F Selected Risk	416	416
F Shell Canada	49	49G
H Shell T & T	23G	23G
D Singer	96	99,5
F Snia Bpd	–	2,75
D Solvay	185T	185T
D Sony Corp	41,9	42,1
F Southwestern Bell	182	183
D Sperry Corp	118	116
F Squibb	143exD	135
F Standard Oil	134	132,5
F Stanley Elec.	9,2G	8,9G
F Steyr-Daimler-P	19,6T	19,5
F Sumitomo	6,2bB	6G
F Sumitomo Heavy	2,3G	2,3G
D Sumitomo Metal	1,85B	1,85B
D Sun	145T	145T
M Sunshine Mining	30,1	32
F Swissair	1150G	1145G
F Taisei Kens	2,3G	2,3G
M Tandy	89	89,5bB
F Taiyo Yuden	12G	11,5G
F Tenneco	110	106,5
D Texaco	100,5	99,5
F Texas Instruments	403	399
D Thomson-CSF	101T	101TB
D Thorn Emi	17G	15,6T
F Tokyo El	16T	16T
D Tokyo Pac	343G	340G
F Tokyo Sanyo El.	8,2G	8,3G
D Toray	4,7G	4,7G
D Toshiba	4,75B	4,85T
F TRIO Kenwood	6G	6G
F TRW	214	210,5G
D UAL	106	110
H Unilever	237,5	239
F Union Carbide	161,5T	162,9
D Uniroyal	40T	41,5
F United Techn	114,9	114,1
F US Steel	75	73,5
F US West	178,4	178,4
M Vaal Reefs Expl.	283,8	288
D Ved-Stork	112,5G	110T
D Volvo A	84T	84T
D dgl. Nom B	84T	84T
F Warner Commun.	60	60
F Warner Lambert	96	95
F Wells Fargo	112	108
M Western Deep L.	129B	128
M Western Mining	8,65	8,7
M Westinghouse El	73,2	75,9
F Westf.-Utrecht H.	73,5	75
D Xerox Corp	115	111,5

Warenpreise – Termine

Schwächer notierten am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex, wofür vor allem der festere Dollar verantwortlich war. Auch Kupfer schwächte sich ab. Kaffee konnte sich dagegen in sämtlichen Positionen festigen, während Kakao in den vorderen Positionen mit tieferen Notierungen und in den späteren Sichten unverändert schloß. (schm)

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	10. 8.	9. 8.
Sept	354,50	353,50
Dez	372,50	371,25
März	383,00	382,25

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	10. 8.	9. 8.
St. Lawrence 1 CW	234,40	234,15
Amber Durum	259,20	259,45

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	137,10	135,50
Dez	141,70	140,00
März	149,00	147,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt	123,80	123,60
Dez.	121,60	121,40
März	124,00	123,00

Hafer Chicago (c/bush)	10. 8.	9. 8.
Sept	172,25	172,25
Okt	177,25	177,25
März	179,75	179,50

Mais Chicago (c/bush)		
Sept	293,75	295,75
Dez	283,25	290,75
März	290,75	291,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	10. 8.	9. 8.
Okt.	130,50	129,70
Dez	130,70	130,30
März	133,10	132,50

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	10. 8.	9. 8.
Terminkontr. Sept.	145,15	144,25
Dez	142,25	141,10
März	139,75	138,60

Kakao New York ($/t)	10. 8.	9. 8.
Terminkontr. Sept.	2170	2180
Dez.	2038	2042
März	2040	2045
Umsatz	2324	3387

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept	3,77	4,02
Okt	4,00	4,22
Jan	4,54	4,72
März	5,02	5,29
Mai	5,32	5,57
Umsatz	12 425	9250

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	10. 8.	9. 8.
	3,91	4,05

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	10. 8.	9. 8.
Sept.	2336–2337	2309–2313
Nov	2338–2340	2317–2319
Jan	2263–2264	2248–2250
Umsatz	4036	5346

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1849–1852	1873–1875
Dez	1654–1655	1666–1667
März	1635–1636	1646–1647
Umsatz	2136	1967

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Okt.	115,60–115,80	119,20–119,40
Dez	124,40–124,60	128,20–128,40
März	139,40–139,60	143,00–143,20
Umsatz	4712	3050

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	10. 8.	9. 8.
schw. Sarawak spez.	365,00	geschlossen
weißer Sarawak	625,00	geschlossen
weißer Muntok	632,50	geschlossen

Orangensaft New York (c/lb)	10. 8.	9. 8.
Sept.	173,85	173,70
Nov.	172,85	173,00
Jan.	171,75	172,30
März	171,75	172,00
Mai	171,80	172,00
Umsatz	850	1000

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	10. 8.	9. 8.
Südstaaten fob Werk	52,00	52,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	27,25	27,25

Sojaöl Chicago (c/lb)		
Aug.	27,75	27,98
Sept.	26,75	26,95
Okt.	25,50	26,80
Dez.	24,80	25,05
Jan	24,55	25,05
März	24,70	25,10
Mai	24,80	25,05

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	33,00	33,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	28,00	27,50
Choice white hog 4% fr. F.	18,875	18,875

Talg New York (c/lb)		
top white	20,75	20,75
fancy	20,50	20,50
bleichfähig	18,75	18,75
yellow max. 10% fr. F.	16,00	16,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Aug.	53,90	54,10
Okt.	49,85	49,85
Dez.	51,50	51,55

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Aug.	55,55	56,10
Febr.	67,80	67,35
März	66,85	66,52

Häute Chicago (c/lb)	10. 8.	9. 8.
Ochsen einh. schwere River Northern	63,00	63,00
Kühe einh. schwere River Northern	61,00	61,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Aug.	636,00	639,00
Sept.	623,00	629,00
Nov.	618,50	625,00
Jan.	629,00	637,00
März	644,00	650,50
Mai	654,00	661,00
Juli	660,00	666,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Aug.	155,30	155,80
Sept.	157,50	157,90
Okt.	158,70	159,20
Dez.	163,50	164,20
Jan.	166,00	167,10
März	169,00	170,00
Mai	172,50	174,50

Leinsaat Winnip. (can $/t)	10. 8.	9. 8.
Okt.	356,00	353,00
Dez.	365,00	362,00
März	378,00	377,00

Kokosöl New York (c/lb)	10. 8.	9. 8.
Westküste fob Werk	62,00	62,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	13. 8.	10. 8.
jegl. Herk. cif	990,00	990,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	595,00	575,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	575,00	550,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	217,50	220,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1495,00	1365,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	291,00	290,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	10. 8.	9. 8.
Okt.	66,40	66,15
Dez.	67,10	67,00
März	69,10	68,70
Mai	69,90	69,61
Juli	70,80	70,61
Okt.	70,90	70,70

Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS-1	46,50	46,50

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	10. 8.	9. 8.
Okt.	506–512	510–511
Dez.	510–512	512–514
Jan.	512–514	512–514
Umsatz	207	206

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	10. 8.	9. 8.
Okt.	51,80	51,80
Dez.	51,40	51,40
März	52,90	52,90
Mai	53,20	53,20
Umsatz	9000	9000
Tendenz: nominell		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	10. 8.	9. 8.
Okt.	563,0–564,0	563,0–564,0
Dez.	569,0–570,0	569,5–570,0
März	577,0–579,0	577,0–578,0
Umsatz	20	22

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	10. 8.	9. 8.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	10. 8.	9. 8.
Aug.	13 499	13 403
Sept.	13 426	13 430

Kautschuk London (p/kg)	10. 8.	9. 8.
Nr. 1 RSS loco	72,00–73,00	64,50–67,00
Sept.	64,50–67,00	65,00–67,00
Okt.	65,00–67,50	66,00–67,50
Nov.	67,30–67,40	68,00–68,30
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	10. 8.	9. 8.
Sept.	209,00–209,50	209,50–210,25
Okt.	214,25–214,50	214,50–215,00
Nr. 2 RSS Okt.	202,50–203,50	202,50–203,50
Nr. 3 RSS Okt.	199,00–200,00	199,00–200,00
Nr. 4 RSS Okt.	192,00–193,00	192,00–193,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	10. 8.	9. 8.
BWC	646,00	646,00
BWD	630,00	630,00
BTC	646,00	646,00
BTD	630,00	630,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTG – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	13. 8.	10. 8.
Blei: Basis London inländ. Monat	135,45–135,65	135,54–135,73
drittfolg. Monat	135,65–135,84	135,64–135,73
Zink: Basis London inländ. Monat	245,88–246,07	245,99–246,37
drittfolg. Monat	249,32–249,51	248,08–248,27
Produz.-Preis	228,72	284,96
Reinzinn 99,9%	3948–3985	3975–4014

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	13. 8.	10. 8.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	392,42–394,33	393,50–395,40
Blei in Kabeln	143,25–144,25	143,25–144,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

* Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	13. 8.	10. 8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	383–384	383–385
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	431	430–431
MS 63	415–419	415–420

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	10. 8.	9. 8.
ab Werk prompt (Ring. $/kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	13. 8.	10. 8.
Leg. 225	403–430	403–430
Leg. 226	405–432	405–432
Leg. 231	435–452	435–452
Leg. 233	445–472	445–472

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	13. 8.	10. 8.
Platin (DM je g)	34,05	34,75
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	32 650	33 000
Rücknahmepr.	31 900	32 250
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	32 880	33 130
Rücknahmepr.	32 070	32 290
verarbeitet	34 500	34 750
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 380	32 565
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	730,40	747,90
Rücknahmepr.	708,80	725,90
verarbeitet	762,40	780,80

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	13. 8.	10. 8.
10.30	343,00	350,50
15.00	343,50	346,75
Zürich mittags	343,10–343,60	351,40–351,90
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	99 000	99 400
Silber (p/Feinunze) London Kasse	580,20	597,60
3 Monate	594,90	612,65
6 Monate	609,20	627,60
12 Monate	614,45	656,55

Platin (£-Feinunze) London	10. 8.	9. 8.
fr. Markt	255,75	255,45
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	104,40	103,80

New Yorker Preise	10. 8.	9. 8.
Gold H & H Ankauf	345,75	344,25
Silber H & H Ankauf	770,00	754,00
Platin fr. Händlerpr.	328,00–338,00	328,00–338,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	136,50–137,50	135,50–135,50
Produz.-Preis	150,00	[illegible]

Silber (c/Feinunze)		
Aug.	783,30	784,30
Sept.	766,00	786,00
Dez.	775,80	796,60
Jan.	788,00	808,00
März	798,80	819,50
Mai	814,50	834,00
Juli	828,00	853,00
Umsatz	25 000	25 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	10. 8.	9. 8.
Aug.	58,75	59,00
Sept.	59,15	59,40
Dez.	61,05	61,25
Jan.	61,75	61,90
März	62,85	63,15
Mai	64,20	64,40
Juli	65,45	65,65
Umsatz	7 000	8 000

Londoner Metallbörse

	13. 8.	10. 8.
Aluminium (£/t) Kasse	882,00–883,00	886,50–887,50
3 Monate	906,00–906,50	909,50–910,00
Blei (£/t) Kasse	354,50–355,00	358,00–358,50
3 Monate	355,00–355,50	358,00–358,50
Kupfer Higbergrade (£/t) mittags Kasse	1014,0–1015,0	1022,5–1023,0
3 Monate	1033,0–1033,5	1041,0–1041,5
abends Kasse	–	1024,0–1025,0
3 Monate	–	1042,5–1043,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1025,0–1026,0	1026,0–1028,0
3 Monate	1031,0–1032,0	1042,0–1043,0
Zink (£/t) Kasse	643,50–644,00	650,00–651,00
3 Monate	652,50–653,00	655,00–655,50
Zinn (£/t) Kasse	9480–9490	9470–9480
3 Monate	9410–9412	9400–9405
Quecksilber ($/Fl.)	–	295–310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	79–84

Erika Dude

geb. Lachnitt

geb. 11. 5. 1914 gest. 12. 8. 1984

In Liebe, Dankbarkeit
und stiller Trauer

Dietmar Dude
Beate Dude geb. Ritter
Karsten und Yvonne
Harald Dude
Angelika Dude geb. Maack
Vivien und Patrick
Milena Ruscheweyh geb. Lachnitt

Trauerfeier und Beisetzung am Mittwoch, dem 15. August 1984, um 14 Uhr, Friedhof Garstedt, Ochsenzoller Straße, Norderstedt.

Nach langer Krankheit wurde mein lieber Mann, unser Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Schwager

Georg Wilhelm Freiherr von Rheinbaben

geb. am 31. Januar 1911 in Deutsch-Sagar

im 74. Lebensjahr von seinem Leiden erlöst.

Christa Freifrau von Rheinbaben geb. von Barner
Alf Freiherr von Rheinbaben
Ferdinand Freiherr von Rheinbaben
Roswitha Freifrau von Rheinbaben geb. Ziemus
Claudia, Stefanie
Wilfried Freiherr von Rheinbaben
Renate Freifrau von Rheinbaben geb. Martens
Christina, Stephan
Matthias Freiherr von Rheinbaben
Dorothee Freifrau von Rheinbaben geb. Frey
Felix, Albrecht, Konstantin
Michael Freiherr von Rheinbaben
Christian Freiherr von Rheinbaben

2300 Strohbrück, den 11. August 1984

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 16. August 1984, um 14.00 Uhr in der Kirche zu Flemhude statt, anschließend Beisetzung in Westhofen im engsten Familienkreis.

Edeltraut Bodenhausen

geb. 9. August 1909 gest. 4. August 1984

Der Tod nahm mir nach fast fünfzigjähriger gesegneter Ehe meine von mir so geliebte Frau.
Verwandte und Freunde trauern mit mir.
Wir vermissen sie sehr und werden sie nicht vergessen.

Wilhelm Bodenhausen
Verwandte und Freunde

Bellevue 19, 2000 Hamburg 60

Die Beerdigung hat stattgefunden.
Bitte keine Beileidsbesuche.

Dr. Werner Lauer

13. 8. 1896 12. 8. 1984

Ein erfülltes Leben hat in Frieden seine Vollendung gefunden.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen Abschied

Christiane Kaiser geb. Lauer
Clemens Kaiser
Alexandra und Philippa
Margarete Lauer-Straube
Jürgen Straube

5880 Lüdenscheid-Piepersloh, Westerfelder Weg 4a

Die Trauerandacht findet am Donnerstag, dem 16. 8. 1984, um 10 Uhr in der Kapelle des Waldfriedhofes Lüdenscheid-Loh statt. Anschließend Beisetzung in Voerde/Niederrhein, ev. Friedhof, Frankfurter Straße/Grünstraße, um 15 Uhr im Familienkreis.

Im Sinne des Verstorbenen bitten wir anstelle zugedachter Kränze und Blumen um eine Spende zugunsten Melanchthonstiftung, Konto 2 37 17 30, Deutsche Bank, Lüdenscheid.

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffe (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prochelt

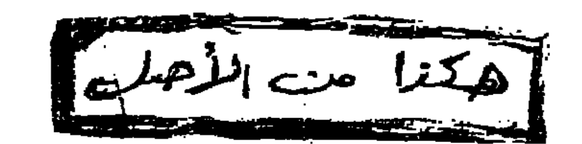
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Enttäuschung bei den Aktien

Ein Teil der Wochenendgewinne ging wieder verloren

DW. – Die nervöse Stimmung an der New Yorker Wochenschlußbörse sowie der leichte Anstieg der Zinsen in den USA und der damit verbunden festere Dollar sorgten am deutschen Aktienmarkt für eine Enttäuschung. Der Börsenberufshandel hatte sich in Erwartung weiterer weiterer Kurssteigerungen reichlich eingedeckt und nahm nun zu weichenden Notierungen Positionslösungen vor. Dadurch ging der größte Teil der am Wochenende eingetretenen Kurssteigerungen am Aktienmarkt wieder verloren.

Mit Abschlägen bis zu 2 DM warteten die Papiere der Großchemie auf. Hinweise auf mögliche Ertragsabschwächungen im kommenden Jahr wegen möglicherweise rückläufiger Exporte und einem dann wieder einsetzenden Lagerabbau bei den Abnehmern, neutralisieren die bei diesen Aktien erzielbaren hohen Renditen. Gewinnmitnahmen gab es auch bei den Bankaktien, die Abschläge bis zu 4 DM hinnehmen mußten. Dazu trug die Enttäuschung über den wieder sich versteifenden Rentenmarkt bei. Glattstellungen gab es auch in einigen Rohstoffwerten, so bei Preussag. Hart getroffen von den Gewinnmitnahmen wurden Daimler und Mercedes, wo es Abschläge von 7–8 DM gab.

Düsseldorf: Girmes ermäßigten sich um 4,50 DM auf 149 DM, Aigner sanken um 10 DM auf 252 DM und Schiess gaben um 4 DM auf 110 DM nach. Dt. Atlanten zogen um 7 DM auf 380 DM an, Hochtief stiegen um 8,50 DM auf 478 DM und Zanders erhöhten sich um 3 DM auf 189 DM.

Frankfurt: Allianz Leben schlossen mit einem Minus vom 110 DM auf 3830 DM, Deutsche Conti Rück verbesserten sich um 50 DM auf 370 DM. Stuttgarter Hofbräu stiegen um 25 DM auf 640 DM. Dyckerhoff Gaben um 7 DM auf 260 DM nach und Hartmann und Braun ermäßigten sich um 7 DM auf 478 DM.

Hamburg: HEW fielen auf 82,10 DM minus 1,90 DM zurück, während NWK-Vz. bei 162 Dm minus 0,30 DM knapp behauptet waren. Beiersdorf wruden mit 338 DM minus 2 DM und Phoenix Gummi mit 119 DM minus 1 DM geahndelt. Reichelt schwächten sich auf 97 DM minus 3 DM ab.

München: Agrob St. fielen um 1 DM auf 228 DM, Etienne Aigner verminderten sich um 8 DM auf 255 DM und Flachgas gaben um 4 DM auf 224 DM nach. Deckel AG befestigten sich um 0,30 DM auf 133,50 DM, Dywidag erholten sich um 1 DM auf 169 DM und Leonische Draht zogen um 4,40 DM auf 299,50 DM an.

Berlin: Berthold wurden um 5 DM, Orenstein um 4 DM und Berliner Kindl um 3 DM heraufgesetzt. Detewe und Kempinski verbesserten sich um je 1 DM. Schering gaben um 4 DM, Herlitz St. und Vz. um je 2 DM, Berliner Bank und DUB-Schultheiss um je 1 DM nach.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 143,5 (144,5)
WELT-Umsatzindex: 2170 (2805)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

Wien

	13. 8.	10. 8.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	205	205
Gösser-Brauerei	326	325
Länderbank Vz.	205	205
Österr. Brau AG	–	301
Perlmooser	345	347
Reininghaus	395	405
Schwechater Br.	154	153
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	140	139
Universale HochTief	–	214
Veitscher Magnesit	214	–
Index	53,22	55,20

Kopenhagen

	13. 8.	10. 8.
Den Danske Bank	265	263
Jyske Bank	535	535
Kopenh. Handelsbk.	273	271
Novo Industri	2605	2555
Privatbanken	234	230
Ostasiat. Komp.	196	195
Dan. Sukkerfabr.	655	660
For. Bryggerier Sz.	950	960
Kgl. Porc. Fabr.	400	380

Brüssel

	13. 8.	10. 8.
Arbed	1535	1445
Brux. Lambert	2340	2340
Cockerill Ougrée	253	263
Ebes	2645	2665
Gevaert	5445	5385
Kredietbank	6750	6750
Pétrofina	6920	6900
Soc. Gén. d. Belg.	1840	1850
Sofina	6600	6560
Solvay	3875	3865
UCB	4840	4750
Index	150,11	150,31

Singapur

	13. 8.	10. 8.
Cycle + Car	3,60	3,66
Cold Storage	3,52	3,58
Dev. Bk. of Sing.	8,00	8,15
Fraser + Neave	5,70	5,85
Kl. Kepong	2,75	2,77
Mal. Banking	9,00	9,15
Nat. Iron	5,15	5,25
OCBC	10,00	10,20
Sime Darby	2,19	2,25
Singapur Land	3,80	3,86
Un. Overs. Bank	4,94	5,00

Optionshandel

Frankfurt: 13. 8. 84: 753 Optionen = 41 150 (39 200) Aktien, davon 115 Verkaufsoptionen: = 6800 Aktien. Kaufoptionen: AEG 10-90/8,1, 10-95/3,5, 10-100/2, 1-90/9,8, 1-95/7, 1-100/5, 4-95/10, 4-100/6,5, BASF 10-150/18,4, 10-164/4,5, 1-150/14,4, 1-160/8, 1-170/3,2, 4-160/12, 4-170/7,6, 4-180/3,4, Bayer 10-160/8,6, 10-170/4, 10-180/1,5, 1-160/13,4, 1/170/9, 1-180/5, 4-170/10,7, 4-180/7,5, 4-190/3,7, Bay. Hypo 4-380/8,4, BMW 10-400/10, 1-400/19,5, 1-410/7, Bay. Vereinsbank 4-350/15, Commerzbank 10-150/8,1, 10-160/2, 1-150/10, 1-160/5,5, 1-170/3, Conti 10-120/4,1, 1-120/8, 1-130/3,5, 4-120/10, 4-130/6, Daimler 10-560/9,6, 1-580/18, 1-590/12, 4-6,1/9,4, Deutsche Babcock St. 1-150/9, Deutsche Bank 10-340/11,4, 10-350/7,9, 1-330/25, 1-350/11, 1-370/4,2, Dresdner Bank 10-160/3,5, 1-160/8, 4-160/8,1, Hoechst 10-170/3,5, 10-180/2, 1-170/8, 1-180/5-4,4, 4-170/14, 4-180/7,5, Hoesch 10-90/8,1, 10-95/4,9, 1-95/8, 1-100/5, 1-110/3,4, 4-100/7,5, 4-110/6, Klöckner 10-60/2, 1-60/4,4, 1-65/2, 4-60/6, 4-65/3,7, MAN 10-140/5,6, Mercedes 4-500/15, Mannesmann 10-140/5, 10-150/1,8, 1-140/9,9, 1-150/4,5, 4-140/12, 4-150/7,6, 4-160/3,4, Schering 10-300/6, Kali + Salz 1-210/11,6, Siemens 10-400/6,2, 1-400/11,4, 1-410/8,2, 4-380/30, 4-410/10,4, 4-420/7,2, Thyssen 10-70/5, 10-80/1,2, 1-70/10, 1-70/10, 1-75/6,5, 1-80/3,9, 4-80/6,8, 4-85/3,9, Veba 10-170/4,4, 10-180/1,2, 1-170/8,8, 1-180/3,9, VEW 4-120/60, VW 10-180/7, 10-190/2,8, 1-190/7, 1-200/3,5, 4-200/6,35, Alcan 10-85/4, Chrysler 10-70/18,5, 10-80/9,9, 10-90/2,8, 1-65/25, 1-70/20, GM 1-75/7,5, IBM 4-370/21,1, Norsk Hydro 10-210/4,1, 1-210/12, Philips 10-40/4,9, 1-40/6, 1-45/2,4, 4-45/4, Royal Dutch 10-135,2/6, 1-140/9,5, Unilever 10-230/15,6, Xerox 10-110/6,4, 1-120/5,5, 4-110/13. Verkaufsoptionen: AEG 10-90/2,5, 10-95/4, 1-80/1,7, 1-90/4,3, 1-95/6, 4-90/5,5, BASF 10-150/1, 4-150/3, Bayer 10-160/1,75, BMW 1-350/5, Bay. Vereinsbank 1-390/4,4, Commerzbank 10-150/8, 1-140/1,5, 4-150/7,9, Conti 10-120/4, 1-110/1,5, 1-117/2, 4-110/3,35, Daimler 10-550/9,6, Deutsche Bank 10-320/2, 10-300/10, 1-320/6,1, 1-330/9,4, Dresdner Bank 10-150/2,6, 1-150/5,2, Hoesch 10-90/1,7, 10-95/4, Karstadt 10-230/5, 1-230/8, KHD 10-210/1,4, Klöckner 10-60/4, Siemens 1-370/6,2, 1-380/10, VW 4-160/3,6, 4-170/6,4, 4-180/11,4, Chrysler 10-85/9,9, 1-75/2,4, 1-80/3,6, 1-90/8,9, 4-75/3,1, 4-80/6,6, 4-85/8,8, General Motors 1-210/12, IBM 1-330/7, 1-340/18,2, Litton 1-230/20,3, Norsk Hydro 1-180/4,9, Royal Dutch 1-130/3, 1-140/6.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 13. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11⅝–11⅞	5¼–5½	4¼–4½
3 Monate	11¾–12	5½–5¾	4⅝–4⅞
6 Monate	12 –12¼	6 –6¼	4⅞–5⅛
12 Monate	12⅜–12⅝	6⅛–6⅜	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 13. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1445,00	1795,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1210,00	1471,25
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	627,00
1 £ Sovereign alt	233,00	286,42
1 £ Sovereign Elizabeth II.	227,00	281,58
20 belgische Franken	179,00	231,42
10 Rubel Tscherwonez	244,00	306,52
2 südafrikanische Rand	228,00	281,58
Krüger Rand, neu	1020,00	1202,70
Maple Leaf	1020,00	1202,70
Platin Noble Man	1005,00	1185,60
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	248,00	307,80
20 schweiz. Franken „Vreneli"	181,00	230,28
20 franz. Franken „Napoléon"	181,00	230,28
100 österr. Kronen (Neuprägung)	942,00	1137,72
20 österr. Kronen (Neuprägung)	186,00	234,84
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	131,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	445,00	547,20
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	104,00	141,36

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

13. 8. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurse[4]	Ankauf	Verkauf
New York[3])	2,9135	2,9215	2,8726	2,86	2,95
London[1])	3,807	3,821	3,767	3,75	3,90
Dublin[1])	3,075	3,090	3,026	2,98	3,13
Montreal[3])	2,2236	2,2316	2,1900	2,18	2,28
Amsterd.	88,670	88,870	88,605	87,50	89,50
Zürich	118,670	118,870	118,770	117,50	120,25
Brüssel	4,940	4,960	4,878	4,80	5,00
Paris	32,500	32,600	32,075	31,75	33,50
Kopenh.	27,385	27,505	27,095	26,25	28,00
Oslo	34,840	34,960	34,30	33,75	35,50
Stockh.**)	34,540	34,700	33,96	33,25	35,00
Mailand[2]) **)	1,622	1,632	1,590	1,58	1,68
Wien	14,221	14,261	14,19	14,14	14,35
Madrid**)	1,755	1,763	1,72	1,74	1,88
Lissabon**)	1,919	1,939	1,824	1,45	2,36
Tokio	1,1960	1,1990	–	1,15	1,21
Helsinki	47,680	47,860	46,52	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	6,50
Rio	–	–	–	0,08	0,30
Athen*) **)	2,4855	2,5385	–	2,00	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4460	2,4640	–	2,35	2,47
Johannesbg.*)	1,8085	1,8253	–	1,65	1,90

Alles in Hundert; [1]) 1 Pfund; [2]) 1000 Lire; [3]) 1 Dollar; [4]) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der schwächere Trend an den amerikanischen Bond- und Wertpapiermärkten verstummte und ließ Hoffnungen auf Zinserleichterungen der letzten Tage geringer werden. Im Dollarkurs zeigte sich das am 13. 8. bei einem ruhigen Markt mit festen Kursen bis 2,9220 am Vormittag. Nach Tagestiefstkursen von 2,9140 und einer amtlichen Notiz von 2,9175 zog der Dollar-Kurs am Nachmittag erneut auf 2,9240 an, als mit Eintritt des New Yorker Marktes die Zinssätze geringfügig höher genannt wurden. Die Bundesbank griff zur amtlichen Notiz heute nicht ein. Im Schlepptau des festen US-Dollars wurden auch die übrigen amtlich notierten Währungen durchweg höher notiert. US-Dollar in: Amsterdam 3,2865; Brüssel 58,9525; Paris 8,9520; Mailand 1793,00; Wien 20,4890; Zürich 2,4564; Ir. Pfund/DM 3,082; Pfund/Dollar 1,3073; Pfund/DM 3,814.

Ostmarkkurs am 13. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Unter dem Eindruck höherer Dollar-Zinssätze wurden am 13. August die Swapsätze für Dollar/D-Mark zu höheren Abschlägen gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,75/1,65	4,55/4,45	8,52/8,32
Pfund/Dollar	0,07/0,10	0,40/0,44	1,01/1,06
Pfund/DM	2,70/1,30	5,40/4,00	8,80/7,40
FF/DM	26/10	58/42	107/91

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 13. 8.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,8–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 6,0–6,1 Prozent.

Privatdiskontsätze am 13. 8.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 13. 8.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,98) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 100,2, Rendite 7,70.

Hörfunk-Hits (4): Viel Betrieb auf dem „Boulevard Baden-Baden" vom SWF

Mit Marilyn zum Kaffeeklatsch

Kürzlich hat Hanns Dieter Hüsch im „Boulevard Baden-Baden" eine bestimmte Sorte von Radioprogrammen erbarmungslos auf seine satirische Schippe genommen. Er machte sich lustig über die pausenlose Dauerberieselung vom frühen Morgen bis spät in die Nacht mit Schlagermusik und Schnulzen, mit Rock und Pop und der ewig gleichen Leier seichter Lebensphilosophie und ideologischer Rezitative nach dürftigen Noten. So sehr er sich damit den Beifall einer noch nicht ganz abgestumpften Minderheit seiner Mitmenschen verdient hat – er bewies mit der an Don Quichote gemahnenden Attacke doch nur die notorische Ohnmacht der Satire.

Schon Jonathan Swift vergleicht die Satire mit einer „Art Spiegel: Wer hineinblickt, sieht im allgemeinen das Gesicht eines jeden, nur nicht das eigene". Das war wohl auch hier der Fall. Denn der Schuß, zwar deutlich in eine andere Richtung abgefeuert, ging nach hinten los und traf voll den gastgebenden Sender. Das erste und erst recht das dritte SWF-Hörfunkprogramm gehören nämlich zu der gleichen Sorte, und „Boulevard Baden-Baden" ist nichts anderes als eine Fortsetzung des tagsüber unter wechselnden Titeln abgespulten Perpetuum musicale mit anderen Zwischentexten.

Dem Publikum jedoch, beim SWF dank weitflächigem Sendernetz besonders zahlreich, gefällt die Sendung. Durchschnittlich 200 000 Zuhörer flanieren allabendlich auf dem „Boulevard", wie Walter Klingler, Mitarbeiter im Medienreferat des SWF, bekanntgibt. Eine Zahl, die seit Einführung der Sendung im Oktober 1980 relativ konstant geblieben ist. Auch das „Feed-back" ist, zieht man die späte Sendezeit in Betracht (außer mittwochs und samstags täglich von 22.15 bis 23.00 Uhr), recht beachtlich. Bis zu 500 Anrufen an einem Abend konnte die Redaktion schon registrieren, vor allem dann, wenn den Zuhörern etwas nicht paßt. „Ab und zu kriegen wir schon eins auf den Deckel", gibt Christine Davis, eine der Moderatorinnen im fünfköpfigen „Boulevard"-Team zu. „Aber das gibt einem wenigstens das beruhigende Gefühl, daß man nicht in die leere Landschaft hinausbläst."

Allerdings halten sich die „Boulevard"-Macher ihre Hörer auch bei der Stange. Zum Beispiel mit einem allabendlichen Ferienrätsel, dem es durchweg gelang, unterstes Dalli-Dalli-Niveau nicht zu übersteigen. Da wurde zum Beispiel nach einem berühmten Felsen im Rhein gefragt, und wer etwa nicht wußte, „was soll es bedeuten", dem wurde es vorgesungen. Adolf Tegtmeier/von Manger führte auch Ahnungslose unfehlbar auf die Akropolis zu Athen, und nach der „böhmischen Akropolis" wurde mit Smetanas musikalischer Unterstützung in der Goldenen Stadt geforscht. Anhand von altbekannten Berliner Melodien und Klischees war die Avus zu erraten; und auf der Suche nach dem Prado in Madrid erfuhr man beiläufig, daß Hieronymus Bosch der „Dali des 16. Jahrhunderts" war.

Der „Boulevard" begnügt sich im allgemeinen mit derlei Klischees, anekdotischen Äußerlichkeiten, Zitaten und der Weitergabe historischen oder „aktuellen" Klatsches. Das war bei der Nachricht vom Tod James Masons nicht anders als bei dem oberflächlichen Beitrag zum 85. Geburtstag Ernest Hemingways. Der zehnte Todestag von Erich Kästner – der als „öffentlicher Literat" und „Moralist mit Humor" vorgestellt wurde – diente beiläufig zur Vorstellung einer Langspielplatte, aus der Werner Schneyder einigermaßen unkästnerisch und sentimental eine Probe vortrug. Auch der 80. Geburtstag des Nobelpreisträgers Isaak Singer wurde musikalisch verwertet. Barbara Streisand sang einen Titel aus ihrem Film „Yentel", der nach einer Erzählung des Dichters gedreht wurde. Diese Praxis legt den Schluß nahe, daß der nächste Goethe-Gedenktag womöglich mit einem Lied aus der Lehár-Operette „Friederike" gefeiert wird.

Aber das ist eben „Boulevard". Die Dramaturgie der Sendung hält sich an die probate Machart von Boulevard-Blättern und -Magazinen in aller Welt. Die üppige Bebilderung, die dort den Text überwuchert, wird hier durch musikalische Wucherungen ersetzt, die zuweilen zwei Drittel der Sendezeit füllen.

Im übrigen bietet der Baden-Badener „Boulevard" vom Tagesspruch bis zur Gute-Nacht-Geschichte das gängige Repertoire aus „bunten Meldungen aus aller Welt", aus Geburtstags- und Gedenkartikeln, Hinweisen auf Ausstellungen, Theater-, Konzert- und andere kulturelle Veranstaltungen, Schallplatten-, Film- und Buchbesprechungen, häufig mit Kostproben und Gesprächen. Hier ein Beispiel aus dem Interview mit einem Liedermacher. Der junge Mann, „mit U-Musik aufgewachsen", wußte wohl nicht, wofür das Interview bestimmt war, sonst hätte er nicht gleich den Thomaskantor bemüht. Denn Bach, sagte er, habe für ihn „eine ganz entscheidende Rolle gespielt, irgendwo", und der Kontrapunkt, sagte er, sei „eine ganz wichtige Geschichte, ebenso die Harmonie". Der Interviewer vernahm es mit Genugtuung: denn tief geschürft ist halb gewonnen.

Ein anderer hatte mit Wim Wenders weniger Glück. Auf die Frage, ob es denn nach der Goldenen Palme und dem Goldenen Löwen und allerlei Filmbändern aus Edelmetall überhaupt noch etwas zu gewinnen gäbe, erwiderte der Filmemacher trocken, man könnte zum Beispiel im Lotto gewinnen. Auch Paula Wessely kam jüngst zu Wort – sehr eindrucksvoll in dieser ihr eher fremden Boulevard-Szenerie – anläßlich der Ausstellung zu Ehren des Ehepaares Hörbiger-Wessely in Salzburg. Auch ihr Filmpartner früherer Jahre, Willi Forst, durfte sich einmal hören lassen, mit seinem Lied vom „Regenschirm am Abend"; der Moderator verknüpfte damit eine kurzgefaßte Kulturgeschichte des Schirms.

Dergleichen „Feuilletons" bilden die Würze der Sendung; leider werden sie nur in kleinsten Dosen verabreicht. Sie bringen sozusagen „Vermischtes" vom Aphorismus bis zur Kurzgeschichte, von der Anekdote bis zur Reportage. Sie handeln beispielsweise von der Wiener Gastronomie und Theaterszene, von einer deutschen Kunstgalerie in Madrid, dem Automobilmuseum der Maeght-Stiftung bei Cannes, von der Restaurierung der „Meninas" von Velasquez oder von der „Schwarzwaldstube" einer Schwäbin in Los Angeles, wo Marilyn Monroe, wie viele andere Hollywood-Stars, beim Kaffeeklatsch mit Vorliebe Gugelhupf und schwäbischen Apfelkuchen mit Sträußel verspeiste, während Rock Hudson sich lieber an Spätzle hält.

Ein angemessen schwüler Bericht über eine neue „Tango-Kultur" in Paris erhielt seine überzeugende Beglaubigung durch die ausdrucksvolle Altstimme der Susana Rinaldi. So eingesetzt, gewänne natürlich jede Musiknummer ihre sachliche Legitimation; aber das fällt leider unter die seltenen Ausnahmen.

EO PLUNIEN





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Eine wunderbare Liebe
11.50 Umschau
12.10 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Der Meisterdieb
Puppenspiel der Kleinen Bühne
15.30 Der Spatz vom Wallrafplatz
Kleine Geschichten aus einer großen Stadt
16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
16.55 Spaß am Dienstag
17.45 So sind Kinder
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Heute: Heinz Erhardt
21.00 Report
Fragwürdige Zwangseinweisung in Nervenkliniken / Arbeitsplatz oder politische Moral? – Der deutsche Waffenexport steigt / Datenmißbrauch bei der Schufa? / Hält sich ProFamilia an die Gesetze? Streit zwischen einer Journalistin und der Gesellschaft für Familienplanung
Moderation: Franz Alt
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Wer spinnt denn da, Herr Doktor
Fernsehfilm nach einer Idee von Hartmann Schmige
Patient Nummer 7 aus der Nervenheilanstalt ist das Leben in der Klinik zu langweilig geworden und so beschließt er, sich ein wenig in der „normalen" Welt umzusehen. Ergebnis ist eine Kettenreaktion von Katastrophen, doch Nummer 7 geht unbeirrbar seinen Weg und lernt dabei eine hübsche Lebensgefährtin kennen ...
0.20 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Der Weg nach Norden
Amerikanischer Jugendfilm (1972)
15.45 Ferienkalender
16.05 Flipper
16.30 Mosaik
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Mein Name ist Hase!
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Die Lehmanns
19.00 heute
19.30 Wie im Paradies
Komödie von Franz Xaver Sengmüller
20.52 Der Feldhase
21.15 WISO
An Gewinne nicht zu denken? – Ölraffineriekapazität zu groß / Buchclubs: Preisvorteil durch Kaufzwang? / Tatsächlich mehr Geld und Zinsen – Zwei Genossenschaftsbanken im Gerede
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Palermo oder Wolfsburg
Film von Werner Schroeter
Nicola, ein italienischer Gastarbeiter, lernt in Deutschland Brigitte kennen, die für ihn die erste große Liebe ist. Doch Brigitte erkennt nicht, daß der junge Sizilianer eine engere Beziehung wünscht, als sie in Deutschland üblich ist. Nach einem Tanzabend, bei dem Brigitte mit zwei Jungen flirtet, kommt es bei Nicola zu einer Kurzschlußhandlung: Er fühlt sich verletzt und ersticht die vermeintlichen Rivalen ...
1.00 heute

III.

WEST

18.00 Schulfernsehen
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN

Gemeinschaftsprogramm
18.00 Sesamstraße
18.30 Aus der Klamottenkiste
Bobby in der Opiumhöhle
Fatty im Ring
19.00 Rockpalast
Gang of Four
Aufzeichnung eines Konzerts aus der Bochumer Zeche vom März 1983

WEST/NORD/HESSEN

Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Wanderungen durch die DDR (6)
Die gezähmte Idylle: Der Spreewald heute
Ein Film von Helga Märthesheimer und Ernst Michael Wingens
Nicht nur die Idylle interessiert die Autoren, auch der Alltag der Spreewälder und die Bewältigung der Alltagsprobleme.
21.00 Das Fernsehmuseum
Herr Hesselbach und das Juwel
Fernsehfilm von Wolf Schmidt
Mutter Hesselbach veranstaltet ein Kaffeekränzchen. Dabei verschwindet ein Brillantanhänger. Da die Sache nicht an die Öffentlichkeit dringen soll, wird Polizeidezernent Hesselbach beauftragt, der Angelegenheit diskret auf den Grund zu gehen.
22.00 Vom Empire nach Europa (2)
Großbritannien von 1900 bis zum Jahre 2000
Klassen und Institutionen
Von und mit Ralf Dahrendorf
23.30 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

18.45 Musik – Gymnastik – Plauderei
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Ratschläge für die Gesundheit
Mundpartie
20.15 Lokaltermin
Dioxin in Mannheim?
21.00 Vierzig Wagen westwärts
Amerikanischer Spielfilm (1964)
Mit Burt Lancaster, Lee Remick, Jim Hutton, Pamela Tiffin u. a.
Regie: John Sturges
23.20 Nachrichten

BAYERN

18.15 Situation: Wir und die Kinder
Schule Hochstraße
18.45 Rundschau
19.00 Mönche, Mädchen und Panduren
Deutscher Spielfilm (1952)
Mit Joe Stoeckel, Paul Hartmann u. a.
Regie: Ferdinand Dörfler
20.30 Die Shadoks
Französische Zeichentrickserie
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
Mundpartie
21.30 Rundschau
21.45 Kuba: 25 Jahre nach Fidel Castros Revolution
22.30 Im Gespräch
Fritz J. Raddatz
Kulturkritiker, Autor und Feuilleton-Chef der „Zeit"
23.15 Rundschau

KRITIK

Der Kampf um die Liebe

Auf immer und ewig (Buch Christine Nöstlinger) heißt die erste Liebesgeschichte in der neuen ZDF-Reihe **Alles aus Liebe**, in der sich namhafte Autoren und Schauspieler zum Thema tummeln dürfen. Ein löbliches Motto, um die ganze Familie vor dem Bildschirm zu versammeln.

Im Film kämpfen die 12jährigen Nachbarskinder Anna und Sten mit österreichisch-glasierten Kraftausdrücken gegen anderslautende Ansprüche von Erwachsenen um ihre Liebe, wobei sie auf eine geschlossene Front des Nicht-Verstehens stoßen: Opa, Eltern und Geschwister schütteln bloß den Kopf über die Kinderliebe.

Am unaufdringlichsten an der Leidensgeschichte von Sten und Anna ist die Regie von Hartmut Griesmayr. Er schürzt den dramatischen Knoten aus vertrauten Requisiten des Kleinbürgermief-Fundus. Aufgetakelte Sten-Mutter „will endlich selbst leben". Tochter soll ihr das nicht mit Kinderkriegen verpatzen, das Oma-Spielchen ist nicht drin bei ihr. Annas Mutter will heiraten, Tochter ist dagegen. Aber Papa hat auch lieber die Neue im Bett als die Tochter am Hals. Kein Wunder, wenn Schmoll-Anna keine Gelegenheit ausläßt, ihrer Mutter eins auszuwischen. Ihre letzte Waffe: Sie verstummt und bestellt sich den Freund ins Exil. Erlösende Schlußpointe.

Man gönnt den Alten ihre Schlappe, staunt über Kinder, die in diesem Milieu noch Zweisamkeit wagen. Und ist sich mit der Nöstlinger einig: Kinder haben auch ein Recht auf ihre Gefühle.

INGRID ZAHN

Das teilen wir uns ganz locker

Darf ein Sportreporter sich selbst kommentieren und den Stil seiner Reportage beschreiben, ja vorher ankündigen? Als die letzten Marathon-Läufer im Olympia-Stadion in Los Angeles eintrafen, da annoncierte Harry Valérien, was er gemeinsam mit dem ZDF-Kollegen Hanns Joachim Friedrichs während der letzten Sieger-Ehrungen und vor allem während der **Olympia-Schlußfeier** zu tun gedachte: „Wir werden uns das ganz locker teilen und vor allem die Bilder sprechen lassen."

Nun, die beiden wirkten eher wie zwei Köche, die gemeinsam den Brei des Sportkommentars rührten und ihn dabei gehörig verdarben. Da versuchte der eine – in diesem Falle Friedrichs – stets dem anderen „eins drauf zu setzen", und beide fielen sich gelegentlich gegenseitig ins Wort. Nur einmal berührte die Quasselei einen interessanten Punkt: Als Valérien mitteilte, daß sich immer mehr olympische Disziplinen auch den Frauen öffneten und daß deswegen auch der Anteil der weiblichen Athleten anstieg.

Zweifellos konnte Valérien sich begeistern. „Ist das schön, Hanns!" rief er beim Farb-Spektakel der Schlußfeier aus. Recht hatte er. Denn vom Optischen her war wirklich alles phantastisch. Nur das Geschwätz störte.

GISELHER SCHMIDT



Eine Taube am Auspuff

erth. – Man kann über sie lästern, mag sie belächeln, die Mode der Polit-Symbole – unentwegt werden ja neue Kürzel linker Gesinnung oder stramm „grüner" Weltsicht trotzig vorgezeigt. Diejenigen von uns, die die Endzeit der nationalsozialistischen Periode noch miterlebten oder die vom kommunistischen Regime im Osten mit proletarischen Parolen und Symbolen in zahllosen Varianten ins Korsett einer konträren Parteilichkeit gezwungen wurden, sind wohl etwas empfindlich gegen diese Art von Knopfloch-Bekenntnissen.

Falsch natürlich: Kaum ein Polit-Aktivist hier und heute trägt sein Button fürs Sandinisten-Regime in Nicaragua oder gegen die Militärjunta in Chile im Knopfloch oder am Revers, setzte das doch herkömmliche Kleidungsstücke wie Konfektionsanzüge voraus. Die gängige Jeans-Kluft bietet allzu wenig Platz für die vielfältigen Bekenntnisse. So bestimmt das Reglement der Szene nun, daß man Gesinnung vorzugsweise am rostenden Autoheck vorzuzeigen habe. Tagtäglich auf allen Straßen schaukeln sie vor uns her, die Friedenstauben und pazifistischen Bieder-Kürzel, grüßen über qualmendem Auspuff Sprüche wie „Baum ab – nein danke" Insignien politischen Eifers, die bei unseren europäischen Nachbarn und besonders in Frankreich, der Heimat der Käuze und eingefleischten Individualisten, bisher ganz unbekannt waren. Um so erstaunlicher, daß auf Ferienstraßen nun immer häufiger ähnliche rotgelbe Aufkleber wie bei uns zu sehen sind, und meist an den Blechen wackliger „Enten" junger Leute. Doch nicht etwa gegen Atomstrom wird da gewettert, sondern „Rouge – non merci ... rot, nein danke!" spottet es da, und kesse Kleinwagenfahrer haben ruchlos auch das Symbol eines Panzers auf hellem Grund von deutschen Friedensaposteln adaptiert, nur mit der ironischen, alles andere als pazifistischen Untertitelung: „Besuchen Sie die Sowjetunion – ehe die Sowjets uns besuchen."

Ja, Europa bleibt in sich verschieden. *Und das ist gut.*

Sorgen der Paläontologie

Kein Geld für die Dinosaurier?

Ein populäres und beliebtes Studienfach hat Existenzsorgen: die Paläontologie. Es gibt zu viele Bewerber für die wenigen zur Verfügung stehenden Studienplätze, und die Etatmittel für die Forschung sind viel zu knapp. Und seit neuestem gibt es auch „Studiengangvereinfacher", die die Disziplin regelrecht aus dem Haupt-Vorlesungsverzeichnis der Universitäten eliminieren möchten.

Die Paläontologie erschließt in erster Linie die von menschlichen Eingriffen noch unbeeinflußten Lebensverhältnisse auf unserem Planeten. Sie hat es dabei mit unvorstellbar langen Zeiträumen zu tun, denen sie durch ein entsprechend feines Methodeninstrumentarium beikommen muß.

Die Beschäftigung mit der Entwicklung des Lebens auf der Erde führt jedoch auch zu Methoden und Ergebnissen, die von aktueller wirtschaftlicher Bedeutung sind. So hilft die Paläontologie beispielsweise, neue Lagerstätten fossiler Brennstoffe (Erdöl, Erdgas, Kohle) zu erschließen. Ihre Bedeutung für die zeitliche Gliederung der Erdgeschichte wird dagegen neuerdings von einer wachsenden Zahl von Geologen bestritten.

Die Geologen vertrauen eher den mit radiometrischen Methoden vorgenommenen Altersdatierungen von Gesteinsschichten als den mit Hilfe von Pflanzen- und Tierfossilien durchgeführten relativen Zeitbestimmungen der Paläontologen. Mit Sorge beobachten diese die Bestrebungen, die darauf abzielen, die Paläontologie innerhalb der Studienordnung künftig nur noch als Nebenfach der Geologie zu behandeln, während sie doch als Erforscherin der Geschichte der *organischen* Welt gleichrangig neben der Erforschung der *anorganischen* Welt (Geologie) stehen sollte.

Eine Umfrage des Präsidenten der Paläontologischen Gesellschaft von Deutschland, Prof. Karlheinz Rothausen, ergab, daß gegenwärtig 76 Paläontologen mit Universitätsabschluß (Diplom oder Doktorexamen) arbeitslos sind. Es fehlt an Geld zur Schaffung von an sich durchaus benötigten Forschungsplanstellen. So sah beispielsweise der letzte Haushaltsplan der Mainzer Universität (einem Zentrum der Paläontologie in Deutschland) für Präparatoren-Bedarf und laufende Grabungskampagnen nur einen Betrag von tausend Mark monatlich vor. Größere Forschungs- und Grabungsvorhaben müssen fast ausschließlich durch Spenden finanziert werden. DORIS BAUMBAUER

Gezeter auf dem falschen Fuß – Zu einem neuen Buch über „Kunstraub"

Was die Nofretete denkt

Es ist schier zum Verzweifeln. Ganz Europa ist eine Kunstwerk-„Räuberhöhle". Quer durch die Jahrhunderte klauten schändliche, brutale Europäer den armen und schon deshalb edlen Ländern der „Dritten Welt" ihre Schätze. Stapelten sie in ihren Verbrecher-Safes, Museen genannt, bewachten sie – und verlangen obendrein noch Eintrittsgeld. Das schlägt dem Faß den Boden aus. Das kann nicht so weitergehen. Alles *muß* zurückgegeben werden. Kunstwerke einschließlich Eintrittsgeld. Das meinen Gert v. Paczensky und Herbert Ganslmayr in ihrem Buch „*Nofrete will nach Hause. Europa – Schatzhaus der ‚Dritten Welt'*" (C. Bertelsmann-Verlag, München. 318 S., 39,80 Mark).

Jede Nachsicht mit den „Dieben" bleibt bei den beiden ausgeklammert. Dafür bürgt Gert v. Paczensky, der 18 von den insgesamt 24 Beiträgen schrieb. Sechs Texte *steuerte* – weit weniger polemisch zugespitzt – sein Mitautor Herbert Ganslmayr bei, Direktor des Übersee-Museums in Bremen *und Vorstandsmitglied des Internationalen Museumsrates.*

Das von den beiden eröffnete Sündenregister beginnt mit Napoleon als *Prototyp des westlichen Kulturgut-Klauers.* Noch als General, bei seiner militärischen Expedition nach Ägypten, nahm er Ägyptologen, Archäologen, *insgesamt 167 Fachkräfte,* mit. Ausgestattet waren die Rüpel mit wissenschaftlichen Instrumenten und einschlägiger Literatur. In Tempeln, *Gräbern, Häusern, an Fundstellen* verdächtigster Art hatten sie nach antiken Schätzen zu spähen und das ausgewählte Diebesgut transportfähig *zu verpacken. Das Schicksal* wollte, daß die französische Truppe von den Engländern bedrängt wurde und kapitulieren mußte. Der mühsam zusammengeraffte Schatz fiel in die Hände der Briten, auch der berühmte Stein von Rosette.

Erfolgreicher als der Korse war Lord Elgin, Vertreter britischer Macht in Konstantinopel. Seine Leidenschaft galt dem Parthenon. Griechisches Land fiel unter ottomanisches Herrschaftsgebiet. Lord Elgin holte vom türkischen Sultan die Erlaubnis ein, Abgüsse von Skulpturen zu machen und einige mürbe Steine mit Inschriften und Figuren nach London mitzunehmen. Bisweilen waren es 300 Arbeiter, die der Lord beschäftigte. Zweihundert Kisten waren es schließlich, die verladen wurden. Lord Elgin hatte sein ganzes Vermögen in diese „Hack-Aktion" (Paczensky) investiert. Nun war er gezwungen, den „Raub" zum Niedrigpreis von 35 000 Pfund an das Britische Museum zu verhökern. Dessen bübische Verwalter rieben sich die Hände.

„Wenn alle Wälder schliefen, er an zu graben hub ..." Auch der Deutsche Heinrich Schliemann ist in Paczenskys Optik nichts weiter als ein Spitzbube. Wie besessen räumte er die Spuren und Bauwerke vergangener *Epochen beiseite, als er Troja* ausgrub, weil er einzig und allein auf den Goldschatz scharf war. Er „schmuggelte" ihn aus der Türkei.

Danach tritt Nofretete auf. „Die Schöne ist gekommen" bedeutet ihr Name. Siebenundvierzig Textseiten widmet Paczensky ihr und dem Fall *„Professor Borchardt". Der Professor* ließ nicht als Privatmann in Ägypten graben. Er war für die Deutsche Orient-Gesellschaft tätig, war Direktor des Kaiserlichen Institutes für Altertumskunde in Kairo. Als international anerkannte Kapazität und ehrenwerte Persönlichkeit gehörte er dem *Comité d'Egyptologie an, das die* ägyptischen Behörden über Altertümer beriet. Alle Funde mußten dem „Service des Antiquités" vorgelegt werden. *Dieser hatte dafür zu sorgen,* daß die edelsten Stücke und die Hälfte der Funde ins Kairoer Museum kamen. 1912 fand Borchardts Ausgrabungsmannschaft *in Tell al Amarna* die Königinbüste. Bei der Fundaufteilung gelangte das sensationelle Unikat in den Besitz der deutschen *Gesellschaft und im folgenden Jahr* nach Berlin, wo die Wunderbare heute noch gelassen auf den Betrachter blickt.

*Wie konnte dies vollendete Kunst*werk in deutsche Hände geraten? War Inspektor Gustave Lefèbvre, Bevollmächtigter der Altertümerverwaltung, getäuscht worden? Oder hatten beide, der Franzose und der deutsche Professor, sich in der Hochrangigkeit der Büste geirrt? Paczensky gibt sich die größte Mühe, den guten Professor Borchardt in seine Horrorgalerie der „Diebe" einzureihen. Doch die Verdächtigungen reichen nicht aus, den Mann des Betruges zu überführen.

Am Ende ihres Buches machen sich Paczensky und Herbert Ganslmayr dafür stark, sämtliche „geraubten" Kunstschätze ohne Wenn und Aber „sofort" an die Herkunftsländer zurückzugeben. Aber dagegen sträuben sich die Erben der „Diebe" mit Recht und vielen guten Argumenten. Die Rechtslage ist nämlich in den allermeisten Fällen keineswegs so glasklar, wie unsere Autoren das vorgeben.

Viele Stücke wurden nach dem seinerzeit jeweils geltenden Gesetz völlig legal erworben. Auch hat man die Objekte sorglich gehütet, fachmännisch bewahrt und eine penible Forschungsliteratur um sie herum entfaltet. Dagegen ist es durchaus fraglich, ob die Objekte in den Ursprungsländern derart ungeschoren hätten überdauern können. Noch heute sind dort vielfach die Bedingungen *dafür nicht* gegeben.

Schließlich: Es ist ja durchaus unausgemacht, ob sich beispielsweise die *heutigen Griechen oder Italiener* mit mehr Recht als Erben der Antike fühlen dürfen als Engländer oder Deutsche. Es gibt weder ethnische *noch geistesgeschichtliche Kontinuität.* „Wenn die Italiener", meinte schon Lessing, „behaupten, daß sie von den alten Römern abstammen, so *ist das so, als wollte ein* Wespenschwarm, der sich in einem Pferdeschädel eingenistet hat, behaupten, er stamme vom Pferde ab. Im übrigen: Seit wann *gehören Griechenland und* Italien zur „Dritten Welt"? Würde man pauschal den zur Zeit von der dubiosen UNESCO angefachten *mannigfaltigen Auslieferungsbegeh*ren nachgeben, dann brächen sämtliche Dämme der Vernunft, und am Ende würden sich viele Objekte an *höchst unorganischen Plätzen wie*derfinden und wären aufs höchste gefährdet.

Paczensky fragt: „Würden wir es *normal finden,* die *Partituren* Beethovens, die Schriften Friedrichs des Großen und Bismarcks, den Sachsenspiegel, die Bilder Dürers im Original *nur sehen,* das Schnitzwerk Riemenschneiders nur bewundern zu können, wenn wir nach Tokio, Khartum oder São Paulo reisten?" Nun, viele unser eigenen *Nationaldenkmäler* befinden sich ja tatsächlich schon in Museen außerhalb unserer Grenzen. In eine Identitätskrise stürzt mich das nicht. Ich würde wenig dagegen haben, wenn ich das 32,5-Millionen-Ding, Heinrichs des Löwen Evangeliar, etwa in Malibu im Getty-Museum, dem Haus mit dem größten Ankaufs- und Pflegeetat der Welt, bewundern müßte.

„Nofretete will nach Hause", stellt der Buchtitel von Paczensky und Ganslmayr pathetisch fest. Aber will die Königin wirklich? Selbst antworten kann sie nicht. Und sie könnte durchaus denken: Laßt eure nicht ganz staubfreien Finger von mir!

ESTHER KNORR-ANDERS

Autoren und ihr Lieblingsbrunnen (VII): U. Steinkes Husumer Marktbrunnen

Stadtgöttin Tine trägt Holzpantinen

Im Freundeskreis sprach es sich herum: *Husum! Nach Husum wollt* ihr ziehen? Ja mei – wo iss denn dees? Freunde und Bekannte riefen das auch erstaunt quer über die Münchner *Leopoldstraße.* Kaum einer konnte sich unter Husum etwas vorstellen.

Na gut, ein paar aus dieser bayerischen Freundestruppe hatten Storms Gassenhauser „Graue Stadt am grauen Meer" noch im Hinterstübchen. Aber diese besonderen Hinterstübchenbesitzer hatten noch nie ihre kompletten Schädelstuben nach Husum bewegt. Und für einige Freunde stand unser Willenswaggon auf einem Abstellgleis. „Nach Husum wollen die, weg von München, weg von Bayern – mit denen geht's bergab. Schnöder Broterwerb – und das in Husum."

Nun, zuerst haben wir Husum nicht mal auf der Karte gefunden; – noch 'ne Flasche Bier, dann hatten wir's. Zwei Wochen später ruff uff 'de Tausendkilometerpiste ... Herrgott – verzeih' uns diesen Frühaufbruch! Am späten Nachmittag blechhaftig: Das Ortsschild Husum. Stotternd einfach gradaus!

Ich: „Wir müssen anhalten und fragen." (Nach ihrem Arbeitsplatz: ... Kreiskrankenhaus ...)

Sie: „Ne, fahr' nur weiter, kein Problem, iss doch nur'n Kaff, sind doch nich in München."

Selten: Ich setze mich durch und frage – den ersten Husumer. Der lacht, der erste lachende Husumer. Ein echter Friese. Umständlich freundlich lacht der Friese und sagt: „Da, fünfhundert Meter."

„Danke", sage ich und steige stolz nickend, beifallheischend ein. Fünfhundert Meter bis zum Broterwerb, kein Problem. Und dann steige ich wieder aus. Warum? Mein linkes Neugierauge – das rechte war schon im Verkehr eingefädelt – hat soeben ein schönes, blumenüberladenes Grab entdeckt: Storm.

Ja, tatsächlich, wir haben genau vor Storms endgültiger Endstation angehalten, zwei Meter – und ich kann geradezu hören, wie er mir zuruft: Willkommen in der grauen Stadt am grauen Meer.

Das ist ein gutes Zeichen. Später lesen wir im Schaufenster der einzigen Alternativbuchhandlung der Stadt: *HUSUM – die grauenhafte* Stadt am Teer. Teer stimmt. Das beweisen die Füße nach einer Strandwanderung. Aber grauenhaft? An das Grauenhafte glauben die allein, die es selber sind. Eigentlich heißt das ja „An das Göttliche glauben ..." Aber für Husum muß ich's abwandeln ... Hölderlin verzeiht es mir. Böse Buben schlagen sich durch, sagt man in Japan. Vielleicht hat ein Japaner vor *dem Schaufenster gestanden?*

Japaner nämlich fotografieren wie japanisch – nicht wie verrückt – die Husumer Tine. Wen? Was? Wie? Wer wird fotografiert? Ja, die *ewig jung*bleibende Husumer Tine, die wird fast tagtäglich – in der Touristenzeit (Husum liebt die Touristen) schier tausendfach – *fotografiert.* Tine hat schon zweiundachtzig Jahre auf'm Buckel. Am 5. Oktober 1902 hat man Tine enthüllt.

Tine steht nämlich mitten auf dem Husumer Marktplatz. Sie hat da einen Stadtgöttinnenplatz – oben auf dem Brunnen. Sie ist eine Symbolfigur in Holzpantinen, geschaffen von dem in Husum geborenen Bildhauer Adolf Brütt (1855–1939). Der durfte ans Werk, weil die Stiftung „Assmussen-Woldsensches Vermächtnis für die Stadt Husum" vom Jahre 1859 das Finanzielle geregelt hatte. So ein Brunnen mit Bronzestatue kostet schon eine Kleinigkeit. Der Brunnen in seiner zentralen Marktplatzposition steht im Mittelpunkt der Stadt und hat zu den anrainenden Gebäuden des Marktplatzes ein ausgewogenes Größenverhältnis. Der Brunnen ist mit reichhaltigem allegorischen Schmuck ausgestattet. Das Brunnenbecken *ist acht Meter weit,* und in der Mitte erhebt sich ein Sockel, der aus mächtigen Granitquadern gestaltet ist. Zeus hätte seine Freude. Mein *alter Lehrer* auch. Und *wir* schließlich ebenfalls.



Hält das Ruder ganz fest in der Hand: die Fischersfrau Tine auf dem Husumer Marktbrunnen FOTO: HANS HOFFMANN

Der Sockel erweitert sich nach oben zu einer achteckigen Platte, und ihre acht Seiten *sind mit einer* Umschrift in mittelalterlicher *Unzialis* verziert. Fischköpfe ragen aus den acht Eckpunkten hervor. Aus den *Fischmäulern fließt das Wasser ins* Brunnenbecken. Unten wird das Wasser von vier Ochsenköpfen „gesoffen".

Das ovale Brunnenbecken umschließt eine 70 cm hohe Fassung aus Granit. Auf den Zentimeter genau hat jeder Ochsenkopf sein „Saufrevier". Die Ochsenmäuler sorgen *für* eine Wassertiefe von 30 Zentimetern. Jeder Millimeter mehr wird einfach weggesoffen. Ochsen und Fische – das deutet auf die Haupterwerbszweige der Stadt hin: Seefahrt, Fischerei und Viehhandel. Die größten Viehherden Europas wurden in Husum taxiert. Bis noch vor wenigen Jahren.

Und die in Bronze gegossene Tine, diese junge Fischersfrau in den holländischen Pantinen – ihr Blick und ihre Geste sagen: Westwind – du kannst mich mal ... In der Rechten hält sie ein Ruder, das dem Westwind das Fürchten lehren könnte. Tine – du Kraftvolle und Anmutige – ab und zu kann man dich noch treffen in Nordfriesland. Ab und zu ...

Den Bayern, Tine, den Bayern bringe ich's schon noch bei – was Husum ist. Ha, die vielen Blödfrager von früher, die kommen jetzt hergekarrt, fressen uns das Haus leer, hängen ihre Schweißfüße dir vor das schöne Näschen – 30 cm Wasser –, rennen durch Husum wie früher sonst durch *Rom. Nein. Nein, so fix* wie durch Rom nicht, das lasse ich nicht zu. In Husum geht's noch gemütlicher zu. Keine Tricks. Wennste von Rom zurück bist, kannste in Husum wieder Mensch werden.

Da gibt's doch schon Reisende, die da sagen – wie früher die Monarchen –: In meinem Reisereich geht die Sonne nicht unter. Ha, darauf soll's ankommen? Nee, mir kommt's *noch immer drauf an,* was die Sonne so während ihres Laufes durch's große, große Reisereich wirklich sieht. Und in Husum jedenfalls, Tine, in Husum, da sieht sie dich und wie du das Ruder fest in der Hand hast. Der Herr Bürgermeister, der Herr Kneer, der durchtrainierte, der schaut immer mal rüber zu dir, zu dir und deinem Ruder ... UDO STEINKE



„Dreinschlagen juchhu": Andreas Hofer ruft zum Partisanenkrieg gegen die Franzosen (zeitgenössische Darstellung) FOTO: ULLSTEIN

Die Tiroler Volksschauspiele in Telfs eröffnet

Der treue Andre Hofer

Regenschwere dunkle Wolken verhüllen die Bergkuppen, modrigfeuchter Geruch dringt aus den Holzverkleidungen des 350 Jahre alten Pilatushofs in Telfs im Oberinntal. Wir sind zu Gast bei den diesjährigen Tiroler „*Volkschauspielen unter offe*nem Himmel", die soeben mit einer interessanten literarischen Ausgrabung eröffnet wurden. Zur Feier des *Andre-Hofer-Jahres spielt man* „Andre Hofer" von Franz Kranewitter (1860 bis 1938), dem „Tiroler Shakespeare", dessen Stücke einst viel gegeben *wurden.*

Bei dem Hoferstück gab es seinerzeit freilich Widerstand, denn Kranewitter zeigt einen Hofer, der sich *nicht gut zum Verherrlichen eignet,* einen gescheiterten Mann, der der Versuchung nicht widerstehen kann, auch nach Friedensschluß noch zu *den Waffen zu greifen, und dadurch* dem Vaterland schadet.

Nach der Wiener Uraufführung 1902 wurde das Stück prompt wieder *vom Spielplan abgesetzt. Und* auch heuer im Hofer-Gedächtnisjahr sind die meisten Tiroler mit dieser Stückwahl durchaus nicht einverstanden. „*Was müss'n die Fremden gar von* uns denken", brummt ein lodengewandeter Innsbrucker zornig. Die Wahl des Stückes erfolgte auf Insistieren *des ORF, der die* Volksschauspiele mitfinanziert und aufzeichnet.

Aber abgesehen von den grund*sätzlichen Querelen über den* geschichtlichen Karat Hofers: Kranewitters vieraktiges Schauspiel ist dramatisch klug und spannend gebaut. *Man erlebt einen Theaterabend, aus* dem man schön altmodisch etwas „mit nach Hause nimmt". Die Gestalt des Andre Hofer erscheint menschlich *durchaus plausibel, was auch an* der guten Regie liegt. Ganz auf das heftige Wort gestützt, entschied sich der Innsbrucker Regisseur Klaus Rohrmoser für *Holzschnittszenen,* inszenierte völlig unsentimental. Wo andere um Stil ringen, sich mit Lesarten quälen, da sind diese Tiroler *Volksschauspieler längst am Ziel:* Sie agieren mit einem Pathos direkt aus dem Bauch und dem Herzen, es gibt keinen falschen Ton.

Autor und Regisseur geht es nicht zuletzt um die Aufdeckung der vielen undurchsichtigen Machtmechanismen in Hofers unmittelbarer Umgebung. Da ist die Figur des kaiserlichen Intendanten Roschmann, der zu den „Scharfmachern" zählt, und da wird die Kirche durch den Pater Has*pinger verkörpert,* der sich gegen alles Fremde, alles Nichtkatholische stemmt und in dieser spracharmen bäuerlichen Welt schnell das Ohr des *Andre Hofer erreicht. „Dreinschlagen* juchhu" jauchzen die Burschen nach dem Angriffsbefehl, und Hofer, der sonst Bedächtige, nun machtbe*rauscht, blind für alle Warnungen,* schlägt erneut zu – und verliert.

Man erlebt den Zusammenbruch des Helden daheim in seiner Stube. *Er tobt, bereut, leidet bis zur Sühne,* ja, bis zur Todesbereitschaft. Aber wie der Regisseur die Rolle anlegt, wird dieser Hofer, gespielt von Diet*mar Schönherr, gerade durch seine* Schwäche groß, wächst gerade durch seine Reue über sich hinaus, sucht die Alleinschuld bei sich und will sich selbst *freiwillig den Franzosen auslie*fern. Nur seiner Familie wegen flieht und versteckt er sich.

Schönherr spielt die Gegensätze *stark und vehement aus:* Einerseits ist er der verblendete Sandwirt mit all seinen Härten, der sogar seine treuen, warnenden Weggenossen arretieren *läßt; dann wiederum der „andere"* Hofer, gebrochen und verzweifelt über das Unglück, das er über sein Land gebracht hat, stoisch den Tod *erwartend.*

Tatjana von Radetzky spielt eine erschreckend derbe Hoferin, die in der Stunde der Not große Momente der *Kraft zeigt. Schier beängstigend* gut auch Markus Völlenklee als „Judas" Raffel, der von Anbeginn an der Widerpart des Sandwirts ist, ein Widerpart, *der auch private Rache zu* kühlen hat, denn Hofer hatte ihn beim Beute-Diebstahl ertappt.

Die Schlußszene wird zum lebenden *Votivbild: Andre Hofer und seine* Frau Anna und der kleine Sohn erstarren förmlich, als das Pochen der Schergen an der Tür ertönt. Auch lautes *Hundegekläff und der Lärm* aus der nahen Disco verhindern da die Rührung der Zuschauer nicht. Der Applaus ist heftig und ehrlich. Andre Hofers *Bild* hat keinen Schaden erlitten. ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Rossinis „Adelaide di Borgogna" auf dem Festival von Martina Franca

Tankredis kleine Schwester gewinnt

Mit dem „Festival della Valle d'Itria" hatte sich Paolo Grassi, einst mächtiger Intendant der Mailänder Scala und Präsident der RAI, einen persönlichen Wunsch erfüllt und damit ein musikalisches Zen*trum von exemplarischem Wirken ins* Leben gerufen. Grassis zähes Festhalten an diesem im südlichsten Zipfel des Stiefels gelegenen Projekt war gleichzeitig Dank an seine Vaterstadt Martina Franca. Bescheiden und unauffällig wie sich die weiß gekalkten Häuser aneinander schmiegen, nur durch einzelne barocke Paläste aufgelockert, verfügt das Städtchen keineswegs über den imposanten Rah*men für ein aufwendiges Festival.*

Doch so still, so scheinbar unbeachtet von der großen Öffentlichkeit diese Veranstaltungen seit zehn Jahren Theatergeschichte aufarbeiten, so beständig und auch folgerichtig waren die Programme. Der Musikologe *und* Dirigent Alberto Zedda sowie Rodolfo Celletti haben nach Grassis Tod dafür gesorgt, daß, trotz der geradezu spartanischen Einfachheit, Aufführungen *von größter Ernsthaftig*keit und Bedeutung zustande kamen. Das Ergebnis war eine Reihe künstlerisch beachtlicher und historisch wertvoller Opernaufführungen.

Das Hauptinteresse liegt in Martina Franca auf den Werken des 18. und frühen 19. Jahrhunderts. Jetzt besann *man sich auf Rossinis „Adelaide di* Borgogna", 1978 in London konzertant aufgeführt, doch in unserem Jahrhundert nie auf einer Opernbühne gespielt. Die 1817 in Rom uraufgeführte Oper stieß bereits zu ihrer Zeit auf nur geringes Interesse und gelangte auch nie ins Ausland. Vier Jahre nach seinem „Tancredi" hatte sich Rossini mit der Eroberung des italienischen Thrones durch Otto I. erneut *eines ritterlich, heroischen Themas* angenommen. Die kleine Schwester des „Tancredi", die wegen ihrer offenkundigen Flüchtigkeit und nachlässigen musikalischen Arbeit oft als die schlechteste seiner Opere serie bezeichnet wurde, besitzt, neben gravierenden Mängeln, Passagen mit den für Rossini typischen genialen Einfällen und Schönheiten, die eine Wiederaufnahme recht fertigen.

In den Duetten Adelaides und des deutschen Imperators glüht die ganze Virtuosität und Ekstatik, die Rossini den Begegnungen zwischen Sopran und Mezzo in seinen ernsten Opern immer zu geben verstand. Die Französin Martine Dupuy bestätigte sich erneut als bravouröse Rossiniinterpretin. In der Besetzung der wahnwitzig schwierigen Partie des Adalberto mit Aldo Bertolo bewies sich das enorme Gespür Cellettis, der mit *traumwandlerischer* Sicherheit verborgene Talente frühzeitig entdeckt.

Kam die Präsentation der Rossini-Oper, unterstützt durch die zaghafte, aber stimmungsvolle Inszenierung und das unter Zedda impulsiv spielende rumänische Orchester einer Rehabilitierung gleich, so hat dies die nie ganz vergessene Cimarosa-Oper „La astuzie femminili", etwa „Weiberlist", nicht nötig. Diese komische Oper besitzt nicht ganz den mozartischen Witz der „Heimlichen Ehe", doch Cimarosa verarbeitet die banale Handlung mit viel Charme und Geschmack. Vollkommen wurde das Vergnügen durch Daniela Dessis glockig leichten Sopran und das pralle *Baß-Buffo* Gespann Nelson Portella und Simone Alaimo. ROLF FATH

JOURNAL

Wiener Philharmoniker in Ost- und West-Berlin

dpa, **Wien**

Die Wiener Philharmoniker werden im Oktober an zwei aufeinander folgenden Abenden in Ost- und West-Berlin gastieren. Im Rahmen der Ost-Berliner Festtage nehmen sie, unter der Leitung von Leonard Bernstein, an der Konzertreihe zur Eröffnung des wiederaufgebauten Königlichen Schauspielhauses als Konzertsaal teil. Ursprünglich waren zwei Konzerte in West-Berlin geplant. *Auf Wunsch der österreichischen* Bundesregierung wurde ein Konzert in den Ostteil der Stadt verlegt. Die Regierung machte den wachsenden *Kulturaustausch* zwischen Österreich und der „DDR" und die für Österreich wichtigen Wirtschaftsbeziehungern geltend.

Ein Appell des Hochschulverbandes

jn, **Bonn**

Der Hochschulverband hat einen Appell an die Ministerpräsidenten gerichtet, um gemeinsam mit den *Kultusministern „wissenschafts*feindlichen" Finanzplänen eine Absage zu erteilen. Laut Hochschulverband gefährden die auf der Konferenz der *Finanzminister* empfohlenen Maßnahmen in deren Stellungnahme zum Bericht der Kultusminister-Konferenz über „Angebot *und Bedarf an Studienplätzen bis* 1995" das Ziel einer qualitativen wissenschaftlichen Ausbildung der geburtenstarken Jahrgänge und führe *zu einer Einschränkung der* universitären Forschung.

9. Panafrikanische Film-Biennale

AFP, **Ouagadougou**

Das 9. Panafrikanische Filmfestival von *Ouagadougou* findet vom 23. Februar bis zum 2. März 1985 statt. Das alle zwei Jahre veranstaltete Festival ist die bedeutendste afrikanische Filmveranstaltung. 1985 ist das Thema der Biennale „Kino und Volksbefreiung".

Jugendstilmuseum auf der Mathildenhöhe

jn, **Darmstadt**

Der Darmstädter Magistrat hat beschlossen, ein Nutzungskonzept und Programm für ein künftiges Jugendstilmuseum erarbeiten zu lassen. Für die Präsentation der bisher fast vollständig in Depots verborgenen Jugenstilsammlung der Stadt, einzigartig in Deutschland, soll das Ernst-Ludwig-Haus, das älteste Haus der ehemaligen Künstlerkolonie auf der Mathildenhöhe, nach den Orginalplänen restauriert werden.

Heinrich Reclam †

dpa, ***Stuttgart***

Im Alter von 73 Jahren ist in Stuttgart der Verleger Heinrich Reclam gestorben. Der Urenkel des Gründers der berühmten Leipziger Universalbibliothek, Anton Philipp Reclam, leitete seit 1949 das Unternehmen, seit 1953 als persönlich haftender *Gesellschafter.* Unter seiner Führung wurde das Verlagsprogramm auf Anthologien, Theater- und Kunstführer sowie Lexika erweitert. Der am *30. Oktober 1910* in Leipzig geborene Reclam studierte in Breslau, München und Leipzig Germanistik, Philosophie und Volkswirtschaft. *Nach* seiner Promotion im Fach Germanistik absolvierte er eine Buchhändlerlehre im Königsberger Verlagshaus Gräfe und Unzer. 1945 arbeitete er zunächst in den Verlagen Bruckmann (München) und Thieme (Stuttgart). Anschließend baute er die berühmte *Reclam-Textsammlung* der Weltliteratur und Philosophie wieder auf. Reclam hat seinen Neffen Stefan Reclam-Klinkhardt als Nachfolger bestimmt.



Zwei Prestige-Objekte: Die sowjetische TU 144 (Bild links) und die Concorde. Der Wettkampf ist entschieden: Die „Concordski", auf dem Foto noch aggressiv, ja bedrohlich, fliegt nicht mehr. FOTOS: AP/DIE WELT

Sowjetischer Wundervogel flügellahm

Von KLAUS WOHLT

Sie hatte ihre spitze Nase vorn, stahl der britisch-französischen Konkurrenz mehrmals die Schau. Mit den technischen Problemen jedoch wurden die sowjetischen Konstrukteure nicht fertig: Während die Concorde zumindest auf der Nordatlantik-Route wachsende Nachfrage registriert, meldet Moskau jetzt das endgültige Aus für die TU-144. Der Rückstand im Triebwerkbau hat das Schicksal des sowjetischen Wundervogels besiegelt.

Stolz hatten die sowjetischen Medien den ersten Start des wegen seiner äußeren Ähnlichkeit mit der Concorde im Westen ironisch als „Concordski" bezeichneten Flugzeugs am 31. Dezember 1968 vermerkt – drei Monate vor dem westlichen Pendant. Noch galten in der Luftfahrt die Maximen „höher, schneller, weiter". Auch die amerikanischen Firmen hatten zu jener Zeit Entwürfe für Überschallverkehrsflugzeuge auf ihren Reißbrettern. Sie freilich wollten auch technologisch einen Sprung wagen, strebten fast dreifache Schallgeschwindigkeiten und eine verdoppelte Passagierzahl an. Das hätte wegen der auftretenden Reibungshitze neue Materialien, etwa Titan, an den besonders beanspruchten Bauteilen nötig gemacht. Als aber wenige Jahre später die Treibstoffpreise explodierten, verschwanden diese Pläne.

Die TU-144 aber, entworfen von dem weltbekannten sowjetischen Ingenieur Andrej Tupolew und seinem Sohn Alexej, machte zunächst ihren Weg. Monate vor der Concorde durchbrach sie erstmals die Schallmauer, erreichte bald auch doppelte Schallgeschwindigkeit. 1971 war die Flugerprobung so weit fortgeschritten, daß die Sowjetunion das Flugzeug beim Aero-Salon in Le Bourget erstmals dem staunenden Publikum präsentierte.

Zwei Jahre später freilich wurde – auch wieder in Paris – zum erstenmal ein Rückschlag vor aller Welt deutlich: Nach einem gewagten Start stürzte die TU-144 ab, riß 13 Menschen mit in den Tod. Briten und Franzosen holten auf, konnten die Passagierflüge mit der Concorde schon am 21. Januar 1976 aufnehmen. Der Absturz von Paris und die nicht behobenen Schwierigkeiten mit den TU-144-Triebwerken hatten die Planer der staatlichen sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot vorsichtig gemacht. Zwar wurde das Flugzeug von Dezember 1975 an für Fracht- und Postflüge zwischen Moskau und Sibirien eingesetzt. In den Passagierdienst aber ging die „Concordski" erst am 1. November 1977 – fast zwei Jahre nach Briten und Franzosen – an den Start.

Das 180 Tonnen schwere Flugzeug konnte 121 Passagiere über eine Reichweite von 6500 Kilometern befördern. Die Geschwindigkeit lag geringfügig über der der Concorde. Wie bei dem Rivalen wurde die lange spitze Nase für Start und Landung abgesenkt, um der Besatzung den Blick auf die Piste freizugeben.

Auf den ersten Blick ist die Ähnlichkeit zwischen TU-144 und Concorde verblüffend. Bei genauerem Hinsehen zeigen sich jedoch erhebliche Unterschiede. So liegen bei der TU-144 die vier Zweistromtriebwerke vom Typ Kusnetzow NK-144 dicht zusammen, während die Motoren bei der Concorde paarweise etwa in der Mitte des Tragflügels aufgehängt sind.

Gerade die Motoren aber haben den sowjetischen Ingenieuren seit jeher Sorgen gemacht. Sie waren nicht zuverlässig genug, und sie verbrauchten zu viel Treibstoff; schließlich müssen auch die Manager der Aeroflot rechnen, und als Prestige-Objekt hatte die TU-144 längst ihre Schuldigkeit getan. Versuche, den großen Durst der NK-144 zu zügeln, zeigten wenig Erfolg. Zwar sind die gleichen Motoren auch im sowjetischen Backfire-Bomber eingebaut. Aber bei den Militärs ist die Leistung entscheidend; Wirtschaftlichkeit ist weniger wichtig.

Die Verwandtschaft mit dem Backfire-Motor machte auch den Versuch zunichte, mit Hilfe westlicher Technologie der TU-144 doch noch zum Erfolg zu verhelfen: Sowjetische Unterhändler fühlten bei der britischen Elektronik-Firma Lucas vor, um Triebwerksregler ähnlich denen der Concorde zu erwerben. Das Unternehmen war nicht abgeneigt, aber die britische Regierung schob dem einen Riegel vor. Schließlich hätten die sowjetischen Ingenieure damit Zugriff auf die moderne westliche Regelelektronik erhalten, mit der sie auch die Leistungen ihrer Bomber hätten verbessern können.

So wurde die TU-144 seit 1978 immer seltener im Liniendienst nach Alma-Ata eingesetzt. Erst jetzt jedoch wurde bestätigt, daß sie bei der Aeroflot außer Dienst gestellt wurde. Bisher gibt es kein Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion an einem Nachfolgemuster verbesserter Technologie, etwa mit größerer Nutzlast und verbesserter Reichweite, arbeitet. So war Tupolews technisches Meisterwerk zwar nicht eine Eintags-, aber doch in etwa nur eine „Ein-Jahres-Fliege".

Ferndiagnose und Lebenshilfe aus Bonn

Informationsfunk für deutsche Botschaften in aller Welt

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Vom Ende der Welt ein Anruf in Bonn: „Bei mir leuchtet immer ein rotes Lämpchen im Empfänger auf – was muß ich da tun? Und Ihr letzter Text war verstümmelt."

Über Tausende von Kilometern hinweg erfolgt Ferndiagnose und Lebenshilfe aus dem Presse- und Informationsamt (BPA) der Bundesregierung, denn der tägliche „Informationsfunk" für jetzt 153 deutsche Botschaften und Generalkonsulate in allen Erdteilen gilt als unentbehrliches Material für den Start des diplomatischen Alltags.

Diese Nachrichtensendungen aus der Heimat sind schon deswegen so wertvoll für alle Außenposten, weil es in rund 90 Prozent der Botschaften heute keine der früher üblichen hauseigenen Funker mehr gibt.

Ist der „Informationsfunk", dessen erste winzige Sendung am 15. November 1951 an stolze fünf Empfänger ging, der „Mund" Bonns für die Welt, so ist das „Ohr" die Funkempfangsstelle des BPA in dem Bonn benachbarten Meckenheim-Ersdorf. Hier werden täglich 2,5 Millionen Wörter aus etwa 150 Sendungen von 60 Rundfunkstationen rund um den Globus 24 Stunden rund um die Uhr empfangen. Hinzu kommen die Dienste von 22 amtlichen und kommerziellen Nachrichtenagenturen.

Sechs Empfängergruppen

Eine weitere „Ohr"-Station für Bonn ist Hannover, von wo aus speziell Rundfunksendungen aus der „DDR" zum Bundespresseamt übermittelt werden. Mit Geheiminformationen, für die der Bundesnachrichtendienst in Pullach zuständig ist, hat das alles nichts zu tun – im Gegenteil.

Denn was da gehört wird, gibt man auch wieder durch den „Informationsfunk" weiter, und den kann und soll jeder Interessent mithören. Als „Politische Öffentlichkeitsarbeit Ausland" sind diese Sendungen aus Bonn an die Missionen eigentlich für jedermann auswertbares Material. Der Inhalt, täglich bis zu 28 Schreibmaschinenseiten, ist jeweils auf sechs Empfängergruppen zugeschnitten. Flächendeckend bedient werden auf diese Weise Europa, Afrika, Nahost, Nordamerika, Lateinamerika und Asien/Australien/Neuseeland.

Damit vor allem das asiatisch-australische Riesengebiet solche Erschwernisse nicht hat, mietete die Bundesregierung schon vor längerer Zeit von einer privaten Kommunikationsfirma in Singapur eine Relaisstation an, so daß die Bonn-Informationen bis zur letzten Pazifik-Insel klar verständlich in den Äther geschickt werden konnten.

Auch Nachrichtenumschau

Gesendet werden Berichte über die Politik der Bundesregierung, über alle wichtigen anderen Ereignisse, Zusammenfassungen und Auszüge aus Regierungserklärungen, Reden, Artikeln, Interviews, Pressekonferenzen und Informationsgesprächen von Politikern.

Dazu kommen Auszüge aus Kommentaren der deutschen Medien zu wichtigen Ereignissen im In- und Ausland, und schließlich als „Nachrichtenumschau" Meldungen über das politische Geschehen im Ausland.

Da zum Beispiel, wie man in Bonn beobachtet, manche afrikanischen Länder nicht über das berichten, was sich jenseits der direkten Grenzen zum unbeliebten Nachbarn abspielt, bekommt der deutsche Diplomat diesen Überblick taufrisch aus Bonn geliefert.

Technischer Betrieb und Sendezeitmietekosten der Bundesregierung pro Jahr rund 1,2 Millionen Mark. Sechs Redakteure, zwei Assistenten, vier Übersetzer und fünf Funker arbeiten für den „Informationsfunk" von sechs Uhr früh bis acht Uhr abends.

„Es war ein Geräusch, das irgendwie bösartig klang", beschrieb ein Fahrgast den Moment der Katastrophe. Bösartig ist auch die zerstörerische Kraft gewesen, die aus diesem Bild spricht. FOTO: DPA

Mit einem furchtbaren Geräusch sprang der D 890 aus den Gleisen

Drei Tote bei schwerem Zugunglück in der Nähe von Heilbronn / Ursache unbekannt

XING HU KUO, Heilbronn

Sonntagabend, 21.31 Uhr: der Schnellzug D 890, Stuttgart–Kiel, mit Kurswagen nach Bremen, Westerland/Sylt und Hamburg fuhr langsam in Richtung Hauptbahnhof Heilbronn. Dann gab es ein lautes Donnern: „Es hörte sich an, als ob Steine von unten geworfen wurden – irgendwie ein bösartiges Geräusch", berichtete ein Fahrgast. Nach dem Donnern folgte ein unbeschreiblicher Krach, ein Quietschen, das eine Gänsehaut verursachte, ein dumpfes Grollen. Der aus neun Wagen bestehende Zug war plötzlich entgleist.

Der Zug befand sich gerade auf einer Weichenverbindung, sollte von Weiche 58 auf Weiche 59 wechseln, auf dem Bahnhofsteil zwischen Klingenberg und Böckingen.

Vier Wagen stürzten die sechs Meter hohe Böschung hinunter, zwei weitere kippten zwar auch um, blieben jedoch auf den Gleisen liegen, drei andere hielt es aufrecht. Nur die Lokomotive stand eisern.

An der Unglücksstelle brach Panik aus, als Koffer und andere Gepäckstücke durch die Abteile flogen. Die rund 200 Fahrgäste des halbleeren Zuges wurden brutal durcheinandergewirbelt.

Vier Passagiere fanden den Tod, zwei der Opfer wurden unter einem ungestürzten Waggon buchstäblich zermalmt. Unter den Toten befindet sich der CDU-Landtagsabgeordnete Josef Hauser (38) aus Göppingen.

Die leichtverletzten oder unversehrt gebliebenen Passagiere versuchten sich aus dem Unglückszug zu retten. Es waren gespenstische Szenen auf dem nur spärlich beleuchteten Gelände: Schreiende Kinder, Frauen und Männer; Menschen – zum Teil noch in Schlafkleidung, blutverschmiert, unter Schock stehend kletterten aus Fenstern und Luken, drängelten an den Türen, wollten nur raus ...

Die Nachricht war Minuten später „rum". Unverzüglich begannen Rettungsmannschaften ihre schwere Arbeit. Heilbronns Oberbürgermeister Manfred Weinmann eilte mit Polizeipräsident Alfred Birkle zum Unfallort und organisierten die Hilfsmaßnahmen.

Die Bilanz: Neben den vier Opfern 57 zum Teil schwerverletzte Fahrgäste. 30 wurden in die Krankenhäuser der Umgebung eingeliefert. Der Sachschaden beträgt mindestens 4,5 Millionen Mark. Zu denen, die noch medizinisch betreut werden, gehört auch der 60jährige Lokführer. Er steht unter Schock und war auch gestern noch nicht vernehmungsfähig. Aus Kreisen der Bundesbahn-Direktion wird er als ein Mann von „außerordentlicher Erfahrung" qualifiziert.

Oberbürgermeister Weinmann organisierte städtische Busse, die die Nichtverletzten in die Bahnhofskantine von Heilbronn brachten, wo sie mit Getränken versorgt wurden.

Fast zwei Stunden dauerte es, bis alle Zuggäste, von denen viele offensichtlich ihren Urlaub an der Nordsee verbringen wollten, aus den Trümmern geborgen werden konnten: Nicht alle Passagiere wagten einen Sprung durch Fenster oder Luken ins Freie. Die Polizei hatte das Gelände mit Lichtmastwagen ausgeleuchtet.

Über die Ursachen des Unglücks herscht Unklarheit. Pressesprecher Waltert von der Stuttgarter Bundesbahndirektion erklärte gegenüber der WELT, es sei noch nicht abzusehen, wann die Gründe für diese schwere Zugkatastrophe bekannt würden. Das könne Wochen dauern. Die Staatsanwaltschaft Heilbronn und die Polizei nahmen noch in der Nacht zum Montag die Ermittlungen auf. Nach Spekulationen ist der Lokführer möglicherweise nicht darüber informiert worden, daß er im Bereich der Unfallstelle wegen Bauarbeiten 40 Stundenkilometer nicht überschreiten sollte. Die Strecke soll heute abend wieder freigegeben werden.

Seit dem Kriege wurden in Deutschland zehn schwere Zugunfälle registriert:

1945: Eisenbahnunglück bei München; 110 Tote.

18. Dezember 1954: Zusammenstoß eines Personen- und eines Sonderzuges vor dem Dortmunder Hauptbahnhof; 16 Tote.

1. Oktober 1957: Zusammenstoß zweier Personenzüge im Bahnhof Stuttgart-Bad Cannstatt; 10 Tote.

15. Mai 1960: Zusammenstoß eines Personenzuges mit einem Eilzug in Leipzig; 59 Tote.

31. Juni 1961: Zusammenstoß von zwei Vorortzugwagen in Eßlingen; 35 Tote.

6. Oktober 1961: In Hamburg rast ein S-Bahn-Zug in einen Bauzug der Bundesbahn; 28 Tote.

1. November 1964: Zusammenstoß eines Personenzuges mit einem Güterzug in Schwerin; 44 Tote.

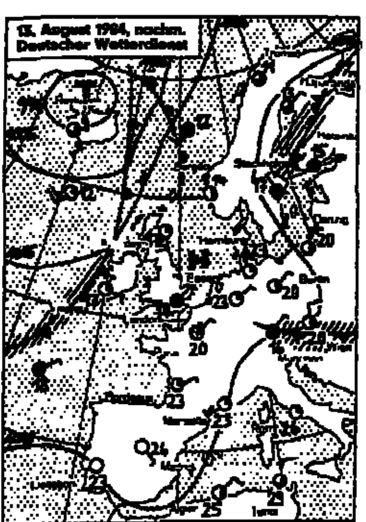
6. Juli 1967: Am Bahnhof Langenweddingen („DDR") rammt ein Tankwagen einen Personenzug; 94 Tote.

28. Juli 1969: Vier Wagen des Interzonenzuges Leipzig–Düsseldorf entgleist; fünf Tote.

5. Juni 1970: Elf Wagen des D-Zuges „Konsul" springen auf der Fahrt nach Hamburg nahe Celle aus den Schienen; fünf Tote.

WETTER: Trocken und warm

Wetterlage: An der Sudflanke eines Hochs mit Schwerpunkt über der Nordsee wird trockene, erwärmte Festlandluft nach Deutschland geführt.



Vorhersage für Dienstag:
Im gesamten Bundesgebiet und Berlin zeitweise wolkig, sonst meist heiter und durchweg niederschlagsfrei, Tageshöchsttemperaturen zwischen 21 und 26 Grad. Tiefstwerte zwischen 14 und 10 Grad. Überwiegend schwach windig, vorherrschend aus Ost.

Weitere Aussichten:
Anhaltend trocken und sommerlich warm.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	20°	Kairo	32°
Bonn	21°	Kopenh.	21°
Dresden	20°	Las Palmas	23°
Essen	23°	London	18°
Frankfurt	20°	Madrid	26°
Hamburg	23°	Mailand	23°
List/Sylt	18°	Mallorca	27°
München	16°	Moskau	14°
Stuttgart	18°	Nizza	24°
Algier	25°	Oslo	21°
Amsterdam	23°	Paris	20°
Athen	31°	Prag	19°
Barcelona	26°	Rom	26°
Brüssel	21°	Stockholm	17°
Budapest	20°	Tel Aviv	31°
Bukarest	20°	Tunis	29°
Helsinki	15°	Wien	20°
Istanbul	26°	Zürich	18°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 6.08 Uhr, Untergang: 20.44 Uhr; **Mondaufgang:** 22.26 Uhr, Untergang: 9.50 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Hat die „Wahrheit und nichts als die Wahrheit" bald ausgespielt?

SIEGFRIED HELM, London

Es kommt selten vor, daß englische Juristen alte Zöpfe abschneiden wollen. Wenn jetzt drei der namhaftesten Juristenverbände dennoch ihre Scheren schärfen, dann nicht etwa, weil sie ihre geheiligten Perücken loswerden wollten. Der Vorstoß gilt der Formel zur Vereidigung der Zeugen. Aus unzähligen englischen Krimis bekannt, wird da „beim allmächtigen Gott" geschworen, „die Wahrheit, die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu sagen". Mit der Hand auf dem Neuen Testament.

Vorrat an Untertassen zur Vereidigung

Zu oft, so die Reformer, komme es im Minoritätenschmelztiegel England vor, daß Ausnahmen von dieser Praxis gemacht werden müßten. Deshalb die Forderung, das Ritual durch eine für alle akzeptable Formel zu ersetzen, die freilich bei Zuwiderhandlung genauso als Meineid geahndet wird wie bisher.

Immer häufiger kommt es vor, daß englische Gerichte statt des Neuen Testaments ein anderes heiliges Buch bereitstellen müssen. Zur Basis-Ausrüstung gehören inzwischen neben dem Neuen das Alte Testament, der Koran, der Granth für Sikhs und für Katholiken die Vulgata. Damit noch nicht genug. Viele Gerichte haben sich für die Zeugenvereidigung bereits einen ständigen Vorrat an Untertassen und Kerzen zugelegt: für chinesische Zeugen. Deren Vereidigungszeremonie ist hieb- und stichfest nämlich nur dann, wenn Untertassen zerschmettert und Kerzen ausgelöscht werden, wobei der Zeuge die Beschwörungsformel spricht, so möge seine Seele einen Sprung bekommen oder sein Leben verlöschen, wenn er eine Lüge spreche.

In einem Londoner Gericht hielt man sich einen Vorrat ganz besonders dicker Untertassen, um die Zeugeneinvernahme so recht dramatisch in Szene setzen zu können.

Diese und ähnliche Beispiele nähmen derart überhand, daß die Gerichte einfach überfordert seien. Das meinen jedenfalls die Fachverbände der Anwälte, der Magistratsrichter und der Gerichtsbeamten, die jetzt gemeinsam Front machten, um diesen exotischen Wildwuchs, der in englischen Gerichten wuchert, mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Statt Schwur ein einfaches Versprechen

Heilige Bücher der verschiedensten Glaubensbekenntnisse sollen ebenso aus den Gerichten verschwinden wie Kerzen und Untertassen. „Der Eid wird immer weniger ernst genommen, und das bringt die Gesetzespraxis in Mißkredit", betonte Geoffrey Norman, Sekretär des Verbands der Magistratsrichter.

Die Reformer wollen die verschiedensten Konfessionen mit den Atheisten unter einen Hut bringen, mit der Einführung einer für alle verbindlichen Vereidigungsformel. Sie soll ein einfaches Versprechen sein, die Wahrheit zu sagen. Um diese Reform einzuführen, muß der Gesetzgeber aktiv werden. Diese Juristenverbände sind dafür; andere strikt dagegen. (SAD)

Eschenbach und Frantz begeistern in Monte Carlo

heb. Monte Carlo

Ein glanzvolles kulturelles Ereignis fand gestern abend in Monte Carlo statt: Im Ehrenhof des Fürstenschlosses gaben die Pianisten Justus Frantz und Christoph Eschenbach ein Klavierkonzert. In Anwesenheit von Rainier von Monaca, Prinz Albert und Prinzessin Stephanie, des Erzbischofs von Canterbury und der Mutter von Spaniens König Juan Carlos spielte Frantz das 4. Klavierkonzert von Beethoven, Christoph Eschenbach dirigierte die Monte-Carlo-Philharmonie. Auf dem Programm stand auch Beethovens 7. Symphonie. Seit Tagen war das Konzert ausgebucht, der Ehrenhof war mit 2000 Gästen überfüllt. Im Anschluß an das Konzert gab Rainier von Monaco für die deutschen Pianisten ein Mitternachtsessen in seinen Privaträumen. Rainier zu Justus Frantz: „Es war ein hinreißendes Konzert, kommen Sie bitte im nächsten Jahr wieder." Der Erzbischof von Canterbury lud Frantz und Eschenbach nach London ein.

Millionenerbin getötet

SAD, Sleaford

Lady Eileen Caroline Chrichton-Stuart, 27jährige Tochter des Marquis of Bute und Miterbin des auf 380 Millionen Mark geschätzten Familienvermögens, ist bei einem Autounfall in der ostenglischen Grafschaft Lincolnshire ums Leben gekommen. Der von Airforce-Oberleutnant Marcus de Ferranti gesteuerte „VW Scirocco", in dem die junge Frau saß, war frontal mit einem gestohlenen „Ford Cortina" zusammengestoßen. Während der 18jährige Autodieb unverletzt blieb und de Ferranti nur leichte Verletzungen erlitt, starb Lady Eileen noch am Unfallort.

Deutscher „Vogelmensch"

dpa, London

Der 41 Jahre alte Harald Zimmer aus Trier hat am Sonntag bei einem „Vogelmenschen"-Wettbewerb im südenglischen Seebad Bognor Regis gegen alle Erwartungen die „Traumgrenze" von 50 Metern überflogen und damit den ausgesetzten Preis von 10 000 Pfund (38 000 Mark) gewonnen.

Kollision mit Cable Car

AP, San Francisco

In San Francisco hat ein Sportwagenfahrer offenbar Selbstmord dadurch verübt, daß er mit seinem Auto bei Tempo 100 frontal gegen die berühmte Cable Car stieß. Er war sofort tot. 25 Fahrgäste der Kabel-Bahn wurden verletzt.

Chinesische Bilanz

AFP, Peking

China hat in diesem Jahr bisher zur Linderung erster Schäden für die Opfer von Naturkatastrophen 86 Millionen Dollar ausgegeben. Das entspricht einem Drittel des Budgets. Bisher starben 1800 Menschen durch die Naturgewalten.

Trawler gesunken

dpa, Madrid

Beim Untergang des spanischen Fischereitrawlers „Islamar III" sind 27 der 28 Besatzungsmitglieder ums Leben gekommen. Die spanische Marine rettete am späten Sonntagabend nach tagelanger Suche vor der Küste der Westsahara als einzigen Überlebenden den Steuermann Jose Lozano Martin. Er hatte 72 Stunden lang auf einem Knäuel von Fischnetzen im Meer getrieben und schwere Verbrennungen durch die starke Sonnenstrahlung erlitten. Das Schiff war am Donnerstag bei schwerem Seegang gekentert, nachdem 120 Tonnen Sardinen verrutscht waren.

Tödliche Geisterfahrt

AFP, Marseille

Ein Geisterfahrer hat am Sonntagabend auf der südfranzösischen Autobahn A7 bei Vitrolles nördlich von Marseille einen Unfall verursacht, bei dem sieben Menschen ums Leben kamen. Der Wagen des Geisterfahrers stieß bei vollem Tempo mit einem entgegenkommenden Fahrzeug zusammen. Der Zusammenprall war so stark, daß zunächst nicht festgestellt werden konnte, welcher Wagen auf der falschen Seite fuhr. Alle sieben Insassen der Fahrzeuge konnten nur noch tot geborgen werden.

Welle der Anteilnahme

dpa, München

Eine Welle der Hilfsbereitschaft und Anteilnahme hat das Schicksal des etwa drei Monate alten Säuglings ausgelöst, der am Samstag in München ausgesetzt gefunden wurde. Zahlreiche Münchner wollen den Jungen adoptieren oder bieten der bisher unbekannten Mutter finanzielle Hilfe und seelischen Trost an. Passanten hatten am Samstagmorgen das kerngesunde Kind im Stadtteil Hasenberg entdeckt. Der namenlose Junge wird zur Zeit in einem Münchner Krankenhaus versorgt.

ZU GUTER LETZT

Karoline ist fähig, Erscheinungen und Vorgänge unserer Lebenswirklichkeit und im Zusammenleben der Menschen zu erfassen. – Aus dem Zeugnis einer Achtjährigen aus Celle, die in die 2. Klasse geht.